



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

„CO₂LONIALISMO GREEN GRABBING UND DIE VERTEIDIGUNG INDIGENER TERRITORIEN IN HONDURAS“

Verfasserin:

Magdalena Heuwieser

Angestrebter akademischer Grad:

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl: A 057 390

Studienrichtung: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	5
1.1	Von Krisen, Widersprüchen und Widerständen.....	5
	<i>Info-BOX Honduras</i>	9
1.2	Aktueller Forschungsstand zu Land und Green Grabbing in Honduras	10
1.3	Aufbau der Diplomarbeit.....	11
2	Methode: Dekoloniale Aktionsforschung.....	13
2.1	Persönlicher Zugang.....	14
2.2	Einführung in die Aktionsforschung und kritische Reflexion.....	15
2.3	Darstellung des Forschungsprozesses	18
3	Theoretische Einordnung von Green Grabbing.....	23
3.1	Aktueller Forschungsstand	23
3.2	Die Politische Ökologie des Green Grabbing	28
3.2.1	Die Produktion von Natur und deren Inwertsetzung	31
3.2.2	Akkumulation durch Enteignung	33
3.2.3	Sozial-räumliche Dimensionen (Scales)	34
3.3	Klärung weiterer zentraler Perspektiven und Grundannahmen	36
3.3.1	Der dekoloniale Blick auf Green Grabbing.....	36
3.3.2	„Indigene“ Lebensweisen und Naturverhältnisse	41
	<i>Exkurs: Indigene Völker und Organisationen in Honduras</i>	44
3.3.3	Territorien und Commons	48
4	Zeitdiagnostischer Rahmen von Green Grabbing	53
4.1	Die multiple Krise	53
4.2	Green Economy: Des Kaisers grüne Kleider?.....	57
4.2.1	„Grüne“ Energie	59
4.2.2	Der Handel mit Treibhausgasen: Cap & Trade, Offsets, CDM und REDD+	65
4.2.3	Der Handel mit Biodiversität und „Ökosystemdienstleistungen“	70
4.2.4	Die Finanzialisierung der Natur	73
4.3	Zwischenfazit	77

5	Eine historische Verortung von Honduras	80
5.1	Kolonialisierung (ab 1524).....	80
5.2	Formale Unabhängigkeit (ab 1821).....	82
5.3	Liberalismus und Globalisierung (ab 1877)	83
5.4	Peripher-fordistische Entwicklung (etwa 1949 – 1980er).....	85
5.5	Neoliberalisierung (ab den 1980ern).....	87
	<i>Exkurs: COPINH</i>	97
5.6	Kräfteverhältnisse rund um den Putsch 2009	99
 6	 Green Grabbing in Honduras	 108
6.1	Eine Übersicht: Land und Green Grabbing in Honduras	108
6.1.1	Wurzeln des Grabbing in der honduranischen Geschichte	108
6.1.2	Aktuell dominante Formen des Land Grabbing	109
6.1.2.1	Traditioneller Extraktivismus.....	110
6.1.2.2	Modellstädte: Arbeits- und wirtschaftliche Entwicklungszonen.....	113
6.1.2.3	Hypotheken-Gesetz	115
6.1.2.4	Green Grabbing	117
6.2	Drei Fallstudien zu Green Grabbing	118
6.2.1	Wasserkraftwerke	118
6.2.1.1	Nationale Rahmenbedingungen zu erneuerbarer Energie	118
6.2.1.2	Wasserkraftwerk La Aurora I	127
6.2.1.2.1	Allgemeine Informationen	127
6.2.1.2.2	Ein Projekt des Clean Development Mechanism CDM.....	131
6.2.1.2.3	Strategien zur Durchsetzung	132
6.2.1.2.4	Bisher bemerkbare Auswirkungen	141
6.2.1.2.5	Zwischenfazit	143
6.2.1.3	Wasserkraftwerk Agua Zarca	146
6.2.1.3.1	Allgemeine Informationen	146
6.2.1.3.2	Beteiligte Firmen und Banken.....	150
6.2.1.3.3	Strategien zur Durchsetzung	153
6.2.1.3.4	Zwischenfazit	168

6.2.2	REDD+	171
6.2.2.1	Die Situation der Wälder in Honduras	171
6.2.2.2	Nationaler REDD+Prozess	174
6.2.2.2.1	REDD+: Eine Win-Win-Situation?	174
6.2.2.2.2	„Getting ready for REDD+“ in Honduras	176
6.2.2.2.3	Private REDD-Projekte	180
6.2.2.2.4	Beteiligte Akteure und die Rolle indigener Völker	181
6.2.2.2.5	Die Inwertsetzung und Finanzialisierung des Waldes	188
6.2.2.2.6	Klima- und Umweltschutz oder Extraktivismus?	191
6.2.2.3	Zwischenfazit	193
7	Fazit	195

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	203
INTERVIEW-VERZEICHNIS	209
LITERATURVERZEICHNIS	212
ABSTRACT	237
LANDKARTEN.....	239
FOTOS LA AURORA I.....	243
LEBENS LAUF	246

LOS ROSTROS DE LA DIGNIDAD

*Hay miradas que dicen más que muchas palabras. Miradas que se quedan grabadas en nuestras vidas. Miradas que nos duelen, que nos esperan, que nos comprometen. Miradas que dicen
NI UN PASO ATRÁS.*

Hay miradas que desmienten las palabras del Secretario de Recursos Naturales, Rigoberto Cuellar, que aseguró que en Río Blanco no hay población Lenca.

Hay miradas que sostienen la DIGNIDAD, el CORAJE, la MEMORIA de resistencias ancestrales. Miradas que se hicieron en diálogo con el río, con el bosque, con la tierra. Miradas que dicen que la lucha seguirá, cueste lo que cueste.

Hay miradas que multiplican a Tomás, que lo agigantan. Hay miradas que tienen la fuerza de Lempira, de Etempica, de los caciques Lencas que enseñaron que el territorio no se vende. Que los ríos y las tierras se defienden.

Hay miradas que tienen toda la historia encima.

Hay miradas que nos miran como preguntando, si la solidaridad será proclamada o será vivida. Si es cierto que el racismo ya no salpica nuestros gestos cotidianos.

Hay miradas que tienen fuego y que encienden rebeliones. Antes y después de nosotras y de nosotros mismos.

Son los rostros de la dignidad los que sostienen estas miradas. Y no hay leyes golpistas, ni hay criminalización judicial que pueda con ellas.

DIE WÜRDEVOLLEN GESICHTER

*Es gibt Blicke, die mehr aussagen als viele Wörter. Blicke, die in unseren Leben eingraviert bleiben. Blicke, die uns weh tun, die uns hoffen lassen, die uns verpflichten. Blicke, die sagen
KEINEN SCHRITT ZURÜCK.*

Es gibt Blicke, die die Wörter des Umweltministers Rigoberto Cuellar widerlegen, welcher versicherte, dass es in Río Blanco keine indigene Bevölkerung gäbe.

Es gibt Blicke, die die WÜRDE, den MUT, das GEDÄCHTNIS der historischen Widerstände aufrechterhalten.

Blicke, die durch den Dialog mit dem Fluss, mit dem Wald, mit der Erde entstanden sind. Blicke, die sagen, dass der Kampf weitergehen wird, koste es, was es wolle.

*Es gibt Blicke, die Tomás multiplizieren, die ihn wachsen lassen. Es gibt Blicke, die die Kraft von Lempira, von Etempica, von den Lenca-Anführer*innen haben, die lehrten, dass sich das Territorium nicht verkaufen lässt. Dass man die Flüsse und das Land verteidigt.*

Es gibt Blicke, auf denen die gesamte Geschichte lastet.

Es gibt Blicke, die uns fragend ansehen - ob die Solidarität denn verkündet oder auch gelebt werden wird. Ob es wahr ist, dass der Rassismus nicht mehr unsere alltäglichen Gesten übersät.

Es gibt Blicke, die Feuer haben und Rebellionen anzünden. Vor und nach uns und von uns selbst.

Es sind die würdevollen Gesichter, die diese Blicke behaupten. Und es gibt weder Putschisten-Gesetze noch juristische Kriminalisierung, die gegen sie ankommt.

Claudia Korol¹, August 2013

¹ Argentinische Schriftstellerin, Pädagogin der ‚Educación Popular‘ und solidarische Medienmacherin nach ihrem Besuch in Río Blanco (Honduras), wo der Staudamm Agua Zarca gewaltsam (u. a. über die Ermordung von Tomás García) versucht wird, durchzusetzen. Quelle: Korol (2013 a)

1 Einleitung

1.1 Von Krisen, Widersprüchen und Widerständen

Honduras gilt als unbekanntes Land (Torres Calderón 2002), als „Land zwischen den Grenzen“ (Dietrich 2008: 293), und ist wohl eine der am wenigsten bekannten Regionen Lateinamerikas. Möglicherweise ist Honduras manchen als typische Bananenrepublik im Gedächtnis, oder man erinnert sich an Berichte über den zerstörerischen Hurrikan Mitch im Jahr 1998 oder den Militärputsch 2009 – ein Katastrophen-Land, ‚Master of Disaster‘. Und tatsächlich, in Honduras wird die Zeit anders gerechnet. Es gibt ein Vor und ein Nach dem Mitch, ein Vor und ein Nach dem Putsch. Jede Krise hinterließ gravierende Folgen und schuf neue Tatsachen. Jede Krise wurde dazu genutzt, Strukturen umzubauen und Macht zu konzentrieren (vgl. Kerssen 2013; Klein 2005; Paasch/Garbers *et al.* 2007: 60 ff). Krisen können auch das Aufbrechen alter Strukturen ermöglichen, können dadurch Widersprüche sichtbar und Widerstände fruchtbar werden lassen – die massive Protestbewegung gegen den Staatsstreich verdeutlichte dies zu gut. Dennoch machten nach dem Putsch in Honduras das Putschregime und die darauffolgende Regierung unter Porfirio Lobo sämtliche progressive Reformen des Vorgängers Manuel Zelaya rückgängig und verschärften den repressiven und neoliberalen Ton sowie den ‚Ausverkauf‘ des verschuldeten Landes. „Honduras is open for business“ lautet auch weiterhin unter dem neuen Präsidenten Juan Orlando Hernández das Motto, nach welchem das Land zur attraktivsten Region für ausländische Investitionen umgebaut werden soll²: Alles muss raus, wer bietet mehr für die energieproduzierenden Flüsse, mineralienreichen Berge, biodiversität- und sauerstoff-generierenden Wälder oder möglichen Standorte für Freihandelszonen und ‚Modellstädte‘? Die private Aneignung von Land und natürlichen Ressourcen, das ‚Land Grabbing‘, nahm nach dem Putsch neue Ausmaße an. Tanya Kerssen stellt diesbezüglich fest: „Grabbing land was (and is) part of a larger class project of ‚grabbing power‘“ (Kerssen 2013: 122).

Die ‚Krisen‘ sind in aller Munde, nicht nur in Honduras, auch auf globaler Ebene. Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Energiekrise, Umweltkrise, Klimakrise... Laut dem Globalen Klima Risiko Index ist Honduras das in den letzten 20 Jahren am stärksten vom Klimawandel beeinträchtigte Land (Germanwatch 2013 b). Daran, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist, besteht inzwischen eigentlich kein Zweifel mehr. Die zwei wichtigsten Gründe für die globale Erwärmung sind gemäß UN-Beratungsgremium Intergovernmental Panel on

² http://www.hondurasopenforbusiness.com/SITEv2/index_live.php [12.9.2013]

Climate Change (IPCC) die Verbrennung fossiler Brennstoffe, wie Erdöl, Kohle und Erdgas, von der zwei Drittel der anthropogen verursachten CO₂-Emissionen stammt sowie Waldzerstörung bzw. Abholzung, auf die fast der gesamte Rest der Emissionen zurückzuführen ist (IPCC 2007: 14). Die Schlussfolgerung läge nahe: Es ist höchste Zeit, fossile Energie mit erneuerbaren Energieträgern zu ersetzen sowie generell den Energieverbrauch auf das für ein ‚gutes Leben für alle‘ Nötigste zu beschränken, was in Folge auch die Extraktion fossiler Brennstoffe und vieler anderer dadurch unnötig werdender Ressourcen stark einschränken und die Zerstörung von Ökosystemen und Wäldern reduzieren würde. Ein ‚Weiter wie bisher‘ ist aufgrund der dringlichen Lage keine Option. Insbesondere die Klima-, Energie- und Umweltkrisen lassen die Widersprüche zwischen der Wirtschaft und deren knapper werdenden natürlichen Grundlagen immer deutlicher aufscheinen. Dadurch wird Natur immer wertvoller und somit eine Quelle für Profit (Fairhead/Leach 2012: 241). Anstatt also den radikalen Umbau des auf konstantem Wachstum, Wettbewerb und der Ausbeutung der Natur beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems anzustreben, wird die Knappheit der Natur ökonomisch nutzbar gemacht. So verspricht zum Beispiel die Krisenlösungsstrategie der Green Economy, Umwelt- und Klimaschutz mit Wirtschaftswachstum und Entwicklung in Einklang zu bringen. Eine Win-Win-Situation! Die in die Krise geratene Wirtschaft und das Finanzsystem sollen durch ein ‚Greening‘, durch eine ökologische Modernisierung, angekurbelt werden (vgl. UNEP 2011 a; OECD 2011). Natur soll geschützt werden, indem sie einen Geldwert bekommt, indem sie privatisiert und verkaufbar wird (vgl. Leach 2012). Zentral sind bei der Green Economy unter anderem der Handel mit Emissionen, das Vorantreiben von wieder profitabel gewordener ‚grüner‘ Wasserkraft und marktbasierende Mechanismen zum Wald- und Ökosystemschutz.

Diese Diplomarbeit geht der Frage nach, wie Green Economy-Strategien, wie ‚grüne‘, (scheinbar) klimafreundliche Projekte in der honduranischen Realität durchgesetzt werden. Dazu verwende ich das Analysekonzept des ‚Green Grabbing‘, womit kurz gesagt ‚grünes‘ Land Grabbing gemeint ist, also die Land- und Ressourcenaneignung im Namen des Klima- und Umweltschutzes (vgl. Fairhead/Leach *et al.* 2012: 238). Wie setzt sich Green Grabbing in der spezifischen Materialität von Honduras durch? Welche Widersprüche, Konflikte und Widerstände treten dabei auf?

Analysiert werden dazu drei Fallbeispiele: Bei zweien handelt es sich um relativ kleine, als besonders umweltfreundlich und emissionsparend geltende Wasserkraftwerke im südwestlich gelegenen Territorium des indigenen Lenca-Volkes. Die vermeintlich reduzierten Treibhausgase sollen bei dem fast fertiggestellten Staudamm ‚**La Aurora I**‘ über den Clean

Development Mechanism **CDM**, einem im Kyoto-Protokoll festgelegten ‚Offset‘-Mechanismus, als Emissionszertifikate an Unternehmen in Ländern des Globalen Nordens verkauft werden. Im Fall des erst am Baubeginn stehenden Wasserkraftwerks ‚**Agua Zarca**‘ ist noch nicht bekannt, wie die 75.000 Tonnen³ eingespartes CO₂ verkauft werden sollen; eine Möglichkeit wären die freiwilligen Emissionsmärkte. Beide Kraftwerke wurden bzw. werden auf gewaltsame Art und Weise, teilweise durch die Militarisierung der Region und mithilfe von Todesdrohungen, Unterdrückung und Kriminalisierung des Protests durchgesetzt. La Aurora I, einer von mehreren Staudämmen der honduranischen Firma Inversiones Aurora, wird demnächst ‚grünen‘ Energie in das nationale Netz einspeisen, während die lokalen Lenca-Gemeinden weiterhin ohne Strom auskommen müssen und inzwischen mit gravierenden Wasserproblemen zu kämpfen haben. Agua Zarca, das von der honduranischen Firma DESA gemeinsam mit dem chinesischen Konzern Sinohydro gebaut wird, musste aufgrund heftiger Proteste – einer seit 1. April ununterbrochenen Straßensperre von Lenca-Gemeinden sowie internationaler Solidaritätsarbeit, insbesondere im Anschluss an die Ermordung eines indigenen Staudammgegners – ihre Arbeiten temporär niederlegen. Beim Fertigstellen dieser Diplomarbeit war noch nicht ersichtlich, ob oder wie das Projekt letztendlich dennoch durchgesetzt werden würde.

Das dritte Fallbeispiel ist die nationale **REDD+**Strategie. Bei REDD oder REDD+ handelt es sich um die Reduzierung von Treibhausgasen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation REDD)⁴. Angeleitet von der Weltbank-Einrichtung FCPF und dem UN-REDD Programm der Vereinten Nationen, bereitet sich Honduras derzeit darauf vor, diesen marktbasierten Waldschutzmechanismus bis 2017 flächendeckend umzusetzen (Gobierno de Honduras 2013 b). Pilotprojekte und private REDD-Projekte existieren schon jetzt (INT 1, 6, 9, 11, 16). Durch die erwartete Verringerung von Abholzung sollen Emissionen reduziert werden, welche wiederum als Zertifikate am Emissionsmarkt angeboten werden können. Das soll zu kosteneffizientem Waldschutz führen. Eng mit REDD+ verknüpft ist in Honduras auch die Einführung von anderen Kompensationsmechanismen, womit ein System von Zahlungen für Ökosystemleistungen (Payment for Ecosystem Services **PES**) und möglicherweise auch Handel mit Ökosystemleistungen über ‚Biodiversitäts-Offsets‘ gemeint ist (INT 8; Gobierno de Honduras 2013 b: 95).

³ <http://desa.hn> [5.12.2013]

⁴ Das Plus hinter REDD steht dafür, dass neben Abholzung und Walddegradierung auch der Schutz, nachhaltiges Management und die Anreicherung der Wald-Kohlenstoffspeicher einbezogen werden (UN-REDD 2013: 4).

Indigene Bewegungen weltweit, darunter die Lenca-Organisation COPINH in Honduras, kritisieren, dass die ‚grünen‘ Projekte häufig um eine Bedrohung der indigenen Lebensweisen und ihrer Territorien darstellt und es sich um eine neue Form oder Weiterführung des Kolonialismus – um ‚CO₂lonialismo‘ – handelt (vgl. COPINH 10.2.2013; OFRANEH 2010; Bachram 2004; Global Alliance of Indigenous Peoples and Local Communities on Climate Change against REDD+ 2012). Wichtige Prämisse für diese Arbeit ist somit die Erkenntnis, dass trotz formellem Ende des Kolonialismus dieser auf sozialer, kultureller, politischer und auch wirtschaftlicher Art und Weise weiter existiert (vgl. Sousa Santos 2009: 12).

Diese Arbeit erhebt den Anspruch, nicht nur die bedrohlichen Projekte und deren Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung zu beschreiben, wie dies häufig in Studien über Land Grabbing der Fall ist. Vielmehr liegt ihr Fokus auf der Umkämpftheit dieser Projekte, auf der aktiven Verteidigung der Territorien, der Gemeingüter (Commons) und der spezifischen indigenen Lebensweisen. Damit soll klar werden, dass die indigenen Gemeinden nicht nur Opfer von Landnahmen, sondern durchaus Akteure sind, die ihre Lebensräume gestalten. Dies führt dazu, dass die Green Grabs keineswegs, wie geplant, reibungslos durchgesetzt werden können. Außerdem kann die Verteidigung der Territorien Lernprozesse anstoßen und emanzipatorisches Transformationspotenzial bergen. Meine Perspektive beinhaltet somit stets Handlungsspielräume, das emanzipatorische und dekoloniale Potenzial von Konflikten und Alternativen zu den dominanten Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Commons.

Deshalb ist auch mein theoretischer Zugang geprägt von zwei transdisziplinären Ansätzen, der **Politischen Ökologie** sowie der **Dekolonialen Theorie**, welche beide den Anspruch der Verknüpfung einer fundierten Kritik an dominanten Verhältnissen und emanzipatorischer bzw. dekolonialer Praxis haben. Widersprüche und Konflikte, wie Kämpfe um Territorien, werden dabei als Dreh- und Angelpunkte für das Aufbrechen ungleicher Verhältnisse und somit als Chancen erkannt. Die für meine empirische Recherche gewählte Methode beansprucht eine Distanzierung vom traditionellen intellektuellen Kolonialismus (Fals Borda 2009: 17) und der scheinbar objektiven Forschung, die zwischen Wissenschaftler*in⁵ und „wissbar gemachten Objekten“ trennt (Garbe 2012: 137). Angelehnt an die in Lateinamerika entstandene ‚Partizipative Aktionsforschung‘ und – erweitert um einige Aspekte und Kritikpunkte – nenne ich die Methode ‚**Dekoloniale Aktionsforschung**‘.

⁵ Ich verwende zur gendergerechten Sprache ein Sternchen. Es soll daran erinnern, dass es neben dem weiblichen und männlichen Geschlecht noch viele andere Formen gibt, Geschlechtsidentität zu leben und zu empfinden. An verschiedenen Stellen verzichte ich auf gendergerechte Sprache, entweder, wenn meines Wissens nur vom männlichen Geschlecht die Rede ist, oder, wenn in Zitaten nicht gendert wird.

Der Widerstand in Honduras gegen die Green Grabs wird in dieser Arbeit anhand der indigenen Lenca-Organisation COPINH deutlich, welche ich von Anfang Januar bis Anfang April 2013 vor Ort sowie davor und danach von Österreich (oder Mexiko) aus begleite(te). Die für honduranische Verhältnisse große Basisorganisation hat Präsenz in rund 150 Lenca-Gemeinden in den südwestlichen Departamentos Intibucá, Lempira und La Paz sowie in geringem Ausmaß in Santa Bárbara und Comayagua. Durch regionale und nationale Mobilisierungen, eigene Bildungsprogramme, Frauenprojekte und kommunale Radios, juristische Strategien und nationale und internationale Vernetzungsarbeit setzt sich COPINH für die indigenen Rechte, die territoriale Souveränität und eine Dekolonialisierung der Gesellschaft ein (vgl. INT 15, 21, 38; COPINH 10.2.2013; 2.8.13).

Das Ziel der Arbeit ist nicht, die drei Fallbeispiele miteinander zu vergleichen. Vielmehr sollen sie verschiedene Aspekte der Krisenlösungsstrategien beleuchten („grüne“ Energie, Emissionshandel über CDM und REDD+, PES und Biodiversitäts-Offsets) und die Art ihrer Durchsetzung kritisch analysieren. So handelt es sich um eine dichte theoriegeleitete Beschreibung des Green Grabbing Projekts, die zum Verständnis des Konflikts und zur emanzipatorischen Politisierung beitragen soll.

Info-BOX Honduras

Fläche ⁶	112.492 km ²	(Österreich: 83.879 km ²)
Waldfläche ⁷	55.980 km ²	(Ö: 39.910 km ²)
Einwohner*innen ⁸	7.936 Millionen	(Ö: 8.462 mio)
Ländliche Bevölkerung ⁹	~ 60 %	(Ö: 39 %)
CO ₂ -Ausstoß pro Kopf (in Tonnen) ¹⁰	1,1 Tonnen	(Ö: 8)
Energieverbrauch pro Kopf ¹¹	708 kWh	(Ö: 8356 kWh)
In Armut lebende Bevölkerung ¹²	~ 67 %	(Ö: 18,5 %) ¹³
Indigene Bevölkerung ¹⁴	7-20 %	/

⁶ <http://www.reddccadgiz.org/pais.php?Show=Honduras&Pais=5> [4.12.2013]; Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2011

⁷ Gobierno de Honduras 2013 b: 93; Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft http://bfw.ac.at/030/pdf/1818_pi24.pdf, S.3 [4.12.2013]

⁸ <http://datos.bancomundial.org/pais/honduras>; <http://datos.bancomundial.org/pais/austria> [4.12.2013]

⁹ Gobierno de Honduras 2013 b: 120; Eurostat http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/1-30032012-BP/DE/1-30032012-BP-DE.PDF [4.12.2013]

¹⁰ <http://datos.bancomundial.org/pais/honduras>; <http://datos.bancomundial.org/pais/austria> [4.12.2013]

¹¹ <http://data.worldbank.org/indicator/EG.USE.ELEC.KH.PC>

¹² Gobierno de Honduras 2013 b: 120; Statistik Austria

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/ [4.12.2013]

¹³ „umfasst die drei Zielgruppen ‚Armutsgefährdung‘, ‚erhebliche materielle Deprivation‘ und ‚Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität‘“ Statistik Austria

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/ [4.12.2013]

¹⁴ Gobierno de Honduras 2013 b: 120; CONPAH 2011; Anderson 2007: 389; Oxfam 2013: 4



Karte Nr. 1: Quelle: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b6/Un-honduras.png>
[5.12.2013]

1.2 Aktueller Forschungsstand zu Land und Green Grabbing in Honduras¹⁵

Die Bezeichnung von Honduras als ‚unbekanntes Land‘ ist auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Prozessen in Honduras zutreffend. Anders als in vielen lateinamerikanischen Ländern gibt es bezüglich Green Grabbing oder generell Land Grabbing so gut wie keine detaillierten Studien. Die einzigen mir bekannten Ausnahmen stellen zwei kürzlich erschienene Monographien dar: Tanya Kerssens „Grabbing Power – The New Struggles for Land, Food and Democracy in Northern Honduras“ (2013) und Keri Vacanti Brondos „Land Grab – Green Neoliberalism, Gender, and Garifuna Resistance in Honduras“ (2013). Auf wissenschaftliche Journal-Artikel, die für Land/Green Grabbing in Honduras relevant sein könnten, bin ich in meiner Recherche ebenso wenig gestoßen, abgesehen von solchen, welche Agrarkämpfe im Allgemeinen thematisieren (vgl. Casolo 2009; Boyer 2010; Boyer/Cardona Peñalva 2013). Des Weiteren gibt

¹⁵ Der wissenschaftliche Forschungsstand zum Konzept Green Grabbing wird im Theorie-Kapitel analysiert.

es einige wenige NGO-Studien oder Policy Papers, in welchen (unter anderem) Fallbeispiele in Honduras kurz analysiert werden, häufig jedoch mit unzureichenden Quellenangaben (vgl. Oxfam 2011; Oxfam 2013; Plataforma Agraria 2012; Dan Church Aid 2011). Die bisherige Literatur zu Land Grabbing befasst sich fast ausschließlich mit der Nordküste, mit bäuerlichen Konflikten in der Palmölregion (Bajo) Aguán oder in geringerem Maße mit Garífuna-Kämpfen um Land, meist hinsichtlich neoliberalen Naturschutz und (Öko)-Tourismus. Politisch-institutionelle Rahmenbedingungen und historische Wurzeln nehmen sie kaum, die Lenca-Region gar nicht in den Blick. Selbst auf Spanisch gibt es wenig Literatur, die im weiteren Sinn etwas mit Landaneignungen in Honduras zu tun haben könnte (siehe z. B. Oxfam 2013; Plataforma Agraria 2012), wie ich während meiner Bibliotheks- und Büchereirecherche und durch Gespräche und Interviews mit im honduranischen Umwelt- und Agrarsektor versierten Personen feststellen musste. Auf Deutsch wiederum existiert meines Wissens keinerlei wissenschaftliche Literatur zum Thema.

Dafür mangelt es nicht an journalistischen Artikeln über Teilaspekte des Land und Green Grabbing, auch in der Lenca-Region, ebenso wenig wie an nicht verschriftlichtem Wissen dazu innerhalb der sozialen, indigenen und Umwelt-Bewegungen in Honduras. Vieles ist außerdem in nationalen Gesetzen, Strategien, Konzessionen und Energieplänen auffindbar, wenngleich sie nur schwer zugänglich und selten kohärent sind. Dieses Material zu sichten, das Wissen durch Interviews und Recherche vor Ort zu sammeln, es in einem theoretischen und zeitdiagnostischen Kontext und in der territorialen Verteidigung zu verorten und auf deutscher Sprache zugänglich zu machen, stellt eines der Ziele dieser Arbeit dar. Durch die geplante anschließende Veröffentlichung einer spanischen gekürzten und vereinfachten Version soll sie außerdem einen Beitrag zur Diskussion über das Thema und zu den konkreten Kämpfen in Honduras leisten. Aufgrund der schwierigen und teilweise inkohärenten offiziellen Datenlage, der fehlenden Transparenz und der spärlich vorhandenen wissenschaftlichen Studien über das Thema soll gleich vorangestellt werden, dass diese Arbeit keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

1.3 Aufbau der Diplomarbeit

Im folgenden zweiten Kapitel werden die Methode der Dekolonialen Aktionsforschung vorgestellt und meine Rolle als Forscherin und Aktivistin sowie der Forschungsprozess kritisch reflektiert. Im dritten Kapitel soll eine theoretische Einordnung des Green Grabblings stattfinden. Dazu gehört eine Einführung in das Konzept Green Grabbing und eine knappe Analyse des bisherigen Forschungsstands, um schließlich die für das Verständnis von Green

Grabbing relevanten politökologischen und dekolonialen Grundlagen vorzustellen. Wird die Theorie als Brille verstanden, mit der man die Welt oder den Forschungsgegenstand betrachtet, so ist es auch wichtig, in diesem Kapitel die in der Arbeit verwendete Sicht auf ‚Indigene‘ bzw. das Verständnis von ‚indigenen Völkern‘ und ‚indigenen Lebensweisen‘ zu klären oder deutlich zu machen, bevor ich schlussendlich auf das für eine emanzipatorische dekoloniale Perspektive auf Green Grabbing essentielle Konzept der Territorien bzw. Commons eingehe. Wurden damit der theoretische Rahmen gesteckt und spezifische Blickwinkel und Analysewerkzeuge geklärt, so beschreibt das darauffolgende vierte Kapitel den zeitdiagnostischen Rahmen von Green Grabbing. Zentral sind dabei die multiple Krise als Ausgangspunkt für die als Lösungsstrategie vorgebrachte Green Economy und die dazu gehörigen ‚grünen‘ Energiedynamiken (u. a. Wasserkraft), der Handel mit Emissionen (u. a. CDM, REDD+) und mit Biodiversität (u. a. PES, Biodiversitäts-Offsets) sowie die sich dadurch vollziehende Inwertsetzung (die Zur-Ware-Machung) und Finanzialisierung der Natur.

Green Grabbing ist jedoch nicht allein aus der multiplen Krise heraus entstanden, es baut auf kolonialen und neo-kolonialen sowie insbesondere neoliberalen Prozessen der Landkonzentration und der Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf. Aus diesem Grund – und um den regional spezifischen Kontext zu beleuchten – soll im fünften Kapitel ein historischer Abriss von Honduras gegeben werden, welcher insbesondere die Agrarpolitiken, die sich transformierenden Naturverhältnisse und die emanzipatorischen Kräfte in den Blick nimmt. Der zeitliche Schwerpunkt sind dabei die neoliberalen Jahrzehnte und darin insbesondere die Periode rund um den Putsch 2009. Konkrete Entwicklungen, welche für die im darauffolgenden Kapitel behandelten Fallbeispiele relevant sind, also diejenigen zur Energie-, Umwelt- und Forstpolitik, behandle ich spezifisch vor den jeweiligen Fallbeispielen. Zu Beginn dieses sechsten Kapitels wird außerdem ein knapper allgemeiner Überblick über die existierenden Land- und Green Grabbing-Dynamiken in Honduras allgemein sowie speziell im Lenca-Territorium geben. Den Schwerpunkt der Arbeit stellen jedoch die Beschreibung und die Analyse der Art und Weise der Durchsetzung von den Staudämmen La Aurora I und Agua Zarca sowie von REDD+ dar. Die Diplomarbeit schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und einem Ausblick.

2 Methode: Dekoloniale Aktionsforschung

Die gewählte alternative Methode für meine Forschungen gründet sich auf einem wissenschaftstheoretischen Standpunkt, der insbesondere aus dem Globalen Süden¹⁶, aus Lateinamerika, stammt – und auch in gewissen kritischen Strömungen aus dem Globalen Norden vorzufinden ist – und eine Kritik am eurozentrischen modernen Wissenschaftsmodell formuliert. Dieses beruht auf ontologischen und epistemologischen Grundlagen, die das vermeintlich objektive universelle wissenschaftliche Wissen als anderen (z. B. indigenen) Wissensformen überlegen erachtet und den rationalen Menschen von der Natur trennt (Sousa Santos 2009: 23 ff). Dem stellt Boaventura de Sousa Santos eine „Epistemologie des Südens“ entgegen:

Die Epistemologie des Südens denunziert den Epistemicizid [die Ausgrenzung und Unterdrückung der Wissensformen anderer Gruppen], während sie gleichzeitig analytische Instrumente anbietet, die ermöglichen, nicht nur unterdrücktes und marginalisiertes Wissen zurückzugewinnen, sondern auch die Bedingungen zu identifizieren, welche dazu befähigen, neue Wissensformen des Widerstands und der Schaffung von Alternativen zum globalen Kapitalismus und Kolonialismus zu aufzubauen.¹⁷ (Sousa Santos 2009: 12)

Ich möchte mich von der traditionellen und teilnahmslosen, scheinbar objektiven Forschung distanzieren, durch welche „die koloniale Differenz reproduziert wird, wo zwischen wissenden Subjekten und wissbar gemachten Objekten getrennt wird“ (Garbe 2012: 137). Auch will ich mich von Forschungen abgrenzen, welche auf „extraktive ausbeuterische Art und Weise [...] Information von den indigenen Gemeinden extrahieren, um Bücher zu produzieren, die nur den akademischen und universitären Laufbahnen dienen, ohne etwas oder kaum etwas an die Gemeinden zurückzugeben“¹⁸ (Leyva/Speed 2008: 35). Wenn letztendlich doch Informationen zurückgegeben werden, so häufig erst Monate oder Jahre später in Form einer für Bewegungen, die schnell reagieren müssen, oft verspätet ankommenden, wissenschaftlichen und schwer verständlichen Studie – teilweise gar in einer anderen Sprache (Edelmann 2009: 251). Aus diese Gründen versuchte ich, meine Methode als Absage an den traditionellen intellektuellen Kolonialismus (Fals Borda 2009: 17) zu gestalten.

¹⁶ Ich verwende in dieser Arbeit den Begriff ‚Globaler Süden‘ oder, angelehnt an die Weltsystem- und dekoloniale Theorie, ‚Peripherie‘ für jene Staaten und Regionen, die sonst häufig ‚Entwicklungsländer‘ oder ‚Dritte Welt‘ genannt werden. Diese Begriffe haben aus dekolonialer Sicht eine abwertende Konnotation, da sie suggerieren, die Länder seien *noch* nicht entwickelt und müssten den von entwickelten Industrieländern bzw. der ‚Ersten Welt‘ vorgegebenen Modernisierungspfad beschreiten. Die Einteilung Süden und Norden (oder auch Peripherie und Zentrum) ist nicht geographisch gemeint, sondern bezeichnet die geopolitische Verortung in einem ungleichen Weltsystem.

¹⁷ Span.: „La epistemología del Sur, al mismo tiempo que denuncia el epistemicidio, ofrece instrumentos analíticos que permiten, no sólo recuperar conocimientos suprimidos o marginalizados, sino también identificar las condiciones que tornen posible construir nuevos conocimientos de resistencia y de producción de alternativas al capitalismo y al colonialismo globales.“

¹⁸ Span.: „la naturaleza extractiva y explotadora [...] que extrae información de las comunidades indígenas para producir libros que benefician sólo las carreras académicas y universitarias sin devolver nada o casi nada, a la comunidad.“

Doch was heißt es, der dekolonialen Forderung nachzugehen, die Welt von den epistemischen ‚Rändern‘ und von den Standpunkten subalternen, diskriminierter Gruppen oder Völkern aus zu betrachten und beleuchten (vgl. Grosfoguel 2010: 311)? Welche Rolle kann ich dabei spielen, die ich mich als weiße, privilegierte, aus Europa stammende ‚Forscherin‘ identifiziere? Ich beabsichtige keinesfalls, die Rolle der Repräsentantin der Subalternen zu übernehmen, was wiederum selbst koloniale Züge hat (vgl. Walsh 2002: 188). So verorte ich mich am ehesten nicht nur als Forscherin, sondern auch als Aktivistin, die sich einerseits bemüht, offen zu sein und die eigenen Standpunkte zu verschieben, und andererseits versucht, sowohl in Honduras als auch Europa in dekolonialen emanzipatorischen Praktiken dominante Verhältnisse in Frage zu stellen und an emanzipatorischen und dekolonialen Prozessen beteiligt zu sein.

Aus diesem Grund orientierte ich meine Methode an der vom kolumbianischen Soziologen Orlando Fals Borda in den 1980ern entworfenen Partizipativen Aktionsforschung, welche ich aufgrund einer von mir formulierten Kritik und Erweiterung sowie angelehnt an die Dekoloniale Theorie und an Xóchitl Leyva und Shannon Speed (2008) eine ‚Dekoloniale Aktionsforschung‘ nennen möchte. Eine dekoloniale Forschung, in der nicht die eurozentrische, objektivistische, hierarchische Wissenschaft reproduziert werden soll, impliziert eine kritische Selbstreflexion meiner Position als (aktivistische) Forscherin sowie das Deutlichmachen meines Kontexts, meiner Herkunft, meiner Perspektive (Theorie), meines Zugangs zum Thema und der Art und Weise, in der das ‚Wissen geschaffen‘ wurde (die Methode).

2.1 Persönlicher Zugang

Ich fühle mich seit Längerem den emanzipatorischen Prozessen in Lateinamerika und Honduras verbunden und durfte im Laufe der Jahre in mehreren Aufenthalten und durch die solidarische Begleitung sozialer und indigener Bewegungen viele wichtige persönliche Erfahrungen machen, Gelerntes verlernen und Neues lernen. Im Jahr 2007 verbrachte ich ein halbes Jahr in der honduranischen Großstadt San Pedro Sula, im Sommer 2009 direkt nach dem Putsch ein Vierteljahr in einem Dorf im Departamento Santa Bárbara sowie in der Hauptstadt Tegucigalpa. Die bewegten Monate nach dem Staatsstreich stellten für mich, wie auch für viele Honduraner*innen, eine „Schule auf den Straßen“¹⁹ dar. Im Anschluss davon baute ich mit anderen Aktivist*innen aus Deutschland ein Solidaritätsnetzwerk auf, mit dem wir als HondurasDelegation Ende 2010 einige an der Widerstandsbewegung FNRP mitwirkende Organisationen besuchten, unter anderem COPINH in La Esperanza. Auf diese Delegationsreise

¹⁹ Span.: „escuela en las calles“ – aus einem von mir getätigten Interview mit dem Historiker und Mitglied der Widerstandsfront FNRP, Edgar Soriano, im Dezember 2010

folgten kontinuierliche journalistische Arbeit, Kampagnen, Veranstaltungen, die solidarische Begleitung mehrerer sozialer, indigener sowie Menschenrechts- und Umweltbewegungen und die Organisation weiterer Reisen nach Honduras oder aus Honduras nach Europa. So koordinierte ich 2012 innerhalb der Honduras-Delegation eine Delegationsreise der derzeitigen Koordinatorin von COPINH, Bertha Cáceres, nach Europa, in welcher die territoriale Verteidigung, insbesondere vor ‚grünen‘ Projekten, im Vordergrund stand. Diese Reise, meine Eingebundenheit in die Ernährungssouveränitätsbewegung, die Auseinandersetzung mit Fragen nach Zugang zu Land in Europa sowie die Beschäftigung mit der Green Economy im Vorfeld des Rio+20 im Jahr 2012 brachten mich auf die Idee, anzufragen, ob COPINH mit einer Studie zu Green Grabbing in der Lenca-Region einverstanden wäre – was der Fall war.

2.2 Einführung in die Aktionsforschung und kritische Reflexion

Der Partizipativen Aktionsforschung liegt als zentrales Element zugrunde, den Objekt-Subjekt-Unterschied zwischen ‚Beforschten‘ – einer sozialen, indigenen, bäuerlichen Bewegung – und Forscher*innen zu verringern. Dies wird durch ein In-Dialog-Treten und die beidseitige Identifizierung mit den Anliegen der Bewegung ermöglicht. Der*die Wissenschaftler*in geht dabei einen ‚compromiso‘ (eine Art Verbindlichkeit oder Engagement) ein:

die Aktion oder Einstellung des Intellektuellen, der, indem er sich bewusst wird über seine Zugehörigkeit zur Gesellschaft und zur Welt seiner Zeit, die Position des einfachen Beobachters aufgibt und sein Denken oder seine Kunst in den Dienst einer Sache stellt.²⁰ (Fals Borda 2009: 243)

Gemeinsames Ziel der ‚unterdrückten Klasse‘ und Forscher*in ist die soziale Transformation (Fals Borda/Rahman 1991: 4). Damit ist die Partizipative Aktionsforschung in der schon lange existierenden kritischen Sozialwissenschaft zu verorten, welche auf philosophischer Ebene auf Marx‘ Thesen über Feuerbach (Marx 1969 [1845]) zurückgeht. In diesen kommt Marx zu dem Schluss, die Philosophie solle sich in den Dienst der Transformation stellen, im Sinne der Maxime: Die Welt erforschen, um sie zu verändern (Fals Borda 2009: 253). Dieser Ansatz wird dem positivistischen Paradigma gegenübergestellt, „das die Praxis als rein technologische Manipulation und vernunftmäßige Kontrolle der Vorgänge in der Natur und in der Gesellschaft interpretiert“ (Moser/Ornauer 1978: 94; vgl. Fals Borda 2009: 274). Trotz oder aufgrund der Dominanz positivistischer Zugänge in vielen Disziplinen ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Ursprünge der Sozialwissenschaft grundlegend aktivistisch sind und die Forscher*innen tief in das, was heutzutage als soziale Bewegungen identifiziert wird,

²⁰ Span.: „es la acción o la actitud del intelectual que, al tomar conciencia de su pertenencia a la sociedad y al mundo de su tiempo, renuncia a una posición de simple espectador y coloca su pensamiento o su arte al servicio de una causa.“

eingebunden waren (Edelmann 2009: 25). Mehrfach wurde inzwischen aufgezeigt, dass jegliche Beobachtung oder Forschung, sei sie distanziert und teilnahmslos oder partizipativ, eine gewisse Subjektivität und Voreingenommenheit mit sich bringt. Dies spricht den wissenschaftlichen Charakter nicht unbedingt ab (vgl. Fals Borda/Rahman 1991: 14 f). Dennoch stimme ich mit Marc Edelmann überein, der in seinem Essay „Synergies and Tensions between Rural Social Movements and Professional Researchers“ feststellt, dass eine Glaubwürdigkeit der Forschungsergebnisse nur durch die Bewahrung einer gewissen kritischen Distanz zur sozialen Bewegung, über die die aktivistischen Forscher*innen recherchieren, zu erreichen ist (Edelmann 2009: 255). So war es mir wichtig, die Positionen und Informationen nicht nur von COPINH, sondern einer Vielzahl verschiedener Akteure aus dem Bewegungsspektrum sowie den staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen einzuholen und abzugleichen; Informationen sind generell über mehrere Personen oder schriftliche Quellen so weit wie möglich überprüft worden. Die Quellen werden dabei stets kenntlich gemacht.

Partizipative Aktionsforschung impliziert:

the acquisition of serious and reliable knowledge upon which to construct power, or countervailing power, for the poor, oppressed and exploited groups and social classes -the grassroots - and for their authentic organizations and movements. The final aims of this combination of liberating knowledge and political power within a continuous process of life and work are: (1) to enable the oppressed groups and classes to acquire sufficient creative and transforming leverage as expressed in specific projects, acts and struggles; and (2) to produce and develop sociopolitical thought processes with which popular bases can identify. (Fals Borda/Rahman 1991: 3 f)

Abgrenzen möchte ich mich entschieden von der in der älteren Tradition der Aktionsforschung vorherrschenden Idee der Bewusstseinsarbeit, welche die Forscher*innen durch ihre aktive Recherche leisten sollen, um die Handlungsfähigkeit der subalternen Gruppen zu ermöglichen. Dieser Anspruch läuft Gefahr, koloniale Muster und das traditionelle asymmetrische Verhältnis zwischen wissenden Subjekten und wissbar gemachten oder zum Bewusstsein zu befähigenden ‚Forschungsobjekten‘ zu reproduzieren. Die Forschung tätigte ich vielmehr vorwiegend aus meinem eigenen Interesse am Thema heraus, um von den durchaus wissenden Subjekten zu lernen und um möglicherweise einen für mich leistbaren Beitrag zum Einsatz von COPINH gegen die territorialen Bedrohungen zu leisten, jedoch keineswegs mit dem Zweck, zu ideologisieren, COPINH's Tun zu beeinflussen oder zu lenken. In diesem Sinne orientiere ich mich mehr an der dekolonialen Methode von Xóchitl Levya und Shannon Speed (2008) mit der Bezeichnung „investigación de co-labor“ (etwa: Zusammenarbeitende Forschung). Diese vertreten unter anderem den Ansatz, dass die Interessen, Ideen, Ziele und Methoden des*der Forscher*in nicht über die der ‚Erforschten‘ gestellt werden sollen. Das Subjekt-Objekt-Verhältnis zwischen Forscher*in und sozialer/indigener Bewegung zu enthierarchisieren stellt

einen wichtigen Ansatz dar, die Trennung komplett aufzulösen ist meiner Meinung nach jedoch ein Anspruch, welcher weder erfüllbar noch wünschenswert ist, da dadurch die sehr unterschiedlichen spezifischen Kontexte ignoriert und unsichtbar gemacht werden. Ich fand es wichtig und konnte auch gar nicht umhin, mir meiner Rolle als weiße privilegierte Europäerin stets bewusst zu sein.

Einen Unterschied zur in der Aktionsforschung schwerpunktmäßig behandelten Rechercheform sehe ich außerdem darin, dass ich keine ethnographische oder soziologische Studie *über* COPINH durchführte. Auf diese indigene Bewegung wird gegen Ende des Theorie-Kapitels und im geschichtlichen Kapitel etwas ausführlicher eingegangen. Ihre territoriale Verteidigung schwingt in allen Fallbeispielen mit. Eine Analyse von COPINH ist jedoch bewusst nicht der Fokus der Arbeit – dies auch vor dem Hintergrund, dass soziologische oder anthropologische Studien in der Vergangenheit häufig von staatlichen Geheimdiensten oder Firmen ausgenutzt und gegen die sozialen oder indigenen Bewegungen verwendet wurden, um deren Struktur und Strategien durchschauen und Widerstände brechen zu können²¹ (vgl. Fals Borda 2009: 239; Edelmann 2009: 252). So nehmen auch Staudammfirmen in Honduras Aufstellungen und Analysen über die den Projekten ‚gefährlich‘ gesinnten Organisationen vor, wie aus einer Präsentation, die mir die Unternehmerin Elsia Paz überließ, deutlich wird. COPINH zählt in Paz‘ Augen zu einer der radikalsten und für Staudammprojekte gefährlichsten Bewegungen im Land (INT 27). Ich sah somit keinen Sinn in einer Analyse der Strategien, deren (Nicht-) Effektivität oder internen/externen Schwierigkeiten von COPINH und fühle mich auch nicht zu einer Beurteilung darüber legitimiert. So handelt es sich vielmehr um eine Recherche über die von COPINH als bedrohlich empfundenen ‚grünen‘ Projekte. Dazu musste ich selbstverständlich einige Zeit mit COPINH verbringen, ihre Positionen, Arbeitsweisen und relevanten Themen und Kämpfe kennenlernen und mit ihnen die Inhalte der Studie klären.

Marc Edelmann (2009) wirft weitere kritische Punkte hinsichtlich aktivistischer Forschungen auf, welche auch mich während der Recherche beschäftigten. Dazu gehört die Frage, zu welchen Fraktionen oder Individuen der Bewegung sich der*die Forscher*in verbunden oder verpflichtet fühlt und an welchen Interessen er*sie sich orientiert. Handelte es sich in meinem Fall allein um die Koordination von COPINH mit Sitz in La Esperanza – der Stadt, in der ich

²¹ Beispielsweise wird in einer Stellungnahme des honduranischen indigenen Observatoriums ODHPINH (2013 a) die „Informierung unserer Völker über das Human Terrain System und die Untersuchungen, die darin gemacht wurden, aufgrund der Möglichkeit, dass wir uns als indigene Völker in ein Aufstandsbekämpfungs-Objekt verwandeln“ gefordert. Dieses System ist eine Art anthropologische Einheit des US-amerikanischen Militärs bestehend aus Sozialwissenschaftler*innen zur Erforschung lokaler Bevölkerungen, vordergründig zur Konfliktreduzierung. Siehe: <http://www.aaanet.org/issues/policy-advocacy/statement-on-HTS.cfm> [15.11.2013]

während der drei Monate wohnhaft war? Die (von der Basis alle zwei Jahre gewählte) Koordination, bestehend aus 20 Mitgliedern, war durchaus meine Anlaufstelle, ich verbrachte viel Zeit im dortigen Büro und war im zukünftigen Frauenhaus von COPINH untergebracht. Aufgrund logistischer Probleme, wie dem fehlenden Zugang zu einem Auto, oft nicht existierender E-Mail- und Telefonkontakte von COPINH-Mitgliedern aus der Basis sowie geringer Zeitressourcen konnte ich meinem Anspruch, mehr Zeit in Basisgemeinden zu verbringen, nicht ganz gerecht werden. Ich versuchte jedoch, bei so vielen Besuchen der COPINH-Koordination in Basisgemeinden, Versammlungen und Mobilisierungen wie möglich teilzunehmen und mit von Staudämmen direkt betroffenen Gemeinden in Kontakt zu treten.

Die von der Aktionsforschung vorgeschlagenen Methoden beinhaltet den längeren Aufenthalt innerhalb des soziokulturellen Kontexts der relevanten Bewegung, um auch ein emotionales Lernverhältnis und ein Einfühlen in die andere Lebenswelt zu ermöglichen (Fals Borda/Rahman 1991: 11). Auch die kollektive Forschung zwischen Forscher*in und sozialer/indigener Bewegung ist ein wichtiges Element (ebd.: 8). Es werden ebenso gebräuchliche Methoden wie Interviews, Feldtagebücher, Statistiken, Aufnahmen, etc. verwendet, dies jedoch mit dem Hinweis, zu starre Strukturen zu vermeiden und stets den Dialog in den Vordergrund zu stellen (ebd.: 10). Der teilnehmenden Beobachtung wird die aktive Beteiligung vorgezogen (Fals Borda 2009: 235). Auch hierbei muss ich jedoch meine Skepsis anbringen; so fand ich es oft durchaus wichtig, unbeteiligt in Versammlungen zu sitzen und mich gerade aufgrund meiner Rolle als weiße europäische (aktivistische) Forscherin zurückzuhalten und zuzuhören. Ein zu starkes Eingreifen wäre einerseits selten produktiv und sinnvoll – und obendrein konträr zum dekolonialen Anspruch. Wie ich in Folge darstelle und kritisch reflektiere, versuchte ich, die für die jeweilige Situation adäquate Mischung an eben erwähnten Methoden anzuwenden.

2.3 Darstellung des Forschungsprozesses

Während meines Rechercheaufenthalts vor Ort von Anfang Januar bis Anfang April 2013 hielt ich mich vorwiegend in der Stadt La Esperanza im Departamento Intibucá auf, dem Hauptsitz von COPINH, reiste jedoch für Interviews, Versammlungen und Mobilisierungen viel nach Tegucigalpa und an andere Orte. Wenngleich ein kollektiver Forschungsprozess von mir angestrebt wurde, gelang mir dies aufgrund der zeitlichen Einschränkungen und höchst brisanten Aktivitäten von COPINH nur teilweise. Nachdem ich schon Monate zuvor das Einverständnis über den Forschungsaufenthalt bei COPINH eingeholt hatte, beschrieb ich zu Beginn in einer kleinen Versammlung mit der Koordination meine Idee, stimmte diese mit dem

Interesse von COPINH ab und fragte danach, welche Projekte ihrer Einschätzung nach am bedrohlichsten und repräsentativsten oder für eine Forschung am relevantesten seien. Dabei wurden die Staudämme La Aurora I und Agua Zarca sowie REDD+ erwähnt, dies aber etwa an gleicher Stelle mit zahlreichen anderen Projekten. Ich wollte meine Recherche jedoch auf drei Fallbeispiele beschränken. Vorrangiges Ziel wurde dadurch, zuallererst einen Überblick über die Vielzahl an Land und Green Grabbing-Projekten im Lenca-Territorium zu bekommen, um im Anschluss drei Projekte auswählen zu können. Der Vorschlag einer Ausarbeitung einer Landkarte mit den bedrohlichen Projekten fand großen Anklang, war es doch etwas, was auch schon länger von COPINH angedacht gewesen war. Landkarten stellen eines der Hauptutensilien zur Konstruktion der kolonialen Welt dar (Moreno 2012 b: 88), sie können jedoch auch als gegenhegemoniales Werkzeug verwendet werden. In einem großen und mehreren kleineren kollektiven Kartierungs-Treffen²² mit COPINH-Mitgliedern aus unterschiedlichen Departamentos der Lenca-Region entstand die Basis für die Befüllung der alternativen Landkarte, welche ich mit Informationen aus offiziellen Listen über Bergbau- und erneuerbare Energieprojekte, die ich bei Besuchen und Interviews bei Regierungsstellen anfragte, abglich und ergänzte. Die drei entstandenen Landkarten von Intibucá, Lempira und La Paz befinden sich im Anhang. Die Entscheidung zur Auswahl der Fallstudien nahm längere Zeit in Anspruch. Dies hing damit zusammen, dass ich meine Interessen, Ideen und Ziele nicht denen von COPINH voranstellen wollte – was letztendlich auch kaum möglich gewesen wäre; ich musste mich schier dem Rhythmus von COPINH anpassen, der stets in unzählige dringlichere Aktivitäten verwickelt war. Erwartungen, mehr Raum einnehmen zu können, Materialien rasch übermittelt zu bekommen, mit COPINH an die Orte der Fallbeispiele zu fahren, mit ihnen so schnell wie möglich Treffen zu organisieren, musste ich schnell zurückschrauben und verstand, was Edelmann in seinem Essay anmerkt:

Some academic researchers expect that the people they accompany or study will or ought to accommodate their needs for time-consuming conversations or other contributions [...]. The benefits of meeting the researcher's needs may be unclear or abstract, minimal or nonexistent, or realisable only far in the future. [...] Attending the academic researcher can become yet another burden and source of stress for the activist. (Edelmann 2009: 254)

Mich nicht aufzudrängen, die persönlichen Erwartungen anzupassen und so gut wie möglich eigenständig zu recherchieren, stellte eine Herausforderung und gleichzeitig eine wichtige Erfahrung dar. So lagen viele Entscheidungen bezüglich der Art und Weise meines

²² Die kollektiven Mappings führten wir durch am 13.2. in La Esperanza/Intibucá; 16.3. in Colomoncagua/Intibucá; 19.3. in Marcala/La Paz; 25./26.3. in La Esperanza/Intibucá. Dabei platzierten die Beteiligten von mir erstellte Symbol-Sticker (Mine, Staudamm, Abholzung, REDD+, Windpark, Naturschutzpark, Militarisierung/Militärbasis) auf große Landkarten zu Intibucá, La Paz und Lempira und erzählten mir oder sich gegenseitig, was sie dazu wussten, während ich die Gespräche aufzeichnete. Auf die Methode der kollektiven Kartierung stieß ich über die argentinische Gruppe ‚Iconoclasistas‘: <http://www.iconoclasistas.net/> [10.12.2013]

aktivistischen Engagements mit COPINH, der Gestaltung der Forschung und der Auswahl der Fallbeispiele (innerhalb der von ihnen als wichtig erwähnten) letztendlich bei mir selbst.

Insgesamt führte ich rund 60 Interviews mit COPINH-Mitgliedern aus Koordination und Basis oder mit nicht organisierten, von Green Grabbing betroffenen Personen, Vertreter*innen weiterer indigener Organisationen und Umweltbewegungen, staatlichen Funktionär*innen, an Staudämmen beteiligten privatwirtschaftlichen Akteuren und bei REDD+ engagierten Entwicklungsvertreter*innen durch, von denen ich letztendlich nur knapp über 40 für diese Arbeit verwende²³. Die Form der Interviewführung hing jeweils vom Zweck des Interviews und von den Gesprächspartner*innen ab, so variierte sie zwischen Leitfaden-Interview, spontanem Interview, Gruppeninterview, schriftlichem Interview und ‚Expert*innen-Interview‘. Mit Letzterem sind dabei keineswegs nur die ‚offiziellen‘ Interviews gemeint: Mir fiel auf, dass beispielsweise COPINH-Mitglieder und in anderen indigenen und Umweltbewegungen Aktive oft vielmehr ‚Expert*innen‘ ihres Metiers waren als beispielsweise Staatssekretär*innen, Regierungsbeamte oder Unternehmer*innen, bei welchen ich mir oft nicht sicher sein konnte, wie viele der Informationen der Wahrheit entsprachen und wie viel mir vorenthalten wurde. So kontrastieren teilweise Aussagen von Staudammbesitzer*innen und der betroffenen lokalen Bevölkerung stark. In diesem Wechselspiel zwischen Interviews mit an der Durchsetzung von Green Grabs beteiligten Akteur*innen und Betroffenen oder Gegner*innen, versuchte ich meine Rolle als weiße europäische Wissenschaftlerin auf dekoloniale Art und Weise umzukehren oder auszunützen, um von Ersteren relevante Informationen für die Letzteren herauszufinden – Informationen, die COPINH-Mitgliedern aufgrund der Diskriminierung von Indigenen und dem strategischen Vorenthalten von Informationen, um Widerstand zu erschweren, kaum zugänglich gewesen wären. Dieses Material leitete ich stets direkt an COPINH und befreundete Umweltbewegungen weiter. Um dem Anspruch der dekolonialen Forschung gerecht zu werden und keine Informationen zu ‚extrahieren‘, mit dem einzigen Ziel einer deutschsprachige Diplomarbeit, erarbeitete ich neben den Landkarten auch eine Broschüre mit den bis dahin erzielten Resultaten über das Thema Verteidigung der Territorien, welche auf dem mehrtägigen Fußmarsch „Schritt für Schritt für die Würde und Souveränität“²⁴ in Verteidigung der Territorien verteilt und diskutiert wurde, sowie dazugehörige Radiosendungen, die in den COPINH-Radios ausgestrahlt wurden. Mich in die Prozesse

²³ Nach den Interviews machte ich Gedächtnisprotokolle und vergab die Kategorien A bis D (A = sehr hilfreiches Interview, das vollständig transkribiert wird, B = gutes Interview, das stichpunktartig oder teilweise transkribiert wird, C = mäßig hilfreich, notieren weniger Passagen, und D = nicht relevant). Auch verwendete ich ein Feldtagebuch, in dem ich alle nicht aufgenommenen Gespräche, Versammlungen, Eindrücke und Geschehnisse dokumentierte.

²⁴ Span.: „Paso a paso por la dignidad y la soberanía“, siehe HondurasDelegation (3.3.2013)

einzubinden, zu partizipieren und Verantwortung zu übernehmen (vgl. Hale 2007: 101) bedeutete auch, nicht nach der Beendigung der Recherche vor Ort ‚weg‘ zu sein, sondern weiterhin in engem Kontakt zu bleiben und die Kämpfe so gut wie möglich von hier aus zu begleiten und zu unterstützen. Der aktivistische Forschungsprozess endete somit nicht im April 2013, sondern vollzog sich aus der Distanz noch das ganze Jahr über. Drei der verwendeten Interviews, in denen ich offen gebliebene Fragen klärte und mich über aktuelle Entwicklungen informierte, stammen deshalb von Ende 2013. Zwei davon erfolgten schriftlich, ein weiteres führte ein Mitglied der Honduras-Delegation mithilfe meines Leitfadens vor Ort für mich durch. Auch aus Telefonaten entstammen manche aktuellere Informationen.

REDD+ als Fallbeispiel zu wählen war keine schwierige Entscheidung, da das Thema gerade sehr aktuell war: Während meines Aufenthalts wurde das honduranische Vorbereitungsdokument (das sogenannte R-PP) diskutiert und angenommen. Ich konzentrierte mich somit auf den nationalen REDD+ Vorbereitungsprozess und weniger auf die privaten REDD(+) Initiativen, die unter anderem im Lenca-Territorium versucht wurden, durchzusetzen. Die Recherchen stützen sich einerseits auf Interviews mit und Statements von COPINH sowie das kollektive Mapping am 13.2.2013, andererseits auf offizielle Dokumente, Briefe bzw. Stellungnahmen indigener Organisationen und Interviews mit den am *nationalen* REDD+Prozess beteiligten Akteuren. Auf Einladung der GIZ konnte ich dem Treffen des REDD-Unterausschusses am 15. Februar 2013 beiwohnen. So hatte ich die Gelegenheit, jeweils den aktuellen Stand in Erfahrung zu bringen und an COPINH weiterzugeben. Da sich REDD+ in Honduras derzeit noch in der Vorbereitung befindet, geht es bei diesem Fallbeispiel hauptsächlich um eine kritische Analyse des Prozesses und nicht um konkrete Auswirkungen. Auf dem aktuellen Stand blieb ich v. a. durch den Kontakt mit Adalberto Padilla (IUCN).

Für den Staudamm La Aurora I fiel die Entscheidung Anfang März, nachdem das Projekt immer wieder Erwähnung fand. Die Recherchen dazu beruhen vorwiegend auf Interviews, da es keinerlei andere journalistische oder wissenschaftliche Recherchen zu dem Wasserkraftwerk gibt und es außerdem kaum möglich war, Zugang zu wichtigen offiziellen Dokumenten zu erhalten; die betreibende Firma besitzt keine Homepage und enthielt insbesondere der lokalen Bevölkerung wichtige Informationen vor. Durch den Kontakt und die Interviews mit den Staudamm-Akteuren erhielt ich zumindest einige Informationen und Dokumente, sowie eine Führung auf der eigentlich strikt abgesperrten Staudamm-Baustelle. Die gesammelten offiziellen Informationen und Fotos der Baustelle konnte ich damit an die lokale Bevölkerung weitergeben. Lilian Esperanza Lopez, die in Staudamm-Nähe lebt und in der Koordination von

COPINH sowie im lokalen indigenen COPINH-Rat von San José (Departamento La Paz) aktiv ist, ermöglichte mir, problemlos betroffene und im Protest aktive Personen kennenzulernen und zu interviewen. Bei den meisten Interviewpartner*innen handelte es sich um Frauen, die eine sehr zentrale Rolle im Widerstand spielten. Da der Staudamm so gut wie abgeschlossen ist, konnte diese Fallstudie nicht direkt zum Widerstand gegen die Durchführung des Projekts beitragen. Allerdings besteht die Möglichkeit, dass die Analyse Auswirkungen auf weitere von derselben Firma geplante Projekte und auf die Registrierung der Projekte als Clean Development Mechanism CDM hat.²⁵

Die Entscheidung, den Staudamm Agua Zarca ebenfalls in die Arbeit aufzunehmen, kam erst spät, als sich die Situation in der betroffenen Region Río Blanco zuspitzte und mit einer permanenten Straßenblockade begonnen wurde. Leider fand dies in den letzten Tagen meines aufgrund des Visums nicht verlängerbaren Aufenthalts statt, wodurch ich die abgelegene Konfliktregion Río Blanco nicht mehr persönlich besuchen konnte. So kam ich nur im Zuge einer Demonstration gegen Agua Zarca am 14. März in La Esperanza mit lokalen Staudammgegner*innen, die bei COPINH organisiert sind, in Kontakt, bei der ich mehrere kurze Interviews durchführte. Agua Zarca mit in die partizipative Forschung aufzunehmen, erschien mir dennoch insbesondere deshalb wichtig, da die Chance bestand, den Staudamm noch zu verhindern. Der größte Teil der Recherche fand somit aus der Distanz statt – über Internet-Recherche; die zahlreichen Kommuniqués von COPINH; Berichte von anderen Mitgliedern der HondurasDelegation und von Partnerorganisationen; Interviews, die von mir bekannten und vertrauenswürdigen Personen durchgeführt wurden; Audios und Videos; Telefonate und E-Mail-Verkehr sowie offizielle Dokumente und im Laufe der Zeit entstandene Studien und Berichte. Im Sinne der dekolonialen Aktionsforschung dienten die gesammelten Informationen insbesondere der Unterstützung der betroffenen COPINH-Gemeinden. So war ich als Mitglied der HondurasDelegation in einem wachsenden transnationalen Solidaritätsnetzwerk an Kampagnen und insbesondere der Recherche und Lobby-Arbeit bezüglich der Geldgeber beteiligt²⁶.

²⁵ Z. B. konnte die Aurora I-Studie schon als Fallbeispiel dienen für eine Sammlung von problematischen CDM-Projekten, die für 19. Konferenz der Klimarahmenkonvention (COP 19) von Carbon Market Watch erstellt wurde: <http://carbonmarketwatch.org/local-realities-of-cdm-projects-a-compilation-of-case-studies/> [5.12.2013]

²⁶ Siehe dazu u. a.: http://www.banktrack.org/show/dodgydeals/agua_zarca_dam [10.12.2013]

3 Theoretische Einordnung von Green Grabbing

Turning political economy into political ecology with a strategy inspired by considerations of socio-environmental justice is essential if a positive and enabling interweaving of society [and] nature [...] is to be regained. This in turn requires a systematic resistance to the dominant forces that celebrate a continuing ecological colonization, international control over and private appropriation of nature's resources.

Eric Swyngedouw (2004: 181)

3.1 Aktueller Forschungsstand

Der Begriff Green Grabbing wurde im Jahr 2008 durch den Guardian-Journalisten John Vidal geprägt (Vidal 2008; Fairhead 2012: 238), fand jedoch erst 2012 durch eine vom ‚Journal of Peasant Studies‘ unter Leitung von James Fairhead, Melissa Leach und Ian Scoones zu dem Thema herausgegebene Sonderausgabe (Vol. 39, Nr. 2) Eingang in die wissenschaftliche Debatte. Seitdem wurde das Phänomen in einigen weiteren wissenschaftlichen Artikeln diskutiert (vgl. Nowak 2013; Backhouse 2013) oder mit Fallbeispielen untermauert (vgl. Kerssen 2013; Fatheuer 2013). Mehrere ‚Calls for Papers‘ suggerieren, dass das Interesse an der Analysekategorie Green Grabbing steigt²⁷. Betrachtet man Artikel und Monographien über ‚grüne‘, aus Klima- und Umweltschutz motivierte Landaneignungen, welche nicht konkret den Begriff Green Grabbing verwenden, so kann von einer inzwischen relativ großen Anzahl unterschiedlicher theoriegeleiteter und empirischer Analysen über das Phänomen gesprochen werden. Die theoretische Spannweite reicht von soziologischen und anthropologischen über kritisch geographische, kritisch agrarwissenschaftliche, politökonomische und polit-ökologische, bis hin zu diskursanalytischen, hegemonieanalytischen, öko-feministischen sowie dekolonialen Zugängen und greift insbesondere zurück auf Ansätze, welche die Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur kritisch in den Blick nehmen. Darunter fallen Ansätze wie die ‚Neoliberalisierung der Natur‘ (Castree 2008a, b), ‚Finanzialisierung der Natur‘ (vgl. Sullivan 2011, 2012; Tricarico 2011; Kaltenbrunner/Newman *et al.* 2011), die ‚gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘ (Görg 1999; Brand/Görg 2003), die ‚Akkumulation durch Enteignung‘ (Harvey 2003, 2005, 2006 a), ‚green governmentality‘ oder ‚environmentality‘ (Luke 1997; Agrawal 2005) sowie ‚Kolonialität der Natur‘ (Alimonda 2011 b; Gómez Bonilla 2012).

Insbesondere stellt Green Grabbing, wie der Name verdeutlicht, einen neuen Beitrag zur seit einigen Jahren etablierten kritischen Auseinandersetzung mit ‚Land Grabbing‘ dar. Das

²⁷ z. B. <http://grabbinggreen.wordpress.com/abstracts/> [6.12.2013]

Konzept Land Grabbing versucht, den in den letzten Jahren explosionsartigen Anstieg an meist großflächigen kommerziellen Landaneignungen zu fassen (Borras/Franco *et al.* 2011: 210; Borras/Ruth *et al.* 2012: 2010; Benjaminsen/Bryceson 2012: 335). Deren Ausmaße sind so gravierend, dass im Jahr 2009 der Vorsitzende der UN-Lebensmittel- und Agrarorganisation FAO, Jacques Diouf, vor Neokolonialismus warnte (Blas 2008).

Während einige wissenschaftliche Analysen und von NGOs erarbeitete Studien zu Land Grabbing das Phänomen als Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise 2007-2008 erklären, als vorwiegend afrikanisches Problem sehen und auf eine „foreignisation“ (Zoomers 2010), also Landaneignung durch ausländische Staaten oder Unternehmen, beschränken, verdeutlichen Saturnio Borras *et al.* (2011, 2012), wie wichtig es ist, die theoretischen und empirischen Parameter zu erweitern: Land Grabbing sollte als Phänomen erkannt werden, das in die aktuelle kapitalistische neoliberale Entwicklung und in den Kontext der multiplen Krise (v.a. Hunger-, Klima-, Wirtschafts-, Finanz-, Energiekrise) eingebettet ist (Borras/Franco *et al.* 2012: 846). Diesen zeitdiagnostischen Rahmen werde ich im dritten Kapitel ausführen. Neben Land Grabbing für Nahrungsmittelproduktion identifizieren sie drei weitere Gründe für das stark gestiegene Interesse an Investitionen in Land: die Absicherung von Energieträgern und Treibstoffquellen, Klimaschutzmaßnahmen sowie die von nach Anlagefeldern suchendem Kapital ausgehende gestiegene Nachfrage nach Ressourcen (ebd.: 845). Green Grabbing ist somit im Kontext einer erweiterten Definition von Land Grabbing zu verstehen:

[C]ontemporary land grabbing is the capturing of control of relatively vast tracts of land and other natural resources through a variety of mechanisms and forms that involve large-scale capital that often shifts resource use orientation into extractive character, whether for international or domestic purposes, as capital's response to the convergence of food, energy and financial crises, climate change mitigation imperatives, and demands for resources from newer hubs of global capital. (ebd.: 851)

Interessant ist hierbei die Erwähnung des extraktiven Charakters von Land Grabbing. Extraktivismus beschreibt ein Wirtschaftsmodell, das auf der Ausbeutung und Aneignung natürlicher Ressourcen beruht, die meist aus dem Globalen Süden stammen und in den Globalen Norden transportiert werden. Wird Extraktivismus weiter gefasst, gehören dazu nicht nur traditioneller Bergbau oder Ölförderung, sondern beispielsweise auch großflächiger Holzabbau, Agrartreibstoff-Produktion oder große Infrastrukturprojekte wie Staudämme (vgl. Svampa 2011; FoEI 2013: 9; Veltmeyer 2013). Im Laufe dieser Arbeit wird das enge Verhältnis von ‚grünen‘ und typisch extraktiven/extraktivistischen ‚braunen‘ Praktiken sowie der letztendlich ebenso extraktivistische Charakter von Green Grabbing deutlich werden.

Mit Green Grabbing ist ‚grünes‘ Land Grabbing gemeint, also die Land- und

Ressourcenaneignung im Namen des Klima- und Umweltschutzes (vgl. Fairhead/Leach *et al.* 2012: 238). Laut Andreas Nowak begründet Green Grabbing „die private Aneignung von Land, Wasser, Wald, Fauna und Flora damit, dass dies zum Wohle all dieser Dinge und Menschen sei“ (Nowak 2013: 247). Das Spezifische des Green Grabbing ist somit, dass die grüne Agenda Legitimation – sowie nach Fairhead und Leach *et al.* (ebd.: 237) – Ursache und Ziel der Land- und Ressourcenaneignung darstellt. Ebenso liegt ihm die Prämisse zugrunde, dass die Natur verkauft werden muss, um sie zu retten (Leach 2012). Naturschutz ist dabei explizit mit kommerziellem Interessen verbunden (Fairhead/Leach *et al.* 2013: 240). Neu ist auch die Art und Weise, in der Natur konstruiert und als berechenbares ‚Naturkapital‘ definiert wird. Dies wird in weiterer Folge mit der verstärkten Inwertsetzung und Finanzialisierung der Natur beschrieben (vgl. ebd.: 237).

Im Journal of Peasant Studies wird aufgezeigt, dass es sich bei Green Grabbing somit um etwas Neues handelt. Einerseits baut es durchaus auf langjährigen Enteignungsprozessen und (neo-)kolonialen Landaneignungen im Namen des Umweltschutzes (wie beispielsweise exklusive Naturschutzparks) auf (ebd.: 239). Andererseits weist es neue Qualitäten auf; dies v. a. hinsichtlich der Inwertsetzung und Finanzialisierung der Natur, der dahinterliegenden kulturellen, wirtschaftlichen und politischen sowie diskursiven Logik und Dynamiken und ebenso bezüglich der involvierten Akteure: „today there are many more players implicated, who are more deeply embedded in capitalist networks, and operating across scales, with profound implications for resource control and access.“ (ebd.: 239). Häufig handelt es sich um neue Allianzen zwischen einer breiten Vielfalt von Akteuren, seien es staatliche Einheiten, nationale und inter-/multinationale Unternehmen, Banken, Investment-Fonds, Naturschutzorganisationen, Militär, private Sicherheitsdienste, neu gegründete Emissionsmarkt-Firmen oder ‚bewusste Konsument*innen‘ (ebd.: 239, 249 f).

Eine detaillierte Klärung dieses Neuen am Green Grabbing, bzw. eine Kontextualisierung oder zeitdiagnostische Analyse wird im dritten Kapitel vorgenommen, in dem auch spezifischer auf einige der das Green Grabbing vorantreibenden Entwicklungen eingegangen wird. Nach einer kurzen kritischen Erweiterung des Green Grabbing-Konzepts folgt eine Einführung in die in dieser Arbeit verwendeten theoretischen Grundlagen zum Verständnis von Green Grabbing.

Kritik und Erweiterung des Green Grabbing-Konzepts

Unter Green Grabbing werden der Schutz der Biodiversität, Verfahren zur Bindung von CO₂²⁸, Agrartreibstoffe, Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen²⁹, Öko-Tourismus und kommerzielle Naturschutzparks sowie Offsets³⁰ des Emissionshandels gezählt (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 237). Ich beziehe jedoch auch Projekte zur Produktion erneuerbarer Energie mit ein, wenn diese gewisse Kriterien erfüllen. Die knappe Definition von Green Grabbing als ‚Land Grabbing im Namen der Umwelt‘ oder ‚grünes‘ Land Grabbing würde ein breites Spektrum von Naturaneignungen umfassen und auch ‚alte‘ Formen mit einschließen. In den Fallbeispielen der Sonderausgabe des Journal of Peasant Studies werden auch Naturschutzparks, Öko-Tourismus und ‚ökologisch sensible‘ Bioprospektion³¹ als Green Grabbing gefasst (Ojeda 2012; Benjaminsen/Bryceson 2012; Gardner 2012; Ybarra 2012; Snijders 2012; Neimark 2012). Dabei wird teilweise nicht ausreichend argumentiert, weshalb diese eine neue Art des Grabbing darstellen, ob sie also mit dem aktuellen Kontext der multiplen Krise und der finanzdominierten Akkumulation in Verbindung stehen. In der mir bekannten wissenschaftlichen Literatur zu Green Grabbing werden ‚grüne‘ Energie-Projekte allein im Fall von Agrartreibstoffen als Green Grabbing gefasst; dies wiederum nur dann, wenn es sich um Agrartreibstoffproduktion, handelt welche von einem ökologischen Antrieb, also mit dem Zweck emissionsneutraler Treibstoffproduktion, anstatt von in erster Linie kommerziellem Interesse, ausgeht (vgl. Fairhead/Leach *et al.* 2012: 239). Dass die Grenzziehung zwischen vordergründig ‚grünem‘ oder Profit-Interesse oft schwer fällt, geben selbst Fairhead, Leach *et al.* zu:

Such instances certainly represent discursive extensions of what we are calling green grabs, but here we use the term to focus on instances where environmental agendas are the core drivers. The commercial deal is thus intended to serve ‚green‘ ends. (ebd.: 239)

Doch wie ist zu unterscheiden, ob ein Projekt aus Überzeugung und im Hauptintention ökologisch und klimafreundlich ist, oder den ‚grünen‘ Anstrich für kommerzielle Ziele nutzt?

²⁸ Damit ist laut Fairhead/Leach *et al.* (2013) und Leach/Fearhead *et al.* (2013) insbesondere die (kommerzielle) Produktion von kohlenstoffbindender Schwarzerde, ‚Terra Preta‘, gemeint. Ich würde auch die Methode Carbon Capture and Storage (CCS) dazu zählen, welche im Kapitel 3 kurz beschrieben wird.

²⁹ Bei Ökosystemleistungen oder Umweltdienstleistungen handelt es sich um für die ‚Dienstleistungen‘, die von der Natur für die Menschheit (kostenlos) ‚bereitgestellt‘ werden, unter anderem die Bereitstellung von Wasser, Luft, fruchtbarer Erde; die Ermöglichung von Stromgenerierung; die Reproduktion von Pflanzen, Tieren und genetischer Vielfalt; die Bienenbestäubung; die Aufnahme von CO₂; die Produktion von Biomasse sowie ‚Leistungen‘ wie landschaftliche Schönheit oder Erholung. Genauere Erklärung siehe Kapitel 3.

³⁰ Dazu gehören beispielsweise der Clean Development Mechanism (CDM), REDD(+), Biodiversitäts-Offsets und Habitat Banking oder Species Banking

³¹ „Als Bioprospektion wird allgemein das Sammeln, Archivieren und schließlich Aufarbeiten des biologischen Materials bezeichnet“ (Wullweber 2006), meist ausgehend von Pharma-Konzernen und mit dem Zweck der Patentierung. Es wird insbesondere von indigenen Bewegungen als Biopiraterie kritisiert: „‚Biopiraterie‘ bezeichnet aus Sicht vieler indigener Völker die Patentierung oder allgemeiner die Privatisierung von genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen, die vorher öffentlich waren und allen Menschen zur Verfügung standen“ (ebd.).

Haben bei einem Green Grab die beteiligten Akteure möglicherweise je verschiedene Hauptintentionen? So liegt die Vermutung nahe, dass häufig die beteiligten internationalen Umweltorganisationen vorwiegend an Umwelt- und Klimaschutz, die konkret durchführenden Firmen jedoch an Profit interessiert sind und für sie die ökologische Komponente, wenn überhaupt, zweitrangig ist. Für die spezifische Materialität, für die von Green Grabs betroffenen Gemeinden, ist wiederum fast irrelevant, ob das Projekt, welches eine territoriale Bedrohung darstellt, den Klimaschutz als Hauptziel hat oder nicht. Meiner Meinung nach ist die diskursive Unterscheidung entlang der Beweggründe nicht unbedingt sinnvoll, da der ‚grüne‘ Anstrich der Projekte häufig nur der erleichterten Durchsetzung der Projekte und Verschleierung kommerzieller Interessen behilflich ist. Selbst, wenn zum Beispiel in Bajo Aguán die Palmölproduktion bzw. die damit verbundene Biogas-Produktion des Großgrundbesitzers und Unternehmers Miguel Facussé als Clean Development Mechanism (CDM)³² registriert ist (FIAN *et al.* 2011: 13 f) und damit offiziell der Emissionseinsparung dient, würde in Honduras kaum jemand anzweifeln, dass der als skrupellos geltende Unternehmer statt Klimaschutz nicht vielmehr den Profit im Sinne hat (vgl. Kerssen 2013: 138; Frank 2011). CDM dient ihm einerseits als Legitimation seiner Plantagen, andererseits als weitere Einkommensquelle. Auch kann in Frage gestellt werden, ob Offsets des Emissionshandels, wie CDM oder REDD+, tatsächlich dem Ziel des Umweltschutzes verschrieben sind, oder nicht vielmehr dazu beitragen, ‚braune‘ extraktivistische und emissionsintensive Industrien aufrecht zu erhalten (*siehe nächstes Kapitel*). Selbst Naturschutzparks stehen teilweise im Dienst privater Kapitalakkumulation, etwa in Form von Bioprospektion (Kelly 2011; Wullweber 2006). Ähnliches ist bei Projekten wie Staudämmen oder Windparks der Fall, bei denen die Produktion klimafreundlicher Energie häufig nur Vorwand ist, tatsächlich aber, wie im Fall von Honduras, eine gewinnbringende Investition darstellt; dies insbesondere deshalb, weil seit der Energie- und Klimakrise erneuerbare Wasserkraft auf globaler und nationaler Ebene wieder stark gefördert wird³³ (Ayboga 2012).

Auch Maria Backhouse fasst das Green Grabbing Konzept weiter. So hält sie fest, dass das Neue an den ‚grünen‘ Landnahmen sei, dass sie „von energie-, klima- und entwicklungspolitischen Maßnahmen ausgelöst und legitimiert werden“ (Backhouse 2013: 279). Ich schließe mich dieser erweiterten Definition von Green Grabbing an und beziehe somit Projekte zur Produktion erneuerbarer Energie in meine Betrachtung mit ein, insofern sie 1. in Zusammenhang mit nationalen oder globalen Strategien eines ‚Greenings‘ – des Umwelt- und

³² <http://cdm.unfccc.int/Projects/DB/TUEV-SUED1260202521.42/view> [15.10.2013]

³³ <http://riverwatch.eu/uber-staudamme> [2.12.2013]

Klimaschutzes – stehen, 2. einen ‚grünen‘ Diskurs zu deren Legitimation aufweisen, 3. als ‚Grab‘ auftreten, also wenn die Aneignung der Ländereien und natürliche Gemeingüter über illegitime Maßnahmen, Enteignung oder Nötigung durchgesetzt wird und der Umverteilung von Kapital von unten nach oben dient. Insbesondere zähle ich Projekte dazu, welche beabsichtigen, ihre vorgeblichen Emissionseinsparungen als Offsets anzubieten. Dies ist meiner Meinung nach jedoch nicht maßgeblich, da die Offsets häufig nicht Ausgangspunkt für die Green Grabs sind. Sie treiben diese zumeist nur in dem Sinne voran, als dass sie attraktive Rahmenbedingungen schaffen durch die Bereitstellung zusätzlicher Einkommensquellen für sowieso geplante ‚grüne‘ Projekte (vgl. CDM-Watch 2012).

Nach dieser Vorstellung von Green Grabbing, der Diskussion des Forschungsstandes sowie der Kritik und Erweiterung des Konzepts wird im Folgenden in die zum Verständnis von Green Grabbing nötigen theoretischen Grundlagen eingeführt. Diese verorte ich in der Politischen Ökologie und erweitere sie im Anschluss mit der dekolonialen Theorie sowie einer ‚Commons‘-Perspektive.

3.2 Die Politische Ökologie des Green Grabbing

[A]ll ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral. Looking more closely at the way ecology and politics interrelate then becomes imperative if we are to get a better handle on how to approach environmental/ecological questions.

David Harvey (1996: 182)

Einige der bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Green Grabbing greifen explizit auf die ‚Politische Ökologie‘ oder mit ihr verwandte Theorien wie die ‚Agrarian Political Economy‘ und ‚Peasant Studies‘ zurück (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 241, 255). Die Politische Ökologie umfasst ein interdisziplinäres Feld, das die Anliegen der Ökologie und der Politischen Ökonomie miteinander verbindet (Blaikie/Brookfield 1987: 17). Sie kann somit als kritische politische Ökonomie von Naturverhältnissen und ökologischem Wandel begriffen werden. Die Theorie wurde in den 1970er Jahren hauptsächlich von kritischen Geograph*innen und Kultur-Ökolog*innen geprägt und in den 1980ern mit weiteren theoretischen Perspektiven wie den postkolonialen Theorien und Peasant Studies bereichert. Dementsprechend weist sie verschiedene Strömungen auf, welche von Neo-Marxismus über Poststrukturalismus bis hin zum Öko-Feminismus reichen (Bryant/Bailey 1997: 10 ff; Robbins 2004: xviii). Ich greife in dieser Arbeit vorwiegend auf (neo-)marxistische Ansätze sowie die

aus der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule entstandenen Theorie zu den ‚gesellschaftlichen Naturverhältnissen‘ (Görg 1999; Köhler/Wissen 2010: 218) zurück.

Vor den 1970er Jahren wurde Naturprozessen und Umweltproblemen in den Sozialwissenschaften kaum Beachtung geschenkt. Die Beschäftigung mit ‚Natur‘ war in der modernen Gesellschaft den Naturwissenschaften vorbehalten, die Auseinandersetzung mit ‚Gesellschaft‘ den Geisteswissenschaften. Natur und Gesellschaft wurden meist als komplett getrennte sowie mit zunehmendem Fortschritt technisch beherrschbare Sphären gesehen. Ab den 70ern kam das Umwelt-Thema auf und damit die Frage, wie von Menschen ausgelöste ökologische Krisen, welche wiederum Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, theoretisch gefasst werden können (Görg 1999: 7 ff.). Die Politische Ökologie löst die scharfe Trennung der beiden Sphären auf und arbeitet stattdessen mit einem Verständnis von Natur und Gesellschaft als „konstitutiv aufeinander verweisende Begriffe“ (ebd.: 9), wobei eine Differenz nicht verleugnet wird, jedoch die Wechselwirkung bzw. das Verhältnis zueinander zentral ist (ebd.: 11; Köhler/Wissen 2010: 219). Dies verdeutlicht das Konzept der ‚gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘.

Politische Ökologie dient der Dechiffrierung apolitischer Zugänge zu ökologischem Wandel. Ökologische Probleme entstehen nicht einfach getrennt von gesellschaftlichen Prozessen, noch sind sie nur monokausale Folgen von Markt-Schwächen, zu wenig professionellem Umweltmanagement oder Bevölkerungswachstum (vgl. Hardin 1964), wie dies Institutionen wie die Weltbank, neo-malthusianische, technokratische Ansätze oder auch Strategien wie die Green Economy suggerieren (vgl. Bryant/Bailey 1997: 3, 11; Neumann 2005: 27). Dadurch wird deutlich, dass es keine „isolierten Umweltprobleme“ (Köhler/Wissen 2010: 218) gibt, welche allein mithilfe von ökologischer Modernisierung, Technologie und Effizienzsteigerung gelöst werden könnten. Bei ‚Umweltproblemen‘ handelt es sich vielmehr um eine „Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ (ebd.: 218), die Ausdruck von politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Kräfteverhältnissen ist und stetig neu produziert wird. Diese Krise hängt mit der kapitalistischen Durchdringung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, also mit einer gezielten Naturbeherrschung, zusammen (vgl. ebd.: 223; Bryant/Bailey 1997: 3).

Nach Paul Robbins (2004) ist die Politische Ökologie gleichzeitig ‚Hacke‘, also eine fundierte Kritik an dominanten Naturzugängen, und ‚Samen‘. Der Samen verdeutlicht „the need for far-reaching changes to local, regional and global political-economic processes“ (Bryant/Bailey 1997: 3). So ist eine Analyse von Kämpfen, Widerständen und möglichen alternativen Lebensweisen und gesellschaftlichen Naturverhältnissen zentral (Robbins 2004: 13), ebenso

wie die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen (Peets/Watts 1996: 6). Widersprüche und Konflikte, wie Kämpfe um Territorien, werden als Dreh- und Angelpunkte für das Aufbrechen dominanter ungleicher Verhältnisse und somit als Chancen betrachtet. Im Gegensatz dazu nehmen dominante Narrativen zu Umweltproblemen und Lösungsmechanismen wie die Green Economy Machtverhältnisse und Konflikte nicht in den Blick. Diese gelten vielmehr als störend, ihnen wird aus dem Weg gegangen oder sie werden auf eine gewisse Weise ‚gelöst‘, indem schwächere Akteure missachtet und ausgegrenzt werden (vgl. Brand/Görg 2003: 214). Politische Ökologie nimmt in den Blick, wer bei Krisen oder bei Bearbeitungsstrategien Gewinner*innen und Verlierer*innen sind (Robbins 2012: 20).

Im Folgenden will ich für eine Analyse von Green Grabbing relevante politökologische Ansätze klären: erstens den Ansatz zur ‚Produktion von Natur‘ und der damit zusammenhängenden ‚Inwertsetzung‘ von Natur; zweitens den zur ‚Akkumulation durch Enteignung‘; und drittens den zur sozial-räumlichen Dimension („Scale“) des Green Grabbing.

Weitere in der Politischen Ökologie und in der Auseinandersetzung mit Green Grabbing verwendete Analyseansätze sind relevant, sprengen jedoch in dieser Arbeit den Rahmen. So wäre es höchst aufschlussreich, Green Grabbing diskurstheoretisch zu analysieren, da der ‚grüne‘ Diskurs zentral für die Legitimierung der Landaneignungen ist. Auch die Rolle von Diskursen über ‚marginale‘ Ländereien (Nalepa/Bauer 2012) und die ‚Knappheit‘ natürlicher Ressourcen (Benjaminsen/Bryceon 2012: 351), die apokalyptische Darstellung des Klimawandels und die technologische und marktbasierte Lösbarkeit, zu der es scheinbar keine Alternative gibt (Leach *et al.* 2012; Fairhead/Leach *et al.* 2012: 241), die Management-Sprache beim Umgang mit Natur, die Romantisierung von ‚Naturvölkern‘ oder aber die Darstellung von Indigenen als Umweltzerstörer*innen (Cárdenas 2012: 309; Ojeda 2012: 358; Leach *et al.* 2012: 285; Ybarra 2012: 479) wird während der Arbeit immer wieder angedeutet, es liegt jedoch kein Fokus darauf.

Dasselbe gilt für eine ausführliche Akteursanalyse sowie für hegemonietheoretische und staatstheoretische Zugänge. Der Staat spielt bei der Produktion von Natur und in der Absicherung und Durchsetzung der Green Grabs eine wichtige Rolle. Die in meinen Fallstudien in dieser Hinsicht relevanten staatlichen Institutionen, wie gewisse Ministerien, Sicherheits- oder Justizapparat, werde ich benennen; häufig spreche ich jedoch der Einfachheit halber von ‚dem honduranischen Staat‘. Dabei soll im Vorhinein klar gestellt werden, dass der Staat kein homogener Akteur, kein monolithischer Block ist, sondern mit Poulantzas als Kräfteverhältnis

verstanden wird, als Feld, in dem um die Verallgemeinerung von Partikularinteressen, um die Durchsetzung gewisser Strategien, kurz um Hegemonie, gerungen wird (vgl. Poulantzas 2002 [1978]). Wenn ich in Folge von ‚dem Staat‘ spreche, so meine ich damit „die Macht der die Politik eines Nationalstaats prägenden Kräftekonstellation“ (Wissen 2008: 9).

Gerne hätte ich außerdem der Feministischen Politischen Ökologie mehr Raum gegeben, insbesondere, da Gender-relevante Aspekte in bisherigen Studien zu Green Grabbing so gut wie nicht thematisiert worden sind; dies, obgleich die Verhältnisse zwischen Menschen, Natur und Kapital eine wichtige Gender-Dimension haben: „[T]he production of knowledge, access to resources, division of labour, responsibilities and entitlements are founded, signified and legitimised by way of the concepts of gender and gender relations“ (Charkiewicz 2009: 18). Aufgrund der historisch entstandenen Aufteilung von Arbeit und Anerkennung zwischen Geschlechtern und der Verantwortung für Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten sind Frauen oft besonders stark von Umweltschäden betroffen. So kann davon ausgegangen werden, dass auch die Auswirkungen von Green Grabbing Frauen anders betreffen als Männer, da Frauen häufig verantwortlich für den Haushalt, die Subsistenz, die Nahrungsmittel-, Wasser- und Brennholzversorgung der Familie sind. Wird der Zugang zu Land, Wasser, Wäldern, etc. eingeschränkt, werden Naturverhältnisse außerdem verstärkt über den männerdominierten Markt geregelt und Frauen vermehrt ausgegrenzt oder in den Haushalt gedrängt (vgl. Moeckli/Braun 2001: 118; Swyngedouw 2004: 74 f.; Bauhardt 2012; GFC 2008). Während meiner Recherchen in Honduras fiel es mir trotz meines konkreten Vorhabens jedoch schwer, genügend Informationen über gender-spezifische Auswirkungen von Green Grabbing zu recherchieren. So wird Gender zwar stets mitgedacht, jedoch nur selten konkret thematisiert.

3.2.1 Die Produktion von Natur und deren Inwertsetzung

Das Konzept der gesellschaftliche Naturverhältnisse verdeutlicht die „gesellschaftliche[] Vermitteltheit aller Naturtatsachen“ (Görg 1999: 11). Natur wird von der Gesellschaft *produziert*, einerseits materiell (z. B. Stoffwechsel), andererseits symbolisch (z. B. das Verständnis von und Diskurse über Natur). Die Art der Naturproduktion, und somit das gesellschaftliche Naturverhältnis, ist in Kräfteverhältnisse und in Konflikte über den Zugang, die Art der Produktion und die Kontrolle der natürlichen Güter eingebettet. Sie hängt eng mit der durch unterschiedliche Geschlechterverhältnisse, Klasse, Herkunft, Ethnizität oder Alter geprägten Art der Produktions- und Lebensweise zusammen. Damit wird deutlich, dass ökologische Probleme und der Klimawandel durch diese Lebensweise produziert werden.

Ulrich Brand und Markus Wissen führten dazu den Begriff der ‚imperialen Lebensweise‘ ein. Dabei handelt es sich „um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im Globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des Globalen Südens eingelassen sind“ (Brand/Wissen 2011 b: 80). Diese imperiale Lebensweise stützt sich auf die Ausbeutung von Menschen und von Natur insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Im Gegensatz zu anderen Formen der „Naturaneignung“, welche für gesellschaftliche Prozesse essentiell sind (wie Nahrungsmittelentnahme), handelt es sich dabei um „Naturbeherrschung“, die eine „vollständige Subsumption der Natur unter gesellschaftliche Zwecksetzungen“ (Görg 2004 a: 222) beinhaltet. Diese Unterordnung der Natur negiert jedoch deren spezifische Materialität. Es muss klar sein, dass Natur nicht beliebig produziert werden kann und selbst Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse ausübt (Köhler/Wissen 2010: 219, 222; Brand/Wissen 2011 a: 15). Dies drücken auch Fairhead und Leach *et al.* im Zusammenhang mit Green Grabbing aus: „[N]on-equilibrium ecologies do not obey the formulae of equilibrium economies. Ecologies may simply not be as disciplined as green markets assume them, and indeed require them, to be“ (2012: 254).

Während somit die soziale Produktion von Natur herrschaftsförmig ist, stellt gleichzeitig die Kontrolle über die Naturverhältnisse „ein wichtiges Medium sozialer Herrschaft“ dar (Köhler/Wissen 2010: 219 ff.). Naturverhältnisse sind deshalb umkämpft und auch veränderbar. So steht das kapitalistische Naturverhältnis in Wechselbeziehung oder in Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Durch Green Grabbing werden andere gesellschaftliche Naturverhältnisse, wie die eines indigenen Volkes, transformiert und kapitalistische Naturverhältnisse aufgedrängt. Dies kann durch den Prozess der Inwertsetzung verdeutlicht werden.

Die im Kapitalismus³⁴ dominante Form der sozialen Produktion von Natur ist die Inwertsetzung derselben. Mit Inwertsetzung ist der Prozess des „Zur-Ware-Werdens“ von Dingen, sozialen Prozessen oder Natur und deren Durchdringung durch das Kapital gemeint. Sie dient der kapitalistischen Kapitalakkumulation (Görg 2004 b: 1501). Nach Elmar Altvater (1991: 320 ff) umschließt dieser Prozess vier Schritte: die Identifikation einer inwertzusetzenden Ressource (z. B. Flusswasser = Energieträger; Wald = CO₂-Speicher) und deren Isolation (z. B. durch einen Staudamm; im Falle von Treibhausgasen eher symbolischer Art), deren

³⁴ Hierbei sollte angemerkt werden, dass sich auch sozialistisch organisierte Wirtschaftssysteme bisher auf Naturbeherrschung und Inwertsetzung der Natur beruht haben.

Kommodifizierung (das Zur-Ware-Werden durch die Herstellung von Verbindungen mit Märkten) und Monetarisierung (die Ware wird in Geld vergleich- und tauschbar gemacht). Inwieweit diese einzelnen Schritte durchgesetzt werden, ob dadurch andere Naturverhältnisse, welche keine Warenförmigkeit der Natur zur Grundlage haben, transformiert werden, ist nicht determiniert. Inwertsetzung ist ein konfliktiver Prozess, der stets umkämpft ist (Görg 2004 b: 1504). Ulrich Brand und Christoph Görg zeigen auf, dass

historisch und aktuell ein Großteil der Auseinandersetzungen zwischen dominanten, auf Inwertsetzung zielenden und subalternen (d. h. indigenen und lokal-bäuerlichen) Kräften um die Kommodifizierung der Lebensverhältnisse Letzterer geführt wird: ihre Integration als LohnarbeiterInnen in privatkapitalistische Marktprozesse sowie die Veränderung der konkreten Naturverhältnisse. (Brand/Görg 2003: 175)

Die Inwertsetzung der Natur muss außerdem politisch abgesichert werden (vgl. Görg 2004 b: 1505). Der Staat ist unter anderem verantwortlich für die Definition von Eigentumsrechten, die „Territorialisierung“ des Landes (Einteilung in gewisse Nutzungsformen), den Aufbau von Infrastruktur, die Formulierung von (Land-, Umweltschutz-)Gesetzen und die militärische Absicherung. Die Inwertsetzung hängt eng mit der im Anschluss thematisierten ursprünglichen Akkumulation zusammen (Görg 2004 b: 1501 f)

3.2.2 Akkumulation durch Enteignung

Der Begriff ‚Grabbing‘ bezieht sich auf Aneignung und Enteignung und macht deshalb die Ansätze der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ oder ‚Akkumulation durch Enteignung‘ zu vielfach verwendeten Konzepten bei Green Grabbing-Analysen. Die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ ist nach Karl Marx

der historische Scheidungsprozeß [sic!] von Produzent und Produktionsmittel. Er erscheint als ‚ursprünglich‘, weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet. (Marx 1867: 742)

Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. (ebd.)

Ursprüngliche Akkumulation beschreibt die Einhegung (engl.: ‚enclosure‘) des Landes und der Commons, der Gemeingüter, um sie in die kapitalistische Kapitalakkumulation einbinden zu können, sowie die gleichzeitige Enteignung der ansässigen Bevölkerung, welche dadurch zu landlosem Proletariat wurde. Das schloss die physische Einzäunung und Privatisierung von Land, das davor als Gemeingut genützt wurde, mit ein, um die gewohnheitsmäßige gemeinschaftliche Nutzung zu verhindern. Wichtiges Element der ursprünglichen Akkumulation ist auch die koloniale Unterwerfung anderer Kontinente (Marx 1867).

Ursprüngliche Akkumulation ist jedoch nicht dem historischen (und konfliktiven) Moment des

Übergangs von Feudalismus zu Kapitalismus vorbehalten. So wurde aufgezeigt, dass es sich vielmehr um „ein Art fortgesetzter, andauernder Enteignungs- und Vertreibungsprozesse“ (Nowak 2013: 249) handelt, um die fortlaufende Integrierung neuer, bis dato außerhalb des Kapitalismus stehender Sphären zum Zweck der Kapitalakkumulation: „Der Kapitalismus ist also nicht als geschlossenes System zu verstehen, vielmehr kolonisiert das Kapital immer neue Bereiche“ (Zeller 2010: 107). Auch die verstärkte Ausbeutung von Arbeiter*innen, die Einhegung neuer Ressourcen (Harvey 2003: 142f.), indigener Lebensweisen und Naturverhältnisse oder auch, wie Silvia Federici (2010) zeigt, die Einhegung des Körpers der Frau, können als Formen ursprünglicher Akkumulation angesehen werden.

Aufgrund des fortlaufenden Akkumulationsprozesses im Neoliberalismus, der sich verstärkt durch Gewalt und Enteignung auszeichnet, schlägt David Harvey (2003; 2005; 2006 a) den Begriff der ‚Akkumulation durch Enteignung‘ (engl.: ‚accumulation by dispossession‘) vor. Darunter werden die „Aneignung der Vermögenswerte anderer, nachdem diese zuvor entwertet wurden“ (zum Beispiel durch Finanzkrisen, Strukturanpassungsprogramme, etc.), die Inwertsetzung bisher nicht kapitalistischer, öffentlicher oder gemeinschaftlich verwalteter Bereiche wie der Umweltschutz oder Bildungs- und Gesundheitssysteme sowie „der militärische Zugriff auf strategische Ressourcen“ verstanden (Wissen/Naumann 2008: 298 f; vgl. Harvey 2003). Hinsichtlich der Naturverhältnisse wird das Konzept der Akkumulation durch Enteignung meist verwendet, um die Einhegung öffentlicher oder gemeinschaftlicher Naturgüter, also die Inwertsetzung und Privatisierung der Commons, zu beschreiben (vgl. Fairhead/Leach *et al.* 2012: 243; Bader/Becker *et al.* 2011: 18). Selbst wenn der Begriff dies suggeriert, muss Akkumulation durch Enteignung nicht immer eine komplette Enteignung oder Vertreibung von den Ländereien beinhalten. Es handelt sich jedoch stets um eine Neustrukturierung der Macht-, Arbeits-, Eigentums- sowie Naturverhältnisse und Regelwerke, was ebenfalls stark entfremdende Resultate haben kann (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 238 f).

3.2.3 Sozial-räumliche Dimensionen (Scales)

Ausgehend von der kritischen Geographie nimmt in der Politischen Ökologie das Zusammenspiel verschiedener soziopolitischer Analyseebenen einen wichtigen Platz ein. Die ‚Scale‘-Debatte nimmt die Kräfteverhältnisse auf lokaler, staatlicher oder globaler Ebene, deren produzierte Verschiebung oder Verfestigung und das Ineinandergreifen von Räumlichkeiten in den Blick. Die Feministische Politische Ökologie hat dazu die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Haushalts- oder auch der Körper-Ebene deutlich gemacht

(Moeckli/Brown 2003: 121). Scales, also sozial-räumliche Maßstabsebenen, sind sozial produziert und (re)produzieren gleichzeitig soziale Verhältnisse und Praktiken (vgl. Harvey 1996: 207). Scales können somit durch Konflikte zwischen unterschiedlichen Akteuren und mittels sozialen Kämpfe auch verschoben werden (Brand/Görg 2003: 48; Wissen 2008: 15).

In den Green Grabbing-Analysen wird die verstärkte Verwobenheit der Scales deutlich. Beim Green Grabbing ist eine Vielfalt neuer kapitalistischer Akteure beteiligt, welche „across scales“ operieren (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 239). In mehreren Artikeln ist die durch die Neoliberalisierung und Globalisierung mächtiger gewordene transnationale Ebene in Form von multinationalen Investoren, Institutionen und Verträgen (z. B. Kyoto-Protokoll, Konvention über biologische Vielfalt CBD) sowie durch Finanzmarktakteure ersichtlich. Diese ist teilweise eng verknüpft mit der lokalen Ebene, manchmal jedoch auch weit von ihr entfernt: „Market transactions are sometimes dislocated from the materiality of their local geography“ (ebd.: 244). Der Nationalstaat wird trotz Globalisierung und der Macht transnationaler Akteure nicht abgeschafft, diese führen jedoch

zu einer komplexeren Verflechtung unterschiedlicher Ebenen staatlicher Politik [...]. In welchem Maße Nationalstaaten in der Lage sind, diese Verflechtungen in ihrem Sinne zu gestalten, hängt von den Kräfteverhältnissen in ihrem Inneren und ihrer relativen Machtposition gegenüber anderen Nationalstaaten ab. (Wissen 2008: 8)

Bob Jessop (2007) identifiziert unter anderem einen Wandel von ‚government‘ hin zu ‚governance‘, wobei neue Kooperationen zwischen staatlichen, privaten und Nicht-Regierungs-Akteuren wie NGOs geknüpft werden. Dies verdeutlicht sich insbesondere am REDD+-Fallbeispiel. Durch die Globalisierung kann statt einer Schwächung des Staates auch eine „autoritäre Verfestigung bestehender Kräfteverhältnisse“ (Wissen 2008: 9) hervorgerufen werden. Die staatliche Ebene spielt auch weiterhin oder gar vermehrt eine zentrale Rolle in der Vermittlung und Durchsetzung der Projekte, einerseits durch sicherheitspolitische und regulierende Funktionen (wie Subventionen, Gesetzgebung), andererseits durch Deregulation (Privatisierungen): „The neoliberal state is seen to work both ‚inside‘ and ‚outside‘ the economy, negotiating across multiple interests“ (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 248).

Auf und zwischen verschiedenen Scales werden auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse diskutiert, reguliert, verschoben oder verfestigt. Die sozial-räumliche Fixierung oder Stabilisierung, die sogenannten ‚scalar fixes‘, ‚spatial fixes‘ oder – nach Harvey (2006 b) – ‚spatio-temporal fixes‘ sind Kompromisse „that prevent chaos, revolution, or radical transformation and permit the continuation of everyday life“ (Swyngedouw 1997: 146). Sie sind insbesondere im Zusammenhang mit Krisen und darauf antwortende Lösungsstrategien

relevant: „Repariert oder besser: stabilisiert werden soll der kapitalistische Akkumulationsprozess“ (Wissen/Naumann 2008: 395).

Bei Brenda Balettis (2012) Green Grabbing-Analyse spielt die sozial-räumliche Ebene des Territoriums eine wichtige Rolle. Dabei wird deutlich, dass eine Region auf verschiedene Weisen betrachtet, belebt, verwendet und transformiert werden kann. Bisher kaum in der Scale-Literatur berücksichtigt, ermöglicht die lokale Maßstabsebene des Territoriums, „subalterne“ Praktiken und ihr emanzipatorisches Potenzial in den Blick“ (Wissen 2008: 18) zu nehmen; dies insbesondere, da das Territorium weniger wissenschaftliches Konzept als ein in Lateinamerika immer lauter werdender, positiv besetzter, Kampfbegriff ist. Wie der Titel dieser Arbeit schon andeutet, nehmen Territorien eine zentrale Rolle in meiner Analyse ein, weswegen ich gegen Ende des Theorie-Kapitels näher darauf eingehen werde.

Der Titel verrät auch eine prominente Stellung von ‚CO₂lonialismo‘ oder Klima-Kolonialismus. Da mir ein Verständnis über Kontinuitäten von kolonialen Nord-Süd-Verhältnissen und Strukturen im Green Grabbing insbesondere im lateinamerikanischen Kontext wichtig erscheint, dies jedoch in bisherigen Green Grabbing-Analysen keine Relevanz hatte, will ich im Folgenden in die dekoloniale Perspektive einführen. Aufgrund ähnlicher Herangehensweisen und Überschneidungen mit der Politischen Ökologie und dem Ansatz zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen, stellt dies keinen Bruch, sondern eher eine Ergänzung dar.

3.3 Klärung weiterer zentraler Perspektiven und Grundannahmen

3.3.1 Der dekoloniale Blick auf Green Grabbing

Eine konkrete Auseinandersetzung mit Green Grabbing aus der Sicht der dekolonialen Theorie³⁵ existiert meines Wissens bisher nicht, durchaus jedoch die Beschäftigung mit der ökologischen Krise. Darin wird sichtbar, dass die ökologische und klimatische Krise Resultat eines historischen Prozesses der Unterwerfung von und Herrschaft über Gesellschaftsformationen und Natur sind, welcher mit der Eroberung Amerikas und der Durchsetzung des Kapitalismus seinen Anfang nahm (vgl. Gómez Bonilla 2012). Ein dekolonialer Blick kann darüber hinaus ermöglichen, die kolonialen Strukturen in den dominanten Strategien zur Überwindung der Krisen und in deren materieller Durchsetzung, speziell in indigenen Territorien, zu erkennen. Besonders deutlich wird dies mit dem im

³⁵ In der Literatur wird teilweise auch „deskolonial“ verwendet, was jedoch keine inhaltliche Differenzen zwischen den beiden Begriffen impliziert. Neben dekolonialer/deskolonialer Theorie kann auch von einer Perspektive, Studien oder einem ‚turn‘ gesprochen werden (vgl. Garbe 2013: 25).

Widerstand gegen Emissionshandel und REDD+ verwendeten Schlagwort des ‚CO₂lonialismo‘. Eine *dekoloniale* Perspektive betont die Notwendigkeit des Loslösen von der Kolonialität und hat somit (und zusammenhängend mit meiner gewählten Methode der Partizipativen Aktionsforschung) den Anspruch von kritischer Theorie und gleichzeitiger politischer Praxis (vgl. Quintero/Garbe 2013 b: 8).

Die dekoloniale Theorie entstand Anfang der 1990er in Lateinamerika und entwickelte sich rund um das Projekt Modernität/Kolonialität³⁶. Das Konzept der Kolonialität, das von Aníbal Quijano stammt, stellt den „epistemischen Knotenpunkt“ dar (Garbe 2013: 37). Mit Kolonialität wird die Kontinuität der kolonialen Herrschaftsmuster trotz des Endes des formellen Kolonialismus beschrieben.

Wie Pablo Quintero und Sebastian Garbe (2013: 7) aufzeigen, impliziert die „Konzeptualisierung der Kolonialität“ eine „kritische Revision der Moderne, wie sie bereits ausgehend von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule unternommen wurde“, wenn auch die räumliche Verortung eine andere ist. Die aus der Frankfurter Schule entstandene Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie die Politische Ökologie haben viele Ähnlichkeiten mit der aus historisch-kulturellen Erfahrungen in Lateinamerika gespeisten dekolonialen Perspektive auf Naturverhältnisse. Mit dem Ziel, eine „radikale Kritik an der globalen Ausbreitung des Kapitalismus sowie dessen symbolischer Ordnung zu formulieren“ (Quintero/Garbe 2013 b: 7), stellt die dekoloniale Theorie einen lateinamerikanischen Beitrag zur Politischen Ökologie, zur marxistischen Tradition und zu postkolonialen Studien³⁷ dar (vgl. Alimonda 2011; Porto-Gonçalves 2004). Enge Bezüge bestehen auch zu David Harveys Ansatz zum ‚neuen Imperialismus‘ (Harvey 2003) und zur Akkumulation durch Enteignung (vgl. Lander 2011, Quintero 2012, Tapia 2012, Gómez Bonilla 2012, Arkonada/Santillana 2011). Die kapitalismuskritischen und postkolonialen Ansätze werden ergänzt, indem die Verflochtenheit kultureller und ökonomischer Faktoren und deren historische Entstehungsgeschichte deutlich gemacht werden: Internationale politökonomische Strukturen sind eng mit Diskriminierungen aufgrund von ‚Rasse‘, Geschlecht, Weltanschauung und Lebensweise verbunden. Sie können ohne eine Auseinandersetzung mit Kolonialität sowie

³⁶ Span.: Modernidad/Colonialidad; Hauptvertreter (Frauen sind leider kaum präsent) sind dabei unter anderem: Aníbal Quijano, Enrique Dussel, Walter Dignolo, Edgardo Lander, Arturo Escobar, Fernando Coronil, Santiago Castro-Gómez, Ramón Grosfoguel (vgl. Garbe 2013: 23). Weitere Namen, die in Zusammenhang mit der dekolonialen Perspektive stehen und in der Arbeit herangezogen werden, sind Camila Moreno, Adriana Gómez Bonilla, Luis Tapia, Eduardo Gudynas, Enrique Leff, *et al.*

³⁷ Dekoloniale Theorie kann als lateinamerikanische Erweiterung der oder aber auch als Bruch mit der Postkolonialen Theorie, welche vorwiegend in den ehemals britischen und französischen Kolonien entstanden ist, betrachtet werden (vgl. Garbe/Quintero 2013; Dignolo 2012: 53).

Modernität und Eurozentrismus nicht ausreichend verstanden werden (vgl. Grosfoguel 2010: 317): „Der globale Kapitalismus war, seit Beginn, kolonial/modern und eurozentriert“ (Quijano 2000: 200, zitiert in Garbe 2013: 39). Der Eurozentrismus wird seit mehreren Jahrzehnten beispielsweise über das Konzept der Entwicklung deutlich, durch welches unhinterfragt die westliche Lebensweise als Primat und Ziel für andere Gesellschaften und Länder vorausgesetzt und durchgesetzt wird (vgl. Fischer/Hödl *et al.* 2004).

Kolonialität beruht auf zwei Ebenen: einerseits auf einem Beherrschungsmuster, für das die soziale Klassifikation der ‚Rasse‘ die Grundlage der Unterdrückung ist, andererseits liegt die Kolonialität begründet in einem globalen Ausbeutungssystem, „einer globalen Arbeitsteilung sowie einer Integration aller Produktionsweisen in den kapitalistischen Weltmarkt“ (Garbe/Quintero 2012: 12). So werden die kulturellen und materiellen Bedingungen der Kolonialisierung und Kolonialität als untrennbare Elemente gesehen: Die Konstruktion der ‚Rasse‘, die rassialisierte Unterordnung der ‚Indigenen‘ unter die Eroberer, ermöglichte die Aneignung ihrer Arbeitskraft (Quintero 2012). Auch weiterhin wird dadurch und durch eurozentristische Denkweisen und Wissensproduktion die Unterordnung der ‚unterentwickelten‘ unter die ‚entwickelte‘ Welt legitimiert.

Kolonialität „benennt ein spezifisches strukturelles Machtmuster der Moderne, das ausgehend von der Eroberung Amerikas und in der darauffolgenden weltweiten Hegemonie Europas entstand“ (Quintero/Garbe 2013 b: 10). Dieses ist jedoch „nicht auf ein formales Machtverhältnis zwischen zwei Bevölkerungen oder Nationen beschränkt“, sondern ist in allen Strukturen und Lebensbereichen eingeschrieben, wie in „Arbeit, Wissen, Autorität und intersubjektive Verhältnisse“ (Maldonado-Torres 2007: 131, in Garbe 2013: 38) oder auch in Naturverhältnissen (Gómez Bonilla 2012). Während Kolonialität bislang insbesondere anhand von drei Ebenen konzeptualisiert wurde – der Kolonialität der Macht (Quijano 1997), des Wissens (Lander 2000 a) sowie des Seins (Maldonado-Torres 2007), wird teilweise auch konkret eine Kolonialität der Natur analysiert (Alimonda 2011; Gómez Bonilla 2012). Diese hängt eng mit dem modernen Weltbild zusammen. Die dekoloniale Theorie zeigt auf, dass mit der Kolonialisierung auch die Moderne in die Amerikas exportiert wurde. Deren Entstehung wird somit nicht erst bei der Aufklärung sondern schon Ende des 15., Anfang des 16. Jahrhunderts, verortet (Quintero/Garbe 2013 b: 9). Zentral ist dabei, nicht nur das Befreiungspotenzial der Moderne zu erkennen, sondern auch deren dunkle Seite voller Widersprüche und Gewalt – die Kolonialität – zu beleuchten (Quintero/Garbe 2013 b: 10). Zentrale Elemente der Moderne sind unter anderem „eine moderne Subjektivität durch das

europäische Selbstbild des Eroberers und Kolonisierenden, [...] die materielle Grundlage, Boden und Arbeitskraft“ (Garbe 2013: 35) sowie das Verständnis der Rationalität des Menschen (insbesondere des Mannes). Diese Rationalität impliziert die Abgrenzung des Menschen zur Natur und begründet damit das Streben nach Beherrschung der Natur (ebd. 35; Lander 2000 b; Federici 2012: 168 ff):

Die Kolonialität im Bereich der Natur [...] impliziert die Durchsetzung einer Form von gesellschaftlichem Naturverhältnis, welches sich von der Vorstellung ableitet, die Natur vom Verstand zu trennen, den Ideen Descartes folgend.³⁸ (Gómez Bonilla 2012: 291)

Andere nicht-anthropozentrische gesellschaftliche Naturverhältnisse wurden als primitiv abgestempelt: „[I]n diesem Sinne wurde jegliches Gesellschafts-Natur-Verhältnis, das nicht zum Ziel hatte, dass Erstere die Zweite beherrscht, als rückständig und unsachgemäß betrachtet“³⁹ (ebd.: 289). So ging die Zivilisierung der Natur Hand in Hand mit der Kontrolle und Zivilisierung der Bevölkerung: „[E]s wurde versucht, diejenigen Nutzungsmodelle der natürlichen Ressourcen, die eine Solidaritäts-Beziehung mit der Natur enthielten, zu zerstören“⁴⁰ (ebd.: 290).

Edgardo Lander macht die Tragweite dieses spezifischen modernen Naturverhältnisses an einem aktuellen Beispiel deutlich:

Eines der Dinge, die die Logik der Moderne und das Vertrauen in den Fortschritt hervorruft, ist der Anspruch, sich vom Reich der Bedürfnisse abzulösen um zum Reich der Freiheit zu gelangen. Das bedeutet, dass die Realität des Individuums darin besteht, sich von der sogenannten Natur und der Gemeinschaft zu befreien. Aber in eben diesem Moment vollzieht sich die totale Zerstörung. Bis vor kurzem gab es eine große regionale Vielfalt der Lebensmittel, die Menschen aßen verschiedene Produkte je nach Ort und Jahreszeit. Doch jetzt hängen wir [fast] nicht mehr von den natürlichen Zyklen ab, wir haben sie beherrscht. Das impliziert, dass wir große Mengen von Energie in unsere Konsumweise aufgenommen haben. Es ist eine Logik, die vorgibt, alles zu dominieren, und dadurch das Leben immer weniger nachhaltig macht.⁴¹ (Lander, zitiert in Peña 2012)

Edgardo Landers Konzept der „Kolonialität des Wissens“ (Lander 2000 a) macht deutlich, dass im Zuge der Kolonialisierung auch Wissen und Interpretationen der Realität der eroberten Völker, insbesondere in Bezug auf den Umgang mit Natur, unterdrückt wurden (Gómez Bonilla 2012: 291, 298) und weiterhin unterdrückt werden.

³⁸ Span.: „La colonialidad en el ámbito de la naturaleza [...] implica la imposición de una forma de relación sociedad-naturaleza, la cual se deriva de una idea que separa la naturaleza de la razón, siguiendo las ideas cartesianas“

³⁹ Span.: „este sentido, toda relación sociedad-naturaleza que no tenga como objetivo que la primera domine a la segunda, se considera atrasada e inadecuada“

⁴⁰ Span.: „se buscó eliminar los modelos de uso de recursos naturales que incluyeran una relación de solidaridad con la naturaleza“

⁴¹ Span.: “Una de las cosas que hace la lógica de la modernidad y la confianza en el progreso es la pretensión de desprenderse del reino de la necesidad para llegar al reino de la libertad. Esto significa que la realidad del individuo consiste en liberarse de la llamada naturaleza y de la comunidad. Pero es realmente en ese momento cuando sucede la destrucción total. Hasta hace relativamente poco los alimentos eran muy variados regionalmente, la gente comía diferentes productos en según qué lugares, y dependiendo de las temporadas. Pero ahora ya no dependemos de los ciclos de la naturaleza; los hemos dominado. Esto implica que en el patrón de consumo hemos incorporado enormes cantidades de energía. Es una lógica que pretende dominarlo todo, que hace que la vida sea cada vez menos sostenible.“

Neben der Unterdrückung der spezifischen Naturverhältnisse wurden durch die Kolonialisierung und kapitalistische Expansion auch die existierenden Gesellschaftsordnungen, „die politischen und gesellschaftlichen Organisationsformen und Produktionsweisen“ zerstört (Tapia 2012: 284). Denn wenn dem modernen Staat nach weberianischem sowie marxischem Verständnis „das Monopol der Autorität, der Politik, des Rechts, der Gewalt und der Verwaltung“ zugeschrieben wird, so darf es dementsprechend „keine parallelen und alternativen Autoritätsstrukturen in den Monopolsphären des Staates geben“ (ebd.). Darum wurden während der Kolonialisierung einerseits Formen der Selbstregierung unterdrückt, andererseits das kapitalistische Wertgesetz auferlegt, Land inwertgesetzt und dadurch andersartige, meist gemeinschaftlich organisierte Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen eingehegt. Dieser Prozess der ursprünglichen Akkumulation fand jedoch keineswegs flächendeckend statt, so dass weiterhin eine Vielfalt an Produktionsweisen, Autoritätsstrukturen, Kosmovisionen und Naturverhältnisse verschiedener Völker fortbesteht (vgl. ebd.: 284 ff), diese teilweise ineinander übergehen oder hybride Konstellationen und Synkretismen hervorbringen. Im Falle des Lenca-Volkes in Honduras ist beispielsweise von der Lenca-Sprache bis auf wenige Ausdrücke kaum etwas erhalten geblieben, die verbreitete Religion sind Katholizismus und immer mehr auch evangelikale Glaubensrichtungen. Dennoch werden teilweise Zeremonien für die Mutter Erde abgehalten, und wird Wissen über Heilpflanzen oder der Glaube an gewisse Vorfahren und Geister wie Iselaca, Mota und Etempica oder Flussgeister von den Ältesten weitergegeben. Der enge Bezug zum Land, zur Erde, zum Mais, den Gemeindegemeinschaften und traditionellen Entscheidungsstrukturen wie die indigenen Räte und die Räte der Ältesten, pflegen die Lenca teilweise nach wie vor oder eignen sie sich neu an (INT 13, 37; Chapman 2006 [1985]).

Bertha Cáceres, aktuelle Koordinatorin von COPINH, spricht im Falle der vom Lenca-Volk gelebten Kolonialität und den verschiedenen aktuellen Angriffen auf ihre territoriale Souveränität und indigene Identität von Neo-Kolonialismus, stellt diesem jedoch die dekolonialen Strategien von COPINH entgegen. Für sie ist es fundamental wichtig

anzuerkennen, dass der Kolonialismus, der vor 500 Jahren anfang, weiter besteht, dass er nur seine Namen geändert hat [...]. Dass es dieselbe koloniale Logik ist, die heute an den Tag gelegt wird, gar auf eine aggressivere Weise – das, was wir Neo-Kolonialismus nennen und was mit Rassismus, Diskriminierung, mit der Verachtung des indigenen Kampfes, mit Negierung, Zerstörung, Genozid gefüllt ist, mit Politiken, die mit den indigenen Völkern Schluss machen wollen, aufstandsbekämpfenden Politiken, Politiken der Kriege niedriger Intensität, zum Beispiel über die Religionen, die sie uns aufdrängen, über die Bildungsprojekte, darüber, uns andere Kulturen aufzwingen, all die rassistische und manipulierende Logik, die von den Medien ausgeht [...]. Ich glaube, all das, was die indigenen Völker nun antreffen, ist, was COPINH zu dieser Position bringt, gegen den Kolonialismus [...] vorzugehen. Und im Kampf von COPINH geht es darum, all das zu demontieren, über den eigenen Bildungsprozess, den Aufbau eines

anderen Kommunikationsangebots, was ein Prozess ist, wo wir viel lernen, von dem Todesprojekt ‚entlernen‘ und wiederum konstruierend und schaffend neu lernen.⁴² (INT 37)

Da es für diese Arbeit fundamental wichtig ist, nachvollziehen zu können, welche Sicht auf ‚Indigene‘, welches Verständnis von ‚Indigenen Völkern‘ und ‚Indigener Lebensweise‘ in dieser Arbeit verwendet wird und welche zentrale Rolle dabei Territorien und Commons spielen, gehe ich an dieser Stelle näher darauf ein.

3.3.2 ‚Indigene‘ Lebensweisen und Naturverhältnisse

No somos indígenas, nos lo impusieron por una equivocación, con la palabra indígena nos humillaron, nos saquearon, nos robaron, nos marginaron, pero con esa palabra vamos a liberarnos.

Wir sind keine Indigenen, dies wurde uns durch eine Verwechslung auferlegt. Mit dem Wort Indigene haben sie uns gedemütigt, geplündert, ausgeraubt und marginalisiert. Aber mit diesem Begriff werden wir uns befreien.

Blanca Chancosa (2010: 81)

Die Bezeichnung ‚Indigene‘ oder ‚indigene Völker‘ bedingt vor dessen Gebrauch eine kritische Auseinandersetzung damit und eine Abgrenzung von den meist damit assoziierten Stereotypen. Diese reichen von früher dominanten, jedoch weiterhin vorzufindenden Bildern über den unzivilisierten, dummen, faulen ‚Indio‘, über häufig rein auf die Kleidung und Tänze reduzierte kulturelle Zuschreibungen bis hin zu romantisierenden Darstellungen über die edlen, zeitlosen, präkapitalistischen, mit altem Wissen ausgestatteten, stets solidarisch und ohne Ausbeutung handelnden und in Harmonie mit der Natur lebenden Indigenen (vgl. Quintero 2012: 115 ff). ‚Indigene‘ wird insbesondere für die lateinamerikanische Region in Abgrenzung zu anderen Begriffen wie ‚Indio‘, ‚Indianer‘, ‚Ureinwohner‘, ‚Eingeborener‘ etc. als vermeintlich politisch korrekter Terminus verwendet. Der Begriff, der lateinischen Ursprung hat (also nicht von dem auf Kolumbus‘ Irrtum beruhenden Begriff ‚Indianer‘ stammt), bedeutet ‚einheimisch‘ oder ‚eingeboren‘⁴³. Dennoch muss betont werden, dass Indigene erst durch die Kolonialisierung entstanden sind. Die Einheitsidentität der ‚Indigenen‘ wurde der Vielfalt an Völkern, gesellschaftlichen Organisationsformen, Kosmovisionen und Geschichten erst in rassialisierter

⁴² Span.: „Al reconocer que el colonialismo iniciado hace 500 años sigue vivo, que solo han cambiado los nombres [...] Que es la misma lógica colonial que se mantiene ahora de una manera más agresiva lo que le llamamos neo-colonialismo y que va cargado de racismo, de discriminación, de desprecio a la lucha indígena, de negación, de destrucción, de genocidio, de políticas para acabar a los pueblos indígenas, políticas contrainsurgentes, políticas de guerra de baja intensidad, por ejemplo a través de las religiones que se imponen, a través de los proyectos de educación, de imponer culturas, toda la lógica racista y de manipulación que se hace desde los medios de comunicación [...]. Creo que todo eso que enfrentan los pueblos indígenas es lo que hace fijar el COPINH esa posición contra el colonialismo [...]. Y la lucha del COPINH es desmontar eso desde su proceso de formación, desde su construcción de una propuesta comunicacional distinta, donde es un proceso y es una escuela donde se aprende mucho, se desaprende de ese proyecto de muerte y se vuelve a aprender construyendo y creando.”

⁴³ <http://www.survivalinternational.org/ueberuns/terminologie> [5.12.2013]

Abgrenzung zu den ‚zivilisierten‘ Eroberern übergestülpt (vgl. Quintero 2012: 107 f). Es gibt somit *die* Indigenen ebenso wenig, wie *die* Europäer*innen existieren. Indigene Völker sind ebenso heterogen und widersprüchlich. Die Diversität an indigenen Völkern, Gemeinden und Individuen schlägt sich auch in der Vielfalt der Strategien und Inhalte der vor allem ab den 1970er/80er Jahren entstehenden indigenen Bewegungen nieder. Diese reichen von Kämpfen für die Anerkennung der indigenen Identität und indigener Rechte, über Forderungen nach Zugang zu Wirtschaftssektoren und finanziellen Ressourcen bis hin zur radikalen Unterwanderung des Staates und Autonomiebestrebungen (vgl. Quintero 2012: 111). Pablo Quintero zeigt dabei auf: „Das, was manchmal indigene Gemeinden vereint und zusammenbringt, sind nicht ihre scheinbar exotischen zeitlosen Werte, sondern im Gegenteil ihr geteiltes historisches Erbe der Fremdherrschaft und der Ausbeutung“⁴⁴ (ebd.: 120).

So kann weder von *einer* indigenen Lebensweise oder *dem* indigenen Naturverhältnis ausgegangen, noch kann beides auf die Komponente ‚nicht-kapitalistisch‘ reduziert werden, wie dies teilweise geschieht. Dies, obwohl COPINH eine stark anti-kapitalistische Rhetorik aufweist. Klar muss jedoch sein: „Niemand ist, niemand kann außerhalb der klassifizierenden Logiken der Kolonialität der Macht sein oder außerhalb der Produktionsverhältnisse des kolonialen/modernen Kapitalismus stehen“⁴⁵ (Quintero 2012: 110).

Dass ich den Begriff ‚Indigene(s) Volk‘ dennoch verwende, liegt daran, dass er wiederum als Selbstbezeichnung gewählt und positiv besetzt wurde, hat er doch auch insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten zum Erkämpfen und zur Einforderung von indigenen Rechten gedient. Bertha Cáceres streicht heraus, dass für COPINH die indigene Identität stark mit einer aktiven Ablehnung der kapitalistischen Lebens- und Denkweise zusammenhängt. Sie meint, sich als indigen wahrzunehmen bedeute:

sich einfach klar zu sein, dass wir, dass unsere Vorgänger und Vorgängerinnen einheimische Völker sind, dass wir ein Erbe unserer Großväter und Großmütter haben, [...] nicht unbedingt wegen meiner physischen Gesichtszüge sondern wegen unseres Geists, unseres Bewusstseins, denn ich nehme die indigene Spiritualität an und ich lehne mich gegen die Kolonisation, gegen die Domestizierung und gegen die Herrschaft und jegliche Unterdrückung auf. Und ich erkenne die Tiefgründigkeit der Kosmovisionen an, ich teile und nehme die Kosmovision des Lenca-Volkes an. Die Existenz der ältesten Geister, der Zusammengehörigkeit mit dem Land [der Erde], und dass das Land nicht von uns ist, sondern wir vom Land sind. Es ist andersrum! Dass wir nichts anderes als etwas Mickriges in den bestehenden Universen sind, dass wir eine verändernde Dynamik haben und uns fortlaufend weiterentwickeln. Die indigenen Völker verändern sich, wir sind weder statisch noch uniform. Und wir tragen zum kämpferischen Bewusstsein bei, zu den gerechten Anliegen auf der ganzen Welt. Zu ökologischen Anliegen, zu den Anliegen der Frauen, zum feministischen Anliegen, selbst, wenn dies manche nicht glauben. Wir haben

⁴⁴ Span.: „Lo que a veces unifica y cohesiona a las comunidades indígenas como tales, no son sus supuestos valores exóticos atemporales, sino por el contrario los legados históricos compartidos de dominación y de explotación.“

⁴⁵ Span.: „nadie está, nadie puede estar por fuera de las lógicas clasificadoras de la colonialidad del poder, ni por fuera de las relaciones d producción del capitalismo colonial /moderno“

Theorien, es gibt Philosophien der indigenen Völker. Es gibt Wissen aller möglicher Arten, von Astronomie, von Landwirtschaft. Es gibt Wissen, das bis heute das westliche hegemoniale Wissen und die Wissenschaft nicht erklären können. [...] Ich glaube, das ist es, dem die Stirn zu bieten, dem Fundamentalismus entgegenzutreten und im indigenen Kampf präsent sein, ausgehend von einer Kosmovision aus den Gemeinschaften, aus einem vom Kapitalismus unterschiedlichen Leben heraus, das *doch* möglich ist. [...] Diese Stellung einzunehmen, das ist, was uns als Indigene ausmacht.⁴⁶ (INT 38)

Miriam Miranda, Koordinatorin der Garífuna-Organisation OFRANEH, vermittelt eine ähnliche Beschreibung der indigenen Identität und betont dabei die Zentralität des Territoriums sowie des Kollektiven:

[D]as Thema der Identität ist für die indigenen Völker zentral hinsichtlich einer tiefen Verbindung mit ihrem Territorium, mit unserem Territorium, denn es hat mit der Kosmovision, damit, wie wir die Welt, wie wir das Leben sehen, zu tun. Darunter fällt auch das Thema des Kollektiven versus dem Individuellen, welches eines der Praktiken des westlichen kapitalistischen Systems darstellt, dem die Welt verfallen ist und gegen das wir uns als kulturell unterschiedliche Völker permanent einsetzen. [Es wird hart daran gearbeitet, um uns zu individualisieren. Damit wir an das Ich, allererstens Ich und zweitens Ich und schlussendlich Ich denken, anstatt das Wir zu sehen.] Das heißt, wie können wir diese kollektive Vision der Territorien und der Welt geltend machen –was mit so wichtigen Elementen wie der gegen-seitigen Hilfe, der Solidarität, der Wichtigkeit der Gemeingüter über dem Materiellen zusammenhängt.⁴⁷ (INT 13)

Es wird jedoch dabei auch deutlich, dass sich die Identitäten wandeln, dass es sich um Prozesse, um konkrete Kämpfe und keineswegs um lokale zeitlose Harmonie handelt. Dies erfordert ein ständiges eigenes Erlernen, Wiederaneignen und Praktizieren kollektiver Lebensweisen und Kosmovisionen, was wiederum durch das Bildungssystem, Handys, oder die Inwertsetzung und Privatisierung von Land und Gemeingütern bedroht ist (INT 13, 24, 38):

Wir haben eine Anzahl von Nachteilen, denn unsere ganze Umgebung, die Struktur um uns herum, versucht ständig, gegen unsere Art und Weise, das Leben zu sehen, vorzugehen. Es ist ein organisativer Prozess, ein täglicher Kampf, natürlich, uns trifft der schwierigste Part, denn es handelt sich nicht nur um den Kampf der Arbeiter für einen Mindestlohn oder für Sicherheit, sondern wir müssen uns um einen anderen Kampf kümmern, diesen anderen wichtigen Teil, der mit der Identität zu tun hat, um den Kampf für unser Land zu ermöglichen. Wenn ein Jugendlicher oder ein Junge oder ein Mädchen nicht von der Schule an den Wert der kollektiven Ländereien kennt, und dass er*sie Rechte hat in der Gemeinde und

⁴⁶ Span.: „Simplemente asumir que venimos, y que nuestros antecesores, antecesoras, son los pueblos originarios, que tenemos herencia en nuestros abuelos y abuelas, [...] no tanto por mi facción física sino que por nuestro espíritu, nuestra conciencia, porque además asumo la espiritualidad indígena y me rebelo contra la colonización, contra la domesticación y la dominación y toda opresión. Y reconozco la profundidad de las cosmovisiones y comparto y asumo la cosmovisión del pueblo lenca. La existencia de los espíritus más antiguos, del apego a la tierra, de que la tierra no es de nosotros, sino nosotros somos de la tierra. Es al revés. Que somos nada más algo ínfimo en los universos que existen, que tienen una dinámica cambiante y que evolucionamos. Los pueblos indígenas evolucionamos, no somos estáticos ni uniformes. Y aportamos a las conciencias de lucha, a las causas justas en todo el mundo. A la causa ecologista, a la causa de las mujeres, a la causa feminista, aunque algunos no lo crean. Tenemos teorías, hay filosofías en los pueblos indígenas. Hay conocimiento de todo tipo, de astronomía, de agricultura, hay conocimientos que hasta hoy el conocimiento y la ciencia occidental hegemónica no puede explicar. [...] Entonces yo creo que enfrentar eso, enfrentar el fundamentalismo y estar en la lucha indígena desde esa cosmovisión de las comunidades, de una vida distinta al capitalismo, que *sí* es posible. [...] Apostarle a eso, eso nos hace ser indígena.”

⁴⁷ Span.: „el tema de la identidad para los pueblos indígenas es básico en cuanto a una relación profunda con su territorio, con nuestro territorio, porque tiene que ver con la cosmovisión, como vemos el mundo, como vemos la vida. En este sentido el tema de lo colectivo verso lo individual, que es una de las prácticas de un sistema occidental capitalista en el que se ha sumido el mundo y que nosotros como pueblos culturales diferenciados estamos en una lucha permanente. [hay un trabajo muy fuerte para hacernos individualista. Para que pensemos en Yo, y primero Yo y segundo Yo y finalmente Yo, antes de ver lo de Nosotros y Nosotras.] Como hacer vigente esa visión colectiva de los territorios y del mundo – que tiene que ver con elementos tan importantes como la ayuda mutua, la solidaridad, la importancia de los bienes sobre lo material.”

sich nicht zwingend Land kaufen muss, um ein Haus zu haben, dass dies eine fundamentale Sache ist, also wenn es keine Bildung in diesem Sinne gibt, keine Überlieferung der Identität in diesem Sinne und der Geschichte in diesem Sinne, dann hören wir auf, ein Volk zu sein. Aus diesem Grund gibt es diese tiefe, sehr tiefe Verbindung mit der Identität und mit dem Kampf um das Territorium und die Gemeingüter.⁴⁸ (INT 13)

Die kolonialen Ausbeutungsverhältnisse sowie die Komplexität und Widersprüchlichkeit und konfliktiven Prozesse innerhalb und zwischen indigenen Völkern stets vor Augen haltend, kann ein ungefähres Verständnis über die keineswegs romantischen, homogenen, aber dennoch *anderen* Lebensweisen und Naturverhältnisse, eng zusammenhängend mit den Kosmovisionen indigener Völker, generiert werden. So sind gemeinschaftliche Lebensweisen und insbesondere kollektiver Landbesitz weit verbreitet, und auf eigene Entscheidungsstrukturen und die Kontrolle über und das enge Verhältnis mit dem Territorium wird generell viel Wert gelegt. Dies zu schützen und zu verteidigen ist Grundlage für die gemeinschaftliche Identität und Zukunft des eigenen Volkes, der Kinder und Enkel – und baut nicht etwa darauf auf, dass das Land und Ressourcen einen monetären Preis haben.

Exkurs: Indigene Völker und Organisationen in Honduras

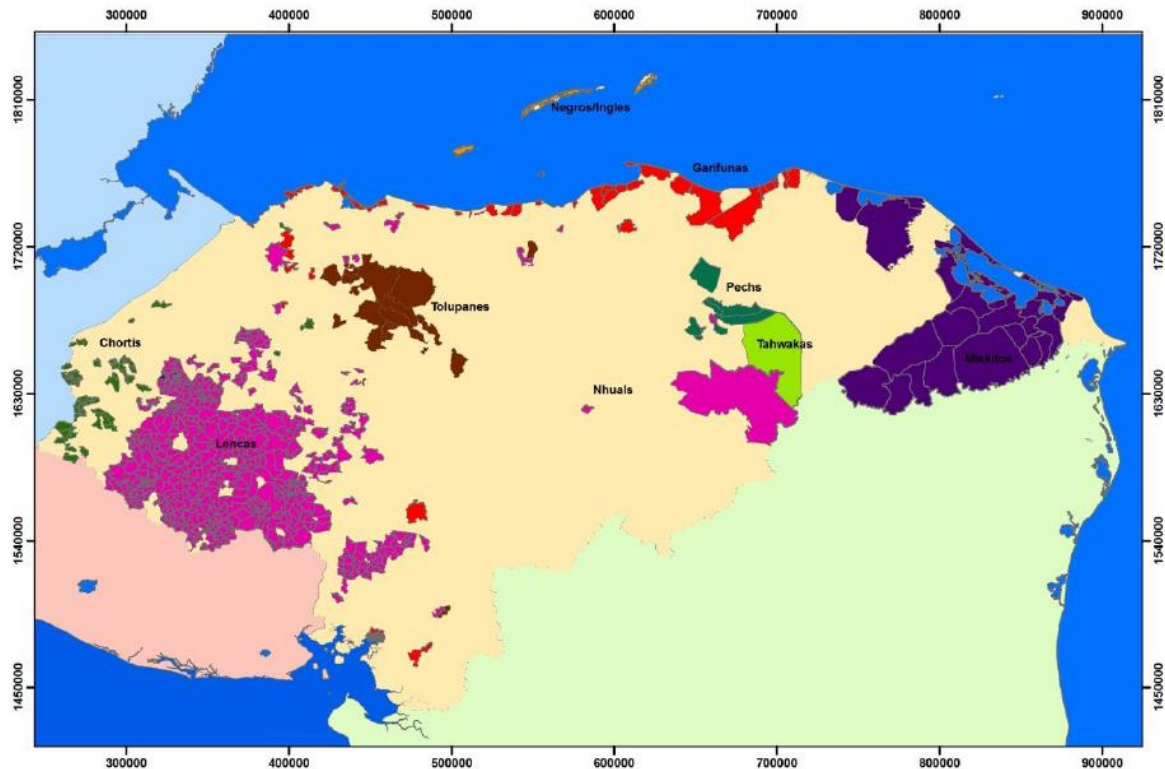
In Honduras gibt es neun anerkannte indigene Völker. Genaue und aktuelle Angaben über die sich als indigen identifizierenden Personen gibt es nicht, die Anzahl wird auf 7 bis 13 %, in anderen Quellen auf 20 %, geschätzt (Anderson 2007: 389; Oxfam 2013: 4; Gobierno de Honduras 2013 b: 120; CONPAH 2011). Im Fall von Honduras müsste streng genommen stets von Indigenen und Afrohonduraner*innen gesprochen werden, handelt es sich doch bei zwei der Völker, den Garífunas und den englischsprachigen Inselbewohner*innen, um Völker, die aus den aus Afrika verschleppten Sklav*innen entstanden. Dennoch haben Garífunas, insbesondere über ihre Organisation OFRANEH, welche die erste indigene Organisation in Honduras darstellte⁴⁹, stets für ihre Anerkennung als *indigenes* Garífuna-Volk mit Rechten auf ihr nun schon seit Jahrhunderten angestammtes Territorium gekämpft und diese auch (zumindest offiziell) zugestanden bekommen (Anderson 2007; Vacanti Brondo 2010). So heißt

⁴⁸ Span.: „Entonces tenemos toda una serie de desventajas porque todo lo que está a nuestro alrededor, la estructura de lo que está a nuestro alrededor está tentando siempre contra esta forma de ver la vida nuestra. Entonces en un proceso organizativo, en una lucha diaria, por supuesto, nos toca la parte más difícil, verdad, porque no es únicamente por ejemplo la lucha de los obreros por el salario mínimo, el otro, la seguridad, sino también tenemos que ver nosotros y nosotras la lucha, esa otra parte tan importante que tiene que ver con la identidad para garantizar la lucha por la tierra. Si un joven o un niño o una niña no sabe desde la escuela lo del valor de tener una tierra colectiva y que tiene derecho en la comunidad y no necesariamente tiene que comprar la tierra para poder tener su casa, que es una cosa fundamental, entonces si no hay una educación en este sentido y si no hay una transmisión de la identidad en este sentido y la historia en este sentido, entonces nosotros dejamos de ser pueblo. Por eso es que hay una profunda pero profunda relación de la identidad y la lucha por el territorio y los bienes comunes.“

⁴⁹ <http://ofraneh.wordpress.com/about/> [5.12.2013]

es in einer Stellungnahme des indigenen Menschenrechtsobservatoriums ODHPINH, bei dem auch OFRANEH teil ist:

Wir lehnen die Verzerrung des Charakters des Garífuna-Volkes als simple Afrostämmige ab, was das vage Konzept der Rasse dem über ihre Kultur voranstellt. Dies ist Teil der kulturellen Homogenisierung, die von internationalen Finanzorganisationen und der derzeitigen Regierungsverwaltung vorangetrieben wird. (ODHPINH 2013 a)



Karte Nr. 2: Dunkelgrün links: Maya-Chortí, Pink: Lenca, Dunkelbraun: Tolupanes, Rot: Garífuna, Hellbraun: (englischsprachige) „Schwarze“, Grün rechts: Pech, Hellgrün: Tahwakas, Rosa: Nahua, Lila: Miskitu. Quelle: „Gesamtkarte von Honduras. Verteilung der autochthonen Ethnien“⁵⁰, in *Gobierno de Honduras* (2013 b: 81)

In Honduras gibt es eine große Anzahl von indigenen Organisationen⁵¹ mit teilweise höchst unterschiedlichen Positionen und Strategien und daraus resultierender Anerkennung, Zusammenarbeit oder auch bedeutender Meinungsverschiedenheiten (vgl. INT 24, 28, 37). Beim Indigenen Dachverband von Honduras CONPAH sind Organisationen aller neun ‚Föderationen‘, keineswegs jedoch alle indigenen Organisationen von Honduras, vertreten (INT 28, 39). So gibt es beispielsweise insgesamt sieben Lenca-Organisationen, von denen keine den Anspruch erheben kann, das ganze Lenca-Volk, welches das zahlenmäßig bei

⁵⁰ Mapa General de Honduras. Distribución de Etnias Autóctonas

⁵¹ Die indigenen Organisationen in Honduras sind (außer der in Folge angeführten Lenca-Organisationen): Organización Fraternal Negra Hondureña (OFRANEH), Coordinadora Nacional Ancestral de Derechos Indígenas Maya (CONADIMCH), Federación de Tribus Xicaques de Yoro (FETRIFY), Consejo Nacional Indígena Maya Chorti (CONIMCH), Federación de Tribus Pech (FETRIP), Federación Indígena Nahua de Honduras (FINAH), Federación Indígena Tawahka de Honduras (FITH), Miskitu AslaTakanka (MASTA), Native Bay Islanders People and Laborer Association (NABIPLA), *et al.*

Weitem größten darstellt (Anderson 2007: 389), zu repräsentieren. Die Organisationen haben sehr unterschiedliche Entstehungsgeschichten und Herangehensweisen (INT 24, 28, 37). Laut der Vize-Direktorin des staatlichen indigenen Sekretariats SEDINAFROH, Gloria Lopez, welche sich selbst als Lenca definiert, heißen diese in Reihenfolge ihrer Entstehung (INT 24):

- ONILH (Nationale Indigene Lenca-Organisation von Honduras)
- COPINH (Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras)
- FHONDIL (Honduranische Föderation der Lenca-Indigenen)
- MILH (Indigene Lenca-Bewegung von Honduras)
- CGL (Rat der Lenca-Regierung)
- AVAI (Beistand der Vara Alta⁵²)
- COMILH (Nationaler Rat der Indigenen Lenca-Frauen von Honduras)
- eventuell kann die eher auf Umweltthemen spezialisierte neue Gruppe MILPA (Indigene Lenca Bewegung von La Paz) dazugezählt werden (INT 34, 35)

Pedro Landa zeigt auf, dass die starke Fragmentierung kein Zufall ist:

Das Lenca-Volk ist eines der Völker, welches am meisten Organisationen hat. Und das sind Resultate der Fragmentierungs- und Spaltungs-Politiken, die in bestimmten Fällen der Staat selbst vorangetrieben hat. Dies wird nun ausgenutzt, um zu sagen: Es gäbe viele Gesprächspartner*innen, mit wem muss ich sprechen?⁵³ (INT 11)

So kommt es häufig vor, dass allein mit der Organisation verhandelt wird, welche die betreffenden Maßnahmen sicherlich annimmt, und Gegenstimmen mit der Begründung, man habe ja die indigenen Völker eingebunden, ignoriert werden. Dies kommt bei allen drei Fallbeispielen deutlich zum Vorschein. Die Strategie der Schaffung und finanziellen Unterstützung von kooperationswilligen regierungsnahen Parallelorganisationen in Honduras erwähnen auch die Anthropologen Marvin Barahona und Ramón Rivas (1998 b: 124). Das nach dem Putsch im Jahr 2011 ins Leben gerufene ‚Staatssekretariat in den Bereichen Indigene und Afrohonduraner‘ SEDINAFROH hat in der Vermittlung von Interessen und Durchsetzung von Rechten indigener Völker keine Fortschritte erzielt, vielmehr wurde seine Gründung aufgrund der fehlenden Absprache mit den indigenen Organisationen abgelehnt (INT 24; CONPAH 2011: 4). Gemeinsam mit SEDINAFROH entstand auch eine Anklagebehörde für indigene Anliegen – die meisten Anklagen indigener Organisationen werden jedoch nicht oder

⁵² Mehr zum Konflikt um den ‚Beistand der Vara Alta‘ zwischen Lencas und katholischer Kirche bzgl. Synkretismus und indigenen Ländereien siehe Barahona (2009 b: 223) und Chapman (1986: 85-132).

⁵³ Span.: „El pueblo lenca es uno de los pueblos que más organizaciones tiene. Y que han sido resultados de políticas de fragmentación y división que desde el mismo estado se han impulsado en ciertos casos. eso se aprovecha ahora para decir: hay muchos interlocutores, con quién tengo que conversar?“

unzureichend behandelt (vgl. INT 8). SEDINAFROH wird von vielen Seiten wegen seiner Passivität oder gar aktiven Beteiligung an der Durchsetzung von Politiken und Projekten, gegen welche sich indigene Bewegungen wehren, kritisiert – sogar von einigen kritischeren Angestellten selbst (INT 1, 4, 5, 28; CONPAH 2011: 4). SEDINAFROH trägt im Gegenzug eher dazu bei, dass die staatlichen Politiken bezüglich indigener Völker vor allem auf kulturelle Aspekte wie zweisprachige Bildungsprojekte beschränkt bleiben: „Sie sehen nur die Ethnie, die Kultur [...]. [Die indigenen Völker] haben kulturelles Erbe, aber auch Recht auf ihr Territorium. Und dieses Territorium wird nicht respektiert.“⁵⁴ (INT 1).

Die Rechtsbasis für die Respektierung der indigenen Rechte würde in Honduras eigentlich existieren. In den 1990ern wurden in Folge massiver Mobilisierungen indigene Völker als eigenständige Akteure und Rechtssubjekte anerkannt (*siehe mehr dazu im vierten historischen Kapitel*). 1994 ratifizierte Honduras die Konvention 169 für indigene Völker der Internationalen Arbeitsorganisation ILO⁵⁵, die ein Jahr später in Kraft trat. Die Konvention 169 ist das einzige internationale Abkommen, durch welches die Respektierung, der Schutz und die Gewährleistung dieser Rechte für die (bisher nur 20) Vertragsstaaten bindend ist. Dennoch sieht die praktische Umsetzung häufig anders aus. Von indigenen Bewegungen wie denen in Honduras wird die Konvention als wichtigstes rechtliches Mittel herangezogen. Dies insbesondere hinsichtlich der darin garantierten Eigentums- und Besitzrechte der betreffenden Völker an dem durch sie von alters her besiedelten Land sowie den natürlichen Ressourcen (Art. 14, 15) und dem Konsultationsrecht (Art. 6), dem sogenannten Free Prior and Informed Consent (FPIC). Dieses garantiert, dass Projekte oder Maßnahmen, die indigene Völker direkt betreffen, nur dann durchgeführt werden können, wenn eine freiwillig vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebene Befragung getätigt und Zustimmung erteilt wurde. Da diese Befragung über indigene Entscheidungsmechanismen erfolgen soll, wird aufgrund der REDD+Strategie derzeit einerseits innerhalb der Dachorganisation CONPAH, andererseits über das Menschenrechts-Observatorium für Indigene und Schwarze Völker ODHPINH, bei dem u. a. auch COPINH und OFRANEH teilnehmen, daran gearbeitet, eigene Richtlinien für die Vorgehensweise des FPIC festzulegen. Das Miskitu-Volk ist das Einzige, welches bisher solche Richtlinien erarbeitet hat – was keineswegs bedeutet, dass diese respektiert werden. Richtlinien sind dennoch nicht zwingend nötig, der FPIC muss auch ohne diese eingehalten werden, schließlich ist den betreffenden indigenen Gemeinden meist ohnehin klar, welche ihre legitimen

⁵⁴ Span.: „Ellos ven solamente la étnia, o sea la cultura [...]. Tienen herencia cultural, pero también derecho a su territorio. Y su territorio no está siendo respetado.“

⁵⁵ <http://www.ilo.org/indigenous/Conventions/no169/lang--en/index.htm> [5.12.2013]

Entscheidungsstrukturen sind. Wie negative Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, sind durch konkrete Abkommen zwischen indigenen Völkern und dem Staat die indigenen Rechte teilweise eher verwässert worden (INT 11; ODHPINH 2013 a, b; FCPF 2013 c: 2).

Auch die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker UNDRIP⁵⁶ von 2007 gilt als Meilenstein in der Anerkennung kollektiver (und nicht nur individueller) Menschenrechte auf globaler Ebene, diese ist jedoch wie andere Menschenrechtserklärungen nicht rechtlich bindend. Honduras ratifizierte ebenso die Amerikanische Menschenrechtskonvention, welche die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, Gemeinschaftseigentum der indigenen Völker anzuerkennen (Heinlein 2013: 1). Die UN-Konvention über biologischen Vielfalt CBD⁵⁷ der UNEP beinhaltet ebenso einige relevante, jedoch unverbindliche Artikel für indigene Völker. Viele freiwillige Richtlinien für Investoren in Projekte, welche indigene Völker betreffen könnten, umschließen außerdem (offiziell) die Respektierung indigener Rechte.

3.3.3 Territorien und Commons

[H]ablar de la defensa de los territorios o de los comunes, nos da una buena perspectiva para criticar y resistir a la economía verde.

[V]on der Verteidigung der Territorien oder der Commons zu sprechen gibt uns eine gute Perspektive, um die Green Economy zu kritisieren und gegen sie vorzugehen.

Larry Lohmann (2012: 31)

Der hohe Stellenwert des Territoriums als Analysekatgorie und konkreter Kampfbegriff hinsichtlich des Green Grabbing ist bei der Scale-Debatte sowie hinsichtlich der engen Verknüpfung mit der indigenen Identität schon angeschnitten worden. Hier soll sie konkretisiert und insbesondere der Bezug zur Debatte um ‚Commons‘, auch Gemeingüter oder Allmende genannt⁵⁸, hergestellt werden. So werden die meisten derzeitigen Kämpfe um Zugang zu Land und Commons in Lateinamerika als Verteidigungskämpfe um Territorien geführt. Territorium kann in Lateinamerika daher fast als Synonym für das in Europa vielleicht etwas bekanntere Konzept der Commons verwendet werden (vgl. Lohmann 2012). Dennoch können sich unter Commons die meisten Personen wenig vorstellen. Während Begriffe wie Ressourcenmanagement, Wirtschaftswachstum, Privateigentum oder auch Humankapital und gar Naturkapital eingängige Konzepte sind, gibt es kaum eine Vorstellung davon, was Gemeingüter oder Territorien bedeuten könnten. Ganz unbekannt sind die Commons jedoch

⁵⁶ [http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Declaration\(German\).pdf](http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Declaration(German).pdf) [5.12.2013]

⁵⁷ <http://www.cbd.int/> [5.12.2013]

⁵⁸ In Honduras wird dafür austauschbar ‚comunes‘, ‚bienes comunes‘, ‚bienes naturales‘, ‚bienes comunes de la naturaleza‘ und teilweise auch nur ‚bienes‘ verwendet.

nicht: Negativen Bekanntheitsgrad erlangten sie insbesondere durch den Essay ‚Tragedy of the Commons‘ von Garrett Hardin (1968), in dem argumentiert wird, dass frei verfügbare Ressourcen das Problem der Übernutzung nach sich zögen. Diese Argumentation dient der Legitimation für die Privatisierung von Land und Ressourcen. Dabei wird übersehen, dass Hardin fälschlicherweise Commons als frei verfügbare Ressourcen ohne jegliche Besitzer*innen ansah. Tatsächlich sind Commons jedoch meist in gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen und Regelwerke eingebunden. Camila Moreno (2012 a: 61) streicht heraus, dass vielmehr die ‚Tragedy of the Commons‘ eine Tragödie für die Reproduktion des Kapitalismus darstellt, da sie praktisch dessen Gegenteil repräsentiert, und, wie auch Bertha Cáceres in Bezug auf die Territorien betont, diese schwerlich zu kontrollieren sind (in Korol 2013 a). Schon im frühen Mittelalter gab es in Europa Widerstand gegen die ursprüngliche Akkumulation, die Einhegung und Inwertsetzung der Commons, und damit auch gegen die entstehende Trennung zwischen Natur und Gesellschaft (Lohmann 2012: 33; Federici 2012: 25 ff). Dies wird in dem Ausschnitt eines englischen Gedichts aus dem 16. Jahrhundert, das im Zuge der Kämpfe gegen die Einhegung entstand, deutlich:

The law locks up the man or woman
Who steals the goose from off the common
But leaves the greater villain loose
Who steals the common from the goose. (vgl. Lohmann 2012: 36)

„Hier sind wir geboren, hier sterben wir“⁵⁹ war ein bekannter Ausspruch bei den Ausschreitungen im 17. Jhd. in England in Bezug auf die Einschränkung der gemeinschaftlichen Nutzung der Wälder, die mit zur englischen Revolution führten (Lohmann 2012: 36). Derselbe Spruch ist bei den Lencas im Zusammenhang mit der Verteidigung ihrer Territorien häufig zu hören: „Hier leben wir, hier sind wir geboren, hier bleiben wir und hier sterben wir auch“⁶⁰ (INT 17). Während Commons somit nicht leicht einzuhegen und zu fassen sind, ist auch das *Konzept* der Commons schwer zu fassen. Dies liegt vor allem an ihrer Vielfalt: der Vielfalt von dem, zu was die Commons einen Zugang ermöglichen, sei es der Wald, Zeit, Sprache, Wasser, Obstbäume, Fische, Pilze, Almwiesen, Luft oder Stille, jedoch auch der Vielfalt der kulturellen Kontexte, Regelwerke und Kosmovisionen (ebd. Hildyard/Lohmann *et al.* 1995). Die tatsächliche ‚Tragödie der Gemeingüter‘ kann somit darin gesehen werden, dass die Commons für den ‚Homo oeconomicus‘ und dessen eindimensionalen Bezug auf seine Umwelt zu komplex und schwer verständlich sind, um als tatsächliche Alternative und existierende Verteidigungsstrategie erkannt zu werden.

⁵⁹ Span.: „Aquí nacimos aquí morimos“

⁶⁰ Span.: „Ahí vivimos nosotros, ahí nacimos, ahí nos quedamos y ahí morimos también.“

Dasselbe gilt für das Territorium, dessen Verständnis in herkömmlichen politischen Theorien und im westlichen Alltagsverstand oft auf das fixierte, einheitliche Gebiet moderner Staaten beschränkt ist (vgl. Baletti 2012: 576). Kritische Positionen und insbesondere die ausgetragenen Kämpfe fordern diese Vorstellung heraus. Im Zentrum steht dabei der Pluralismus innerhalb oder zwischen den Territorien innerhalb eines Staatsgebiets sowie die Produktion der Territorien durch die darin lebenden Gesellschaften, also die aktive Gestaltung dieses Territoriums (ebd.: 578). Das Territorium ist des Weiteren nicht auf die Fläche beschränkt, in der die Häuser der Gemeindebewohner*innen stehen, sondern ist der Raum, der für die Reproduktion des Lebens, der Kultur und der Spiritualität der Gemeinde notwendig ist. Ein Beispiel ist der Wald, welcher das Material der Garífuna-Trommeln zur Verfügung stellt, oder Flächen, die vielleicht von außen gesehen als unbenütztes unproduktives Brachland wirken, welches sich jedoch gerade im Sinne traditioneller Brachenkultur ausruht, bis es seine Nährstoffe auf natürliche Weise zurückerlangt hat (INT 11). So wird in Honduras zwischen Land (span.: tierra) und Territorium (span.: territorio) unterschieden, was Bertha Cáceres von COPINH deutlich macht:

[D]er Sinn des Territoriums ist alles, der ganze Raum der Identität, der Spiritualität, der Kultur, des Zusammenlebens mit den anderen Lebewesen. Aber in der Lenca-Kosmovision sind die anderen Lebewesen nicht minderwertig. Alle haben ihren Sinn und sind miteinander verbunden. Das Territorium ist also alles, es ist der Sauerstoff, es ist die Luft, es ist die Radiofrequenz, es sind die Flüsse, die Wasserfälle, das Gemeinschaftsleben, das Wissen über Gesundheit/Medizin, die eigene Art und Weise, wie Konzepte in Verbindung mit endogener Bildung entstehen, die Bedeutung der Sonne, die des Mondes [...]. Land ist etwas, das auch offiziell anerkannt wurde, doch es reduziert dieses Recht auf Territorium, welches wir einheimischen Völker haben. Und Land, na gut, es kann jemandem einen Landtitel für seinen Hof oder für fünf Hektar Land gegeben werden, aber das Territorium ist das ganze Gemeinschaftsleben, ist dieses Verhältnis zwischen dem individuellen und kollektiven Leben der Völker.⁶¹ (INT 37)

Bei indigenem Land ist meist das gemeinschaftliche statt dem privaten Eigentum zentral. Zwar bebaut in der Lenca-Region meist jede Familie eine eigene Fläche, diese gehört jedoch der Gemeinde; gemeinsame Arbeitstage und gegenseitige Hilfe sind weit verbreitet. Selten nur besitzen indigene Gemeinden in Honduras auch tatsächlich offizielle gemeinschaftliche Landtitel über ihr Territorium. Häufiger liegen die indigenen Territorien in staatlichen Ländereien oder Wäldern, oder in den inzwischen kaum mehr existierenden ‚Ejidos‘ welche im kommunalen oder Dorfbesitz sind. Aufgrund des starken Drucks indigener Bewegungen in den 1990ern wurde damit begonnen, auch spezielle Landtitel, meist unter dem Namen der

⁶¹ Span.: „el sentido del territorio es todo, todo ese espacio de identidad, de espiritualidad, de cultura, de convivencia con los otros seres. Pero en la cosmovisión Lenca los demás seres no son inferiores. Todos tienen un propósito y están interrelacionados. Entonces el territorio es todo, es el oxígeno, es el aire, es el espectro radioeléctrico, es los ríos, las cascadas, la vida comunitaria, estos conocimientos de salud, de sus propias maneras de conformar los conceptos relacionadas a la educación endógena, los significados del sol, de la luna [...]. Tierra es algo que ha venido incluso reconociendo oficialmente, pero reduce ese derecho al territorio que los pueblos originarios tenemos. Y tierra, bueno, le pueden dar a alguien el título de su tierra del patio de su casa, verdad, o 5 hectáreas de tierra, pero el territorio es toda la vida comunitaria, toda esa relación de vida individual y colectiva de los pueblos.”

‚kommunitären‘ Titel, zu vergeben, in denen (meistens) die wichtige Klausel enthalten war, dass die Ländereien kollektiv und unveräußerlich, also nicht privatisierbar, sind. Diese Titelvergabe für indigene Ländereien geschah bisher jedoch nur in geringem Ausmaß (INT 38, 42; RUTA/Banco Mundial/SGJH 2002: iv). Aufgrund der indigenen Menschenrechte haben die indigenen Völker jedoch Nutzungsrechte auf ihre angestammten Ländereien, selbst wenn diese in staatlichem, kommunalem oder privaten Besitz sind. Während COPINH aus praktischen Gründen zwar für die offizielle Anerkennung indigener Ländereien einsteht und für deren Erhalt kämpft, gibt Bertha Cáceres zu bedenken, „dass dies Teil des Kolonialismus und der neoliberalen Durchsetzung ist, denn in Wirklichkeit sollten sie nicht einmal existieren, weder Ejido-Ländereien noch kommunitäre Ländereien, denn auch dies ist eine Art, das Territorium zu zerstückeln“⁶² (INT 38). Häufig stellt die Ausstellung privater oder kommunitärer Landtitel auch eine Gefahr dar, da die offiziellen Eigentümer*innen – in Honduras generell Männer (Casolo 2009; Fundación Arias/CDM 1995) – bei finanzieller Not, aufgrund von Ausgrenzung oder als Resultat von Manipulation oft dazu gezwungen sind, diese zu verkaufen und damit jeglichen Anspruch auf Land verlieren. Seit der neoliberalen Landreform hat der*die Bürgermeister*in die Möglichkeit, die ejidalen Ländereien zu privatisieren, während kommunitäre Ländereien (wenn die Klausel nicht eingefügt wurde) die indigene Autorität verkaufen kann; offiziell jedoch nach Zustimmung der Mehrheit der indigenen Gemeindemitglieder, was in der Realität eigentlich nicht passiert (INT 38, 42). Wie auch bei den Staudamm-Fallbeispielen ersichtlich ist, kommt es in der Praxis jedoch des Öfteren vor, dass das Land hinter dem Rücken der davon lebenden bäuerlichen und indigenen Bevölkerung privatisiert wird, und dies selbst im Falle von speziellen Klauseln für indigene Ländereien über Schlupflöcher (wie durch die ‚Übertragung‘ statt den Verkauf) teilweise möglich ist (INT 42).

Die Commons und das Territorium sorgen für den Lebensunterhalt, für Sicherheit und Unabhängigkeit. Sie sind meist weder privat noch öffentlich, sondern eher durch ihre kulturelle, soziale Struktur und die Ortsgebundenheit auszumachen sowie dadurch, dass die Subsistenz der Gemeinschaft wichtiger als Gewinnbestrebungen sind. So steht in marxistischem Verständnis der Gebrauchswert vor dem Tauschwert. Die meisten Gemeingüter sind keineswegs für die ganze Welt offen sondern in eine Struktur interner Regeln, Rechte, Verantwortlichkeiten und Glaubenssätze eingebunden. Auch von nicht-menschlichen Lebewesen werden generell die Subsistenzrechte respektiert; die gesellschaftlichen Naturverhältnisse sind weniger dichotom gestaltet (Lohmann 2012: 32; Hildyard/Lohmann 1995). Das Konzept der Knappheit gibt es

⁶² Span.: „que es parte del coloniaje, imposición neoliberal también, porque en realidad ni deberían de existir, ni tierras ejidales ni títulos de tierras comunitarios, porque es una manera también de fraccionar el territorio.“

kaum, da viele der Dinge, zu denen über die Commons Zugang ermöglicht wird, unendlich oder erneuerbar sind, so wie Luft, genetische Vielfalt oder Flusswasser. Damit es nicht zur einschränkenden Knappheit kommt, regulieren die sich stets verändernden und an die physischen Bedingungen anpassenden Regelwerke die generell für alle Mitglieder des Territoriums offene Nutzung. Knappheit kann jedoch durch Umweltverschmutzung, großflächige Wald-Abholzung von Firmen oder die Inwertsetzung und Einhegung der Commons, beispielsweise eines Flusses zur Stromproduktion oder eines Waldes als Senke, geschaffen werden (vgl. Hildyard/Lohmann *et al.* 1995):

The expansion of modern state, international and market institutions entails a shrinking space for the commons. Today, virtually all ‚human communities are encapsulated within or fully integrated into larger socio-political systems‘, as are their ‚local systems of resource use and property rights‘ [...], making enclosure an ever-present threat. As political, social and ecological boundaries are erased, control is centralized or privatized, commercialized or placed under management. [...] [T]he market economy has expanded primarily by enabling state and commercial interests to gain control of territory – together with the people themselves – into expendable ‚resources‘ for exploitation. (Hildyard/Lohmann *et al.* 1995)

Any social formation or territory that is brought or inserts itself into the logic of capitalist development must undergo wide-ranging structural, institutional, and legal changes of the sort that Marx described under the rubric of primitive accumulation. (Harvey 2003: 153)

Die Einhegung der Territorien bzw. der Commons, die Akkumulation durch Enteignung, umfasst somit viel mehr, als auf den ersten Blick erkennbar ist, sie hängt zusammen mit der Transformation der Naturverhältnisse, der Entscheidungsstrukturen, der Produktionsverhältnisse, der Kultur, der Identität und sie transformiert die Gemeingüter in Ressourcen für die nationale oder globale Produktion: „It is a process to which no aspect of life or culture is immune“ (Hildyard/Lohmann *et al.* 1995). Wird all dies berücksichtigt, wird deutlich, dass es bei (‚grünem‘ und ‚braunem‘) Land Grabbing eher um ‚Territorium Grabbing‘ geht. Die Einhegung wird jedoch nicht ohne Widerstand hingenommen. So ist die Verteidigung der Territorien für COPINH „das Hauptthema, da sich hier ein System des Minen- und Energie-Extraktivismus und ein Enklaven-Modell durchsetzt. Das Territorium ist bedroht. Die Territorien sind bedroht. Mit all dem, was die Territorien umfassen.“⁶³ (INT 15). Wurden in diesem Kapitel nun der theoretische Rahmen für Green Grabbing gesteckt und spezifische Blickwinkel und Analysewerkzeuge geklärt, so beschreibt das nächste Kapitel den zeitdiagnostischen Rahmen von Green Grabbing.

⁶³ Span.: „el tema principal porque aquí se impone un sistema extractivista minero, energético, y también se impone el modelo del enclave. El territorio está amenazado. Los territorios están amenazados. Con todo lo que contienen los territorios“

4 Zeitdiagnostischer Rahmen von Green Grabbing

Lo de ‚economía verde‘ suena muy bonito pero perderemos la batalla vital si no logramos derrotar la idea de que es una salida a la crisis, cuando en realidad no es sino una profundización en la lógica de la mercantilización de la vida que está amenazando el futuro del planeta. Hay que desmontar el mito de la economía verde y demostrar que es una recomposición del patrón de producción y del patrón de dominación.

Diese ‚Green Economy‘ klingt sehr nett, aber wir werden den lebenswichtigen Kampf verlieren, wenn wir es nicht schaffen, den Trugschluss zu überwinden, sie sei ein Ausweg aus der Krise, während sie in Wirklichkeit eine Verstärkung der Logik der Merkantilisierung [Inwertsetzung] des Lebens darstellt, was die Zukunft des Planeten bedroht. Man muss den Mythos der Green Economy entlarven und aufzeigen, dass es um eine Wiederherstellung der Produktions- und Herrschaftsweise geht.

Edgardo Lander⁶⁴

Wie im Theorie-Kapitel erwähnt, stellt Green Grabbing etwas spezifisch Neues dar. Zwar hängt es zusammen mit anderen Formen der kolonialen und neo-kolonialen Landaneignung, kennzeichnet sich jedoch insbesondere durch Aspekte, die mit der aktuellen Krisenkonstellation zusammenhängen. Um das Neue darzustellen, soll im Folgenden in einer zeitdiagnostischen Analyse auf die multiple Krise eingegangen und geklärt werden, wie die Green Economy eine Antwort darauf zu geben versucht. Daraufhin stelle ich die für die Fallbeispiele in Honduras relevanten Bereiche der Green Economy dar, respektive die ‚grüne‘ Energie sowie den Handel mit CO₂ und mit Natur. Aufgrund der zentralen Wichtigkeit des derzeitigen finanzmarktdominierten Neoliberalismus wird daraufhin beschrieben, was mit der Finanzialisierung der Natur und dem damit zusammenhängenden Prozess der Inwertsetzung von Natur gemeint ist. Dabei greife ich auf die im Theorie-Kapitel erklärten Ansätze zurück.

4.1 Die multiple Krise

Klimakrise, ökologische Krise, Energiekrise, Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise oder auch Demokratiekrise sind nicht nur zufällig zeitgleiche Phänomene (Demirović/Dück *et al.* 2011). Dass es Zusammenhänge, Wechselwirkungen und gar ähnliche Ursachen gibt, erkennen auch relevante internationale Organisationen an (vgl. UNEP 2011 b: 1). Den gemeinsamen Grund der Krisen, insbesondere des Klimawandels und der ökologischen Krise, sieht das UNO-Umweltprogramm in der Kapitalvergabe an bisher ‚falsche‘ Sektoren, wie etwa der ‚braunen‘ Wirtschaft (UNEP 2011 b: 1). Die Strategie zu deren Überwindung ist demzufolge vor allem die Umlenkung der Investitionen in ‚Naturkapital‘, erneuerbare Energie

⁶⁴ In: Peña 2012

und Technologien zur Ermöglichung von ‚Ressourceneffizienz‘ (UNEP 2011 a) – diese Strategie hat den Namen der Green Economy.

Kritische Analysen der multiplen Krise ziehen die dominante Darstellung und Erklärung der Krise sowie die daraus resultierenden Krisenüberwindungsstrategien in Zweifel und zeigen die offen gebliebenen Fragen auf: Für wen handelt es sich um eine Krise? Sind alle gleichermaßen von ihr betroffen? Bei der Klimakrise und bei sich immer häufiger wiederholenden Naturkatastrophen, wie dem 1998 in Honduras und Zentralamerika aufgetretenen Hurrikan Mitch mit über 11.000 Toten⁶⁵ (Klein 2005), oder dem verheerenden Taifun Haiyan auf den Philippinen 2013, bei dem über 5000 Menschen starben (derStandard 2013), wird deutlich: Die Auswirkungen des Klimawandels sind sozialräumlich höchst ungleich verteilt und führen zu vermehrtem Elend in ohnehin schon armen Regionen des Globalen Südens (Bader/Becker *et al.* 2011: 17). Laut Germanwatch sind die zehn in den letzten 20 Jahren vom Klimawandel „am stärksten betroffenen Länder allesamt Entwicklungsländer – an der Spitze Honduras“ (Germanwatch 2013 a). Die Klima- und Energiekrise, die gestiegenen Öl- und Strompreise sowie die aufgrund dessen vorangetriebene Agrartreibstoffproduktion hatte Land Grabs zur Folge und trieb die Nahrungsmittelpreise in die Höhe, verstärkt durch die nach der Finanzkrise vermehrt auftretenden Nahrungsmittelspekulationen (vgl. Nowak 2013: 247; Demirović/Dück *et al.* 2011). Während manche dadurch Milliarden Gewinne erzielten, gerieten unzählige Menschen in der Peripherie in Hungersnot. Es gibt somit stets Verlierer*innen und Gewinner*innen in den Krisen. Auch die Verantwortung für die verursachten Krisen ist ungleich verteilt. In Bezug auf die Klimakrise sind die Länder des Globalen Nordens, insbesondere die USA und in Europa, wo zusammen etwa 15 % der Weltbevölkerung leben, für drei Viertel der seit 1850 in der Atmosphäre akkumulierten CO₂-Emissionen verantwortlich (FoEI 2013: 13). Beispielsweise ist der Stromverbrauch pro Kopf in Österreich zwölfmal, in den USA 19 mal höher als in Honduras (vgl. World Bank o.A.).

Krisen sind zwar „objektive Vorgänge, doch dürfen sie nicht objektivistisch missverstanden werden“ (Bader/Becker *et al.* 2011: 11). Vielmehr handelt es sich um gesellschaftliche Prozesse: Krisen betreffen „die konkreten Lebenszusammenhänge von Menschen“ (Demirović/Dück *et al.* 2011: 8). Gleichzeitig geraten gewisse soziale Verhältnisse in die Krise, dann, wenn die Spannungen zu stark werden: „Krisen brechen nicht von außen in eine Gesellschaft ein, die sich im Prinzip im Gleichgewicht befindet und nun von der Krise in ihrem

⁶⁵ <http://www.hurricanescience.org/history/storms/1990s/mitch/> [14.11.2013]

normalen und funktionstüchtigen Gang unterbrochen wird“ (Bader/Becker *et al.* 2011: 11). Krisen werden vielmehr durch die inneren Widersprüche produziert. Die auf fossilen Brennstoffen beruhende Produktions- und Lebensweise sowie die Naturverhältnisse sind fest in die gesellschaftlichen Praktiken eingeschrieben. So könnte im Zusammenhang mit der ökologischen und klimatischen Krise auch von einer Krise der „fossilistischen Produktions- und Konsummuster“ gesprochen werden (Brand/Wissen 2013: 140). Es ist darum nicht möglich, die Krise einfach von ‚oben‘ progressiv und konfliktfrei zu lösen, wie dies beispielsweise mit der Green Economy versucht wird

Eine Krise wird oft erst dann als solche von dominanten Akteuren erkannt und bearbeitet, wenn sie die Kapitalinteressen einschränkt oder Gewinne verspricht. Deshalb ist auch das Ringen um den Krisendiskurs wichtig, um die Krise „sichtbar und zum Gegenstand der gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidung zu machen“ (Demirović/Dück *et al.* 2011: 8). So kann beispielsweise die Katastrophen-Darstellung des Klimawandels zu Ohnmachtsgefühlen führen, handlungsunfähig machen und schnelle, aber oberflächliche, die Ursachen der Krise nicht berührende ‚Lösungen‘ legitimieren. In diesem Zusammenhang wird auch von einem „disaster capitalism“ gesprochen (vgl. Klein 2005, 2007; Mark 2013; Fairhead/Leach *et al.* 2012: 245). Kritische Analysen erkennen weitere Krisenphänomene an, wie die Krise der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (vgl. Backhouse 2013: 265), der Geschlechterverhältnisse (Wichterich 2011; König/Jäger 2011), eine Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie (Demirović/Dück *et al.* 2011: 21 f), oder, wie ich im Anschluss ausführe, als zentrale Komponente der multiplen Krise, die Überakkumulationskrise (vgl. Bader/Becker *et al.* 2011 14 f; Zeller 2010).

Die Krisenkonstellation „kann als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus analysiert werden“ (Bader/Becker *et al.* 2011: 13). Mit Widersprüchen ist insbesondere die „Unfähigkeit, die Tendenz zur Überakkumulation von Kapital, Blasen und Krisen im Finanzmarkt oder Überproduktionen und Nachfrageschwächen zu verhindern“ (ebd.: 14) gemeint. Überakkumulation bedeutet, dass ein Überschuss an Kapital im Vergleich zu Anlagemöglichkeiten existiert. Dies führt zu Überakkumulationskrisen, also „Krisen der Kapitalverwertung, die sich in einer sinkenden Kapitalrentabilität bzw. *Profitrate* ausdrücken“ (Wissen/Naumann 2008: 293). Die Tendenz zur Überakkumulation besteht seit den 1970ern und hängt mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems⁶⁶ und der festen

⁶⁶ Bretton-Woods-System heißt das nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete internationale Währungssystem mit den zentralen Organisationen Weltbank und Internationalen Währungsfonds (IWF) und festen Wechselkursen mit Goldbindung.

Wechselkurse zusammen sowie mit neoliberalen Privatisierungen, Deregulierungen und der Globalisierung (vgl. Bader/Becker *et al.* 2011: 14 f; Tricarico 2011; Lohmann 2009: 723). Dies führt seit den 1970ern zur Machtsteigerung des Finanzmarkts, was mit ‚Finanzialisierung‘ bezeichnet wird. Ob in Form von Kreditkarten oder privater Altersvorsorge, das Finanzkapital „durchdringt das Alltagsleben“ (Lohmann 2009: 723; Lapavistas 2014). Investitionen in die Realwirtschaft wurden mit der Zeit weniger rentabel als der Finanzmarkt. Immer mehr Bedeutung kam dem Motto zu: „Man muss vergessen, produktiv zu sein: Man muss ‚nehmen und nicht produzieren‘; sich das Gehalt der Arbeitnehmer zu Eigen machen; Ländereien und Mineralien einhamstern...“⁶⁷ (Lohmann 2012: 16). Während 1990 nur 15 % der Unternehmensgewinne aus dem Finanzsektor stammten, waren es 2010 schon 64 % (Lohmann 2012: 17). Eine Vielzahl vorher in der Realwirtschaft tätiger Unternehmen erwirtschaftet heute den Großteil der Einnahmen über den Finanzmarkt, wie Pensionsfonds, Banken, Energieunternehmen etc., während gleichzeitig neue Akteure entstanden, wie Index Funds oder Hedge Funds (Tricarico 2011: 1). Die Finanzkapital-Besitzer*innen erzielen auf Eigentumstiteln gestütztes

Einkommen in Form von Zinsen und Renten oder durch den Verkauf eben dieser Titel. [...] Während Zins das vertragsmäßige Entgelt für ein Darlehen ist, entspricht die Rente einer vertragsmäßigen Zahlung für die Nutzung von Boden, Gebäuden [...] und intellektuellem Eigentum (Zeller 2010: 105 f).

Diese Einkommen sind aber nicht rein virtuell, sie schöpfen einen Teil des Profits der Realwirtschaft ab und führen deshalb zum Einfrieren von Löhnen, dem Abbau von Arbeitsplätzen und zu wachsender Ungleichheit sowie, wie unten argumentiert wird, zu vermehrter Aneignung von Territorien (Zeller 2010 106; WRM 2012 b).

Der Staat war und ist an dieser Finanzialisierung aktiv beteiligt: durch die Schaffung von Finanzinstrumenten, Rahmenwerken für die Privatisierung, neuen Waren durch die Einhegung und die Erzeugung von Knappheit oder durch das politische Korrigieren von Marktversagen, beispielsweise durch das ‚Bankenretten‘ oder Bürgen für faule Schuldtitel (WRM 2012 b; Tricarico 2011: 2; Kaltenbrunner/Newman *et al.* 2011: 18 f). Gleichzeitig verlor der Staat die Regulationsfähigkeit über den Finanzmarkt und kann das sich global bewegende Kapital kaum mehr in die Schranken weisen (Lander 2013: 39). Die Finanzmarktkrise von 2007/08 verstärkte die Finanzialisierung sogar (Tricarico 2011): Um Überakkumulationskrisen (kurzfristig) zu überwinden, sucht das Kapital nach neuen Anlagemöglichkeiten, also neuen inwertzusetzenden

Die immer stärkere Inflation in den USA und die Kluft zwischen existierender Dollarmenge und den Goldreserven führten zum Zusammenbruch des Systems 1973 und der Flexibilisierung der Wechselkurse (vgl. Windfuhr 2002).

⁶⁷ Span.: „Hay que olvidarse de ser productivos: hay que ‘tomar y no fabricar’; apoderarse del salario de los trabajadores; acaparar tierras y minerales.“

Sphären, die eingehegt werden können. Nach der Finanzkrise wurde vermehrt mit Land und Nahrungsmitteln spekuliert, was letztendlich zur Nahrungskrise und zu dem starken Anstieg an Land Grabbing führte (WRM 2012 b; Borras/Franco *et al.* 2012: 846).

Mit diesem Hintergrund können die gemeinsamen Ursachen der verschiedenen Krisenphänomene verstanden und die im Folgenden beschriebenen Bearbeitungsstrategien, die ich in der Green Economy ansiedle, kritisch beleuchtet werden.

4.2 Green Economy: Des Kaisers grüne Kleider?

Die Green Economy wird in den letzten Jahren als „Ansatz zur Überwindung der multiplen Krise“ (Brand/Wissen 2013: 135) von globalen Institutionen wie der UNO, der OECD oder der Weltbank, Umwelt-NGOs, „grünen“ Parteien und der Privatwirtschaft vorangetrieben und als Win-Win-Konstellation präsentiert: Sie soll gleichermaßen eine Lösung für den Klimawandel und die ökologische Krise darstellen, die Wirtschaft ankurbeln und Armut sowie der Ungleichheit zwischen Nord und Süd entgegenwirken (UNEP 2011 b: 3; OECD 2011)⁶⁸. Dies soll funktionieren, indem mehr Investitionen in grüne Sektoren, wie in ‚Naturkapital‘ und erneuerbare Energie, fließen sollen (UNEP 2011 b: 1; UNEP 2011 a). Damit diese attraktiv werden, sollen Staaten Anreize schaffen, um die gleichen oder mehr Profitmöglichkeiten wie für ‚braune‘ Investitionsfelder und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren (UNEP 2011 a; Lander 2011: 4 f).

Green Economy ist eine Weiterentwicklung des in den 1980ern aufgekommenen Ansatzes der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ und stellt das Modell des unbegrenzten Wirtschaftswachstums sowie dominante Macht- und Ausbeutungsverhältnisse noch weniger in Frage als dieser. Nachhaltige gesellschaftliche Naturverhältnisse stehen jedoch mit der kapitalistischen Produktionsweise im Widerspruch. Wie dekoloniale Perspektiven verdeutlichen, beruhte sie von Anfang an auf der Abgrenzung, Unterwerfung und uneingeschränkten Ausbeutung der Natur. Denn „[d]er Prozess der Wertvermehrung ist mit einem unendlichen stofflichen Vermehrungsprozess verbunden. Die Konkurrenz führt zwingend periodisch zu Überproduktion“ (Zeller 2010: 103). Die Überproduktion hat Überkonsumption und übermäßige Abfallproduktion sowie Treibhausgase zur Folge (vgl. ebd.).

⁶⁸ In der Zusammenfassung des UN-Umweltprogramm UNEP vorgestellten Berichts „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication“ heißt es z. B.: „the greening of economies is not generally a drag on growth but rather a new engine of growth“ (UNEP 2011 b: 3).

Edgardo Lander (2011: 6) kritisiert, dass die Green Economy auf der Fiktion beruht, die Regierungen würden automatisch im kollektiven Interesse handeln und hätten die Macht, multinationale Konzerne und Finanzmärkte – mit deren Ziel der möglichst schnellen Profitmaximierung – in die Schranken zu weisen, während weiterhin das neoliberale Paradigma vorangetrieben wird. Die Erkenntnis, dass die Krisenursachen in ‚falsch‘ gerichtetem Kapital und ‚Marktschwächen‘ liegen, führt nicht zu einer Hinterfragung der Machtausbreitung der Finanzmärkte und der Unterordnung aller Gesellschaftsformationen unter das Kriterium der Profitmaximierung und des uneingeschränkten Wirtschaftswachstums (Lander 2011: 1 ff; Lohmann 2012: 9). Vielmehr basiert die Green Economy auf der Ausbreitung des Marktes auf die neuen ‚grünen‘ Sphären und auf der Umwandlung von Natur in Naturkapital. Damit nimmt die Green Economy die langjährige und auch im Vorgängerkonzept der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ präsente Kritik und Forderung nach einer Internalisierung der externen Kosten auf, also der Einbeziehung der ökologischen Bedingungen in die Wirtschaftsaktivität (Gómez Bonilla 2012: 286; Lander 2011: 5). Es erschien wünschenswert, Natur für den Kapitalmarkt sichtbar und damit schützbar zu machen. Somit können die Kosten des Schutzes den Kosten der Zerstörung gegenübergestellt werden. Dies hat jedoch schwerwiegende Folgen, die von Umweltschutzorganisationen teilweise nicht vorausgesehen und erkannt wurden/werden. Die Forderung nach dem Ausdrücken der Natur in Geldwert bewegt sich innerhalb der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die davon ausgeht, dass der „*Homo oeconomicus* Natur nur dann schützt, wenn ihr ein monetärer Wert (= Preis) zugerechnet werden kann“ (Kill 2013 b: 1) und die Natur eine*n Eigentümer*in hat. Dieselbe Argumentation wie in Hardins ‚Tragedy of the Commons‘.

Die Internalisierung externer Kosten bedeutet die Inwertsetzung der Natur – Kernelement der Green Economy und Schnittstelle zwischen den verschiedenen Krisenphänomenen. Die Inwertsetzung beinhaltet die (als objektiv dargestellte) Messung der Kosten oder des Geldwerts von Natur und Naturzerstörung oder -bewahrung, die Etablierung von Eigentumsrechten und hängt meist mit dem Handel oder der Spekulation mit Natur zusammen. Dadurch können mehrere Krisen gleichzeitig bearbeitet werden. Dies wird insbesondere bei der Energie- und Ressourcenkrise deutlich: Die Knappheit der wichtigen natürlichen Ressourcen ermöglicht deren Inwertsetzung, die letztendlich zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen kann (vgl. Brand/Wissen 2013: 139). So können für Agrartreibstoffe relevantes Land oder für Energieproduktion interessante Gewässer inwertgesetzt oder im Zuge des Emissionshandels und dem ‚Payment for Ecosystem Services‘ aus der Absorptionsfähigkeit der Erdatmosphäre oder aus Umweltdienstleistungen neue Waren geschaffen werden (vgl. ebd.; Gómez Bonilla

2012: 297). Die Verwandlung der Natur und ihrer Funktionen in Waren stellt neue Aktiva für die in die Krise geratenen Märkte und das überakkumulierte Kapital bereit. Durch das stärkere Interesse an Land und natürlichen Gütern steigt der Druck auf die Territorien. Genau dies beschreibt das Konzept des **Green Grabbing**. Durch die Inwertsetzung der Natur wird diese Form der Landnahme zu einem zentralen Projekt der Krisenbearbeitung (vgl. Zeller 2010).

Im Hinblick auf die in der Arbeit analysierten Green Grabbing-Fallbeispiele wird nun im Detail auf die dafür relevanten Bereiche der ‚grünen‘ Energie, des Emissionshandels sowie generell des Handels mit und der Finanzialisierung der Natur eingegangen.

4.2.1 ‚Grüne‘ Energie

Die Herstellung und Nutzung von Energie ist die Basis menschlicher Aktivitäten. Insbesondere fossile Energie stellte die Grundlage und zentrale Triebkraft für die kapitalistische Produktionsweise und ihre Expansion dar (Brand 2013: 4). „Das dominante Ressourcen- und Energiesystem ist Teil einer neo-kolonialen Weltordnung, in der die internationale Arbeitsteilung bestimmte Regionen und Länder zu Ressourcenlieferanten für den internen und den Weltmarkt macht“ (Brand 2012: 6). Klar muss somit sein: Energie besitzt zwar eine eigene Materialität, ist jedoch nicht gesellschaftlich neutral, sondern in Machtverhältnisse eingebettet. Energie muss somit als soziales Verhältnis verstanden werden. Relevante Fragen, die deshalb bei der Diskussion um die Energiekrise und deren Bearbeitungsformen beachtet werden müssen, sind unter anderem: wer Kontrolle über oder Zugang zu Energieressourcen, zu Strom, Technologien und Wissen hat; wie die Eigentums- und Entscheidungsstrukturen im Zusammenhang mit Energieextraktion, -produktion, -verteilung und -konsumption sowie der damit zusammenhängenden Abfallproduktion (z. B. nukleare Abfälle) gestaltet sind; ob sie mit Vertreibung, Enteignung und Widerstandskämpfen zusammenhängen; und inwieweit die Kontrolle über und der Zugang zu Energie von Ungleichheiten geprägt sind, häufig aufgrund der räumlichen Verortung, Klasse, Gender oder ethnischer Zugehörigkeit (vgl. Brand 2013: 4). Wenn von ‚grüner‘, erneuerbarer oder sauberer Energie gesprochen wird, so muss dieses soziale Verhältnis stets berücksichtigt werden – was im Beispiel der Green Economy kaum geschieht.

Im Zusammenhang mit der multiplen Krise ist Energie ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Ursachen für die Suche nach Alternativen zu fossiler Energie liegen insbesondere am prognostizierten ‚Peak Oil‘ – dem baldigen Ende von verhältnismäßig einfach zugänglichem Erdöl bzw. fossilen Energieressourcen – sowie dem Wissen über die durch fossile Energie produzierten Klimaschäden: Laut UN-Beratungsgremium Intergovernmental Panel on Climate

Change (IPCC) stammt die überwiegende Mehrheit, 56,6 % der anthropogen verursachten Treibhausgase, vom Verbrauch fossiler Brennstoffe (IPCC 2007: 14). Der globale Energieverbrauch wächst weiterhin stark, so schätzt die Internationale Energie-Agentur (IEA), dass er bis 2035 um über ein Drittel steigen wird (IEA 2012: 1). Dies, obwohl vier Fünftel der bis 2035 im Kyoto-Protokoll festgelegten CO₂-Emissionen – was die globale Erwärmung auf 2°C beschränken soll – „durch existierende Kraftwerke, Gebäude, Fabriken usw. bereits festgeschrieben sind“ (ebd.: 4). Wird der aktuelle Energietrend beibehalten, so kommt es laut IEA zu einer „langfristigen mittleren globalen Erwärmung um 3,6°C“ (ebd.: 1), anstatt dem ohnehin kritischen 2°C-Ziel. Die IEA sagt ebenso voraus, dass aufgrund steigender Energieproduktion auch der Wasserbedarf in die Höhe schnellen wird – und zwar doppelt so schnell wie der Energiebedarf (ebd.: 9). Auch der Energieverbrauch, der zur Förderung von fossilen Brennstoffen benötigt wird, steigt rapide. Eine Energiekrise kann in einer weiteren Bedeutung auch darin erkannt werden, dass viele Menschen vom Energiesystem ausgeschlossen sind. So haben beispielsweise etwa 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität (ebd.: 9). Auch in Ländern des Globalen Nordens leiden immer mehr Personen an Energiearmut (FoEI 2013: 14).

Die derzeitigen Reaktionen auf die von dominanten Akteuren wahrgenommene Energiekrise sind unterschiedlich und inkludieren keineswegs nur das Vorantreiben erneuerbarer Energien – und erst recht keinen gesellschaftlichen Wandel hin zu weniger Energieverbrauch. An verschiedenen Orten wird Kohleabbau verstärkt vorangetrieben oder die Erdgas-Infrastruktur ausgebaut. Technologische Effizienzsteigerung sowie höchst umstrittene Methoden wie die Schiefergas-Extraktion (Fracking)⁶⁹ stehen weit oben auf der Agenda (IEA 2012: 2, 7). Dadurch wird versucht, den ‚Peak Energy‘, das Limit fossiler Brennstoffe, maximal auszuweiten oder hinauszuzögern. Somit lässt sich ein Aspekt der Energiekrise vorläufig erfolgreich bearbeiten; die Klimakrise, die ökologische und auch die soziale und Demokratiekrise werden jedoch verschärft. Um die steigenden Emissionen wiederum zu kompensieren, wird auf die neue und höchst problematische Methode der CO₂-Abscheidung und -Speicherung unter der Erde, genannt Carbon Capture and Storage (CCS)⁷⁰, sowie auf den

⁶⁹ „[H]ydraulic fracturing or ‚fracking‘ is often used to exploit unconventional sources of gas such as shale gas and coal bed methane. Fracking is done by pumping millions of gallons of water mixed with what are often toxic chemicals into the ground at extremely high pressure, which helps the gas to flow more freely. About half of the water comes back to the surface and has to be treated. The other half stays underground where its movement cannot be controlled and it risks polluting groundwater serving communities, ecosystems and agriculture.“ (FoEI 2013: 24)

⁷⁰ „Carbon capture and storage or sequestration (CCS), sometimes called geosequestration, is an industrial process by which CO₂ emitted by power stations fuelled by fossil fuels or industrial biomass is captured and stored in places where it is prevented from entering the atmosphere, usually in underground geological formations or abandoned mines. [...] CCS is also itself highly energy intensive. [...] Furthermore, the dangers of underground storage of liquefied CO₂ are largely unknown,

Emissionshandel, gesetzt (ebd.: 4; CEO 2013). Währenddessen liegt das Wachstum von erneuerbarer Energie bisher noch hinter dem von Kohle (IEA 2012: 7).

Trotz der Expansion CO₂-armer Energiequellen bleiben fossile Brennstoffe im weltweiten Energiemix vorherrschend, gefördert durch Subventionen, die sich 2011 auf 523 Mrd. \$ beliefen, was einem Anstieg um 30 % im Vergleich zu 2010 und einem Sechsfachen der Subventionen für erneuerbare Energien entspricht (IEA 2012: 1).

Es wird vorausgesagt, dass sich die ‚grüne‘ Energie bis 2035 der Kohle in ihrem Status als wichtigste Stromerzeugungsquelle annähern wird (ebd.: 8). Trotz der dringlichen Lage sind das keine besonders ehrgeizige Ziele. Dazu kommt, dass zu sauberen Energiealternativen auch industriell produzierte Agrartreibstoffe und Biomasse, große Wasserkraftwerke und sogar teilweise Nuklearenergie gezählt werden, welche bewiesenermaßen negative klimatische, ökologische sowie soziale Auswirkungen haben (vgl. FoEI 2013). Selbst Solar-, Wind- oder Gezeiten-Energietechnologien verbrauchen große Mengen nicht-erneuerbarer Rohstoffe, inklusive Aluminium, Mangan, Nickel und Blei, welche in umweltschädlichen Minen unter oft schlechten und ungesunden Arbeitsbedingungen in Ländern des Globalen Südens abgebaut werden (ebd.: 46). Dadurch, und durch die oftmals undemokratische und gewaltsame Aneignung von Land und natürlichen Gütern, stellen sogenannte erneuerbare Energieprojekte häufig selbst Land Grabs (ebd.), beziehungsweise Green Grabs, dar. Ausschlaggebend für die Frage, ob Energie gerecht produziert wird, ist somit nicht in erster Linie die Art der Technologie, sondern in welchem politischen und Machtkontext die jeweilige Technologie (mit Ausnahme von Atomenergie) eingesetzt wird.

Da es sich bei zweien der Fallbeispiele in dieser Arbeit um klein- bis mittelgroße Staudämme handelt, will ich im Folgenden kurz auf Wasserkraft als Quelle ‚grüner‘ Energie eingehen:

Entgegen der Annahme, Wasserkraft sei ‚grün‘, ist inzwischen bekannt, dass Staudämme die größte Quelle von anthropogenem Methanausstoß sind: 23 % aller menschlich verursachter Methanemissionen und 4-5 % der menschlich verursachten Erderwärmung fallen auf sie zurück, hauptsächlich durch das verrottende Pflanzenmaterial in den Stauseen. Dämme unterbrechen den Wasser- und Sedimentfluss, was unter anderem zu Biodiversitätsverlust, zur Verhinderung der Fischmigration, zu unvorhergesehenen Überschwemmungen und geringerer Wasserqualität führen kann (FoEI 2013: 28; WCD 2000). Die von der Weltbank mitgegründete Weltkommission über Dämme WCD schätzte in ihrer maßgeblichen Studie im Jahr 2000, dass bis dahin zwischen 40 und 80 Millionen Menschen aufgrund großer Staudämme umgesiedelt

and future generations would inherit these storage sites and the costs associated with monitoring and maintaining them and remediating any spills and leakages.“ (FoEI 2013: 48)

worden sind (WCD 2000: 16). Ab den 1980ern war der Bau von Wasserkraftprojekten wegen ihrer negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen immer mehr in Verruf geraten und in den 1990ern fast zum Erliegen gekommen. Im Zuge der Strategien gegen Klimawandel kam Wasserkraft wieder zurück auf die Agenda. Die von der WCD erarbeiteten sozial-ökologischen Richtlinien wurden beiseite geschoben und selbst Mega-Dämme wieder vorangetrieben⁷¹. Auf der „Water Energy Food Nexus“-Konferenz in Bonn 2011 im Vorfeld des Rio+20 Gipfels zu Green Economy (UNW-DPAC 2012: 10) wurden Staudämme als *die* Lösung angepriesen; schließlich ermöglichen sie die Kontrolle über Wasser, kostengünstige Energieproduktion sowie die Bewässerung von Landwirtschaft, unter anderem der boomenden Agrartreibstoffplantagen:

A recent study performed a system and economic analysis of dams, looking at joint development options such as combining hydropower, irrigation, flood management and industrial uses. The economic portion of the study showed high rates of return for investors in such projects, and also showed that economic evaluations underestimate the soft benefits of dams, such as ecosystem services, flood control and future increased employment in the agricultural sector. (BMU/BMZ *et al.* 2012: 22)

Kleine Laufwasserkraftwerke, wozu laut Klimarahmenkonvention UNFCCC Projekte unter 15 Megawatt (MW) zählen, werden als besonders umweltfreundlich eingestuft (CDM Executive Board 2012: 23; WCD 2000: xxxii). Laufwasserkraftwerke werden mit „kontinuierlich zufließendem Wasser ohne größere Speichermöglichkeit betrieben“⁷², das heißt der Stausee ist deutlich kleiner. Zur Erzielung eines Höhenunterschieds wird, wie auch bei den in der Arbeit beschriebenen Staudämmen, teilweise ein Kanal vom Wehr zu einem deutlich tiefer gelegenen Maschinenhaus geleitet.

Auch in Honduras boomen insbesondere kleine und mittelgroße Staudämme, die neben den ökologischen Vorteilen stets mit Entwicklungsversprechungen für die Anrainer*innen verbunden sind; so beispielsweise Elsie Paz, langjährige Präsidentin des Unternehmerverbands erneuerbarer Energiefirmen AHPER⁷³: „[R]enewable energy projects are located mostly in remote and rural areas, eradicating poverty by the creation of new jobs, environmental projects and social programs for the communities located in the area of influence“ (Paz o.A.). Im Interview widersprach sich Elsie Paz jedoch selbst hinsichtlich der Arbeitsplätze, als sie beschrieb, dass die neuen Staudämme sehr effizient seien. So reiche beim vor wenigen Jahren gebauten Staudamm La Esperanza beispielsweise eine einzige Arbeitskraft aus (INT 27). COPINH berichtete des Weiteren von vielfach negativen ökologischen und sozialen

⁷¹ <http://riverwatch.eu/uber-staudamme> [2.12.2013]

⁷² <http://www.energie-lexikon.info/laufwasserkraftwerk.html> [2.12.2013]

⁷³ Der Verband hat sich seit Kurzem in AHPER umbenannt; damit verzichtete man – sicherlich nicht ohne Grund – auf das zweite P, das ursprünglich für ‚Pequeños‘, also ‚kleine‘ Produzenten erneuerbarer Energie, stand.

Erfahrungen im Zusammenhang mit diesem Staudamm⁷⁴. Bei einem persönlichen Besuch des Staudamms war sichtbar, dass der Zutritt zum Stausee versperrt und Wasserentnahme aufgrund schlechter Wasserqualität verboten war. Bei der Analyse der zwei Staudamm-Fallbeispiele Aurora I und Agua Zarca wird dezidiert auf Details eingegangen.

Selbst wenn kleine Staudämme tatsächlich meist ökologischer und klimafreundlicher sind, sagt dies nichts darüber aus, *wie* diese Projekte umgesetzt werden: ob der Fluss privatisiert und der Zugang für die lokale Bevölkerung eingeschränkt wird; die Wasserqualität und Fischbestände abnehmen; Menschen umgesiedelt oder deren landwirtschaftliche Flächen zerstört werden; ob Gewinne geteilt, längerfristige und angemessen bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt und Entschädigungen gezahlt werden; ob die Projekte mit der Bevölkerung abgesprochen und im Einverständnis umgesetzt oder mit Hilfe gewaltsamer Strategien aufgezwungen werden. Dass letztendlich auch kleine Wasserkraftwerke große negative Auswirkungen auf lokale Bevölkerungen haben können, zeigen nicht nur in Honduras zahlreiche Beispiele (vgl. FoEI 2013; Carbon Market Watch 2013).

Der Fluss bzw. das Wasser wird durch einen Staudamm oft von einem Common, einem gemeinschaftlich genutzten und in die politischen, sozialen und kulturellen lokalen Gegebenheiten eingebundenen und lebensnotwendigen Gemeingut – einem zentralen Bestandteil des Territoriums – zu einer produktiven Ressource und Ware. Während der Fluss vorher verschiedene Funktionen erfüllte, sei es als Trinkwasserquelle, für die Bewässerung der Felder und das Tränken der Tiere, zum Wäschewaschen, Baden, als sozialer Treffpunkt oder spirituell als Heimatort von Naturgeistern oder Vorfahren (vgl. INT 1; COPINH 17.4.2013; Trucchi 10.8.2013), wird er nun eingehegt, inwertgesetzt und auf seine Funktion der Energieproduktion beschränkt. Die durch einen Staudamm entstehende Wasserknappheit für die lokale Bevölkerung ist sozio-politisch produziert. Die soziale Ungleichheit und der Ausschluss vom Zugang zu Wasser werden sozusagen in den Staudamm einzementiert und technologisch abgesichert (vgl. Swyngedouw 2004: 67).

Der Bau kleiner Wasserkraftwerke beinhaltet nicht unbedingt eine dezentrale Energieproduktion und -versorgung, welche weitgehend umweltfreundlich und demokratisch gestaltet werden könnte (vgl. FoEI 2013: 52). Wie in Folge beim Fallbeispiel Aurora I deutlich werden wird, kommt es vor, dass direkt neben dem Staudamm liegende Dörfer ohne Stromanschluss bleiben. Der Strom wird stattdessen in die zentralen Energienetze eingespeist

⁷⁴ Informationen aus einer Basisversammlung von COPINH in Colomoncagua am 16.3.2013

und über weite Strecken transportiert, häufig mit dem Ziel der Versorgung von energieintensiven Industrien, Maquilas⁷⁵, Luxushotels, Shopping-Centern, Bergbauprojekten oder zum Export (INT 27; Svampa 2011; Miller 2012; Capote 2012). Berechnungen zufolge gehen bei zentralisierten Energieerzeugungssystemen durch den Transport über weite Strecken über zwei Drittel des Energieinputs verloren (vgl. FoEI 2013).

Abschließend kann zusammengefasst werden: Die aktuellen Energiestrategien entkommen der (neo-)kolonialen Extraktivismus-Logik nicht, sondern verschärfen diese sogar. Entgegen einer radikalen Reduktion des Energieverbrauchs der globalen Verbraucherklasse, dem Kampf gegen Energiearmut und dem Ermöglichen dezentraler gemeinschaftlich verwalteter erneuerbarer Energiestrukturen wird die Produktion ‚sauberer‘ sowie ‚schmutziger‘ Energie drastisch und auf Kosten ärmerer Länder und Bevölkerungsschichten ausgebaut. Anstatt eine historische Klima- und Energieverantwortung anzuerkennen, befinden sich die Länder des Globalen Nordens in einem verstärkten Wettrennen um den Zugriff auf billige Ressourcen und Arbeitskraft aus dem Globalen Süden sowie um die Beherrschung der dort entstehenden Märkte für ‚grüne‘ Energie (vgl. Brand 2013; Tricarico 2012). Damit werden Möglichkeiten geboten, um die Wirtschaftskrise in Europa und in den USA zu überwinden und Wachstum zu ermöglichen.

Trotz dem immer weiter verbreiteten Wissen um Ungleichheiten und Unnachhaltigkeit im Energiesystem kommen bisher keine tatsächlichen Alternativen in größerem Maßstab zum Tragen. Dies hängt zusammen mit der immer mächtigeren Position großer Energiekonzerne, mit der allgemeinen Selbstverständlichkeit, mit der billige Ressourcen und Arbeitskraft im Süden angeeignet werden, mit dem Verhaftetsein in der tief sitzenden imperialen Lebensweise sowie dem Vorantreiben ‚falscher‘ Lösungen, wie scheinbar ‚grüner‘ Energie, technologiefixierten Vorschlägen wie CCS oder dem Emissionshandel (vgl. FoEI 2013). Im Grunde liegt die unzureichende und ‚falsche‘ Bearbeitung der Energiekrise daran, dass das kapitalistische Wirtschaftsmodell der konstanten Akkumulation im Kern auf fossile Energie angewiesen ist. Die Frage der Energie ist somit nicht ohne die Frage nach dem Wirtschaftsmodell diskutierbar, wenn es um zielführende Lösungsansätze gehen soll.

⁷⁵ Maquilas, welche in Honduras ab 1985 massiv eingeführt wurden, werden für die am wenigsten Mehrwert generierenden Arbeitsschritte innerhalb der globalen Güterketten verwendet, beispielsweise das Zusammennähen von Kleidungsteilen. Die von ausländischen Firmen betriebenen Weltmarktfabriken, die meist in Freihandelszonen steuerfrei bleiben, bringen den Standortländern als einzigen Vorteil die Beschäftigung von unqualifizierten – und schlecht bezahlten – Arbeitskräften (Fischer/Parnreiter 2007: 114; Barahona 2009 a: 286).

4.2.2 Der Handel mit Treibhausgasen: Cap & Trade, Offsets, CDM und REDD+

Im Jahr 1992 wurde auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, bekannt als Rio-Konferenz, mit der dort verabschiedeten Klimarahmenkonvention UNFCCC die Einigung erzielt, die weltweiten Treibhausgasemissionen stabil zu halten. Das Kyoto-Protokoll sollte diese Regelung rechtlich verbindlich machen. Es wurde 1997 unterzeichnet, trat 2005 in Kraft und sah in der ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 die Treibhausgasreduktion in Industrieländern um 5,2 % gegenüber 1990 vor – laut IPCC viel zu geringe Ziele (Bachram 2004: 2). Zur Emissionsverringierung wurde nach hitzigen Diskussionen und auf Druck der USA – die das Kyoto-Protokoll zwar unterzeichneten, aber nie ratifizierten – ein marktbasierter Mechanismus festgeschrieben: Der Emissionshandel bzw. der Handel mit CO₂ und CO₂-Äquivalenten (z. B. Methan). Das Resultat ist enttäuschend. Anstatt die Emissionen in dieser Periode zu senken, stiegen sie sogar an (Moreno 2012 b: 73; Zeller 2010: 125). Dies hängt einerseits damit zusammen, dass erstens der Mechanismus, wie in Folge gezeigt wird, große Mängel aufweist. Andererseits wurde die Verringerung der Emissionsausstöße über Kyoto völlig entkoppelt von dem währenddessen vorangetriebenen Wirtschaftswachstum, der steigenden Industrialisierung und dem globalisierten Handel sowie der Ausbreitung von imperialen Produktions- und Konsumweisen, wie der Automobilität oder der industriellen Landwirtschaft (vgl. Bello 2009: 43; Brand/Wissen 2013: 140). Dies wird darin deutlich, dass in den wenigen Vertragsstaaten, die eine Emissionsreduktion erreichten, diese nicht ihrer aktiven Klimapolitik und dem Emissionshandel geschuldet war, sondern Wirtschaftseinbrüche und Deindustrialisierung Ursachen waren – im Falle von Deutschland allerdings auch die Förderung einer Wende hin zu erneuerbaren Energien (vgl. Brand/Lötzer *et al.* 2013: 1 f). Außerdem sind die von den Reduktionszielen betroffenen 38 Länder nur für 40 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich (Zeller 2010: 116). Ende 2012 lief die erste Periode ohne Einigung auf eine daran anschließende Periode und verpflichtende Reduktionsziele aus. Frühestens für 2020 wird das Inkrafttreten eines neuen Abkommens erwartet (Moreno 2012 b: 74). Gewisse Unternehmen, Staaten und Regionen legten eigene Reduktionsziele fest, wie zum Beispiel die Europäische Union. Deren 2005 gegründeter und weltweit größter Emissionsmarkt, das europäische Emissions Trading Scheme (EU-ETS), besteht trotz Ablauf des Kyoto-Protokolls weiter. Die EU hat den Emissionshandel damit zum wichtigsten Instrument ihrer Klimapolitik gemacht (Zeller 2010: 117).

Der Emissionshandel zwischen Staaten und Unternehmen basiert einerseits auf dem Cap-and-Trade System, andererseits auf den Offsets (Kompensationsmechanismen), welche im Folgenden beschrieben werden sollen.

Cap-and-Trade

Mit ‚Cap‘ ist die Obergrenze der Treibhausgas-Emissionen pro Land und pro Industrieanlage gemeint. ‚Trade‘ steht für die Handelskomponente, die die billigere Erreichung der Obergrenze ermöglichen soll. So reduziert ein Unternehmen nur dann seine Emissionen, z. B. durch den Einbau von Filtern, wenn dies billiger ist, als ein Emissionsrecht eines anderen Unternehmens zu kaufen, welches zu viele Rechte besitzt oder schon reduziert hat. Käufer*innen der Verschmutzungsrechte sind deshalb in der Regel jene Industrien, „die am meisten von fossilen Energien abhängen und bei denen ein struktureller Umbau am dringendsten nötig wäre“ (Lohmann 2009: 727). Dadurch gibt der Emissionshandel zwar „Anreize, emissionsärmere Technologien zu entwickeln, insgesamt wird er den entscheidenden technologischen und v. a. gesellschaftlichen Umbau jedoch verzögern“ (ebd.: 727 f). Der Emissionshandel steht ganz im neoliberalen Paradigma, sämtliche Sphären des Lebens über den Markt zu organisieren, wodurch „Klimaschutz abhängig von Marktbewegungen und auch von Marktmacht“ wird: „Die Marktbewegungen sind Resultat von Interessen, die den ‚Klimaschutz‘ als Mittel nutzen, um Geld zu machen, ohne zum Klimaschutz beizutragen“ (Brand/Lötzer *et al.* 2013: 2).

Clean Development Mechanism CDM

Die Nachteile des Cap-and-Trade werden durch die Komponente der flexiblen Mechanismen (**Offsets**), einer zusätzlichen Quelle von Emissionsgutschriften, noch verstärkt. Industrieländer und Unternehmen können in Projekte zur Minderung von Emissionen investieren und dafür Gutschriften erhalten, sich also „von der Verpflichtung zur Minderung ihres Treibhausgasausstoßes [am eigentlichen Ort der Produktion] freikaufen“ (Brand/Lötzer *et al.* 2013: 2). Die Offset-Projekte sind teilweise im Globalen Norden angesiedelt (unter dem Namen ‚Joint Implementation‘ JI), die meisten jedoch in Ländern des Globalen Südens, wo sie sich ‚Clean Development Mechanism‘ (CDM) nennen. Durch sie sollen auch Länder des Globalen Südens vom Klimaschutz profitieren und der Peripherie bei der ‚grünen‘ Entwicklung geholfen werden. Offsets haben im EU-ETS eine sehr zentrale Stellung erlangt (Lohmann 2009: 730 f). Damit sichergestellt ist, dass die Offset-Projekte nur durch die Investitionen im Rahmen des Emissionshandels entstanden sind und nicht ohnehin umgesetzt worden wären, gibt es die sogenannte Zusätzlichkeits-Klausel. Ein Projekt erhält nur dann Emissionsgutschriften, wenn die erbrachten Emissionsreduktionen *zusätzlich* sind, also ohne das CDM-

Kompensationsprojekt nicht entstanden wäre. So beruhen Offsets, wie die am Finanzmarkt gehandelten Derivate, auf unsicheren Zukunftsprognosen – auf der „Quantifizierung von Unbekannte[m]“ (Lohmann 2009: 732):

Offsets berechnen sich immer als Emissionsreduktionen gegenüber einer imaginären Basislinie (baseline), gemäß der alles so weiterginge wie bisher. Diese wird nicht als prinzipiell unbestimmbar und abhängig von politischen Entscheidungen, sondern als ökonomisch und technisch vorhersag- und messbar aufgefasst (Lohmann 2009: 732).

Darüber hinaus setzt das Verfahren der Offset-Zertifizierung perverse Anreize, extrem emissionsintensive Baseline-Szenarios nicht nur auf dem Papier zu postulieren, sondern auch Realität werden zu lassen, damit die vorgeschlagenen Projekte (scheinbar) möglichst viel Emissionen einsparen (Lohmann 2009: 733).

Dan Welch fasst zusammen: “Offsets are an imaginary commodity created by deducting what you hope happens from what you guess would have happened” (zitiert in Reyes/Gilbertson 2009). In der Praxis heißt die Devise damit: Je schmutziger die Zukunft gemalt wird, desto profitabler. Des Weiteren ist die postulierte objektive Messbarkeit nicht gegeben. Da meist die Zertifizierungs-Kriterien und Zertifizierung von neu gegründeten privaten Offset-Beratungsfirmen und Offset-Käufer*innen, Banken oder Finanzfonds erstellt werden und eine hohe Anzahl an Projekten deren Preise in die Tiefe treibt, ist die Genehmigung der Offset-Projekte „üblicherweise großzügig“ (Lohmann 2009: 732). So erfüllen laut CDM-Watch 40-70 % der CDM-Projekte die Zusätzlichkeits-Klausel eigentlich nicht (CDM-Watch *et al.* 2012). Dies ist auch für das CDM-Projekt Aurora I, das im sechsten Kapitel beschrieben wird, der Fall.

Aktuell gibt es 8814 registrierte CDM-Projekte. Die Mehrheit davon sind Projekte für Windenergie (30 %), Wasserkraft (25 %), Biomasse-Energie (10 %) und Methanvermeidung (8 %)⁷⁶. Auch die als höchst gefährlich und unökologisch kritisierte Methode Carbon Capture and Storage (CCS) wird seit Längerem als mögliche CDM-Technologie diskutiert⁷⁷.

Das weltweit erste CDM-Projekt, das CERs (Certified Emissions Reductions) erhielt, war das Wasserkraftwerk La Esperanza in Intibucá, Honduras (Lovins/Cohen 2011: 243; Finnfund 2006). In Honduras gibt es derzeit 35 CDM-Projekte, von denen 29 schon registriert sind. Bei 18 handelt es sich um Wasserkraftwerke⁷⁸. Internationalen Bekanntheitsgrad erlangte ein CDM-Biogas-Projekt⁷⁹ auf den von blutigen Agrarkonflikten geprägten Palmölplantagen des honduranischen Millionärs Miguel Facussé, woraufhin die deutsche Entwicklungsbank DEG

⁷⁶ <http://www.cdmpipeline.org/cdm-projects-type.htm> [16.10.2013]

⁷⁷ <http://cdm.unfccc.int/about/ccs/index.html> [16.10.2013]

⁷⁸ <http://www.cdmpipeline.org/> [15.10.2013]

⁷⁹ <http://cdm.unfccc.int/Projects/DB/TUEV-SUED1260202521.42/view> [15.10.2013]

und EDF-Trading, Subunternehmen der französischen Energiegesellschaft EDF, ihre Finanzierung zurückzogen (FIAN *et al.* 2011: 13 f). Das CDM-Projekt existiert dennoch weiterhin.

REDD+

Der Ausschluss von Waldschutzprojekten aus den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls wurde zunehmend kritisiert, da Waldzerstörung einen signifikanten Anteil der globalen Klimaemissionen ausmacht: Laut IPCC ist Abholzung für 17,3 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich (IPCC 2007: 36). Besonders tropische Wälder (in Ländern des Globalen Südens) gelten als wichtige Senken⁸⁰ bzw. Kohlenstoffspeicher (Tienhaara 2012: 551). In Lateinamerika macht somit Landnutzungsänderung (meist Abholzung für industrielle, oft exportorientierte Landwirtschaft) gar drei Viertel der dort entstehenden Treibhausgasemissionen aus (vgl. Gudynas 2009: 38). So wurde ab 2005 auch die Einbindung der Reduzierung von Treibhausgasen durch Entwaldung und zerstörerische Waldnutzung (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation REDD) innerhalb der UNFCCC vorangetrieben, insbesondere, da das Speichern von CO₂ in Wäldern deutlich billiger ist, als Emissionen bei energieintensiven Industrien zu reduzieren (Tienhaara 2012: 551; Seiwald/Zeller 2011: 422 f). Aufgrund der schweren oder eigentlich unmöglichen Messbarkeit der zeitlich verschobenen Speicherkapazität und CO₂-Freisetzung bei Wäldern und wegen weiterer Kritikpunkte oder Hindernisse (wie fehlender Finanzierung) kam dieser Prozess nur schleppend voran. So wurden Aufforstungsprojekte, zu denen auch Baumplantagen mit ihren gravierenden ökologischen und sozialen Auswirkungen zählen, in CDM aufgenommen, nicht jedoch Waldschutz, also vermiedene Abholzung. Das europäische Emissions Trading Scheme (EU-ETS) wiederum erlaubt bisher noch keinerlei Waldaktivitäten als CDM (Fatheuer 2013: 290). Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass REDD+ in ein bindendes Kyoto-Nachfolgeabkommen als wichtiger CDM-Mechanismus aufgenommen wird (Tienhaara 2012: 553). Das Plus hinter REDD steht dafür, dass neben Abholzung und Walddegradierung auch der Schutz, nachhaltiges Management und die Anreicherung der Wald-Kohlenstoffspeicher einbezogen werden (UN-REDD 2013: 4). Wie sich vermuten lässt, ermöglicht dies eventuell neue „Schlupflöcher für kommerziellen Holzeinschlag und Wiederaufforstung mit Plantagen“ (Fatheuer 2013: 291).

⁸⁰ Mit Senken sind meist Wälder oder Ozeane gemeint, die die Fähigkeit haben, Treibhausgase zu speichern: „Any process, activity or mechanism which removes a greenhouse gas from the atmosphere is referred to as a „sink.““
<http://unfccc.int/methods/lulucf/items/1084.php> [20.10.2013]

Vorangetrieben wird REDD+ vor allem von der Weltbank, durch deren ‚Forest Carbon Partnership Facility‘ (FCPF) und das ‚Forest Investment Program‘ (FIP), sowie von der UNO über das Programm UN-REDD. Sie finanzieren und beraten Länder des Globalen Südens in der Vorbereitung nationaler REDD+Strategien und bei der Durchführung von Pilotprojekten (Corson/MacDonald 2012: 274). FIP finanziert acht Länder⁸¹, bei FCPF sind 14 Länder angemeldet (darunter Honduras)⁸² und UN-REDD unterstützt 49 Länder (darunter ebenfalls Honduras)⁸³.

Währenddessen werden auf dem freiwilligen Emissionsmarkt schon seit Jahren REDD und REDD+Zertifikate gehandelt. 2011 machten die freiwilligen Waldkohlenstoff-Transaktionen 237 Millionen US-Dollar aus (UN-REDD 2013: 5). Käufer*innen sind vorwiegend große Konzerne aus oft energieintensiven Sektoren, denen die Zertifikate für ihre Corporate Social Responsibility Ziele und Marketing-Zwecke (z. B. zum Verkauf von ‚CO₂-neutralen‘ Produkten) oder zum profitablen Weiterverkauf der Zertifikate dienen. An zweiter Stelle kommen NGOs als Käufer*innen, gefolgt von Individuen, die ihren ökologischen Fußabdruck verringern wollen und beispielsweise für ‚klimaneutrale‘ Flüge Ausgleichszahlungen tätigen. Die Projekte des freiwilligen Markts können, müssen aber nicht über Programme, wie der ‚Verified Carbon Standard‘ VCS⁸⁴, zertifiziert werden (vgl. Tienhaara 2012: 554). Auch andere nicht REDD-bezogene Offsets werden am freiwilligen Markt gehandelt, sei es für erneuerbare Energieprojekte oder für Biodiversität im Allgemeinen.

Als Fazit scheinen die enthüllenden Worte von Patrick Birley, Exekutiv-Chef des ‚European Climate Exchange‘, recht passend: Der Emissionshandel „reduziert keine einzige Tonne Kohlenstoff in der Atmosphäre. Er hat gar nichts damit zu tun... Kostenreduzierung ist der Punkt“ (in Lohmann 2012: 26). Kyoto stellt ein typisches Beispiel eines marktförmigen Bearbeitungsmechanismus der Klimakrise dar, der letztendlich eher zur kurzfristigen Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise dient, tatsächlich wirksame Maßnahmen zum Aufhalten der Klimakrise und tiefgreifende Strukturveränderungen jedoch verhindert.

⁸¹ <https://www.climateinvestmentfunds.org> [31.10.2013]

⁸² <http://www.forestcarbonpartnership.org> [31.10.2013]

⁸³ http://www.un-redd.org/Partner_Countries/tabid/102663/Default.aspx [31.10.2013]

⁸⁴ <http://www.v-c-s.org> [31.10.2013]

4.2.3 Der Handel mit Biodiversität und ‚Ökosystemdienstleistungen‘

Der Emissionshandel hat dem Handel mit und der Finanzialisierung von Natur (welche im Anschluss genauer ausgeführt wird) großen Vorschub geleistet und ist Vorzeigebispiel für deren geplanten breit angelegten Ausbau. Dabei bleibt es nicht nur beim Handel mit CO₂. Immer mehr wird er generell auf den Handel mit Biodiversität und mit sogenannten Umweltdienstleistungen bzw. Ökosystemleistungen ausgeweitet.

Das Konzept der Umweltdienstleistungen gibt es schon seit mehreren Jahren. Dabei handelt es sich um ein marktbasiertes Instrument für die ‚Dienstleistungen‘, die von der Natur für die Menschheit (kostenlos) ‚bereitgestellt‘ werden und dadurch ‚Produkte‘ liefern. Darunter fallen insbesondere folgende Funktionen von Ökosystemen: die Bereitstellung von Wasser, Luft, fruchtbarer Erde; die Ermöglichung von Stromgenerierung; die Reproduktion von Pflanzen, Tieren und genetischer Vielfalt; die Bienenbestäubung; die Aufnahme von CO₂; die Produktion von Biomasse, sowie ‚Leistungen‘ wie landschaftliche Schönheit oder Erholung (WRM 2012 a; GTZ 2007: 38; Moreno 2012 b: 83 f). Ganz im Sinne der ‚Tragedy of the Commons‘ heißt es, dass zum Schutz der Natur und ihrer bisher kostenlos der Menschheit zur Verfügung gestellten Dienstleistungen deren Kosten und Nutzen monetär sichtbar gemacht und bezahlt werden müssten – zumindest derjenigen Ökosystemleistungen, die von Interesse für den Markt sind (Gómez Bonilla 2012: 301). Da die Natur selbst die sogenannten **Payments for Ecosystem Services PES** nicht in die Geldbörse stecken kann, erhalten diese die ‚Besitzer*innen‘ der Natur. Gibt es keine, so müssen diese definiert werden. Dies führt zur Privatisierung der Natur (Ribeiro 2011: 23; Kill 2013 b: 5).

Einige der bisher existierenden PES-Systeme beruhen auf dem Markt. Dennoch „ist die regulatorische Funktion des Staates in der Entstehung und Verwaltung dieser neuen Märkte omnipräsent“ (Kill 2013 b: 5). Selbst, wenn viele PES (noch) auf Zahlungen aus öffentlichen Geldern beruhen und teilweise unabhängig vom Marktpreis verteilt werden, so führen sie den Erfahrungen nach oft keineswegs dazu, dass bäuerliche und indigene Gemeinden, die seit Jahrhunderten das Land bewirtschaften oder im und vom Wald und ihrer natürlichen Umgebung leben, von diesen PES profitieren. Während PES teilweise so dargestellt werden, als könne damit die koloniale Schuld endlich abgezahlt werden, indem die indigenen Gemeinden den Schutz ihrer Wälder entschädigt bekommen, dienen sie tatsächlich häufig der Kontrolle – und im nächsten Schritt der Privatisierung und dem Verkauf. Gewinner*innen sind

meist Großgrundbesitzer*innen oder multinationale Konzerne (Kill 2013 b: 2, 5; Seiwald/Zeller 2011; Moreno 2012 b: 86; Fairhead/Leach *et al.* 2012: 247).

Abgesehen davon verändert die Inwertsetzung der Natur für die Schaffung marktbasierter Instrumente die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Natur verliert ihren eigenständigen Charakter, ihre spezifische Materialität, und wird (scheinbar) berechenbar und beherrschbar. Doch den vollständigen objektiven Geldwert von Natur zu berechnen, um eine Internalisierung externer Kosten zu erreichen, ist unmöglich, und „[j]ede Internalisierung bedeutet zwingend auch die erneute Externalisierung anderer Kosten oder Werte“ (Kill 2013: b). So kann, wie zuvor im Unterkapitel zur ‚grünen‘ Energie beschrieben, die Dienstleistung ‚Stromgenerierung‘ eines Flusses inwertgesetzt sein, gleichzeitig jedoch die lebensnotwendige Wasserversorgung sowie die spirituellen und kulturellen Werte des Gewässers für die lokale Bevölkerung externalisiert werden. Wie beim Fallbeispiel REDD+ argumentiert wird, kann sich durch die Inwertsetzung auch das Naturverhältnis der am Land, Fluss oder im Wald lebenden Gemeinden oder Grundbesitzer*innen stark verändern: Möglicherweise „ändert sich die Einstellung: ‚Warum soll ich schützen, wenn mich niemand dafür bezahlt?‘“ (Kill 2013 b: 5). Dies beschreiben auch Fairhead und Leach *et al.* (2012: 253):

Through such market simplifications creating marketized products and services, the more systematic, integrated, holistic dynamics of ecosystems – and the social-ecological relationships through which people live with and shape these – are too often denied.

In Honduras existieren PES schon seit über zehn Jahren (GTZ 2007: 39), bisher hat sich das System jedoch noch nicht durchsetzen können. Nach dem Putsch legte die Lobo-Regierung in der Landesvision 2010-2038 den Ausbau von PES fest (Gobierno de Honduras 2010: 100), was nun insbesondere im Rahmen der REDD+Strategie stattfindet. REDD+ ist auch selbst ein PES-System, da die Umweltdienstleistung ‚CO₂-Speicherung‘ einen Geldwert bekommt. Über die breite Einführung von REDD+ wird versucht, ein globales PES-System zu etablieren (Fatheuer 2013: 295).

Neben den Zahlungen für Ökosystemleistungen gibt es vermehrt auch den Handel damit. So kann die Umweltdienstleistung ver- und gekauft werden. Prominentes Beispiel sind die Biodiversitäts-Offsets, die ähnlich wie CO₂-Offsets funktionieren. Wird beispielsweise ein Naturschutzgebiet durch Uranabbau zerstört, so kann in den Schutz einer anderen ‚äquivalenten‘ Fläche investiert werden. Diese Äquivalenz wird durch die Quantifizierung rechnerisch hergestellt (Kill 2013 b: 9; Corson/MacDonald 2012: 273). Die Biodiversitäts-Offsets legitimieren den verstärkten Ressourcenextraktivismus, ähnlich wie CDM und REDD+ den uneingeschränkten Emissionsausstoß ermöglichen. Die Biodiversitäts-Konvention CBD,

die von allen Ländern – mit Ausnahme der USA – ratifiziert wurde, tätigte schon erste Schritte für die Schaffung eines offiziellen Rahmenwerks mit möglicherweise verbindlicher Regelung für den Biodiversitätsschutz – vergleichbar mit dem Kyoto-Protokoll als verbindlicher Rahmen für die Klimarahmenkonvention (Lovera 2009: 52; Corson/MacDonald 2012: 276 ff; Tricarico 2011: 8; Kill 2013 b). In vielerlei Hinsicht werden dafür derzeit Fundamente auf globaler und nationaler Ebene geschaffen. Die Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ TEEB, die u. a. vom UN-Umweltprogramm UNEP und der EU in Auftrag gegeben wurde, dokumentiert die Milliarden Euro, die im sogenannten Naturkapital stecken; von Wasserressourcen über die landschaftlichen Schönheit bis hin zur Bienenbestäubung (vgl. WRM b; Zarref/Durão 2011: 12). Ein Resultat der 2012 abgehaltenen UN-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung, bekannt als Rio+20, war die Entscheidung, nationale Kataster für Naturkapital anzulegen, wodurch der Geldwert aller Naturgüter berechnet werden soll. Die Naturkapitalerklärung wurde hauptsächlich vom Finanzsektor vorangetrieben und von dutzenden Banken, Staaten, Institutionen wie der UNEP oder dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP, Konzernen wie Puma und großen NGOs (wie WWF) unterzeichnet⁸⁵. Im November 2013 fand das Weltforum über Naturkapital in Edinburgh statt⁸⁶, bei dem Aktivist*innen des Gegenforums symbolisch Loch Ness auf E-Bay zum Verkauf anboten (Griffiths 2013).

In der EU werden derzeit rechtliche Grundlagen zur Einführung von Biodiversitäts-Offsetting und eines ‚Habitat Banking System‘ geschaffen, um in Summe keine Biotope zu verlieren sondern Zerstörung an einer Stelle durch vermeintliche Kompensation an anderen Stellen ‚ausgleichen‘ zu können (die sogenannte ‚No Net Loss Initiative‘)⁸⁷. Auch vom Aussterben bedrohte Tierarten können schon über das sogenannte ‚Species Banking‘ ‚offgesetzt‘ werden (vgl. Moreno 2012 b: 75 ff). Auch hier muss die Natur quantifiziert, müssen Arten und Ökosysteme in äquivalente, austauschbare und vergleichbare Einheiten zerlegt und ihnen ein monetärer Wert zugerechnet werden. Dies nimmt teilweise so absurde Dimensionen wie das einmalige Zählen von Schmetterlingen im Wald oder Fischen in einem Fluss, denen Aussagen über den Gesamtbestand und dessen Geldwert folgen. Der Geldwert der Bestäubungsfunktion von Bienen wird unter anderem dadurch errechnet, die Kosten von potenzieller mechanischer Bestäubung durch Drohnen zu kalkulieren⁸⁸.

⁸⁵ <http://www.naturalcapitaldeclaration.org> [30.11.2013]

⁸⁶ <http://www.naturalcapitalforum.com/> [30.11.2013]

⁸⁷ <http://ec.europa.eu/environment/enveco/biodiversity> , <http://www.ima-europe.eu/eu-policy/environment/no-net-loss> [22.11.2013].

⁸⁸ Informationen aus Workshops und Treffen zum Thema ‚Finanzialisierung der Natur‘ des österreichischen Projekts ‚Finance & Trade Watch‘

4.2.4 Die Finanzialisierung der Natur

Der eben beschriebene Handel mit Emissionsgutschriften läuft immer mehr über den Finanzmarkt. Insbesondere die Bedeutung von Emissionszertifikaten und den damit verbundenen Derivaten⁸⁹ am Finanzmarkt sind in den letzten Jahren stark angestiegen (vgl. Tienhaara 2012: 554). CO₂ ist eine kreierte Ware und ein Derivat gleichzeitig, denn es handelt sich um „a prediction of emissions being avoided in a certain period against a baseline“ (Tricarico 2011: 2). Larry Lohmann (2011: 651) spricht von einem global weit über 100 Milliarden Dollar ‚schweren‘ Emissionsmarkt mit zukünftig noch höher erwarteten Summen, so dass der Emissionshandel als größter Derivate-Markt weltweit prognostiziert wird (Corson/MacDonald 2012: 274). Die meisten Gewinne der Emissionsmärkte stammen inzwischen aus dem viermal so großen Sekundärmarkt, also dem Verkauf und Weiterverkauf von „wörtlich, purer Luft“ (Ribeiro 2011: 25; Zeller 2010: 124). Im Jahr 2013 gab es jedoch einen massiven Einbruch des Marktes mit Emissionszertifikaten und -gutschriften (Twidale 2013; Garside 2014; Szabo 2014).

Der Emissionshandel stellt ein wichtiges Anlagefeld für das seit den 1970ern immer stärker überakkumulierte Kapital im Prozess der Finanzialisierung dar. Wenn von Finanzialisierung der Natur gesprochen wird, so ist der finanzmarktgeleitete Handel mit Land, Nahrungsmitteln, Wasser, Wäldern, Biodiversität, Tieren, Mineralien, Umweltdienstleistungen sowie mit CO₂ gemeint. Finanzialisierung der Natur bedeutet also gleichermaßen die wichtiger werdende Rolle von Natur für Finanzmärkte sowie den Umstand, dass der Handel mit Natur verstärkt über Finanzmärkte läuft. Auch Strom und Erneuerbare-Energie-Unternehmen, Infrastruktur, Energiemärkte sowie die Extraktion natürlicher Ressourcen werden nicht nur vermehrt privatisiert, sondern auch finanzialisiert (Tricarico 2011: 4 ff; Gerebizza/Tricarico 2013).

Die kapitalistische Aneignung von Natur hat mit der Durchsetzung des finanzmarktdominierten Kapitalismus eine neue Ebene angenommen: Sie dient nicht nur zur Herstellung von Produkten oder zur Ressourcenextraktion (von Lebensmittel, Holz, Öl, Strom, etc.), sondern „wird vermehrt zur profitablen Anlagesphäre für liquides Kapital“ (Zeller 2010: 104). Dieses Finanzkapital findet neue Profitmöglichkeiten in der Natur, oder besser gesagt: in noch nicht vollständig kapitalistisch organisierten gesellschaftlichen Naturverhältnissen, den Territorien

⁸⁹ Die bekanntesten Derivate sind Futures oder Options (Tienhaara 2012: 554). Bei Derivaten „handelt es sich um Termingeschäfte auf Grundlage von bestimmten Basiswerten (Underlyings). Der Begriff Derivate (lat. v. *derivare* = ableiten) bezieht sich also auf Finanzinstrumente, deren Preis bzw. Kurs von einem ihnen jeweilig zugrunde liegenden Marktgegenstand als Basiswert abgeleitet wird.“ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/derivate.html#definition> [10.11.2013]

oder Commons. Dies geschieht nicht unbedingt durch deren produktive Verwertung, wie dies bei der Erzeugung von Wasserkraft der Fall ist, sondern durch die „Erzielung von Renten, also von Einkommen auf der Grundlage von Eigentumsrechten“ (Zeller 2010: 108). So erhält die Person oder Firma, welche die Kontrolle und Eigentums- oder Nutzungsrechte über einen Wald, über Biodiversität, Wasser oder – durch Verschmutzungsrechte – Luft hat, Renteneinkünfte. Damit wird deutlich: Auch solch abstrakte Dinge wie CO₂-Zertifikate und somit „die spitzfindigsten Finanzprodukte im Rohstoffbereich beruhen letzten Endes auf Eigentumstiteln über Territorien“ (Zeller 2010: 110) – und somit auf Green Grabbing. „Die Finanzmärkte, so spekulativ sie auch abheben mögen, brauchen letzten Endes buchstäblich Bodenhaftung“ (ebd.: 128). Dennoch entfernt sich die globale, virtuelle Ebene (Scale) durch die Markttransaktionen immer weiter von der Materialität der lokalen Geographie und wird immer schwerer nachvollziehbar (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 244).

Finanzialisierung ist ein Prozess. Bevor es zur Einbindung in den Finanzmarkt kommt, muss die Natur inwertgesetzt werden. Finanzialisierung kann somit der nächste Schritt nach der Inwertsetzung der Natur sein, aber auch den Inwertsetzungsprozess erleichtern (Kaltenbrunner/Newman *et al.* 2011: 6, 19). Im Fall von Emissionshandel und Offsets oder REDD umschließt der Prozess der Inwertsetzung und der Akkumulation durch Enteignung die Einhegung, die Definition des inwertzusetzenden Gegenstands (dem CO₂ oder der Speicherkapazität des Waldes), deren Messung und künstliche Verknappung, die Definition von Eigentums- oder Nutzungsrechten und somit deren Privatisierung sowie das Zur-Ware-werden und Festlegen eines monetären Geldwerts (vgl. Altvater 1991, Görg 2004, Zeller 2010). Erst daraufhin kann der Naturgegenstand finanzialisiert und als Renteneinkommen verwertet werden (Zeller 2010: 105).

Die Definition und Einteilung dessen, was inwertzusetzen ist, erfolgt beispielsweise durch die neue Raumordnung des Staatsgebiets. Der spanische Begriff des ‚Ordenamiento Territorial‘ macht deutlich, dass es sich dabei um einen Prozess der neuen ‚Territorialisierung von oben‘ handelt, um techno-industrielle, statistische, kartographische und Umweltmanagement-Methoden, die das nationale Territorium in extraktive Zonen, Wasserproduktions-, Naturschutz-Gebiete, Senken, Tourismuszonen etc. einzuteilen und nach deren Produktivität zu definieren (vgl. Baletti 2012). Die Messung des inwertzusetzenden Gegenstands, das Ausdrücken in Zahlen und Formeln, ermöglicht die Vergleichbarkeit der entstehenden Waren. Für den Emissionshandel einigte man sich darauf, die Ware rund um CO₂-Moleküle zu konstruieren. So kann eine CO₂-Menge mit einer anderen, oder ein Wald mit einem anderen

gleichgesetzt und gehandelt werden. CO₂, welches aus einer mit fossilen Brennstoffen befeuerten McDonald's-Fabrik in den USA ausgestoßen wird, kann äquivalent werden mit dem CO₂, das eine indigene Frau in Honduras zum Kochen der lebensnotwendigen Mais-Tortillas verbraucht, und mit dem CO₂, das im Regenwald in Indonesien gespeichert wird. Diese globale Berechnung und der technokratische chemische Diskurs abstrahieren jedoch, wie die Emissionen zustande kommen, also ob sie z. B. lebensnotwendig sind oder einer imperialen Lebensweise entspringen (vgl. Sharife 2011: 34). Sie lenkt ab von den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen und Verursachern des Klimawandels, ignoriert den Unterschied zwischen dem fossilen oder biotischen Ursprung der Treibhausgase (Lohmann 2012: 25 ff; WRM 2012 b) und die sozial-räumlichen Gegebenheiten. Durch die Berechnung und Schaffung von Äquivalenten kann die ‚Reparatur‘ der schon getätigten Klimaschäden an einem anderen Ort stattfinden, als dem Ort des Schadens – so die Logik der Offsets. Insofern gibt es eine immer größere räumliche Trennung zwischen den neu entstehenden Emissionsmärkten und denjenigen, deren Ländereien oder Wälder für die Offset-Projekte eingehegt werden (Fairhead/Leach *et al.* 2012: 242 ff). Außerdem wird durch die technokratische Berechnung und Äquivalenz-Schaffung davon abstrahiert, *wie* Emissionsreduktionen getätigt werden (vgl. Lohmann 2009: 727): Ob es sich um den Umbau auf öffentliche Verkehrsmittel und energiearme Landwirtschaft handelt, oder eher fossile Infrastrukturen erhalten bleiben, ob Plantagen angebaut werden und dadurch kleinbäuerliche Landwirtschaften zerstören oder Staudämme unter Verletzung von Menschenrechten für die Emissionsreduktionen verantwortlich sind, wird unsichtbar. Dazu kommt, dass die scheinbar objektiven wissenschaftlichen Fundamente dieser Berechnungen in keinsten Weise ‚wahr‘ oder eindeutig zu bestimmen sind: Es kann „aufgrund der vielen Unbekannten und Nichtlinearitäten im Erdsystem niemals eine sichere Antwort geben“ (Lohmann 2009: 729). Es stellt sich außerdem die Frage danach, wer bewertet und wer definiert, was wertvoll ist und was nicht:

Instead of being a source of multiple benefits, the environment becomes a one-dimensional asset to be exploited for a single purpose – that purpose reflecting the interests of the encloser, and the priorities of the wider political economy in which the encloser operates. (Hildyard/Lohmann *et al.* 1995)

Beim Emissionshandel werden nicht nur die Treibhausgase, sondern auch die Senken und das „Bindungsvermögen[...] des Erdsystems für Treibhausgase, d. h. seiner Fähigkeit, der Atmosphäre Treibhausgase zu entziehen und somit das Klima stabil zu halten“, eingehegt und zur Ware gemacht (Lohmann 2009: 726). Ebenso kann man von der „Privatisierung und Einhegung der Atmosphäre“ oder der Luft sprechen (Lohmann 2009: 729).

Der Emissionshandel wird so dargestellt, als könnte mit ihm durch die Berechnung und Schaffung von Äquivalenzwerten größtmögliche Effizienz beim Klimaschutz erreicht werden. So werden CO₂-Mengen dort reduziert, wo sie am günstigsten sind, bzw. Wald dort geschützt, wo dies am wenigsten kostet. Dazu ist vorab die Bestimmung von Zielen oder Beschränkungen nötig, d. h. die künstliche Schaffung von Knappheit. So legen Regierungen eine CO₂-Grenze fest und „verkaufen, versteigern oder – wie bisher meist – verschenken [die Emissionsrechte] an die industriellen Emittenten“ (Lohmann 2009: 726; 2012: 27 ff). Ebenso wird eine Knappheit von Wäldern oder von Biodiversität deklariert. Damit der Handel mit Emissionen und Natur effizient und effektiv ist, ist es notwendig, dass die Preise relativ stabil und hoch bleiben. Im Fall von CO₂-Zertifikaten war dies jedoch keineswegs der Fall: Durch die kostenlose Vergabe der Zertifikate an die Verschmutzer*innen und durch die Möglichkeit der Offsets, der Spekulation sowie aufgrund weiterer Faktoren schwankt der Preis stark. Er erfuhr in den letzten Jahren einen dramatischen Preisverfall, innerhalb des Jahres 2011 beispielsweise um 50 % (Lohmann 2012: 29). Dies spielte vor allem dem Finanzmarkt in die Hände:

So entfiel 2012 der überwiegende Anteil des Handels mit Emissionszertifikaten nicht auf An- und Verkauf von am Emissionshandel beteiligte Unternehmen, sondern auf Finanzanleger und Spekulanten, die sich am Handel aus Profitmotiven heraus beteiligen und nicht deswegen, weil sie bestimmte Emissionsreduktionsziele erreichen wollen. Ihre Gewinnspannen sind umso höher, je größer die Preisschwankungen im Emissionshandel sind. (Brand/Lötzer 2013: 2)

Neben der künstlichen Schaffung von Knappheit ist die Aufgabe des Staates auch die Durchsetzung der privaten Eigentumsrechte über die Natur, den Wald oder die Luft. Nur, wenn klare Eigentumsrechte definiert sind, können die natürlichen Güter gehandelt werden (Kaltenbrunner/Newman *et al.* 2011: 19). Die Kontrolle über die Natur und die Territorien muss, wenn nötig, auch mit Gewalt durchgesetzt werden – beispielsweise über sogenannte ‚Green Forces‘ des Militärs oder der Polizei, die in einigen Ländern diese Aufgabe übernehmen und auch in Honduras existieren (vgl. Miller 2012; Torres 2013; Equipo de Investigación Conexihon 2013). Für all das sind ein dies ermöglichendes Rechtssystem und eine Naturgesetzgebung zentral wichtig, welche dafür meist umgebaut – keinesfalls jedoch, wie vielleicht erwartbar, abgebaut – werden (vgl. Kill 2013 b). Auch für die im nächsten Schritt möglicherweise folgende Finanzialisierung muss der Staat die passenden Finanzmarkt-instrumente und Rahmenbedingungen schaffen.

Der Handel mit Natur, mit Wasser, CO₂, Ökosystemleistungen, Biotopen oder bedrohten Tierarten findet womöglich auch ohne Finanzialisierung, d. h. ohne Preisbildung am Finanzmarkt, ohne Finanzinstrumente wie Derivate, ohne die Beteiligung von Finanzakteuren und stattdessen durch staatliche Preisregulierung statt. So kann es aus manchen Umweltschutz-

Perspektiven durchaus sinnvoll erscheinen, die externen Kosten von Wirtschaftsaktivitäten zu internalisieren, Natur für den Kapitalmarkt sichtbar zu machen, damit sie schützbar ist, und die Schützer*innen monetär zu vergüten. Wie das Konzept des Green Grabbing zeigt, hat diese Inwertsetzung der Natur jedoch die Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Einhegung von Territorien und Commons zur Folge. Außerdem besteht durch die Inwertsetzung stets die Gefahr der nächsten Stufe der Finanzialisierung durch den großen Druck des Marktes, welcher neue Aktiva braucht. Die Frage ist, wie steuerbar diese Prozesse sind, wenn sie einmal angestoßen und der große Schritt der Inwertsetzung einmal getätigt wurde. Des Weiteren ist Finanzialisierung mehr als nur eine nächste Stufe der Inwertsetzung. Sie hat die vermehrte Konzentration des Kapitals sowie des Naturmanagements auf wenige Finanzmarktakteure und einen verstärkten Druck auf die Territorien zur Folge:

Financialisation [...] puts the management of the commons into the hands of financial markets for years to come. [...] This scenario implies that more and more natural resources will be extracted and commercialised, producing a massive attack on global and local environments, the commons and the common good. [...] Increasing pressure by a variety of investors to extract natural resources and commodify the commons will inevitably put additional risk on the livelihoods of local communities that rely on these resources for their own sustainable and democratic development. (Tricarico 2011: 2 f, 9)

Stellen wir die Finanzialisierung der Natur in einen Zusammenhang mit ‚grüner‘ Energie und den Fallbeispielen zu Staudämmen, bekommen auch Investitionen in Wasserkraft eine neue Dimension. Die zunehmende Verknappung von Wasser durch dessen Verschmutzung und steigenden Verbrauch – unter anderem für Energieproduktion (IEA 2012) – führt dazu, dass der Druck auf Wasser steigt und dieses immer mehr ins Interesse privater Konzerne rückt. Ebenso für das Finanzkapital wird Wasser zunehmend attraktiv (Zeller 2010: 111 ff). Bei den Zahlungen für Umweltdienstleistungen PES spielt Wasser eine wichtige Rolle. So ist es denkbar, dass die Staudammesitzer*innen in Zukunft neben dem profitablen Stromverkauf und dem Verkauf von Emissionszertifikaten über beispielsweise CDM auch durch PES von der Kontrolle über den Fluss, das Wasser und den umliegenden Wald profitieren.

4.3 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde aufgezeigt, dass Green Grabbing im Kontext der multiplen Krise und der Lösungsstrategie der Green Economy steht. Sei es in Form ‚grüner‘ Energieprojekte, CO₂-Offsets über CDM oder freiwillige Märkte, REDD+, PES-Systemen oder Biodiversitäts-Offsets; Green Grabbing kennzeichnet sich durch die Inwertsetzung und häufige Finanzialisierung der Natur. Denn diese ermöglichen, dass Teile der Krisenkonstellation bearbeitbar und neue Gewinne erzielbar werden. Doch die Green Economy greift dabei auf

dieselben Mechanismen zurück, welche die Krisen verursacht haben. Markt, Staat und bestehende Machtverhältnisse sowie die imperiale Produktions- und Konsumweise werden nicht angetastet, Fragen von Emanzipation und Demokratie übergangen (vgl. Brand 2013). Während durch die Einhegung der Natur die Wirtschafts- und Finanzkrise vorerst gemindert werden kann, verschärft sie teilweise klimatische, ökologische und soziale Schäden. „Das Krisenmanagement wird somit selbst zu einem untrennbaren Bestandteil der Krisendynamik“ (Bader/Becker 2011: 18).

Weil sie die Krisentendenzen nur zeitlich und räumlich auslagert, dechiffrieren Befürworter*innen einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation die Green Economy als ‚falsche‘ Lösung. Dies wird mit David Harveys Konzept der ‚spatio-temporal fixes‘ deutlich (Harvey 2006 b): Die *zeitliche* Verlagerung hängt eng mit der finanzdominierten Akkumulation zusammen, in der „Kreditwesen und Finanzkapital als Krisenbewältigungsstrategien“ dienen, indem damit überakkumuliertes Kapital in „langfristigen Kapitalanlagen“ zeitlich gebunden werden kann (Nowak 2013: 251 f). Die *räumliche* Verlagerung beinhaltet den steigenden Druck auf Territorien, die Durchsetzung von Besitztiteln auf vorher nicht privatisierte Ländereien und natürliche Gemeingüter – und damit Land und Green Grabbing. Neben der Verwertung von Natur für unnachhaltige Praktiken (wie die Extraktion fossiler Brennstoffe etc.) dient sie nun als Basis für eine „new growth economy of repair“, wodurch der Druck doppelt steigt (Leach 2012):

Kapital wird in solche Regionen verlagert, die sich dynamisch entwickeln und/oder die aufgrund ihrer spezifischen sozio-ökonomischen Bedingungen eine günstigere Kostenstruktur aufweisen. [...] Der Zwang, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, führt zu einer Inwertsetzung neuer Räume und gleichzeitig zu einer räumlichen Differenzierung. (Wissen/Naumann 2008: 395)

Beide Dynamiken, die zeitliche und räumliche, führten laut Harvey zur Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2006 c: 159):

Die Prozesse des Green Grabbing sind nicht nur Teil einer globalisierten neoliberalen Ökonomie und Politik, sondern folgen auch diskursiv den Mustern der spatio-temporal fixes als Krisenbewältigungsstrategien. Statt Kapitalexport und Schaffung neuer Absatzmärkte, wird nun der Umgang mit ökologischen Problemen exportiert, die andernorts zu vermehrter Akkumulation anregen und die globalen Ungleichgewichte weiter verstärken. (Nowak 2013: 259)

Green Grabbing stellt damit eine Weiterführung kolonialer Ausbeutung dar, was gut mit dem Begriff der ‚CO₂lonialismo‘ beschrieben werden kann. Die ‚grünen‘ Umweltstrategien werden von Ländern des Globalen Nordens, den Industrieländern, diktiert und Klimaschutz aufgrund der Kosteneffizienz auf Länder des Globalen Südens abgeschoben, um die Weiterführung der imperialen Lebensweise der Ober- und Mittelschicht zu ermöglichen (vgl. Brand/Wissen 2011 b). Indigene Völker sehen ihre spezifischen Lebensweisen, Naturverhältnisse und territoriale Souveränität durch Green Grabbing, ebenso wie durch koloniale Landaneignungen, bedroht.

Durch die raum-zeitliche Auslagerung wird deutlich, dass die aktuellen Krisen und die ökologischen Grenzen vorerst keine Gefahr für den Fortbestand des Kapitalismus darstellen, da kapitalistische Gesellschaften wandlungsfähig sind und „ihre Naturaneignung auf eine Weise organisieren können, dass die ihnen innewohnenden ökologischen Widersprüche temporär bearbeitbar werden“ (Brand/Wissen 2013: 128). Laut Andreas Nowak kann sich Green Grabbing als „Krisenbewältigungsstrategie des Kapitals erweisen, die die Umverteilung von Reichtum sowie die Sicherung von Machtpositionen der herrschenden Eliten – auch diskursiv [weil grün] – absichert“ (Nowak 2013: 260). Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass Green Grabbing an sich keine hegemoniale von oben diktierte Strategie zur Bewältigung der Krise darstellt, sondern dass vielmehr das Phänomen und die Häufigkeit des Grabbing Ausdruck der aktuellen Krisendynamik sind. So wird bei der Analyse der Fallbeispiele in Honduras deutlich werden, dass die jeweiligen Akteure des Green Grabbing keinesfalls die Überwindung der globalen Krise vor Augen haben, sondern vor allem die persönliche oder auch nationale Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. Auch muss klar sein, dass jedes Projekt eine kontextspezifische Materialität hat und nicht einfach nur durchgesetzt wird, sondern dessen Umsetzung meist höchst umkämpft ist.

Wie Ulrich Brand und Markus Wissen aufzeigen, ist noch nicht auszumachen, ob es bei der Green Economy einfach bei einer Strategie des „Greening des alten, finanzdominierten Regimes“ (Brand/Wissen 2013: 142) bleibt oder es zur Durchsetzung eines ‚grünen Kapitalismus‘ mit einem neuen ‚grünen‘ Akkumulationsregime, das die neoliberale Formation ablöst, kommen könnte. Doch auch solch ein „grün-kapitalistisches Projekt“ wäre „räumlich und sozial höchst exklusiv“, es gäbe stets Gewinner*innen und Verlierer*innen (Brand/Wissen 2013: 144). Bisher ist zumindest klar, dass trotz Green Economy die wichtigsten Ressourcenquellen weiterhin Kohle, Erdöl und Erdgas sind, deren Extraktion und emissionsintensive Verbrennung auch weiterhin vorangetrieben werden. Der Emissionshandel dient derzeit eher der Ermöglichung dieses ‚braunen‘ Extraktivismus-Modells (Lohmann 2012: 10 ff, 21). Die ernüchternden Ergebnisse des Warschauer Klimagipfels COP 19 im November 2013, mit dem gleichzeitig in Warschau stattfindenden Weltkohlegipfel, verdeutlichen das ‚grün-braune‘ Verhältnis allzu gut (vgl. Nera-Lauron 2013).

5 Eine historische Verortung von Honduras

To understand how green grabbing unfolds in particular places, then, we must attend to both the nature of new political economies and discourses around nature, and how they play into regionally or locally specific histories of environments, land use, governance and agrarian relations. Central to these histories is the array of prior enclosures and forms of territorialization that states and their supporters were able to justify and enact, whether on environmental or economic grounds, in the past.

James Fairhead, Melissa Leach, Ian Scoones (2012: 248)

Green Grabbing baut auf historisch entstandenen Formen der kolonialen und neo-kolonialen Landaneignung auf. Um analysieren zu können, wie sich Green Grabbing aktuell in der spezifischen Materialität von Honduras durchsetzt, ist ein Einblick in die Geschichte des Landes, insbesondere in Bezug auf Agrarwandel, Naturverhältnisse, politökonomische Rahmenbedingungen und die Konflikte und Kämpfe nötig. Diese historische Abhandlung aus politökologischer und dekolonialer Perspektive hat keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Insbesondere muss darauf hingewiesen werden, dass, obwohl ich aufgrund meiner Schwerpunktsetzung erst mit der kolonialen Periode beginne, der mittelamerikanische Subkontinent vor Ankunft der europäischen Seefahrer selbstverständlich nicht geschichtslos war. Allein die Zeitrechnung, welche die Eroberung aufs Jahr 1524 festlegt, oder die Bezeichnungen ‚Amerika‘ und ‚Honduras‘ sind Konstrukte, die Maya- und anderen Zeitrechnungen, Benennungen, Sprachen, Kulturen und Geschichten auferlegt wurden und diese immer mehr verdrängten oder sich mitunter vermischten. Der Schwerpunkt des Überblicks liegt auf den neoliberalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und auf der Phase rund um den Militärputsch 2009, die für die derzeitigen Green Grabs ausschlaggebend sind.

5.1 Kolonialisierung (ab 1524)

Las botas españolas cayendo por todos los rumbos iban hoyando valles y montañas, venciendo torrentes y crestas, tribus y señoríos, catequizando, esclavizando, aniquilando pueblos, destruyendo ciudades y caseríos, fundando nuevas con nombres españoles, buscando oro con una locura incurable, soñando en ciudades fantásticas como hechizados por la respiración de las selvas tropicales y las maravillas inéditas del nuevo mundo.

Die spanischen Stiefel, die in alle Richtungen donnerten, gruben sich in Täler und Berge ein, Gewässer und Grate, Volksstämme und Herrschaften besiegend, katechisierend, verskla-vend, Dörfer auslöschend, Städte und Weiler vernichtend, neue mit spanischen Namen grün-dend, unheilbar vernarrt in die Suche nach Gold, von fantastischen Städten träumend, wie behext vom Atem der tropischen Regenwälder und unbekannten Wundern der neuen Welt.

Ramón Amaya Amador (1987: 18)

Der honduranische Schriftsteller Ramón Amaya Amador beschreibt in seinem Buch „Der Herr der Berge“⁹⁰ über den Lenca-Führer Lempira, welche tiefen Umbrüche die spanische ‚Entdeckung‘ der Region Zentralamerikas, welche später Honduras genannt wurde, mit sich brachte. Die teils bergige, teils regenwaldbedeckte unwegsame Fläche mit den nicht besonders fruchtbaren Böden hatte schon während der Kolonialzeit eine periphere Lage. Honduras, was sich etwa mit Tiefe, Tiefgang oder tiefem Tal übersetzen lässt, wurde in Quellen schon damals oft das „Land zwischen den Grenzen“ (Nicaraguas und Guatemalas) genannt (Dietrich 2008: 293). Das Werk von Amaya Amador ist dem gewaltigen bewaffneten Widerstand mehrerer Lenca-Stämme und verbündeter Völker gegen die Eroberer in den 1530er Jahren gewidmet, welcher letztendlich scheiterte (vgl. Barahona 2009 b: 84 ff).

Diese in der Region vorhandenen diversen Gesellschaftsformationen, Kosmovisionen, Organisationsformen, Beziehungen, Arbeitsweisen und Naturverhältnisse wurden im Laufe der Kolonialisierung durch unterschiedliche Methoden und verschiedenen Intensitäten dem kapitalistischen und kolonialen Einheitsmodell, einer rassialisierten Gesellschaftsordnung mit männlich weißer Dominanz, unterworfen. Durch die Konstruktion der Rasse konnte eine Einteilung in ‚zivilisierte‘ Eroberer und ‚Wilde‘, ‚Zu-Zivilisierende‘, eingeteilt werden (Barahona 2009 b: 19; Newson 2000: 27; Quintero 2012: 105). Wie Pablo Quintero (2012: 107) für die gesamte lateinamerikanische Region beschreibt, geschah die Subalternisierung der Bevölkerung über mehrere Prozesse:

1. Die Auslöschung von mindestens drei Vierteln der bisherigen Bevölkerung der Amerikas, wobei in der mesoamerikanischen Region von bis zu 90 % der Bevölkerung gesprochen wird. Der Hauptgrund waren Krankheiten, wobei natürlich auch Kriege und Sklaverei oder andere Arten der Ausbeutung relevant waren (vgl. Newson 2000: 22 ff). 2. Die Enteignung und Vertreibung von den angestammten Ländereien und Unterdrückung der bisher gelebten Identitäten, 3. das formelle Verbot der eigenen Praktiken und Kosmovisionen, 4. die Durchsetzung kolonialer Kultur, Religion und Sprache und 5. die Einführung eines neuen Siedlungssystems und einer neuen Raumordnung. Diese wurde als System von Latifundios (Großgrundbesitz) und Minifundios (kleine Flächen indigener Subsistenzbauer*innen) organisiert (Teubal 2009: 151; Dietrich 2008: 295). Der 6. von Quintero beschriebene Prozess war die Aneignung der Arbeitskraft der Bevölkerung. Dies geschah zuerst noch durch die Versklavung, die nach dem Verbot der Sklaverei von Einheimischen (1542) in andere Formen der Ausbeutung überging (Newson 2000: 24). Die Sklavenhaltung von aus dem afrikanischen

⁹⁰ Span.: „El señor de la sierra“

Kontinent nach Honduras Verschleppten und deren Nachkommen wurde erst im späten 19. Jahrhundert verboten (Sonderegger 2006). Über die ‚Encomienda‘ vergab die spanische Kolonialherrschaft eine Gruppe von Indigenen an ein weißes Individuum, welche für ihn arbeiten oder ihm Tribut zahlen mussten, bis diese 1720 abgeschafft wurde und die Bevölkerung wieder leicht zu wachsen begann (Newson 2000: 27, 31). In hierarchisch organisierten indigenen Völkern mit Oberhäuptern (span.: *caziques*), Priestern und Städtestrukturen, wie es auch bei den Lenca der Fall war, waren Tribut-Systeme nicht unbedingt etwas Neues. In eher egalitär organisierten Völkern, wie den Miskitus, die vom Sammeln und der Jagd lebten, stellte die Unterordnung unter die neue Herrschaft ein viel schwierigeres oder gar unmögliches Unterfangen dar (ebd.: 28 f, 41). Während im Osten des Landes die Kolonialisierung und ‚Zivilisierung‘ der indigenen Völker fast nur über christliche Missionen durchgesetzt wurde, waren im Zentrum und Westen des Landes insbesondere die Schaffung von Großgrundbesitz, die Gründung neuer Städte und die Aufnahme von Bergbau-Tätigkeiten für die gravierenden Veränderungen verantwortlich (ebd.: 31).

Der Kolonialismus ist nicht als fest installiertes Herrschaftssystem zu begreifen. Gegen die Kolonialisierung wurde (wie das Beispiel von Lempira deutlich macht) und wird weiterhin auf unterschiedliche Art und Weise fortwährend Widerstand geleistet. Die koloniale Einhegung der Territorien war laut Marx Teil der ursprünglichen Akkumulation und zentral wichtig für die Entstehung eines europäischen und globalen kapitalistischen Systems (Marx 1867).

5.2 Formale Unabhängigkeit (ab 1821)

Honduras erlangte im Jahr 1821 die formale Unabhängigkeit von der spanischen Krone. Der liberale Honduraner Francisco Morazán führte den Unabhängigkeitskrieg an und ist seitdem als Volksheld auch häufig auf linken Widerstands-Fahnen zu sehen. Zwischen 1823 und 1838 war Honduras im Zentralamerikanischen Bund eingegliedert, bis dieser in fünf selbstständige Staaten zerfiel (Dietrich 2008: 309). Von modernen Staaten kann zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht gesprochen werden. So blieben die Eigentums- und Sozialstrukturen der Kolonialzeit (vgl. Tapia 2012: 292) und die rassialisierte Gesellschaftsordnung grundsätzlich bestehen. Gleichzeitig wurde versucht, durch die verstärkte Durchsetzung einer einheitlichen Sprache und Kultur, eine nationale Identität herzustellen. Diese keineswegs einfache Mission der Assimilierung ging weiterhin mit der Politik des Auslöschens indigener Völker und Strukturen einher. Der Prozess der Unabhängigkeit griff somit „die fundamentalen Fasern der

Kolonialität der Macht“⁹¹ nicht an (Quintero 2012: 109). Im 19. Jahrhundert artikulierte sich Widerstand gegen die kreolische Obrigkeit vor allem über Formen des zivilen Ungehorsams, mehrere Aufstände und häufige Revolten gegen Steuerpolitiken, in denen die indigenen Völker aktiv teilnahmen (Barahona 2009 b: 16, 20). Das 19. Jahrhundert war außerdem von den in Zentralamerika ausgetragenen Streitigkeiten um die Hegemonialmacht zwischen England und USA sowie von Interessensgegensätzen zwischen den Nationalen (Großgrundbesitzer) und Liberalen (exportorientierte Unternehmerschaft) geprägt. In den 55 Jahren nach der Unabhängigkeit gab es insgesamt 85 Regierungsbildungen, bis Marco Aurelio Soto ab 1877 grundlegende liberale Reformen durchführte (Dietrich 2008: 294).

5.3 Liberalismus und Globalisierung (ab 1877)

Marco Aurelio Sotos liberale Reformen ab 1877 beinhalteten die Trennung von Staat und Kirche, Straßenbauprojekte, eine weltmarktfreundliche Finanzreform und auch eine Agrarreform, die eine konkurrenzfähige Agrarindustrie aufbauen sollte, indem kapitalträchtigen Unternehmern staatliche oder kommunale Ländereien geschenkt wurden (Molina-Chocano 2008: 40 ff). Der dadurch entstehende Privatbesitz resultierte in einer Verfestigung der Latifundios (Großgrundbesitz), welche sich auf Exportwirtschaft ausrichten sollten, und der verstärkten Verdrängung von Kleinbäuer*innen und indigenen Gemeinden (Posas 1985: 29f; Barahona 2009 a: 33).

Wie Dietrich feststellt, führte der Anschluss an den Weltmarkt „zu einer Plünderung der Ressourcen des Landes durch ausländische, meist nord-amerikanische Konzerne“ (Dietrich 2008: 294). Im Hauptinteresse lag dabei ab den 1880ern vor allem der Bergbau, um die Jahrhundertwende immer mehr die Bananen: 1930 machten 87,8 Prozent der gesamten Exporte Bananen aus (Meza 1985: 144). Die zunehmende Exportorientierung und liberale Globalisierung hatte damit eine verstärkte Einhegung der natürlichen Umwelt zur Folge (vgl. Castree 2008: 140). Rechtlich wurden die ausländischen den inländischen Unternehmen gleichgestellt (Molina-Chocano 2008: 88 ff). Dies war das Fundament, welches Honduras zu einer Enklavenökonomie der USA machte (Meza 1985: 128 ff). Die Plantagenunternehmen, die United Fruit und Standard Fruit, waren die größten Landeigentümer und bildeten sozusagen „Staaten im Staate“ (Dietrich 2008: 295). Der für Honduras gebräuchliche Spitzname der Bananenrepublik rührt von dem starken Einfluss der Bananenkonzerne und der US-Regierung auf politische Entscheidungen her. Politiker, Militärs und Zollbeamte saßen gleichzeitig im

⁹¹ Span.: „las fibras fundamentales de la colonialidad del poder“

Aufsichtsrat der Bananenkonzerne und Militärputsche und Diktaturen, wie die von Tiburcio Carías Andino (1933-48), konnten sich ihrer Finanzierung sicher sein (Posas 1985: 33; Dietrich 2008: 295).

Die Parteien, die in dieser Zeit entstanden, die Liberale Partei (1891) und die Nationale Partei (1923) prägten bis heute die Zweiparteienlandschaft (vgl. Dietrich 2008: 302). Die Liberalen standen für die auf Export und Modernisierung ausgerichtete Elite, die sich um die Bergbaustadt Tegucigalpa organisierte, während die Nationalen die alten Viehzüchterfamilien mit deren engem Verhältnis zu Militär und Kirche repräsentierten, deren Zentrum „das agrarisch orientierte Comayagua“ war (ebd.: 293; Barahona 2009 a: 24; 108 ff). Die Parteien waren und sind weiterhin „ein Wettbewerbssystem zwischen Fraktionen der herrschenden Oligarchie“ (Tapia 2012: 293). Aufgrund der zentralen Stellung ausländischer, v.a. US-amerikanischer Unternehmen, konnte sich eine honduranische kreolische Oligarchie jedoch nicht so leicht herausbilden wie in den Nachbarländern. Den übrig gebliebenen Freiraum teilten sich „die wenigen Familien, die sich längerfristig etablieren konnten, mit Aufsteigern aus der Industrie- und Handelsbourgeoisie, dem Beamtenapparat und dem Militär“ (Dietrich 2008: 306).

Die Zonen mit kapitalistischer Akkumulation befanden sich fast ausschließlich an der Nordatlantikküste, wo eine Spezialisierung auf den Bananenexport erfolgte, sowie im Süden, wo Baumwolle und andere Cash Crops produziert wurden (Barahona 2009 a:120). Dementsprechend spitzten sich dort Konflikte um den Zugang zu Land zu. Diese führten zur Gründung der ersten Bäuer*innen-Organisationen Ende der 1920er, die eng in Verbindung mit der ersten Kommunistischen Partei standen. Indigene nahmen als Kleinbäuer*innen teilweise an den Organisationen teil, jedoch deutlich weniger zahlreich; die Identität indigener Völker und deren spezifische Interessen kamen bis in die 1970/80er kaum zum Tragen (Barahona 2009 b: 216). Ab den 1920er Jahren und vor allem in den 1940ern entstanden feministische Bewegungen, häufig innerhalb der Gewerkschaften organisiert. Frauen wurden dennoch bis 1954 nicht als politische Subjekte anerkannt: Ihnen gestand der Staat weder passives und aktives Wahlrecht noch Recht auf Bildung zu (Barahona 2009 a: 94, 130). Die Arbeiter*innen-Bäuer*innen-Allianz wurde durch die massive Repression, ausgehend vom „Bananendiktator“ Tiburcio Carías Andino (1932-48), fast vollständig zerstört (ebd.: 103 f; Posas 1985: 35). Im Jahr 1952 kontrollierten 4,2 % der Landbesitzer*innen 56,8 % der Agrarfläche des Landes, während 65,1 % der Eigentümer*innen nur 15,7 % des kultivierbaren Landes besaßen (Posas 1985: 37; Barahona 2009 a: 200).

5.4 Peripher-fordistische Entwicklung (etwa 1949 – 1980er)

Die Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg sowie das durch Protestbewegungen bewirkte Ende der Diktatur Carías 1948 und dadurch erstarkenden Bäuer*innen- und Arbeiter*innen-Bewegungen markierten in Honduras den Übergang des liberalen Staats zum peripher-fordistischen Entwicklungsstaat. Diese Transformation war ein konfliktreicher Prozess mit Fort- und Rückschritten, Reformen und Gegenreformen, je nach den aktuellen Kräfteverhältnissen zwischen der verschiedenen Akteure. Das wichtigste Ereignis stellte wohl der historische Bananenstreik 1954 dar, an dem sich über 25.000 Plantagenarbeiter*innen für 69 Tage beteiligten. Der Aufstand war teilweise erfolgreich, bewirkte Lohnerhöhungen und die Anerkennung von Gewerkschaften. Ebenfalls im Jahr 1954 wurden Frauen nach verstärkten Protesten Bürger*innenrechte zugestanden (Barahona 2009 a: 165). Wegen des Bananenstreiks und der kurz darauf folgenden Überschwemmung folgte jedoch eine massive Entlassungswelle von ca. 50 % der Arbeiter*innenschaft. Der Prozentsatz der nicht beschäftigten Landlosen in der ländlichen Bevölkerung stieg auf 26 % (Sieder 1995: 109). In Allianz mit verschiedenen progressiven Kräften im Land, wie Gewerkschaften und Intellektuellen, forderten die in den folgenden Jahren entstehenden neuen Bäuer*innen-Organisationen eine Agrarreform, in welcher der Großgrundbesitz zugunsten der Landlosen umverteilt werden sollte (Posas 1985: 38). Die Phase ab dem Bananenstreik 1954 bis in die 1970er Jahre war die der historisch massivsten Kämpfe um Zugang zu Land, in der Bäuer*innen erstmals als politische Akteure wahrgenommen wurden (Barahona 2009 a: 214).

Dass den Forderungen der Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren Gehör geschenkt wurde, lag nicht nur an den internen Protesten, sondern auch an den globalen Kräfteverhältnissen während des Kalten Kriegs: Das kommunistische Potenzial wollte man durch progressive Reformen, unter anderem Landreformen, abschwächen. Die peripher-fordistischen Entwicklungsstaaten dieser Zeit sahen Landreformen gleichzeitig als Möglichkeit an, im Sinne des Modernisierungsparadigmas eine Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft zu erreichen. Ziel war, die kleinbäuerlichen und indigenen Strukturen, die als „Hindernis für die nationale Entwicklung“ (Barahona 2009 b: 217 f) erkannt wurden (und weiterhin werden), in Agrarunternehmen zu transformieren, die Produkte für den Weltmarkt, sogenannte ‚Cash Crops‘, produzieren sollten. Die stark von den USA beeinflusste Lenkung der Agrarpolitiken hatten die „Ausrottung jeder Art von Subsistenzwirtschaft“ (Kaller-Dietrich 1998 b: 26) im Sinn. Die Industrialisierung der Landwirtschaft wurde unter dem Begriff der ‚Grünen Revolution‘ vorangetrieben, welche Camila Moreno (2012: 56) als „techno-wissenschaftliche

Waffe des Kapitalismus“⁹² im Kalten Krieg beschreibt. In Honduras waren sich nicht alle über den vorgeschriebenen Entwicklungsweg einig. So fand ein ständiges Kräfteingen zwischen den Interessen des nationalen Großgrundbesitzertums, dem ausländischen Kapitals und den Bäuer*innen- und Arbeiter*innenbewegungen statt: Progressive und konservative Kräfte gaben sich die Klinke in die Hand, ein Militärputsch folgte dem nächsten.

Im Jahr 1962 wurde unter der liberalen Regierung Ramón Villeda Morales eine halbherzige Agrarreform ins Leben gerufen. Sie griff den Großgrundbesitz nicht direkt an sondern sah eine Umverteilung von nationalen, Gemeinde- und brachliegenden Privatflächen vor (Posas 1985: 46; Meza 1985: 86). Im Sinne der Importsostituierenden Industrialisierung (ISI) wurde die Bildung kleiner Produktionskollektive, welche eine gewisse Verarbeitung der Produkte realisieren konnten, vorangetrieben (Posas 1985: 47, 59). Das von der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL entworfene Entwicklungsmodell sah in der Substitution von Importen mithilfe eigenständiger Industrialisierung und Produktion von kapital-intensiven Gütern eine mögliche Verringerung der Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren und die Stärkung der eigenen Nationalökonomien. Auch die wirtschaftliche Regionalentwicklung stand im Vordergrund. In Zentralamerika wurde in den 1960ern auf Veranlassung der USA der Gemeinsame Zentralamerikanische Markt gegründet, welcher eine Art Freihandelszone etablierte und den Markt für private (ausländische) Investitionen öffnete. Honduras stellte sich mit seiner wenig diversifizierten Produktion und dem schlecht ausgebauten Binnenmarkt bald als „Verlierer des Integrationsprozesses“ (Dietrich 2008: 297) heraus und trat 1969 aufgrund des ‚Fußballkriegs‘ zwischen Honduras und El Salvador aus dem Abkommen aus. Die Industrialisierung, basierend vor allem auf Kleidungs- und Lebensmittelproduktion, war in Honduras vor allem durch US-amerikanisches Kapital geprägt – was den Ursprungsgedanken der ISI ad absurdum führte (Barahona 2009 a: 193 ff).

Die Agrarreform wurde schon bald durch einen Militärputsch beendet, der eine konservative Periode von 1963 bis 1972 einleitete. Die Gewerkschaften und Bäuer*innenorganisationen wurden wieder verboten und massiv unterdrückt und die populistischen Entwicklungsmaßnahmen gestoppt. Die Mobilisierungen und Besetzungen der Bäuer*innenorganisationen erfolgten dennoch mit verstärkter Kraft ab 1969, inzwischen unterstützt von der katholischen Kirche. Wegen der Drohung eines Hungermarsches fand 1972 am Tag der geplanten Mobilisierung ein Putsch statt, den reformistisch gesinnte Militärs durchführten (Barahona 2009 a: 210 ff; Posas 1985: 39 ff). Sie verabschiedeten 1975 die zweite

⁹² Span.: „arma tecno-científica del lado capitalista“

Agrarreform mit dem deklarierten Ziel, die Kleinbäuer*innen durch verbesserten Zugang zu Land, Finanzierungsmittel und mittels technischer Unterstützung in den Produktionsprozess einzubinden (vgl. Corte Suprema de Justicia 1975: 1). Radikaler als die vorherige Reform legte sie Flächenobergrenzen für Grundbesitz fest – ausgenommen der für den Export produzierenden Agrarbetriebe (Sieder 1995: 115). Kredite und technische Hilfe wurden an den Anbau von Cash Crops gekoppelt. Vorwiegend Ölpalmen sollten nun in den neu geschaffenen Agrarkollektiven angebaut werden (Posas 1985: 58 f). Die durch die Agrarreformen vollzogene Einführung von Geld- und Waren-Beziehungen in die Landwirtschaft bewirkte, dass die Bäuer*innen immer mehr den Marktkräften ausgesetzt waren. Im Falle von Honduras und anderen peripheren Ländern insbesondere den globalen Marktkräften, denn die Wirtschaft der Länder des Globalen Südens wurde immer mehr in die globale Arbeitsteilung und den Weltmarkt einbezogen (Araghi 2009: 130).

Der Fordismus hatte insbesondere im Globalen Norden, jedoch auch im Süden, massive Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Er beruhte auf „einer fortwährenden Steigerung des Ressourcenverbrauchs, Entwicklung neuer Risikotechnologien, dazugehörigen Konsummustern (z. B. ständig ansteigender Massenkonsum, Autogesellschaft) und einem Fortschrittsglauben, der eine zunehmende Beherrschung von Natur mit einschloss“ (Grünewald 2010: 93). Angestoßen durch die Agrarreformen und ‚Grüne Revolution‘ sowie die beispielsweise hohe Förderung der Fleischproduktion für Export durch Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank BID, schnellte ab den 1960ern in Honduras die Entwaldungsrate rapide in die Höhe (vgl. Gobierno de Honduras 2013 b: 105).

5.5 Neoliberalisierung (ab den 1980ern)

In den 1970er Jahren kam mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, dem Auftreten von Umweltproblemen und Ressourcenknappheit, insbesondere der Ölkrise, der Fordismus und die Importsubstituierte Industrialisierung in die Krise. Die sich durchsetzenden neoliberalen Think Tanks erkannten die Ursache sämtlicher Fehlentwicklungen im protektionistischen Wohlfahrts- bzw. Entwicklungsstaat und sahen die einzige Lösung im ‚schlanken Minimalstaat‘ und im freien (Welt-)Markt (Boris 2007: 254; Becker/Fischer *et al.* 2007: 15; Bértola 2007: 83). Das durch die Krise freigesetzte Kapital suchte nach neuen Anlage- und Profitmöglichkeiten. Dazu mussten soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Bereiche, die noch nicht vollständig dem kapitalistischen Marktimperativ unterstanden, zu am Markt handelbaren Waren transformiert werden (vgl. Akram-Lodhi/Kay *et al.* 2009: 218). Bei vielen Analysen des Neoliberalismus wird jedoch vergessen, dass auch

die ‚Natur neoliberalisiert‘ wurde bzw. wird (Castree 2008 a, b). So trieben die Kapitalinteressen eine deutlich verstärkte Inwertsetzung der Natur voran (ebd.; Brand/Görg 2003). Die neoliberalen und häufig gewaltförmigen Profitstrategien der Einhegung, Inwertsetzung und Privatisierung bisher nicht-kapitalistischer Sphären beschreibt David Harvey mit der Akkumulation durch Enteignung. Betroffen davon sind demnach insbesondere indigene Territorien und Lebensweisen. Miriam Miranda von OFRANEH verdeutlicht die soziale Dimension der Neoliberalisierung, in der die individuelle Freiheit die Maxime ist:

Heute ist der Einsatz des neoliberalen Systems, mit der kollektiven und kommunitären Vision der [indigenen] Völker, wo kollektives Recht und Wohlbefinden wichtiger sind als das individuelle Recht und der Wettbewerb, zu brechen und zu zerstören.⁹³ (zitiert in Trucchi 22.8.2013)

Ab den 1980er Jahren trieben Weltbank und IWF ein neoliberales Regelwerk mit dem Namen Washington Consensus voran (Bieling 2006: 235 f). Es stellte wirtschaftspolitische Prinzipien dar, die verschuldeten Ländern in der Peripherie empfohlen wurden – beziehungsweise durch die Verknüpfung an Kreditvergabe in Form der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) durchgesetzt wurden. Diese beinhalteten Handelsliberalisierungen, die Privatisierung der öffentlichen Sphäre, eine drastische Reduktion des Wohlfahrtsstaats, die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Araghi 2009: 132) und die Inwertsetzung von Land und natürlichen Ressourcen, insbesondere über marktbasierte Agrarreformen (Castree 2008 a: 142). Die globale Durchsetzung der neoliberalen kapitalistischen Phase verlief keineswegs reibungslos oder flächendeckend und ist weiterhin kein abgeschlossener Prozess. Deshalb ist es verkürzt und irreleitend, von *dem* Neoliberalismus zu sprechen – selbst wenn das abstrakte Idealkonzept existiert. Vielmehr gibt es regionale, zeitliche und wesensmäßig unterschiedliche „actually existing neoliberalisms“ (Peck/Tickel 2002: 383), beziehungsweise den Prozess der Neoliberalisierung(en) (vgl. Castree 2008 a: 142). Im folgenden Abriss soll diese Umkämpftheit der Neoliberalisierung der honduranischen Wirtschaft, Gesellschaft und Naturverhältnisse dargestellt werden.

Widersprüchliche Entwicklungen und Krisen der 1980er Jahre

Zu Beginn des Jahrzehnts markierten das Ende der Militärdiktaturen und eine neue Verfassung die Transition zur formellen Demokratie. Die Menschenrechte wurden in die Verfassung aufgenommen und es gab erstmals die Wahl zwischen mehreren (real jedoch weiterhin zwei) Parteien. Die pseudodemokratische Regierung hatte realpolitisch wenig Macht im Vergleich zur faktischen Parallelregierung, bestehend aus einer Allianz zwischen dem Unternehmer-

⁹³ Span.: “Hoy la apuesta del sistema neoliberal es romper y acabar con la visión colectiva y comunitaria de los pueblos, donde el derecho y el bien colectivo son más importantes del derecho individual y la competitividad.”

verband APROH (der 1983 aus den Wirtschaftsverbänden COHEP, ANDI und FENAGH zusammengesetzt wurde), US-amerikanischen Fraktionen und Sektoren des Militärs (Barahona 2009 a: 245 f; Kerssen 2013: 7; Dietrich 2008: 305). Honduras war in dieser Zeit Aufstandsbekämpfungszentrum für den in Zentralamerika ausgefochtenen Kalten Krieg zwischen US-amerikanischen Streitkräften, welche sich des honduranischen Militärs bedienten, und den revolutionären Bewegungen in El Salvador, Nicaragua und Guatemala (Barahona 2009 a: 241 f). Repressive Strategien verhinderten größere revolutionäre Bewegungen in Honduras selbst. Die vielen Morde und Fälle des Verschwindenlassens veranlasste viele Honduraner*innen, die Situation nach dem Putsch 2009 mit der in den 1980ern zu vergleichen (vgl. Boyer/Cardona Peñalva 2013: 64). Trotz der Demokratisierung ab stieg das Vertrauen in die offiziell demokratische Regierung keinesfalls, so wuchs beispielsweise der Anteil der Wahlenthaltung zwischen 1980 und 2009 von 18 auf 50,3 % (IDAMHO/Oxfam 2013: 14).

Die politische Krise der 1980er war begleitet von einer ökonomischen: Das Steigen des Ölpreises nach der globalen Ölkrise, die erhöhten Zinsen auf den Finanzmärkten und sinkende Weltmarktpreise für die Agrarexportgüter, Naturkatastrophen, der intern nicht auf eigenen Beinen stehende Industriesektor, das Fehlen eines Binnenmarkts sowie die Abhängigkeit von Importen hatten eine starke Verschuldung und den Zusammenbruch der honduranischen Ökonomie zur Folge. 1982 gab die USA der Zivilregierung mehrere ökonomische Richtlinien vor. Diese beinhalteten eine Öffnung der nationalen Wirtschaft, Exportförderung, eine Verringerung öffentlicher Ausgaben und Privatisierungen zur Förderung privater Unternehmen sowie monetäre Veränderungen, welche der Internationale Währungsfonds IWF diktierte (Dietrich 2008: 298; Barahona 2009 a: 261). Aufgrund der instabilen politischen Lage konnte jedoch erst nach den Friedensverträgen mit den Nachbarländern 1986/87 ein umfassenderes neoliberales Wirtschaftsmodell in Honduras vorangetrieben werden (Barahona 2009 a: 23).

Die erste bedeutende ökonomische Veränderung war die Einführung der Maquiladora- oder Maquila-Industrie ab 1985 in Honduras. Arbeiteten im Jahr 1990 etwa 9.000 Beschäftigte in den Maquilas, waren es im Jahr 2000 schon über 106.000. Dies bedeutete in Honduras einen fundamentalen Wandel in der Arbeitsstruktur weg von der Nachfrage nach hauptsächlich maskuliner agrarindustrieller Arbeitskraft hin zu einer femininen Manufaktur-Arbeitskraft (Barahona 2009 a: 286). Aufgrund des Maquila-Booms stieg der Energieverbrauch ab 1987 um durchschnittlich 14 % jährlich an und führte 1994 zu einer Energiekrise, was neue Stromerzeugungsprojekte und Energiepolitiken nötig machte und zur Rechtfertigung der allmählichen Privatisierung der Energieerzeugung diente (SERNA o.A.: 7 ff).

„Paquetazo“ und Schock-Doktrinen

Mit der Regierung von Rafael Leonardo Callejas (1990 – 94) begann die Durchsetzung der SAPs in Honduras. Die ersten Maßnahmen, von den sozialen Bewegungen als ‚Paquetazo‘ (Riesenpaket) beschrieben, sollten die Zahlungsfähigkeit an den IWF wieder herstellen. Dies geschah durch die Abschaffung der Zölle für Importe, die Entwertung der nationalen Währung zur Exportförderung sowie die Eliminierung der Subventionen und Preisgarantien. Im Jahr 1992 wurde das Modernisierungsgesetz⁹⁴ verabschiedet, das die Agrarreform ablöste bzw. rückgängig machte. Obgleich es formell die Rechte von Kleinbäuer*innen, speziell auch Frauen, auf Zugang zu Land stärkte, hatte das Gesetz insgesamt gravierende Auswirkungen (Casolo 2009: 401). Land – selbst das vorher vom Verkauf ausgeschlossene Reformland und die für indigene Völker so wichtigen Gemeindeländereien (Ejidos) – wurde nun am neu gegründeten Landmarkt als Ware gehandelt. Dies war eine Strategie, welche von der Weltbank auf globaler Ebene unter dem Namen der Marktgeleiteten Agrarreform⁹⁵ propagiert wurde (Lahiff/Borras/Kay 2007: 1418; Bird 2013 b: 15). Häufig beinhaltet dies die neue Vergabe von Landtiteln für bäuerliche Kooperativen, indigene Gemeinden oder Familien. So wurden in diesem Fall der Landprivatisierung die privaten Besitzrechte der ärmeren Bevölkerung gesichert, welche zuvor häufig das nationale oder Ejido-Land nur nutzten. Dies öffnete die Möglichkeit der Veräußerung der Natur und des Landes durch den nun erlaubten anschließenden Verkauf – und letztendlich wieder die Umverteilung von unten nach oben (vgl. Fairhead/Leach *et al.* 2012: 243; Vacanti Brondo 2013: 10).

Die CBM-PPP-CAFTA Triade und neoliberaler Umweltschutz

An dieser Stelle möchte ich kurz auf die drei regionalen Integrationsverträge eingehen, die insgesamt eine Art neoliberale Triade bilden und besonders für die Neoliberalisierung der Natur in Zentralamerika und Honduras essenziell waren (vgl. Finley-Brook 2007: 103): der Mesoamerikanische Biologische Korridor CBM (1997), der Plan Puebla Panamá PPP (2001), welcher seit 2008 den weniger bekannten Titel Mesoamerika-Projekt trägt, und der Freihandelsvertrag DR-CAFTA (2006). Die Triade hat mit der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank BIC, der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration CABI und bilateralen Entwicklungsagenturen wie USAID und GIZ auch überlappende Sponsorinnen (Finley-Brook 2007: 103). Für die neuen neoliberalen Projekte sollte auch ein sicherer Rahmen garantiert werden; so wurden insbesondere mit den

⁹⁴ Span.: Ley para la Modernización y el Desarrollo del Sector Agrícola

⁹⁵ Engl: Market-Led Agrarian Reform MLAR

USA verknüpfte Sicherheits- und Militarisierungsprojekte vorangetrieben, wie die Zentralamerikanischen Streitkräfte (CFAC), der Plan Colombia, die Mérida-Initiative und die Central American Regional Security Initiative (CARSI) (Capote 2012: 15; Meyer 2013: 28; Finley-Brook 2007: 103-105).). Drogenhandel und allgemeine Kriminalität werden als Gründe für die Sicherheitsmaßnahmen genannt – doch diese dienen ebenso dazu, den Widerstand gegen die neoliberalen Projekte oder gegen Plantagen-, Bergbau- oder andere Projekte einzudämmen (INT 8; Finley-Brook 2007: 103-105; Kerssen 2013: 37 ff). Dies spielt, wie im Folgenden noch zu zeigen ist, in Honduras in verschiedener Hinsicht eine wichtige Rolle, sei es in Zusammenhang mit dem Putsch oder mit der Militarisierung von Staudamm-Gebieten.

Die Wurzeln des CBM liegen bereits Anfang der 1980er, die tatsächliche Implementierung begann jedoch erst nach Beendigung der politischen und kriegesischen Konflikte (Finley-Brook 2007: 106). Mit dem CBM wurde Mesoamerika von einer kriegszerrütteten und verarmten Region zu einem nachhaltigen grenzüberschreitenden Entwicklungsexemplar stilisiert (ebd.: 101). Die Ziele von CBM sind der Schutz und die Inwertsetzung der biologischen Vielfalt sowie die Armutsbekämpfung (Brand/Görg 2003: 169 f). Honduras nahm 1997 am Mesoamerikanischen Biologischen Korridor CBM in Form des karibischen Korridors CBCH teil, der seit 2006 unter dem Namen PROCORREDOR als Kooperationsprojekt zwischen dem honduranischen Umweltsekretariat SERNA und der europäischen Kommission geführt wird. PROCORREDOR arbeitet zu den Themen „Naturschutzgebiete, Senken, Kataster, Raumordnung und institutionelle Förderung“⁹⁶.

Der Plan Puebla Panamá PPP, der von Mexiko bis Panama reicht, wurde 2001 als traditionelles Entwicklungs- und Kooperationsprojekt gegründet und berücksichtigte nur am Rande ökologische und soziale Aspekte (vgl. Brand/Görg 2003: 170). Es baute auf drei schon bestehenden Regionalprojekten zu Straßen, Energie (SIEPAC) und Biodiversität (CBM) auf. 2008 wurde der PPP zum Mesoamerika-Projekt erweitert und umfasst inzwischen die zehn Länder von Mexiko bis Kolumbien (inklusive der Dominikanischen Republik). Primär handelt es sich um den Ausbau von Infrastruktur, um Investitionen zu ermöglichen und den Zugang für die US-amerikanischen, europäischen und asiatischen Märkte zu erleichtern. Die natürlichen Ressourcen, Energiequellen, billigen Arbeitskräfte und Transport- und Kommunikationswege wollte man mit dem Norden und Süden des amerikanischen Kontinents sowie durch neue

⁹⁶ Span.: „áreas protegidas, cuencas, catastro, ordenamiento territorial y fortalecimiento institucional“ <https://procorredor.org> [15.8.2013]

Routen zwischen Pazifik und Atlantik mit den interkontinentalen Märkten verbinden (Capote 2012: 8).

Bei DR-CAFTA handelt es sich um das 2006 zwischen Dominikanischer Republik, Zentralamerika, und den USA in Kraft getretene Freihandelsabkommen.

Der entsprechende Vertrag bindet Zentralamerika im Scramble for the Americas unmissverständlich in das nördliche, US dominierte Geflecht ein. Er bezieht sich in seinen 22 Kapiteln auf alle international derzeit so heftig diskutierten Bereiche wie Handel, Landwirtschaft, Dienstleistungen, Urheberrechte und Investitionen. (Dietrich 2008: 312)

Dass Freihandel zwischen Industriestaaten und peripheren Staaten nicht gleichberechtigt gestaltet werden kann und somit nur Vorteile für die stärkeren Partner schafft, hatte schon der Vorgänger NAFTA (Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, USA, Kanada) gezeigt. CAFTA und PPP begegneten die entstehenden anti-neoliberalen Bewegungen von Anfang an mit großem Widerstand. Sie erkannten rasch, worum es sich hinter den sozialen Entwicklungsdiskursen im Grunde handelte: die Region durch CAFTA in eine große exportverarbeitende Zone umzuwandeln und mit PPP und dessen forciertem Straßenbau, interozeanischen (trockenen) Kanälen, Pipelines und Energieverbindungssystemen die Infrastruktur für die ausgebaute Maquila- und Agrarindustrie bereitzustellen. Das grüne Korridorprojekt CBM wurde teilweise konkret für die Legitimierung der beiden verrufenen Wirtschaftsverträge benutzt. Dies, obwohl sie sich nicht selten in die Quere kamen, z. B. wenn große Straßen und Infrastrukturprojekte durch den Biologischen Korridor gebrochen wurden. Doch auch CBM ist in sich hochgradig widersprüchlich: Während der Korridor als Lösung für Armut präsentiert wurde, zielen die meisten Programme auf die Regierungs-, Privatwirtschafts- und Beratungsagentur-Ebene und bestehen aus großräumiger technischer Planung, welche lokale Entscheidungsprozesse verunmöglichen und die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung ausschließt. Außerdem läuft die Umsetzung der Naturschutz-Korridore nur schleppend oder gar nicht voran – im Gegensatz zu den Infrastruktur-Korridoren und dem Ressourcen-Handel (Finley-Brook 2007: 103, 105).

So erklärte beispielsweise Elsia Paz, Unternehmerin und ehemals langjährige Präsidentin des Honduranischen Unternehmervereins Kleiner Energieproduktoren AHPPER, in einem Interview, in Honduras gäbe es eigentlich keine Naturschutzgebiete: „Sie existieren, aber nur auf der Landkarte. In der Praxis, wie bei [dem Nationalpark] Pico Bonito, ist es eine Fassade. Denn es gibt kein aktives Programm, keine Waldaufseher, keinen Management-Plan. Ich habe

einen Staudamm dort beantragt und es gab niemanden, der mir Nein oder Ja gesagt hätte“⁹⁷ (INT 27). Ausgerechnet den Pico Bonito-Nationalpark finanzierte die Weltbank über ein ‚Nachhaltiges Waldprojekt‘ schon vor mehreren Jahren mit dem Ziel des Verkaufs von Emissionszertifikaten (World Bank 2006). Andere Naturschutzparks wurden dabei aufgrund von Kapitalinteressen restriktiver behandelt, so zum Beispiel das Meeresschutzgebiet bei den Cayos Cochinos. Dort hatte man den Fischfang zum Teil verboten, obwohl für die dort ansässigen Garífuna-Gemeinden Subsistenz-Fischfang lebensnotwendig ist. Anstelle dessen riet man den Garífunas, zur Veresserung der Lebensbedingungen in den Öko-Tourismus einzusteigen (vgl. Brondo/Brown 2011).

CBM funktioniert somit ganz im Sinne des marktorientierten Umweltschutzes und der sogenannten Umwelt-Governance, also komplexen Regulierungsformen, in denen neben dem Staat auch andere Akteure wie NGOs, internationale Geber, privatwirtschaftliche oder wissenschaftliche Akteure auftreten (Kerssen 2013:77; Grünwald 2010: 94 ff). Viele staatliche Ressourcen-Management Verantwortlichkeiten wurden privatisiert oder auf NGOs und lokale Gemeinden übertragen. Aufgrund der durch die SAPs beschränkten öffentlichen Gelder musste nach privater Finanzierung von Schutzprogrammen gesucht werden, was unter anderem Tourismus, Bioprospektion und Zahlungen für Ökosystemleistungen (PES) vorantrieb (vgl. Toly 2004; OFRANEH 2012 a). Gleichzeitig begann man damit, lokalen oder indigenen Gemeinden Einweisungen in effizientes Ressourcen-Management zu geben. So ist eines der vier erwarteten Resultate des CBM laut Protokoll einer CBM-Versammlung in Honduras, bei diesen neuen Akteuren ein kapitalistisches Naturverhältnis zu erreichen, nämlich die in Geld ausgedrückte Bewertung von Natur: „4. Resultat: Mehr Wert: Relevante Akteure wenden Kenntnisse der Bewertung auf das nachhaltige Biodiversitäts-Management im CBM an“⁹⁸ (CBM Honduras 1999). Dies wurde teilweise an finanzielle Anreize für den geleisteten Naturschutz gekoppelt, was jedoch auch oft heißt, dass sie die ihnen auferlegte ‚Entwicklung‘ selbst zahlen müssen, beispielsweise über Gewinne aus dem Öko-Tourismus.

Für den neoliberalen Umweltschutz sind klare Besitzverhältnisse und Landtitel vonnöten, und so ging die CBM-Durchsetzung Hand in Hand mit Weltbankprogrammen für eine verstärkte Landadministration. Schon zuvor hatte es von 1982 bis 1991 ein USAID-finanziertes Landtitel-Programm gegeben, das 37.174 individuelle Titel für Kleinbäuer*innen ‚ermöglichte‘,

⁹⁷ Span.: „Existen pero en un mapa. Pero en la práctica, como Pico Bonito, es una fachada. [...] Porque no hay un programa activo. No hay guardabosques, no hay plan de manejo. Yo solicité una hidroeléctrica ahí, no había nadie que me dijera a mí no o sí.”

⁹⁸ Span.: „4. Resultado: Más valor: Actores relevantes aplican conocimientos de valoración para el manejo sostenible de la biodiversidad en el CBM“

kritischen Quellen zufolge jedoch wenig Verbesserungen für die neuen offiziellen Landbesitzer*innen brachte und stattdessen lokale Landkonflikte schürte (Kerssen 2013: 29). In Zusammenhang mit CBM wurde im Jahr 2004 das 200 Millionen US-Dollar schwere Weltbank-Programm PATH eingeführt⁹⁹ – mit dem Ziel „to increase land security, facilitate land market transactions, develop national and municipal territorial plans, and develop management plans for protected areas, forests, and indigenous peoples' lands" (Leffert 2007).

COPINH und OFRANEH kritisierten PATH jedoch, da sie darin vor allem eine Privatisierungsmaßnahme erkannten, die dem Vordringen von wirtschaftlichen Interessen – bspw. für Bergbau oder Bioprospektierung – dienlich sind. Internationales indigenes Recht wurde dabei mit Füßen getreten, da die neu geschaffenen Titel für indigene Ländereien keine Sicherheitsklauseln enthalten und den anschließenden Verkauf ermöglichen (Bird 2013 b; Leffert 2007). Laut Mary Finley-Brook war CBM „merely another foreign-sponsored initiative in the name of indigenous peoples and the environment that created little benefit for either“ (Finley-Brook 2007: 118 f).

Negative Auswirkungen der Neoliberalisierung von Honduras

Das neoliberale Projekt ab den 1980/90ern verdrängte den ökonomischen Nationalismus der vorangegangenen Periode. Anstelle des Eintretens der von den internationalen Institutionen propagierten Vorteile der Marktliberalisierung verschlechterten sich in den meisten Ländern des Globalen Südens die Verhältnisse aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit. Honduras stellt zusammen mit Ecuador das am stärksten von den Importen infolge der Handelsliberalisierung beeinträchtigte Land dar (FAO 2006: 16), CAFTA verstärkte diese Entwicklung (Dietrich 2008: 309). Vom Haupt-Getreideproduzenten Zentralamerikas wurde Honduras zum Importeur von mindestens der Hälfte seines Bedarfs an Hauptnahrungsmitteln, insbesondere Reis, Mais und Bohnen (Dan Church Aid 2011: 27). Ausschlaggebend dafür war auch der Hurrikan Mitch 1998, auf dessen Zerstörung großer Anbauflächen statt Wiederaufbauhilfen Nahrungsmittelimporte folgten (vgl. Paasch/Garbers *et al.* 2007). Seit Mitch und insbesondere im neuen Jahrtausend verabschiedete Gesetze hinsichtlich erneuerbarer Energie, Wasser und Bergbau führten viele der in den 1980/90ern geschaffenen (neoliberalen) Naturschutzregelungen ad absurdum (INT 1).

Die honduranischen Auslandsschulden multiplizierten sich während der Periode um ein Vielfaches (Barahona 2009 a: 285). Die Arbeitslosigkeit stieg an, Löhne stagnierten oder

⁹⁹ www.path.hn [15.8.2013]

sanken, die Inflation stieg und viele kleinere und mittlere Landwirtschaften und Unternehmen wurden in den Ruin getrieben (Barahona 2009 a: 289 ff). Von einer Verringerung der Armut kann nicht gesprochen werden; vor allem im ländlichen Raum und unter Indigenen und Frauen stieg sie stark an (Barahona 2009 a: 290). Laut CEPAL-Statistiken befanden sich 1997 67 % der städtischen Haushalte und 80 % der ländlichen Haushalte in einer Situation der Armut. Im Vergleich dazu lag in Lateinamerika die Zahl armer Haushalte insgesamt bei 35 % (CEPAL 2000: 65 f). Trotz der populistischen und neoliberalen Landreformen verbesserte sich außerdem der Zugang zu Land keineswegs; so wird geschätzt, dass im Jahr 1993 nur 3,7 % der Produzent*innen 53 % der Anbauflächen besaßen (Dan Church Aid 2011: 25). Die Migration von Honduras in die USA erhöhte sich ab den 1980ern stark, mit fast der gleichen Zahl an Migrantinnen wie Migranten. Im Jahr 2001 machten erstmals die Rücküberweisungen den größten Teil der Devisen aus, noch vor der Maquila-Industrie (Barahona 2009 a: 288 f). Inzwischen leben über 9 % der honduranischen Bevölkerung in den USA (Meyer 2013: 2, 34).

Die Neoliberalisierung in Honduras kannte jedoch auch Gewinner. Sie führte zu einer Verfestigung der global orientierten agrar-industriellen Bourgeoisie (Kerssen 2013: 5). Was Luis Tapia am Beispiel von Bolivien ausführt, gilt auch für Honduras: Der monopolistische Grundbesitz ist gleichzeitig Medium ökonomischer wie sozialer Macht, von einer Trennung von Wirtschaft und Politik kann in Honduras nicht gesprochen werden, da „die Klasse der Großgrundbesitzer in den letzten Jahrhunderten Teil aller herrschenden ökonomisch-politischen Blöcke war und sie ad personam Bestandteil der Legislative, Exekutive und Judikative war“ (Tapia 2012: 291). Tapia nennt dies „patrimoniale Ordnung“ oder „kolonialen Präsidentialismus“:

Dieses instrumentelle Staatsverhältnis zeichnet sich einerseits durch das Auswahlverfahren der Regierenden mittels Parteiensystem und Wahlen aus, wodurch sie ihre Legitimation durch die Stimmen derjenigen, die als StaatsbürgerInnen anerkannt werden, suchen. Andererseits haben sie in ihrer Regierungsarbeit – aufgrund der Klassenzusammensetzung der Regierenden und ihren Verbindungen mit transnationalen Kräften und anderen Staaten der Welt – die rechtlichen Bedingungen dafür geschaffen, die natürlichen Ressourcen des Landes auszuliefern und das Land in seiner Gesamtheit den Entscheidungen anderer Machtzentren der Welt unterzuordnen. In diesem Sinne erscheint der Staat zwar als ein durch Wahlen legitimierter Rechtsstaat, in den entscheidenden Fragen funktioniert er jedoch als politischer Apparat zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur Unterordnung des Landes unter andere Staaten im regionalen und globalen Kontext. Der Staat stellt somit neokoloniale Bedingungen her. (Tapia 2012: 298 f)

Der herrschende ökonomisch-politische Block kann seine Vorherrschaft jedoch durch Wahlen verlieren (ebd.: 291). Die Regierung Manuel Zelayas ab 2007 stellte eine bedeutende Gefahr für diese Vorherrschaft dar, was letztendlich zum „grabbing of state power“, dem Putsch 2009, führte (Kerssen 2013: 5). Darauf wird nach einem kurzen Abspann zur sozialen und indigenen Bewegungslandschaft im Neoliberalismus genauer eingegangen.

Die Entstehung sozialer und indigener Bewegungen

Als Resultat der neoliberalen Politiken erfolgte zwar eine Schwächung der Gewerkschaften und Bäuer*innenorganisationen, es kann jedoch von einer Dynamisierung neuer sozialer Bewegungen gesprochen werden. Einerseits entstanden nationale Menschenrechtsorganisationen, wie die Angehörigenorganisation der während der 1980er Verschwundenen und Inhaftierten, COFADEH, die mit ihrer Gründerin Bertha Oliva auch nach dem Putsch eine wichtige Rolle spielte. Andererseits regte sich Widerstand gegen den ‚Paquetazo‘, die Freihandelsabkommen, Prekarisierung der Arbeitsplätze und die verstärkten Landaneignungen und Naturzerstörung. Neben ersten Umweltorganisationen und neuen Frauenbewegungen stellte insbesondere die Gründung vieler indigener Organisationen eine wichtige Entwicklung dar (Barahona 2009 b: 21; 230 ff; Sosa 2010: 62; 109; Padilla/Contreras Veloso 2006).

Die neuen anti-neoliberalen Bewegungen agierten hauptsächlich getrennt voneinander, wenn auch mit der Gründung des ‚Bloque Popular‘ (2000) und der ‚Coordinadora Nacional‘ (2003) Fundamente für eine Vernetzung der verschiedenen Sektoren gelegt wurden (Flores [o.A.]). Ohne diese Vorläufer wäre die Organisierung einer derart mächtigen Widerstandsbewegung nach dem Putsch 2009 nicht möglich gewesen. Dennoch hat Wolfgang Dietrich (zumindest bis 2009) Recht damit, wenn er von einer im Vergleich zu den umliegenden Ländern relativ bescheidenen „Gegenkultur der Marginalisierten“ (Dietrich 2008: 306) spricht: „Der Mythos der Entwicklung und westlicher Modernität wird in Honduras weitgehend akzeptiert“ – kaum jedoch von den ab den 1970/80er und 90er Jahren entstehenden indigenen Bewegungen.

Laut anthropologischen Studien zu indigenen Völkern in Honduras (Barahona/Rivas 1998 b; Barahona 2009 b: 230 ff) hing das „indigene Auftauchen“¹⁰⁰, die seit langem erstmalige Artikulation indigener Völker als eigenständige Subjekte, nicht nur mit dem durch die Neoliberalisierung verstärkten Druck auf indigene Territorien zusammen. Zentral waren auch die schleichenden oder auch gewaltsamen Versuche der staatlichen Integration in die dominante Nationalkultur; die Zersetzung der ‚alten‘ sozialen Akteure, insbesondere der Gewerkschaften (welche Indigene nie konkret miteinbezogen hatten) sowie die internationalen Entwicklungen und die wachsende globale und nationale Solidarisierung mit den lauter werdenden Interessen indigener Völker. Diese ermöglichte endlich ein entstehendes Selbstwertgefühl und eine positive Anerkennung der eigenen indigenen Identität. Die ersten indigenen Bewegungen in Honduras waren die Garífuna-Organisation OFRANEH und die Miskitu-Organisation

¹⁰⁰ Span.: „la emergencia indígena“

MASTA, die 1976/77 entstanden. Die meisten Bewegungen gründeten sich jedoch in den 1980er und 1990er Jahren (Barahona 2009 b: 221).

Exkurs: COPINH

Wie zwei der Gründer*innen von COPINH erzählen, stand die Gründung von COPINH im Jahr 1993 im Kontext der Neoliberalisierung, des beendeten bewaffneten Konflikts in Zentralamerika sowie der kontinentalen Kampagne der 500 Jahre des indigenen Widerstands seit der Kolonialisierung (INT 15, 38). Der Name von COPINH (Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras) verweist auf die ursprüngliche Gründungsidee, nämlich, die in der Lenca Region schon aktiven Organisationen (bäuerlicher, entwicklungs- oder politischer Art) zusammenzuführen. Erst 1995 wurde COPINH zu einer Basisorganisation aus Lenca-Gemeinden umgebaut und wuchs mit der Zeit stetig (Barahona/Rivas 1998 b: 102; INT 15, 38). Die Ziele waren von Anfang an, die indigene Lenca-Kultur, die indigenen Rechte und die Gemeingüter der Natur zu verteidigen und die Lebensverhältnisse in der Region, insbesondere auch die der Lenca-Frauen, zu verbessern. Auch der Kampf gegen die Militarisierung war zentral, hatte doch die Lenca-Region mit ihrer Nähe zu El Salvador während den 1980ern eine Zone massiver Gewalt und Unterdrückung dargestellt (INT 15, 38).

Inspiziert durch den Zapatisten-Aufstand am 1. Januar 1994 in Chiapas, Mexiko, besetzte COPINH – unbewaffnet – im selben Jahr mehrere regionale staatliche Büros. Sie forderten unter anderem den Stopp mehrerer Abholzungsprojekte, welche die indigenen Wälder zerstörten (INT 15, 38; Barahona/Rivas 1998 b: 106). Im selben Jahr organisierte COPINH einen Fußmarsch mehrerer tausend Indigener, die sogenannte ‚Indigene Pilger*innenreise‘ (span.: peregrinación indígena) in die Hauptstadt, bei der auch weitere indigene Organisationen teilnahmen. Der Marsch stellte einen bedeutenden Wendepunkt im Kampf für die territorialen Rechte und die Selbstbestimmung indigener Völker dar: „Er war historisch. Er erschütterte tatsächlich das Land. Und die größte Errungenschaft war meiner Ansicht nach, dass die indigenen und schwarzen Völker plötzlich auftauchten und deren Existenz in diesem Land anerkannt wurde“¹⁰¹ (INT 38). Der indigene Fußmarsch, auf den weitere ‚Pilger*innenreisen‘ und vielfache Mobilisierungen folgten, zeigte Resultate, unter anderem: die Ratifizierung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu den Rechten indigener Völker im Jahr 1994 (die 1995 in Kraft trat), die Schaffung erster indigener Munizipien mit speziellen Rechten, den Stopp mehrerer Abholzungsprojekte, den Bau von Straßen, Gesundheitszentren,

¹⁰¹ „Fue histórica. Realmente esa sacudió el país. Y el mayor logro para mi fue que irrumpieran los pueblos indígenas y negros y se reconociera en este país la existencia de los mismos.“

Schulen, Schul- und Ausbildungsplätze für Indigene, die Anerkennung von kommunitären Landtiteln, bilinguale Unterrichtsprogramme und viele weitere Punkte – wenn auch bei Weitem nicht alle Forderungen erfüllt wurden (INT 15, 38; Barahona/Rivas 1998 b: 103).

Zwischen 1992 und 1994 gründete sich die Nationale Koordination der Autochthonen Völker CONPAH, um als Plattform aller indigener Organisationen zu dienen (Barahona 2009 b: 221; INT 39). COPINH trat jedoch ebenso wie andere Organisationen (z. B. OFRANEH) nach wenigen Jahren wieder aus (INT 15, 38). Barahona und Rivas (1998: 1998 b: 98) stellten in dem ersten existierenden Sammelband über indigene Völker in Honduras fest, dass CONPAH eher „zur Bürokratisierung der Föderationen und der Abspaltung der indigenen Leiter von ihren Herkunftsgemeinden“¹⁰² bzw. zu einer ‚NGOisierung‘ führte und wenig mit spezifisch indigenen Strukturen wie denen der indigenen Räte und Räte der Ältesten zu tun habe. Während CONPAH und die teilnehmenden Föderationen ihre Förderungen hauptsächlich über internationale Entwicklungsprojekte, wie z. B. von BID, Weltbank etc., erhalten (INT 24, 28, 38), sind es bei COPINH und OFRANEH oft eher ungebundene Geldmittel solidarischer internationaler Organisationen oder durch Druck auf die Regierung erhaltene Geldmittel, z. B. für Schulbau und Bildungsprojekte. CONPAH agiert eher durch die politische Beteiligung an Projekten und staatlichen Politiken, um diese in Richtungen zu treiben, in denen indigene Völker berücksichtigt werden. COPINH versucht im Gegenzug meist eher von außen gegen Politiken und Projekte zu protestieren.

Trotz der sechs anderen Lenca-Organisationen (INT 24) ist COPINH mit Mitgliedern in aktuell rund 150 Gemeinden in den Departamentos Intibucá, Lempira und La Paz (sowie wenigen in Santa Bárbara und Siguatepeque) eine der größten und einflussreichsten unter den Lenca- sowie anderen indigenen Organisationen im Land. Dies liegt an verschiedenen Faktoren, unter anderem an der Basisarbeit (mit lokalen indigenen Räten und Ältesten-Räten), an der kritischen Kommunikation und Vernetzung durch die eigenen indigenen Radiosender, an der Radikalität der Forderungen und der Aktionen (Besetzungen, Demonstrationen, Straßenblockaden, etc.), dem erzielten Respekt durch bisher schon erreichte Erfolge und der guten Vernetzung mit anderen sozialen, indigenen und Umweltbewegungen auf nationaler sowie internationaler Ebene. Diese breite Anerkennung und Solidarität mit COPINH und OFRANEH, welche eng zusammenarbeiten, beruht hauptsächlich auf der radikalen anti-kapitalistischen, dekolonialen, anti-patriarchalen und anti-rassistischen Positionierung. So wird viel Wert gelegt auf

¹⁰² Span.: “para la burocratización de las federaciones y la separación de los dirigentes indígenas de sus comunidades de origen.”

Basisarbeit hinsichtlich gesellschaftlichen Themen wie Gewalt gegen Frauen. COPINH führte öffentliche Frauengerichte durch, plant ein Frauenhaus und momentan sind mehr als die Hälfte der gewählten Mitglieder in der aus 20 Personen bestehenden Koordination Frauen. Bertha Cáceres ist derzeit die inzwischen zweite weibliche Hauptkoordinatorin von COPINH und meinte im Interview:

Wie wir immer sagen, ist der komplexeste Kampf, der allerhärteste, der der Frauen. Ich sage immer, es ist leicht, sich gegen die Transnationalen Konzerne auszusprechen, sich gegen sie zu positionieren und zu kämpfen, im Vergleich dazu, wie schwierig es ist, für den Aufbau einer antipatriarchalen Gesellschaft zu kämpfen.¹⁰³ (INT 38)

5.6 Kräfteverhältnisse rund um den Putsch 2009

Anzeichen für einen Bruch mit dem relativ stabilen neoliberalen Kräftegleichgewicht konnten trotz des Aufkommens neuer sozialer und indigener Bewegungen erst im Verlauf der Amtszeit von Manuel ‚Mel‘ Zelaya (2007-2009) beobachtet werden. Er gehörte einem linken Flügel der Liberalen Partei an und schlug der zweiten Hälfte seiner Amtszeit einen unerwartet progressiven Kurs ein – trotz der Fortführung neoliberaler und repressiver Elemente. Parlamentarisch und innerhalb der eigenen Partei immer mehr isoliert, suchte er die Unterstützung der Zivilgesellschaft und führte soziale Reformen durch (Mejía/Fernández *et al.* 2010: 22), die die herrschenden Klassenfraktionen gegen ihn aufbrachten (Hilse 2009). So legalisierte er die ‚Pille danach‘, brachte den honduranischen Kardinal um Einkünfte aus staatlichen Geldern und trat dem linken lateinamerikanischen Staatenbündnis ALBA bei, weshalb in den Medien Angst vor dem vermeintlich kommunistischen Chavez-Freund geschürt werden konnte (vgl. Escoto 2010). Die bis dahin praktizierten Politik der ‚Nulltoleranz‘ gegenüber (v.a. Banden-)Kriminalität löste er durch eine Versöhnungspolitik ab (Dietrich 2008: 299 f). Vor allem die Verdopplung des Mindestlohns, ein Landumverteilungsgesetz, der Stopp einiger Privatisierungen, ein Moratorium für Tagebergbau und das Projekt einer partizipativen Verfassungsgebenden Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung veranlassten die herrschenden Klassen zur Furcht vor dem Verlust ihrer Privilegien und dem wachsenden Einfluss der Zivilgesellschaft. So zeigte sich beispielsweise der honduranische Industriellen-Verband ANDI empört über Zelayas Mindestloohnerhöhung und drohte in einem Positionspapier damit, Zelaya und seine gewerkschaftlichen „Gefolgsmänner“ würden die

¹⁰³ Span.: „Como siempre decimos, es la lucha más compleja la de las mujeres, la más dura, la más dura. Yo siempre digo, es fácil de hablar y posicionarse, luchar contra las transnacionales cuando comparamos cuan difícil es luchar y construir una sociedad antipatriarcal.”

Unternehmenssektoren dazu „verpflichten“, sich zu verteidigen und den „Tiger zum Erwachen zu bringen“ (Paley 2010, *Übers. d. Verf.*).

Dieser Tiger erwachte. Am 28. Juni 2009, dem Tag, an dem eine Bevölkerungsumfrage darüber, ob in der nächsten Wahl in einer weiteren Urne über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung abgestimmt werden solle, wurde Zelaya durch einen politisch militärischen Staatsstreich aus dem Amt geputscht. Das Militär entführte seinen eigenen Oberbefehlshaber früh morgens im Pyjama und setzte ihn in Costa Rica aus – Gerüchten zufolge mit Flugzwischenstopp in der US-Militärbasis Soto Cano (bekannt unter Palmerola). Mithilfe einer gefälschten Unterschrift Zelayas über dessen Amtskündigung wurden am selben Tag sämtliche Staatsämter neu besetzt (Euraque 2010: 24); der Befehlshaber Romeo Vásquez Velasquez, ehemaliger Schüler der US-Armee-Ausbildungsstätte ‚School of the Americas‘¹⁰⁴, erhielt als Belohnung das Amt des Präsidenten der honduranischen Telefonfirma HONDUTEL (Kerssen 2013: 140). Der damalige Kongresspräsident Roberto Micheletti vom konservativen Flügel der liberalen Partei wurde bis zu den Wahlen im November 2009 zum Übergangspräsidenten ernannt. Während der Oberste Gerichtshof die Legalität der Amtsübergabe bestätigte war Kardinal Rodriguez mit der moralischen Legitimierung betraut. Die größten Tageszeitungen, TV- und Radiosender beklatschten die Rettung vor einer kommunistischen Bedrohung und die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit.

Es handelte sich keinesfalls um einen typischen Militärputsch: Selbst wenn das Militär ausführendes Organ des Putsches war, stand dahinter eine Allianz zwischen der Mehrheit der wirtschaftlichen Elite, der nationalen und Teilen der liberalen Partei, der Mehrheit des Einkammer-Parlaments (Kongress), des Obersten Gerichtshofes und der Medienbesitzer*innen (vgl. Salomon 2009). So veröffentlichte beispielsweise der honduranische Unternehmerrat COHEP am Tag nach dem Putsch eine Presseaussendung, in der die als legitim bezeichnete ‚Absetzung‘ Zelayas als Rettung der Verfassungsmäßigkeit und Überwindung der politischen Krise dargestellt wurde (COHEP 2009). Vielfach wird über die zumindest indirekte Unterstützung durch konservative Kräfte aus den USA spekuliert, welche wirtschaftliche und geo-strategische Interessen an Honduras haben. Ebenso sahen ausländische Konzerne, wie die Pharmaindustrien, Ölkonzerne, der Maquila-Sektor, Bergbau-Unternehmen und

¹⁰⁴ Die School of Americas (seit 2001 unter dem Namen ‚Western Hemisphere Institute for Security Cooperation‘) ist eine Ausbildungsstätte für lateinamerikanische Soldaten in den USA: „Since 1946, the SOA has trained over 64,000 Latin American soldiers in counterinsurgency techniques, sniper training, commando and psychological warfare, military intelligence and interrogation tactics.“ Quelle: <http://www.soaw.org/about-the-soawhinsec/what-is-the-soawhinsec> [10.11.2013]

Fluggesellschaften ihre Wirtschaftsinteressen durch Zelayas Reformen bedroht (vgl. Mejía/Fernández *et al.* 2010: 22 ff; Salomon 2009).

Dennoch irrt Tanya Kerssen nicht mit der Schlussfolgerung, dass „the 2009 coup actually replaced a reformist, pro-investment administration with an extremist one“ (Kerssen 2013: 39). Zelaya hatte beispielsweise die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit der EU (genannt Assoziierungsabkommen) mitinitiiert, verabschiedete 2007 das für Zentralamerika erste Agrartreibstoff-Gesetz und war einem traditionellen Extraktivismusmodell durchaus nicht abgeneigt. Trotzdem war der Aufschrei nach dem Putsch groß. Dass der erste Präsident der Geschichte, der sich der Zivilgesellschaft annäherte, aus dem Amt geputscht wurde und damit die Hoffnung auf eine neue Verfassung und einen allgemeinen Neubeginn zerstört war, rief eine von allen Seiten überraschend starke Protestbewegung hervor. Während der Staatsstreich die Hegemonie des Machtblocks zwar wiederherzustellen versuchte, steht diese seitdem dennoch auf einem fragileren Fundament als zuvor.

Erwachender Widerstand

Ein Großteil der fragmentierten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen schloss sich direkt nach dem Staatsstreich in der Nationalen Widerstandsfront FNRP zusammen: Gewerkschaften, insbesondere die der Lehrenden, indigene und bäuerliche Gemeinschaften, Studierende, Umweltgruppen, feministische, homo- und transsexuelle Bewegungen (LGBTIQ), Künstler*innen, Teile der liberalen Partei und kleinerer Parteien, Hausfrauen, Maquila-Arbeiter*innen, Anwält*innen, Menschenrechtsorganisationen und viele zuvor nicht organisierte Einzelpersonen schlossen sich darin zusammen (vgl. FNRP 2011 a). Bemerkenswert ist, dass viele herausragende Persönlichkeiten im Widerstand Frauen, besonders auch indigene Frauen waren und sind, insbesondere Bertha Oliva (Leiterin der Menschenrechtsorganisation COFADEH), Bertha Cáceres (COPINH), Miriam Miranda (OFRANEH) oder auch Maria-Luisa Regalado (Frauenkollektiv CODEMUH).

„Der Putsch war wie ein Aufwachen für die Zivilbevölkerung und der Protest wie eine Schule in den Straßen“, beschrieb Edgar Soriano, Historiker und Delegierter der FNRP¹⁰⁵. Antreibende Kraft war Einsicht, dass der formaldemokratische Staat und seine Institutionen vor allem Projekt einer abgehobenen Elite sind und weite Bevölkerungsteile ausschließen. So gerieten immer mehr Informationen über die enge Verwobenheit der wirtschaftlichen und politischen Klasse an die Öffentlichkeit. Die honduranische Wissenschaftlerin Leticia Salomón zeigte auf,

¹⁰⁵ Interview durchgeführt im Rahmen der Honduras-Delegation 2010 in Tegucigalpa

dass rund zehn Familien, die „90 % des in Honduras produzierten Reichtums kontrollieren“¹⁰⁶ (Méndez 2009), hinter dem Putsch stehen. Wichtigste Namen sind hierbei Carlos Flores Facussé, Gilberto Goldstein, José Rafael Ferrari, Juan Canahuati, Camilo Atala, José Lamas, Fredy Násser, Jacobo Kattán, Guillermo Lippman und Rafael Flores (ebd.). Das beste Beispiel eines der mächtigsten Familienclans ist wohl das der Facussés. Miguél Facussé ist bekanntermaßen der reichste Mann von Honduras, Großgrundbesitzer in der blutigen Palmöl-Konfliktzone Bajo Aguán und anderen Gegenden (v.a. Zacate Grande und Atlántida) und bewiesenermaßen verwickelt in Drogengeschäfte. Der Facussé-Clan ist auch in der Maquila-Industrie tätig. Miguél Facussé ist Onkel des Ex-Präsidenten Carlos Flores Facussé (1998-2002), welcher wiederum eine der wichtigsten Zeitungen, ‚La Tribuna‘, besitzt und dessen Tochter im Jahr 2010 zur honduranischen Botschafterin für die UN ernannt wurde. Diese ist verheiratet mit dem Agrarindustriellen und Besitzer der größten honduranischen Staudamm-Firma ‚Grupo Terra‘, Freddy Násser. Ein anderer Schwiegersohn Facussés ist Besitzer des größten Bergbau-Projekts Atlántidas. Facussé ist außerdem Onkel der Abgeordneten Marcía Facussé Andonie de Villeda und des Präsidenten des Industriellenverbandes ANDI, Adolfo Facussé (vgl. Kerssen 2013: 138; Wong 2013; Frank 2011; Paley 2010, Méndez 2009; Romero 2009: 122). Zu Facussés Verbindungen mit internationalem Kapital sind leider kaum Quellen auffindbar.

Zwischen ‚Versöhnung‘ und Repression

Wenn auch durch den massiven Protest der Zivilbevölkerung gegen den Putsch eine neue starke politische Akteurin – die Widerstandsbewegung – entstand, so hatte der Putsch vorwiegend negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen im Land. Viele ausländische Entwicklungs- und Militärhilfegelder wurden nach dem Putsch eingefroren, während gleichzeitig die Militarisierung und Repression hohe Kosten verursachte (Paley 2010). Auch waren die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich spürbar, beispielsweise sanken im Jahr 2009 rapide die Rücküberweisungen der in den USA lebenden Honduraner*innen (Meyer 2013: 35). Aufgrund der engen Verbindung von Honduras mit der US-Wirtschaft sanken neben den Rücküberweisungen ebenso die Investitionen und Exporte, was eine starke Rezession zur Folge hatte (USAID o.A.: 1).

Trotz massivem Wahlboykott und deutlichen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen im November 2009 wurde die neue Regierung unter dem Großgrundbesitzer Porfirio ‚Pepe‘ Lobo

¹⁰⁶ Span.: „controlan el 90 % de la riqueza que produce el país“

(Williams 2013) von der Nationalen Partei schnell wieder international anerkannt, besonders nach einem Art Versöhnungsabkommen ‚Cartagena‘ (Mai 2011) mit dem bis dahin exilierten ‚Mel‘ Zelaya und der Proklamation einer ‚Regierung der Nationalen Versöhnung‘. Honduras wurde wieder in die Organisation Amerikanischer Staaten OAS aufgenommen, US-Militär- und Entwicklungshilfegelder flossen erneut und im November 2010 erhielt die Regierung 322.5 Millionen US-Dollar zur Herstellung der wirtschaftlichen Stabilität und Vorantreiben des Wirtschaftswachstums (Kerssen 2013: 10). Dennoch konnte sich die honduranische Wirtschaft von der Krise nicht wirklich erholen. Die ausländischen Investitionen ins Land sanken 2009 um 44 % im Vergleich zum Vorjahr (CentralAmericaData 2010). Von 21 Milliarden Lempira stiegen die Schulden während Lobos Regierungszeit auf 52 Milliarden Lempira (1,87 Milliarden €) im Juni 2013 an (Williams 2013).

Den Protesten wurde mit brutaler Repression begegnet. Die alternative Wahrheitskommission registrierte allein für das halbe Jahr zwischen dem Putsch und Dezember 2009 1,157 Menschenrechtsverletzungen, und vom Putsch bis August 2011 insgesamt 1966 Fälle, die von staatlichen Kräften begangen wurden – darunter auch Morde, Verschwindenlassen, Folter, Vergewaltigungen und illegale Verhaftungen (Comisión de Verdad 2012: 227 ff). Dazu kommt eine systematische Straflosigkeit: Laut nationalem Menschenrechtskommissar werden 80 % der gemeldeten Delikte nicht untersucht, 60 % der Gefängnisinsassen sind nie verurteilt worden (Meyer 2013: 20). 2012 starben 360 Häftlinge in einem Gefängnis, in dem, obwohl ein Brand ausgebrochen war, die Türen verschlossen geblieben waren – was nicht zum ersten Mal passierte (Torres Funes/Torres Funes 2013). Die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die weiterhin anhalten, schaffen ein allgemeines Klima der Angst und Unsicherheit welches wiederum vermehrte Sicherheitspolitiken legitimiert (Boyer/Cardona Peñalva 2013: 64 ff). Das honduranische jesuitische Forschungs-Team ERIC-SJ schreibt dazu:

Die Angst lähmt, und eine ängstliche Gesellschaft ist eine demobilisierte Gesellschaft. Doch die Angst ist auch angestiftet. Die Angst-Politik wird von Seiten der Macht als Mittel zur Ablenkung vor strukturellen Problemen genutzt. Während die Menschen zum Beispiel die Ungerechtigkeit und soziale Exklusion, die Straflosigkeit und Korruption, die fehlenden Agrarpolitiken und tiefgreifenden Steuerpolitiken anprangern sollten, verleitet die Angstpolitik dazu, dass die Menschen sich ablenken lassen und ein Ende der Gewalt verlangen – ein Argument, welches letztendlich dazu gebraucht wird, um der Polizei und dem Heer mehr Legitimität zu verleihen.¹⁰⁷ (ERIC-SJ 2013)

¹⁰⁷ „El miedo paraliza, y una sociedad con miedo es una sociedad desmovilizada. Pero el miedo es también inducido. La política del miedo se usa siempre desde el poder como una medida de distracción frente a los problemas estructurales. Por ejemplo, si la gente debía reclamar por la injusticia y la exclusión social, por la impunidad y la corrupción, por la ausencia de políticas agrarias y fiscales profundas, la política del miedo induce a que la gente se distraiga demandando el fin de la violencia, argumento que finalmente es usado para dar legitimidad a la policía y al ejército y a quienes están interesados en mantener a la gente bajo la zozobra y el miedo.“

Die Systematik der politisch motivierten Repression wird hinter der Bekämpfung der stark angestiegenen ‚allgemeinen‘ Kriminalität verdeckt. So befindet sich Honduras laut UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) im weltweiten Vergleich auf Platz Eins der Mordrate¹⁰⁸. Es kann jedoch festgestellt werden, dass besonders Gruppen wie LGBTIQ, kritische Journalist*innen, Anwält*innen, Kleinbäuer*innen, Indigene und Menschenrechtsverteidiger*innen betroffen sind (Meyer 2013: 18; PROAH 2013). Vielfach werden kriminelle Akte von Polizei und Militär ausgeführt. Laut Umfragen haben über 78 % der Bevölkerung kein oder nur wenig Vertrauen in die Polizei, bezüglich des Militärs sind es 68 %.

Die Antwort von Regierung und internationalen Gebern, von welchen der honduranische Sicherheitsapparat größtenteils finanziert wird, lautet: mehr Polizei und mehr Militär (vgl. Meyer 2013: 19 f). Der honduranische Sicherheitsapparat werden trotz seines schlechten Rufs in der Bevölkerung unter anderem von den USA, der Weltbank, Interamerikanischen Entwicklungsbank IDB, und der EU (unter anderem über das Programm PASS), sowie über den mit dem Plan Mesoamérica zusammenhängenden Plan Colombia und die Merida-Initiative, und die Zentralamerikanische Sicherheitsstrategie finanziell und technisch unterstützt (Bird 2013: 3, 19; Meyer 2013; HondurasDelegation 2011). Das Dekret, das nach dem Putsch einen Ausnahmezustand verhängte und welches dem Militär weitreichende Polizeiaufgaben übertrug, wurde inzwischen vier Mal verlängert und ist weiterhin gültig (Meyer 2013: 22; La Prensa 2013 b). Die USA nutzte die politische Konjunktur nach dem Staatsstreich aus, baute die US-Militärbasis Soto Cano (Palmerola) aus und gründete mindestens fünf neue Militärbasen auf honduranischem Territorium (Kerssen 2013: 41; Defensores en Línea 2013; INT 8).

Verschiedene nach dem Putsch verabschiedete Gesetze werden außerdem von sozialen Bewegungen kritisiert, da sie die Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit und Protesten erleichtern. Darunter fallen unter anderem das 2010 verabschiedete Gesetz gegen die Finanzierung des Terrorismus¹⁰⁹ (Voselsoberano 2010), das neue NGO-Gesetz¹¹⁰ und das Abhörsgesetz¹¹¹ von 2011 (Voselsoberano 2011). Auch in den sicherheitspolitischen Maßnahmen, insbesondere aus dem Jahr 2013, wurde die verstärkte Militarisierung und Überwachung der Gesellschaft legalisiert, etwa durch das Geheimdienstgesetz¹¹² (Mejía 2013; El Heraldo 2013 a), die neue Spezialeinheit Tigres¹¹³ (Proceso Digital 2013 a) oder

¹⁰⁸ <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/homicide.html>,
http://travel.state.gov/travel/cis_pa_tw/cis/cis_1135.html [5.12.2013]

¹⁰⁹ Ley Contra el Financiamiento del Terrorismo

¹¹⁰ Ley Especializada de Fomento para las Organizaciones No-gubernamentales de Desarrollo

¹¹¹ Ley Especial para la Intervención de Comunicación Privada

¹¹² Ley de Inteligencia

¹¹³ Toma Integral Gubernamental de Respuesta Especial de Seguridad

die Gründung der militärisch-polizeilichen Einheit genannt ‚Operation Freiheit‘¹¹⁴ (Korol 2013 a; La Prensa 2013 a).

Der neoliberale ‚Ausverkauf des Landes‘: ein neuer Boom des Land Grabbing

Nach dem Putsch kamen Privatisierungen wieder verstärkt auf die neoliberale Agenda. Dieser ‚Ausverkauf des Landes‘, wie die aktuellen Dimensionen der Privatisierung von den sozialen Bewegungen genannt werden, hat hauptsächlich einen verstärkten Druck auf Land und natürliche Gemeingüter – und somit ländliche und indigene Gemeinden – zur Folge. Gesetze und öffentliche Ausschreibungen ermöglichten die weitreichende Privatisierung von Flüssen für Staudammkonzessionen (*siehe dazu Kapitel 6.2.1.1*). Das Landumverteilungsprojekt wurde jäh gestoppt, wodurch sich die Agrarkonflikte, v.a. in der Palmölzone Bajo Aguán, stark verschärften (Kerssen 2013: 42). Der Nationale Investitionsförderungsplan (2010-14) und entsprechende Gesetze sollten Honduras unter dem Motto „Honduras is open for business“ zum investitionsfreundlichsten Land Lateinamerikas machen. Das Gesetz für Investitionsschutz und –förderung „allows foreign firms to establish, acquire and dispose of businesses with no distinction from national firms, and encourages joint ventures with no minimum ownership for the Honduran partner“ (Kerssen 2013: 60; 141). Die Strategie beinhaltet Steuervorteile und andere Anreize für die folgenden Bereiche: Agrargeschäfte, Energie, Wald, Infrastruktur, Textil, Transformation und globale Dienstleistungen (d.h. Maquilas) und Tourismus¹¹⁵. Laut US-State Department ist Honduras aufgrund geringer Lohnkosten, der Nähe zum US-Markt und des größten Hafens Zentralamerikas, Puerto Cortés, attraktiv für Investoren – selbst wenn sich insbesondere die Kriminalität negativ auf Investitionsinteressen auswirken (Meyer 2013: 33). Der Hafen wurde übrigens im Jahr 2013 – neben vielen anderen öffentlichen Institutionen und Infrastruktur – privatisiert, neuer Eigentümer ist ein philippinisches Unternehmen (La Prensa 2013 e). Die Strategie inkludierte ebenso die Verabschiedung mehrerer investitionsfördernder Gesetze, wie das Gesetz zur öffentlich-privaten Allianz¹¹⁶, welche die für Konzessionen verantwortliche ‚Coalianza‘ ins Leben rief, oder das Gesetz zur Stundenarbeit¹¹⁷ (Trucchi 22.8.2013).

Ab 2010 begeisterte sich die Regierung für die liberalistischen Pläne bezüglich Modellstädten, deren geplante Durchsetzung durch (verfassungswidrige) Verfassungsänderungen ermöglicht wurde (INT 2, 3). Nachdem die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs das erste

¹¹⁴ Operación Liberthad

¹¹⁵ <http://www.hondurasopenforbusiness.com> [8.7.13]

¹¹⁶ Ley de Alianza Público Privada

¹¹⁷ Ley de Empleo por Hora

Gesetz zur Einführung der Modellstädte als verfassungswidrig zum Scheitern verurteilte, setzte der Kongress vier der fünf Richter*innen ab, obwohl er dazu keine Befugnis hatte. Kurz danach wurde ein neues Gesetz zur Aufhebung der politischen Immunität verabschiedet, das seitdem die legale Absetzung von Richter*innen, Präsident*innen, Abgeordneten und wichtigen Beamten ermöglicht (Meyer 2013: 7, 15). Im Januar 2013 verhalf ein neues Bergbaugesetz zum Comeback des Tagebaus mit Zyanid-Einsatz (INT 6, 8). Das sogenannte Hypotheken-Gesetz¹¹⁸ vom Juli 2013, welches die Natur direkt am Finanzmarkt als Aktien anbieten würde, um die Staatsschulden abzubauen, ist derzeit noch in der Schwebe (INT 42; Trucchi 22.8.2013). Im August 2013 wurde durch einen interinstitutionellen Kooperationsvertrag das Management, die Kommerzialisierung und die daraus abgeschöpften Gewinne von gewissen Wäldern dem Militär übergeben (Torres 2013; Equipo de Investigación Conexihon 2013). Auch der fast jahrzehntelang angedachte Erdölabbau vor der Moskitia-Küste wurde in Angriff genommen (Vásquez 2013; OFRANEH 2012 c, d, 2013 a). Die verschiedenen Arten von Land Grabs werden ausführlicher zu Beginn des fünften Kapitels behandelt.

Wahlen 2013

Die zugespitzten neoliberalen Politiken trafen keineswegs nur bei der kritischen Zivilgesellschaft auf Kritik, auch innerhalb der herrschenden Klassenfraktion taten sich Spaltungen auf. So kamen die Lobo-Regierung und der Präsidentschaftsfavorit und Kongresspräsident Juan Orlando Hernández (mit dem Spitznamen ‚Juan Robando‘ – ‚stehlender Juan‘) der Nationalen Partei immer mehr in Verruf, was sich auch in den eigentlich die herrschenden Interessen unterstützenden Massenmedien ausdrückte. Der juristische Putsch war ebenfalls Anzeichen für die wackelnde Stabilität.

Der Widerstand gegen den Putsch hatte sich trotz strategischer Gewalt und eines gleichzeitigen Diskurses der nationalen Versöhnung lange nicht beruhigt. Der Ausverkauf des Landes und die ständigen ‚golpes‘ (span.: Putsche/Schläge), die den sozialen, indigenen, Umwelt- und Menschenrechts-Organisationen verpasst wurden, machten konstante Mobilisierungen nötig. Dennoch blieb die Repression nicht ohne Folgen und gemeinsam mit Burnout, nur geringer internationalen Rückendeckung und fehlenden Ressourcen begannen ab 2010 Ermüdungserscheinungen in der FNRP (vgl. Kerssen 2013: 98). Auch spaltete sich diese immer mehr zwischen Unterstützer*innen des institutionellen Wegs durch die Gründung einer Partei, die Regierungsübernahme und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, und des

¹¹⁸ Ley de Promoción del Desarrollo y Reconversión de la Deuda Pública

basisdemokratischen Widerstands von unten. Versammelt im Bündnis für die Neugründung ‚Convergencia Refundacional‘, agierte diese vor allem über den Boykott des illegitimen Regimes und trieb eine gemeinsame Aushandlung einer neuen Verfassung durch Basisprozesse voran. COPINH ist Mitbegründer dieses Bündnisses.

In einer Hauptversammlung der FNRP 2011 entschied sich dennoch die absolute Mehrheit für die Gründung einer Partei, also eines politischen Arms der FNRP. Diese wurde 2012 offiziell eingeschrieben mit dem Namen LIBRE (Libertad y Refundación), mit Zelaya als Koordinator und dessen Frau, Xiomara Castro Zelaya, als Präsidentschaftskandidatin. Kritiker*innen, unter anderem COPINH, beobachteten jedoch, dass die Partei vielmehr die FNRP-Strukturen dominierte und sich immer mehr vom Bewegungsspektrum wegbewegte. Obwohl LIBRE in den Monaten vor den Wahlen am 24. November 2013 in Umfragen teilweise vor den zwei bisher das Zweiparteiensystem dominierenden Parteien (Liberale und Nationale) lag (vgl. CESPAD), verlor sie laut offiziellem Wahlergebnis um 8 % gegenüber der Nationalen Partei. Lobo-Nachfolger wurde mit 36,89 % Juan Orlando Hernández. LIBRE und die ebenfalls nach dem Putsch gegründete Antikorruptionspartei PAC fochten das Ergebnis aufgrund deutlicher Anzeichen von Wahlbetrug, welche auch von internationalen Wahlbeobachtungsdelegationen teilweise bestätigt wurden, an (vgl. Schmidt 2013). Die Monate vor den Wahlen waren von politisch motivierter Gewalt geprägt gewesen. Mindestens 36 Morde an und 24 bewaffnete Attacken auf Parteimitglieder fanden zwischen Mai und Oktober 2013 statt, die meisten davon betrafen LIBRE-Kandidat*innen (Spring 2013: 2). Doch selbst, wenn mit Juan Orlando der berüchtigtste neoliberale Vertreter Anfang Januar an die Macht kam, hat sich nun das politische Kräfteverhältnis im Kongress und auf der lokalen Ebene stark geändert. Mit LIBRE und PAC hat die Opposition in Zukunft deutlich mehr Gewicht.

6 Green Grabbing in Honduras

6.1 Eine Übersicht: Land und Green Grabbing in Honduras

6.1.1 Wurzeln des Grabbing in der honduranischen Geschichte

[E]l proceso acumulador de tierras que se produce hoy en día no es un suceso novedoso sino que es un conflicto que dura ya varios siglos y que ahora se encuentra en un momento crucial.

Der aktuelle Prozess der Akkumulation von Ländereien ist kein neuer Vorfall, sondern stellt einen Konflikt dar, der schon mehrere Jahrhunderte andauert und sich gerade in einem entscheidenden Moment befindet.

Larry Lohmann (2012: 39)

Der geschichtliche Überblick machte deutlich, dass das aktuell in Honduras stattfindende Land und Green Grabbing auf einer jahrhundertealten Geschichte von Enteignungsprozessen und Unterdrückung indigener und bäuerlicher Bevölkerungen aufbaut. Die aktuellen Grabs setzen die stets konfliktiven Verdrängungsprozesse der ländlichen Gemeinschaften, die in der Kolonialzeit angelegt und mit der Herausbildung der honduranischen Agrarindustrie verstärkt wurden, fort. Sie befinden sich jedoch im Kontext der globalen und nationalen multiplen Krise in einem besonders zugespitzten Stadium. Auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kann ein langer Prozess der Transformation erkannt werden, der insbesondere mit der Neoliberalisierung der Natur eine neue Dimension erfuhr. So wurde die soziale Produktion der Natur immer mehr von der kapitalistischen Naturbeherrschung dominiert, welche die Natur vollständig unter gesellschaftliche Zwecksetzungen unterordnet (vgl. Görg 2004 a: 222): Der Zwecksetzung einer kolonialen oder neo-kolonialen weißen bzw. Mestizo-Oberschicht, sowie dem Weltmarkt und den Interessen einer wachsenden globalen Verbraucherklasse. Mit der Kolonialisierung von Honduras wurde die Inwertsetzung der Natur vermehrt durchgesetzt, Land eingeeht und durch die Einführung von Geldbeziehungen verkaufbar gemacht. Mineralien, Metalle, Agrarprodukte und Maquila-Waren transportierte man in großen Mengen über die Häfen in den Globalen Norden. Ermöglicht wurde dies durch die Ausbeutung von vorerst Sklaven und später Lohnarbeiter*innen mit prekären Arbeitsverhältnissen. In den 1990ern erlaubte die neoliberale Landreform, bisher vom Verkauf ausgeschlossene kommunale und meist gemeinschaftlich genutzte Ländereien, die Ejidos, auf dem neu geschaffenen Landmarkt zu verkaufen – das Tor für die derzeitige Form von Land Grabs war damit geöffnet. Gleichzeitig wurden während der Phase der Neoliberalisierung auch

die negativen Dimensionen der immer weiter fortgeschrittenen Globalisierung auf die Umwelt sichtbar. Klimawandel begann auf globaler Ebene zum Thema zu werden und machte sich auch in Honduras immer deutlicher bemerkbar – dies insbesondere mit dem Hurrikan Mitch. Die Importsubstituierende Industrialisierung (ISI) und die Grüne Revolution des peripherfordistischen Entwicklungsstaats hatten einen dramatischen Anstieg von Waldabholzung zur Folge, dem mit der Schaffung von Naturschutzparks und neoliberaler Umwelt-Governance begegnet wurde. Die Industrialisierung und die starke Importabhängigkeit von Honduras brachte verbunden mit den beginnenden ‚grünen‘ Praktiken auch einen Boom an erneuerbaren Energieprojekten mit sich. Abgesehen von teilweise negativen Auswirkungen solcher ‚grüner‘ Projekte werden diese Bemühungen wiederum von gleichzeitig beschleunigten Formen des traditionellen Extraktivismus und von einem generellen Ausverkauf der Natur des Landes – Auswirkung insbesondere der honduranischen Wirtschaftskrise – ergänzt oder zunichte gemacht.

In einem knappen Überblick, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sollen hier die aktuell dominanten und als besondere Gefahren für die territoriale Souveränität angesehenen Formen der Landaneignung dargelegt werden.

6.1.2 Aktuell dominante Formen des Land Grabbing

Die umfassendsten Informationen darüber, welche Formen des Land Grabbing in Honduras derzeit am gravierendsten sind, können die indigenen und bäuerlichen Organisationen selbst geben, welche in Honduras eng untereinander und mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen vernetzt sind. In einer Stellungnahme des seit etwa zwei Jahren bestehenden ‚Menschenrechtsobservatoriums für Indigene und Schwarze Völker von Honduras‘ ODHPINH von Oktober 2013 ist ersichtlich, welches derzeit die ihrer Meinung nach schwerwiegendsten territorialen Bedrohungen darstellen. Darin heißt es, dass

der Staat einen Plan zum Verschwinden unserer indigenen und schwarzen Völker veranlasst und fördert, indem Gesetze ohne unsere Zustimmung verabschiedet werden, wie das **Bergbaugesetz**, das **Mineralöl-Gesetz**, das **Wasser-Gesetz**, das Gesetz zu den **Modellstädten** oder **ZEDEs** [Arbeits- und wirtschaftliche Entwicklungszonen], zu **Staudämmen** und **REDD+**. Teil dieses Plans des Verschwindenlassens unserer Völker ist die allmähliche Vertreibung aus unseren Territorien, der wir durch das Eindringen Dritter, welche unsere angestammten Besitztümer missachten, unterworfen sind. (ODHPINH 2013 a, *Hervorhebung der Verf.*)

Ausgehend davon – und ergänzend mit weiteren Stellungnahmen, Artikeln und artikulierten territorialen Kämpfen – ist es möglich, folgende derzeit dominante Formen des Land und Green Grabbing in Honduras auszumachen: Traditionelle extraktivistische Tätigkeiten, darunter insbesondere Bergbau und Erdölextraktion; Green Grabbing, darunter exklusive

Naturschutzparks, Wasserkraftwerke, Mega-Windparks, REDD+ und Agrartreibstoffproduktion; Modellstädte, inzwischen unter dem Namen ZEDEs, sowie der geplante finanzialisierte Abverkauf der Natur durch das Hypotheken-Gesetz. Zu den großflächigen Landaneignungen zählen auch Mega-Infrastrukturprojekte, insbesondere angestoßen durch den Plan Puebla Panamá, wie die Atlantik-Pazifik-Autobahn mit dem Namen ‚Trockener Kanal‘ (CEPAL 2009), große Tourismuskomplexe und Luxusvillen an den Küsten (Vacanti Brondo 2013; HondurasDelegation 2010) und die Atlantik-Pazifik-Zugstrecke, die mit China geplant wird (Williams 2013; El Nuevo Diario 2013). Ebenso werden der Boom an US-amerikanischen Militärbasen (Defensores en Línea 2013) und die generelle Militarisierung des Landes, sowie die Produktion von Genmais und die großflächige Abholzung als territoriale Bedrohungen erkannt (ODHPINH 2013 a, b). Ich will mich jedoch in dieser kurzen Übersicht auf die traditionell extraktivistischen und ‚grünen‘ Grabs sowie auf die zwei für Honduras im weltweiten Vergleich bisher vermutlich einzigartigen geplanten Grabs durch ZEDEs und das Hypotheken-Gesetz beschränken. Wird Extraktivismus weiter gefasst und darunter eine Art (neo-)koloniales Wirtschaftsmodell verstanden, welches auf der Ausbeutung und Aneignung natürlicher Ressourcen und Reichtümer in insbesondere Ländern der Peripherie beruht (vgl. FoEI: 9), so kann durchaus bei allen im Folgenden dargestellten (potenziellen) Grabs eine extraktivistischen Logik erkannt werden.

6.1.2.1 Traditioneller Extraktivismus

Honduras ist nicht das einzige Land Lateinamerikas, in dem seit einigen Jahren wieder ein Boom extraktivistischer Tätigkeiten abzuzeichnen ist. Dies, obwohl egal ob dependenztheoretische, neoklassische oder neoliberale Wirtschaftstheorien schon lange erkannt haben, „that resource extraction provides a rather difficult path to development“ (Veltmeyer 2013: 81). Die Problematik fortschreitender Ressourcen-Extraktion wurde außerdem mit der Klima- und Umweltkrise immer deutlicher. Trotzdem ist der Glaube an Entwicklung durch Extraktivismus in vielen Staaten und Institutionen, wie der Weltbank, wieder ‚in‘:

[T]he changes in the world economy in recent years have given rise to the notion that this time will be different, that changed world market conditions would now allow resource-rich countries to exploit their comparative advantage in natural resources and convert what was once a curse into a blessing. (ebd.: 81)

Wie Pedro Landa, Koordinator der Nationalen Koalition der Umweltnetzwerke von Honduras aufzeigt, hängt der globale Boom an Ressourcen-Extraktion insbesondere damit zusammen, dass ein Zur-Neige-Gehen der Ressourcen durch den hohen Produktions- und Konsumrhythmus vorausgesehen wird und sich viele Länder deren Zugang noch sichern

wollen. Anstatt eine verantwortungsvolleren Politik hinsichtlich der natürlichen Grundlagen zu betreiben, beschleunigt sich der Ressourcenabbau durch den globalen Wettbewerb (INT 42).

In Honduras stieg die Anzahl von Steinbrüchen und Minen von 489 im Jahr 2000 auf 2.132 im Jahr 2010 an, wenngleich der Prozentsatz der dadurch erzielten Einkünfte am BIP im Jahr 2010 nur bei 0,7 lag (IDAMHO/Oxfam 2013: 9). Seit dem Putsch wird auf verstärkten Extraktivismus gesetzt, um schnelles Geld in die bankrotten Staatskassen zu bringen. Unter der Regierung Zelayas war mehreren Artikeln des vom Jahr 1998 stammenden Minengesetzes eine Sperre verhängt worden. Dies verhinderte die Vergabe von metallischen Bergbaukonzessionen und Tagebau (INT 8; IDAMHO/Oxfam 2013: 20), wenn auch bereits tätige Unternehmen weiterhin abbauen durften und nicht-metallische Konzessionen vergeben wurden (INT 7, 8). Diese Sperre wurde mit einem neuen Minengesetz am 23. Januar 2013 aufgelöst und erlaubt seitdem unter anderem den höchst umweltschädlichen Tagebau mit Zyanid-Einsatz. Das Gesetz war vor dessen Verabschiedung in Kanada ‚abgesegnet‘ worden – dem Ursprungsland der meisten Minenunternehmen, das für 70 % der Bergbauinvestitionen in Lateinamerika verantwortlich ist (Veltmeyer 2013: 85). Dennoch wird das Gesetz mit seinen sozialen und Umwelt-Standards von staatlicher Seite als besonders fortschrittlich dargestellt (INT 7). So sollen gar Volksabstimmungen der ansässigen Bevölkerung vor Eröffnung einer Mine durchgeführt werden. Doch die bisher vom Bergbau betroffenen Gemeinden können von nicht eingehaltenen Gesetzen und Versprechen ein Lied singen. Außerdem warnt Pedro Landa, dass es immer schwieriger wird, solche Regelungen umzusetzen. In sämtlichen bilateralen Freihandelsverträgen, die Honduras derzeit abschließt (mit der EU, Kanada etc.), sind Investitionsschutzklauseln enthalten. Unternehmen, denen das Recht auf eine Investition, wie ein Bergbauprojekt, aufgrund von lokalem Widerstand verwehrt wird, können den honduranischen Staat an internationalen Handelsgerichtshöfen, etwa dem der Weltbank, verklagen und hohe Geldstrafen erwirken (INT 8; vgl. Capote 2011).

Ein weiterer Vorteil des neuen Gesetzes sei die Erhöhung der Steuereinnahmen, wie durch die Einführung einer Sicherheitssteuer, „die die Minenfirmen an das honduranische Volk zahlen werden, um für mehr Sicherheit in den Gemeinden zu sorgen“¹¹⁹, so der unter der Lobo-Regierung amtierende Bergbausekretär Aldo Francisco Santos. Auf die Nachfrage, was dies konkret bedeute, antwortete er: „Diese Geldsumme wird dazu dienen, mehr Polizei anzustellen, Equipment, Überwachungskameras, Waffen, Fahrzeuge für die Gemeinden zu kaufen, in denen

¹¹⁹ Span.: „que las mineras van a pagar al pueblo hondureño, para brindar más seguridad en los municipios”

abgebaut wird“¹²⁰. Damit dürfte deutlich sein, dass anstatt Sicherheit für die Gemeinden eher diejenige für die Minengesellschaft gemeint ist, und der Bergbauboom mit einer verstärkten Überwachung und Repression von Minen-Gegner*innen einhergehen wird. Dies zeichnet sich schon jetzt ab. Der Fall von La Nueva Esperanza im Departamento Atlántida ist emblematisch, bei dem die betroffenen Gemeinden von privaten Sicherheitskräften der Minenfirma und staatlichen Sicherheitskräften massiv unterdrückt werden; zwei internationale Menschenrechtsbeobachter*innen wurden dort im Juli 2013 für mehrere Stunden entführt (PROAH 2013). Sehr gut recherchiert ist der Fall der inzwischen fertig ausgebeuteten und geschlossenen kanadischen Goldmine im Siria-Tal, bei der es zu gravierenden Umweltschäden und Erkrankungen der Bevölkerung kam, und wo die lokalen Umweltaktivist*innen weiterhin strategisch kriminalisiert werden (IDAMHO/Oxfam 2013). Im Sommer 2013 wurden in Zusammenhang mit Protesten indigener Tolupan-Gemeinden gegen eine Mine, Abholzung und ein Staudammprojekt drei Tolupanes ermordet (ODHPINH 2013 a, b; Mejía 2013).

Laut Pedro Landa stellt das neue Minengesetz mit seinen vielfachen Fallen eine verstärkte Gefahr für die Souveränität der Territorien dar. Vor allem der Zugang zu Wasser ist bedroht, da das Gesetz Wasserquellen, die nicht konkret auf eine Gemeinde registriert sind (was selten vorkommt), automatisch der Nutzung für die Minenfirmen öffnet. Laut Berechnungen der Nationalen Koalition verbraucht eine mittelgroße Mine in Honduras in einer Stunde etwa so viel Wasser, wie ein*e durchschnittliche*r Honduraner*in in 20 Jahren benötigt (INT 8). Den Listen des Minensekretariats INHGEOMIN zufolge kann aktuell von 837 schon konzessionierten oder angefragten Bergbauprojekten gesprochen werden¹²¹. Die meisten Konzessionen wurden im Jahr 2013 für Eisenoxid vergeben (CEHPRODEC 2013: 3, 19, 21; INT 42). Interessiert ist am honduranischen Bergbau – insbesondere an der Extraktion von Eisenoxid – China. Dabei wird ein Zusammenhang mit Chinas Interesse an Investitionen in Modellstädte und insbesondere am Kauf von Staatsschulden und dadurch großen Landflächen, wie sie im Hypotheken-Gesetz ermöglicht würde, vermutet (INT 42).

Auch hinsichtlich Erdölextraktion konkretisieren sich derzeit die jahrelang angedachten aber nie umgesetzten Pläne. Im Jahr 2013 wurde mit British Gas ein Vertrag zur Offshore-Erdölextraktion vor der Atlantikküste bei La Moskitia abgeschlossen. Dieser Prozess wird aufgrund vieler Unregelmäßigkeiten kritisiert, insbesondere, da die betroffene an der Küste

¹²⁰ Span.: “esa cantidad de dinero va a servir para contratar más policías, comprar equipo, cámaras de vigilancia, armas, vehículos, para los municipios, que están siendo explotados por una empresa minera.”

¹²¹ Es gibt 91 schon vergebene und 193 angefragte Metall-Konzessionen und 320 vergebene und 233 angefragte nicht-metallische Konzessionen (CEHPRODEC 2013:)

lebenden Miskitu-Bevölkerung nicht informiert oder befragt wurde, weswegen sich starke Proteste regten (INT 42; OFRANEH 2012 c, d, 2013 b).

6.1.2.2 Modellstädte: Arbeits- und wirtschaftliche Entwicklungszonen

Im Jahr 2010 begannen Gespräche zwischen der honduranischen Regierung und dem US-amerikanischen Ökonomen Paul Romer, um dessen Idee der Modellstädte oder ‚Charter Cities‘¹²² in Honduras umzusetzen. Er versprach Wachstum wie in Hongkong, Arbeitsplätze und landesweite Entwicklung. Auf einer ‚marginalen‘, ‚unbewohnten‘ Fläche Land (1000 km²) sollte eine extraterritoriale Stadt mit eigener ‚Charter‘, also mit autonomer Gesetzgebung und selbstständigem Regierungs- und Sicherheitssystem, aus dem Boden gestampft werden: „Eine völlig neue Stadt, erbaut nach einem Masterplan“ (Berbner 2013). Die utopisch klingende und radikal neue liberalistische Idee fand in der honduranischen Regierung und auch international in wichtigen Medien, sowie bei einflussreichen Unternehmer*innen, schnell Zuspruch – nicht jedoch in der Bevölkerung (The Economist 2011 a, b; The Wall Street Journal 2011; Davidson 2012; Schröder 2012; Berbner 2013). Der Grundgedanke der Modellstädte ist, von Null anzufangen, ‚Tabula Rasa‘ zu machen. Es wird davon ausgegangen, der Gewalt, den Drogenkonflikten und der Korruption könne einfach der Rücken zugekehrt werden, um in einem geschichtslosen menschenleeren Vakuum von vorne anzufangen. Doch auch Ungleichheiten und Machtverhältnisse werden dabei ignoriert – sie sind nämlich nötig für die Charter City, schließlich soll sie von reichen Ländern oder Millionären gesponsert werden, transnationale Konzerne sollen sich ansiedeln. Sonderwirtschaftszonen wie die Maquilas haben in Honduras jedoch schon gezeigt, dass zwar kurzfristig (prekäre) Arbeitsplätze geschaffen werden, dieses Modell die Abhängigkeit vom Weltmarkt jedoch zuspitzt und Armut keineswegs verhindert. Die liberalistische Idee der Modellstädte kommt aus einer ultraextremen Richtung des Neoliberalismus und ist höchst demokratiefeindlich (vgl. The Economist 2011 a; Lyderson 2013). Die Freiheit der Personen liegt darin begründet, dass die Menschen, die unter den vorgefertigten Gesetzen und der gestellten Regierung leben wollen (oder aufgrund ihrer Armut dazu gezwungen sind), können dies tun, während diejenigen, die dieses System kritisieren, wieder gehen können. ‚Tabula Rasa‘ zu machen heißt, die Geschichte des Landes und der sozialen Kämpfe zu unterwandern. Die meisten demokratischen Errungenschaften kamen jedoch nicht von oben, sondern wurden hart erkämpft.

¹²² <http://chartercities.org> [15.8.2013]

Nachdem Paul Romers Durchsetzung der ersten Modellstadt in Madagaskar gescheitert war, da die Bevölkerung, als sie vom Plan erfahren hatte, den Präsidenten stürzte, wandte er sich an Post-Putsch Honduras (vgl. Berbner 2013). Der politische Wille der Lobo-Regierung war groß, so autorisierte schon im Januar 2011 eine Verfassungsänderung die Einführung der Modellstädte unter dem Namen ‚Spezielle Entwicklungsregionen‘¹²³ (RED). Im Februar reiste eine honduranische Delegation nach Südkorea und Singapur und begann mit der Suche nach finanziellen Ressourcen, die sie vor allem in China und beim US-Millionär Michael Strong vorfand (INT 2, 42; Berbner 2013).

Daraufhin regte sich Protest gegen den Angriff auf die territoriale Souveränität, getragen von einem breiten Spektrum sozialer, politischer und indigener Organisationen. Nach wöchentlichen Kundgebungen, 12.000 eingereichten Unterschriften, knapp 70 Verfassungsklagen und weiteren Klagen wegen Landesverrat gegen den Präsidenten und Kongressabgeordnete, erklärte die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshof die Modellstädte im Oktober 2012 für verfassungswidrig (INT 3; Trucchi 2012, 1.2.2013). Kurz davor hatte sich Paul Romer aufgrund von internen Streitigkeiten aus dem Projekt zurückgezogen (Berbner 2013). Doch im Dezember setzte der Kongress mit einem juristischen Putsch die vier der fünf Richter*innen der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs ab, welche gegen die Modellstädte gestimmt hatten. Am 23. Januar brachte der Kongress die Sonderregionen wieder zurück auf die Tagesordnung, diesmal unter dem ‚Titel: ‚Arbeits- und wirtschaftliche Entwicklungszonen‘¹²⁴ (ZEDEs). Doch auch dieses Gesetz und die dazugehörige Verfassungsänderung sind verfassungswidrig: Die in Honduras existierenden ‚in Stein gemeißelten‘ Artikel, welche unantastbar sind, wurden mit den Verfassungsänderungen zur Neuaufteilung der Territorien und den autonomen Regierungsformen verletzt. Außerdem lagen weiterhin die im September eingereichten Klagen wegen Landesverrat vor, die bisher vom Obersten Gerichtshof ignoriert worden waren. Kritiker*innen reichten deshalb weitere Klagen ein (INT 2, 3, 42). In der Verfassungsänderung wurde die territoriale Aufteilung in Bundesländer und Bezirke um die neuen Regimes erweitert. Laut Gesetz sollen vor der Einführung Volksabstimmungen in den betroffenen Gegenden durchgeführt werden – außer im Falle von ‚gering‘ besiedelten Gegenden (unter 100.000 Einwohner*innen). Mehrere Regionen an der Küste in der Nähe der Häfen wurden von vornherein von Umfragen ausgenommen. In

¹²³ Regiones Especiales de Desarrollo

¹²⁴ Zonas de Empleo y Desarrollo Económico

den besonders im Visier stehenden Küstenregionen und indigenen Territorien wären aufgrund der Ausnahmeklauseln somit keine Abstimmungen nötig (INT 2; Panting 2013).

Laut Anwalt Fredin Funes stellt das neue Gesetz sogar eine verstärkte Form gegenüber dem letzten RED-Projekt dar (INT 3). Zu den innerhalb der ZEDEs vorzufindenden Modellstädten, den sogenannten ‚autonomen Städten‘, kommen elf weitere Sonderregimes hinzu: Internationale Finanzzentren, Internationale Logistikzentren, Internationale Handelsgerichte, Spezielle Investitionsdistrikte, Erneuerbare Energie-Distrikte, Spezielle Wirtschaftszonen, Speziellen Justizsystemen unterstellte Zonen, Spezielle Agroindustrielle Zonen, Spezielle Tourismuszone, Soziale Minenzonen und Soziale Forstzonen (Carlos Rivera 2013: 11; Panting 2013: 3). Wie der Anwalt Harry Dickson aufzeigt, sollen diese Bezeichnungen der Bevölkerung suggerieren, die ZEDEs kämen ihr aufgrund der ‚sozialen‘ Aspekte und der Schaffung von Arbeitsplätzen zugute: „Was man macht, ist, dass man mit den Namen spielt. Doch die Absicht ist eindeutig, nämlich aufs Äußerste den Reichtum des Landes auszubeuten; und damit auch das Risiko der neuen Kolonisierung“¹²⁵ (INT 2). Die Modellstädte oder ZEDEs werden von mehreren Seiten als besonders zugespitzte Form des neoliberalen Kolonialismus kritisiert, unter anderem von COPINH (OFRANEH 2013 c; Paley 2012; Trucchi 1.2.2013). Es wird vermutet, dass das Ziel ist, die Regimes in ganz Honduras beispielsweise an Minen-, Staudamm-, Windpark-, Maquila- und Tourismusstätten anzuwenden, um den nationalen Regulierungen beispielsweise zu Arbeits- und Umweltrechten nicht zu unterliegen und die Gewinne direkt abziehen zu können (INT 2, 3, 8). Mit der Privatisierung der wichtigsten Tourismusstätten, wie den Maya-Ruinen von Copán, wurde schon begonnen. Die ersten zwei konkreten ZEDE-Pläne beim Pilgerort Suyapa sowie beim Karibikstrand Playa Blanca stehen aufgrund starker Proteste derzeit auf der Kippe (INT 42).

6.1.2.3 Hypotheken-Gesetz

Das ‚Gesetz zur Förderung der Entwicklung und öffentlichen Umschuldung‘¹²⁶, welches kurz Hypotheken-Gesetz genannt wird, wurde am 20. Juli 2013 vom honduranischen Kongress im Schnelldurchlauf verabschiedet. Präsident Lobo legte das Absegnen des Gesetzes aber wegen der großen Polemik und der Gefahr für die Juan Orlando Hernández Präsidentschaftskampagne vorerst beiseite (INT 42; Trucchi 22.8.2013). Das Gesetz bedeutet, dass die bisher ‚unnützen/ungenützten‘ (span.: ocioso) Güter und natürlichen Ressourcen als Wertpapiere (mit

¹²⁵ Span.: „Lo que están haciendo es que están jugando con los nombres. Pero la intención está clara, es explotar al máximo la riqueza del país, también el riesgo de la nueva colonización.“

¹²⁶ Span.: Ley de Promoción del Desarrollo y Conversión de la Deuda Pública

ungefähr dem geschätzten Preis) am Finanzmarkt angeboten werden, um die große Inlandsverschuldung zu überwinden (Trucchi 22.8.2013). Laut Artikel 1 autorisiert das Gesetz „die Schaffung eines integralen Programms zur Betitelung von potenziellen Finanzflüssen über unbenutzte Aktiva des Staates“¹²⁷ (El Heraldo 2013 c). Es handelt sich dabei um eine Art Fideikommiss bzw. eine treuhänderische Übereignung (Trucchi 22.8.2013; El Heraldo 2013 c). Laut Gabriel Perdomo, technischer Analyst des ‚Sozialforums der Auslandsschuld von Honduras‘ FOSDEH sähe das etwa folgendermaßen aus:

Im Fall eines Berges, zum Beispiel, wo man festgestellt hat, dass metallische Mineralien vorliegen, oder eines Flusses, dessen Wasser zur Produktion von Wasserkraft verwendet werden kann, vergibt die Regierung ein Wertpapier auf Basis einer Schätzung hinsichtlich der Einkünfte, die in einer definierten Zeitspanne generiert würden, und stellt dieses Wertpapier auf die Finanzmärkte.¹²⁸ (zitiert in Trucchi 22.8.2013)

Die betroffenen Güter und Ländereien wären damit vermutlich am Finanzmarkt der Spekulation ausgeliefert. Es handelt sich dabei neben natürlichen Ressourcen auch um Projekte im Bereich des Bergbaus, der Energie und Telekommunikation (El Heraldo 2013 c). Laut Dekret ist die Idee, „mit einem Mechanismus zu rechnen, der die *rationale Ausbeutung der ungenutzten natürlichen Ressourcen* und die Durchführung von Infrastrukturprojekten, die aufgrund fehlender Finanzierung nicht entwickelt wurden, ermöglicht“¹²⁹ (El Heraldo 2013 c, *Hervorhebung der Verf.*). Wie auch das Konzept der Modellstädte baut das Hypotheken-Gesetz auf dem Glauben an die Existenz von marginalen, unproduktiven Ländereien auf. Dass es sich bei diesen häufig indigene Territorien handelt oder die Flächen anderweitig von ländlichen Gemeinden genutzt werden, wird dabei geflissentlich übersehen; (indigene) Subsistenzaktivitäten gelten nicht als produktiv oder rational (vgl. Trucchi 22.8.2013).

Interesse an der Durchsetzung des Hypotheken-Gesetzes hat insbesondere China, welches im Gegenzug zu den bisher ‚unnützen/ungenutzten‘ Landflächen und Gütern versichert hat, sämtliche Inlandsschulden zu tilgen. Insbesondere Berge mit Eisenoxid stehen dabei im Fokus (INT 42). Das Gesetz könnte dem größten Land Grab in der honduranischen Geschichte den Weg ebnen. Laut Gabriel Perdomo von FOSDEH können damit sämtliche gesetzlich vorgeschriebenen Mechanismen und Abläufe für die Auftragsvergabe und Transparenz hinsichtlich der Ausbeutung natürlicher Ressourcen umgangen werden (Trucchi 22.8.2013). Es ist gesetzlich geregelt, dass der Präsident innerhalb von zehn Tagen Gesetze ratifizieren oder

¹²⁷ Span.: „la constitución de un programa integral de titularización de flujos financieros potenciales sobre activos ociosos del Estado“

¹²⁸ Span.: “En el caso de un cerro, por ejemplo, donde se ha detectado la presencia de minerales metálicos, o de un río cuyas aguas se van a utilizar para generar energía hidroeléctrica, el gobierno emite un título valor por una cantidad calculada en base a una estimación del flujo de caja que se generaría en un plazo de tiempo definido, y lo coloca en los mercados financieros”

¹²⁹ Span.: “es contar con un mecanismo que permita la explotación racional de los recursos nacionales ociosos y la realización de proyectos de infraestructura que no han sido desarrollados por falta de financiamiento”

ein Veto einlegen muss; verlautbart der Präsident sich nicht, gilt das Gesetz als beschlossen. Porfirio Lobo brauchte jedoch etwa drei Wochen, um das Gesetz zu diskutieren, bis er öffentlich bekundete, er würde die Ratifizierung des Gesetzes auf die Zeit nach den Wahlen verlegen. Die Wahl ist vorüber und ausgerechnet der Befürworter des Hypotheken-Gesetzes Juan Orlando Hernández wurde gewählt. Derzeit [Januar 2014] ist unbekannt, ob das Gesetz inzwischen erneuert bzw. abgeändert wieder im Kongress verabschiedet oder ob es unter der Hand schon durchgewunken wurde. Letztendlich hatte sich Präsident Lobo nicht an die Zehn-Tage-Frist gehalten, wodurch das Gesetz möglicherweise schon in Kraft ist (INT 42).

6.1.2.4 Green Grabbing

Da im Folgenden die drei Fallbeispiele für Green Grabbing genauer analysiert werden, soll hier nur ein knapper Überblick über die in Honduras vorliegenden Arten des Green Grabbing gegeben werden. Einige ‚grüne‘ Projekte existieren schon länger oder werden derzeit durchgesetzt, wie Naturschutzparks, Meeresschutzzonen und Öko-Tourismus, welche mit der Exklusion von indigenen oder insbesondere Garífuna-Gemeinden zusammenhängen können (Vacanti Brondo/Brown 2011; Vacanti Brondo 2013). Insbesondere seit dem Putsch wird eine große Anzahl kleiner, mittlerer und auch großer Wasserkraftwerke sowie Mega-Windparks vorangetrieben. Im Lenca-Territorium, das hauptsächlich die Departamentos Intibucá, Lempira und La Paz umfasst, sind derzeit über 40 Staudämme und mehrere größere Windparks im Bau oder in Planung (*siehe Landkarten im Anhang*). Am bekanntesten ist der Green Grab in der nördlichen Aguán-Region, in der großflächig Ölpalmen – teilweise zur Agrartreibstoffproduktion – unter Verletzung von Landrechten und mithilfe massiver Repression angebaut werden (Kerssen 2013; Dan Church Aid 2011). Mehrere Wasser- und Windkraftprojekte sowie Biogaswerke, die in Zusammenhang mit Agrartreibstoffproduktion stehen, sind Clean Development Mechanism (CDM)-Projekte. Während REDD(+) in Honduras in geringem Ausmaß schon auf privater Ebene existiert, werden mit der nationalen REDD+Strategie derzeit die Wege für eine flächendeckende Umsetzung bereitet. Auch Zahlungen für Ökosystemleistungen (PES) und vermutlich ein Biodiversitäts-Offset-System, welche ebenso Green Grabs darstellen können, sollen dadurch auf breiter Basis implementiert werden. Es wird vermutet, dass mit der Durchsetzung der Modellstädte/ZEDs und der Verabschiedung des Hypotheken-Gesetzes auch das Green Grabbing eine neue Dimension erreichen kann, insbesondere hinsichtlich der erneuerbaren Energieproduktion (vgl. INT 1, 2, 3, 8).

Bevor die zwei Staudamm-Fallbeispiele erörtert werden, sind im Anschluss die politischen Rahmenbedingungen bezüglich erneuerbarer Energie in Honduras zu klären.

6.2 Drei Fallstudien zu Green Grabbing

6.2.1 Wasserkraftwerke

6.2.1.1 Nationale Rahmenbedingungen zu erneuerbarer Energie

Todos sabemos que hay que producir energía renovable. [...] Lo que se está en contra es de que en nombre [...] de la producción de energía limpia se legitime el despojo de los recursos de las comunidades, de los pueblos originarios sobre todo.

Wir wissen alle, dass erneuerbare Energie produziert werden muss. [...] Wogegen man ist, ist, dass im Namen [...] der Produktion sauberer Energie die Enteignung der Ressourcen der Gemeinden, vor allem der indigenen Völker, legitimiert wird.

Juan Mejía, 26.1.2013 (INT 1)

Wasserkraft ist keine neue Erfindung, sondern eine der ältesten Formen von Energieerzeugung. Mit ihrer Hilfe begann zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Elektrifizierung von Teilen Tegucigalpas. 1957 wurde die Nationale Energiefirma ENEE gegründet. Noch 1980 lag die installierte Energiekapazität bei nur 221 MW, die Staudämme generierten 90 % der Produktion von 881 GWh. Ab 1987 stieg der Energieverbrauch aufgrund des Wirtschaftswachstums und des Maquila-Booms um 14 % jährlich an (SERNA o.A.) und lag im Jahr 2000 schon bei 4027 GWh, 2011 gar bei 7485 GWh. Von 1995 bis 2011 wurde die Zahl der Haushalte mit Anschlüssen ans Stromnetz verdoppelt und führte zu einer Energieversorgung von 84 % der Bevölkerung. Gleichzeitig verdreifachten sich von 2001 bis 2010 die honduranischen Energieausgaben (ENEE 2012: 27). Die erhöhten Kosten wurden dadurch insbesondere verursacht, dass Honduras alle fossilen Brennstoffe (Gas, Öl/Benzin, Diesel und Kohle) importiert und somit starken Preisschwankungen ausgesetzt ist (SERNA o.A.: 25). 14 % des BIP verwendete Honduras 2008 für den Kauf fossiler Brennstoffe¹³⁰, welche derzeit noch 56 % der Energieversorgung decken (ENEE 2012).

Die aktuelle Produktionskapazität beträgt 1712 MW – also acht Mal mehr als vor nur drei Jahrzehnten. Während der Pro-Kopf-Energiekonsum 1980 noch bei 213 kWh lag, sind es inzwischen 708 kWh (World Bank o.A.). Die Nachfrage steigt auch weiter stark an, mit durchschnittlich 5 % Wachstum (ENEE 2012: 27). Die größten Abnehmer in Honduras sind derzeit der Handel (32 %), Wohnanlagen (32 %), Industrie (13 %) und “Große Verbraucher”¹³¹ (14 %), womit hauptsächlich Maquilas oder Malls gemeint sind (ENEE 2012: 7; INT 27).

¹³⁰ <https://www.climateinvestmentfunds.org/cifnet/?q=country/honduras> [26.8.13]

¹³¹ Span.: Altos Consumidores

Eine wichtige Neuerung, die den Strom-Export und Import vorantreibt, ist das neue Stromverbindungsnetz genannt SIEPAC, das zwischen Honduras und den fünf zentralamerikanischen Ländern geschaffen wurde und 2013 in Funktion trat. SIEPAC ist Teil des Mesoamerika-Projekts und wird als Public Private Partnership gehalten. Durch eine Verbindung des Netzes mit Mexiko und wiederum mit den USA soll Nordamerikas langfristiges Interesse an Energiesicherheit und Stromimporten nachgekommen werden (INT 8; Capote 2012). Außerdem besteht eine Verbindung mit Kolumbien und dem südamerikanischen Pendant zu SIEPAC, der Initiative IIRSA. Im Zusammenhang mit SIEPAC/Mesoamerika-Plan sowie IIRSA werden insbesondere Mega-Energieprojekte vorangetrieben, vor allem Staudämme, Windparks und die Produktion von Agrartreibstoffen¹³².

Das honduranische Stromnetz ist bisher noch in öffentlicher Hand, ebenso wie ein Drittel der Produktionskapazität: Im August 2012 waren 31 % der Energiekapazität in staatlichem Besitz, davon vor allem Wasserkraft, welche 27 % der Gesamtkapazität darstellt, und von sechs Mega-Kraftwerken stammt – das größte davon, ‚El Cajón‘ mit 300 MW, wurde in den 1980ern gebaut. 69 % der Kapazität stammen von privaten Kraftwerken, von denen die meisten mit fossilen Brennstoffen befeuert werden. 9 % der Kapazität umfasst Biomasse, 6 % Windkraft, und 4 % kommt von 16 kleinen bis mittleren privaten Staudämmen. Insgesamt gab es im Jahr 2012 22 Wasserkraftwerke, inzwischen sind weitere hinzugekommen (ENEE 2012: 17).

Im Jahr 1994 wurde in Folge einer massiven Energiekrise – Resultat des Maquila-Booms, durch den sich die Energienachfrage fast über Nacht verdoppelte – der Energiesektor zu einem wettbewerbsfähigen Marktsystem umgebaut. Ganz im Sinne der neoliberalen Umstrukturierungen wurde dadurch die Energieerzeugung durch private Anbieter ermöglicht (ENEE 2012: 9; ENEE o.A.: 9; CABEI 2009; INT 27). Dass die ENEE weiterhin staatlich ist und den Energiemarkt reguliert, wird von Seiten internationaler Geber wie der CABEI Bank als rückständig eingestuft, private Investitionen werden vorangetrieben (vgl. CABEI 2009, INT 27). Deshalb, sowie aufgrund der finanziellen Krise der ENEE, wird diese sukzessive privatisiert. Elsia Paz, prominente Vertreterin des erneuerbaren Energiesektors, kritisierte in einem Interview die ENEE wegen derer Unfähigkeit, zu planen, der lähmenden Bürokratie, den veralteten Stromleitungen (CABEI schätzt 20 % Stromverlust) und der Unrentabilität aufgrund ‚unnötigen‘ Personals bei Kraftwerken, zu hohen Gehältern und der Existenz von Gewerkschaften sowie der Subventionierung von wenig zahlungskräftigen Konsument*innen (INT 27; CABEI 2009: 22). Auch Gladis Aurora, Staatssekretärin und Abgeordnete der

¹³² <http://www.proyectomesoamerica.org> [27.8.13]

nationalen Partei, beteiligt am Staudamm La Aurora, sieht die Wurzeln des ‚ENEE-Übels‘ vor allem in der Subventionierung der 600.000 Niedrigenergieverbraucher-Haushalte (INT 25). Die Subventionierung wurde allerdings nach dem Putsch unter der Lobo-Regierung von 300 auf 150 KW/h gesenkt, nun sollen auch die begünstigten Haushalte auf 250.000 reduziert werden (4E-Programa 2013 b).

Im Jahr 1996 wurde das Umweltministerium SERNA gegründet, innerhalb derer die Energie-Generaldirektion¹³³ für Energie-Fragen verantwortlich ist. Die zusätzlich 1998 entstandene Energie-Nationalkommission¹³⁴ fungiert unabhängig von SERNA (CABEI 2009: 26).

Vor allem aufgrund der hohen Kosten der fossilen Energieimporte wurden ab Ende der 1990er Anreize für erneuerbare Energie geschaffen (INT 27), insbesondere über das von Manuel Zelaya 2007 verabschiedete Gesetz zur erneuerbaren Energie¹³⁵, durch welches die Investoren von vielerlei Steuern befreit werden und Leistungsprämien erhalten (ENEE 2012: 9 f). Das Gesetz ermöglicht außerdem die Aushebelung von Naturschutzregulierungen, indem die Ausnützung der Wasserressourcen für Energieproduktion anderen Funktionen vorgezogen wird (INT 1). Im September 2013 wurden mit einer Reform viele weitere Anreize für private erneuerbare Energieproduzent*innen geschaffen (4E-Programa 2013 a). Die Transition zur erneuerbaren Energie wurde in Honduras zum trojanischen Pferd für die Energieprivatisierung – und repräsentiert damit einen globalen Trend (vgl. FoEI 2013: 11).

Der Boom erneuerbarer Energie nach dem Putsch

Nach dem Putsch am 28. Juni 2009 bekam der Ausbau der privaten erneuerbaren Energieproduktion einen neuen Anstoß. Dieser begann mit einem wenige Wochen später verabschiedeten Wassergesetz¹³⁶, das im Dezember desselben Jahres in Kraft trat. Während es Wasser als Menschenrecht deklarierte, eröffnete es im selben Atemzug die Möglichkeit, die Ressource Wasser an Dritte zu konzessionieren, wodurch der darauffolgende Boom an Flusskonzessionen für Staudammprojekte ermöglicht wurde (vgl. Trucchi 2010). Des Weiteren verabschiedete Micheletti ein Dekret, das die Notwendigkeit, Umweltverträglichkeitsstudien – und damit auch die Sozialisierung und Befragung der Bevölkerung – durchzuführen, aushebelt, wenn Projekte wie Wasserkraftwerke oder Bergbau zum öffentlichen Interesse deklariert werden (INT 11; 42).

¹³³ Dirección General de Energía

¹³⁴ Comisión Nacional de Energía

¹³⁵ Ley de Promoción a la Generación de Energía Eléctrica con Recursos Renovables

¹³⁶ Ley General de Aguas; “Decreto 181-2009”

Im September 2009 wurde die erste und bisher einmalige öffentliche Ausschreibung für erneuerbare Energieprojekte getätigt, die ‚Licitación N° 100-1293/2009‘, an der Firmen mit 47¹³⁷ privaten Projekte teilnahmen, die insgesamt eine geplante Kapazität von über 700 MW haben. Über Stromabnahmeverträge (mit der Dauer von 20 bis 30 Jahren) zwischen der ENEE und 42 dieser Unternehmen wurde im Jahr 2010 vereinbart, dass 250 MW davon an die ENEE geliefert werden. Der Rest wird mit direkten privaten Verträgen geregelt und geht an SIEPAC und große Abnehmer, wie Maquilas. Mitte 2010 erhielten die 47 Projekte die Konzessionen. Bei 88 % der Projekte der Vertragsvergabe handelt es sich um Wasserkraft; 70 % der Firmen sind Teil des Unternehmensverband erneuerbarer Energiefirmen AHPPER. AHPPER trieb mit der damaligen Präsidentin Elsia Paz die Licitación maßgeblich voran. Nicht ohne Grund hat sich der Verband inzwischen in AHPER umbenannt und das ‚P‘ für ‚pequeños‘ (deutsch: kleine) aus dem Namen gestrichen (INT 1, 27, 42; ENEE 2012: 23; ARECA 2010; Figueroa Rivera 2010; La Tribuna 2010, 2012 a; El Heraldó 2010; Trucchi 2010).

In der Licitación befindet sich Inversiones Aurora mit La Aurora I mit damals noch 4.01 MW geplanter Kapazität, wovon die gesamte Energieproduktion an die ENEE gehen sollte (ENEE 2012: 23 f). Die Firma DESA mit Agua Zarca (damals noch mit 6 MW verzeichnet) nahm ebenso Teil an der Auftragsvergabe, machte jedoch gemeinsam wie sieben weitere Firmen Einzelverträge mit der ENEE, im Fall von Agua Zarca vorerst für 2 MW (ENEE 2012: 23 f). In einer Tabelle der Konzessionsvergabe von August bis September 2010 sind 47 Projekte aufgelistet, darunter befinden sich auch Aurora I und Agua Zarca: Aurora I weiterhin mit 4 MW (statt den aktuellen 9,6 MW) und Agua Zarca mit 14,46 MW-Produktion (statt 22 MW) (o.A.).

Die Auftragsvergabe wurde von zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie COPINH, der Umweltbewegung MADJ oder der Nationalen Patriotischen Koalition CPN heftig kritisiert. Sie zeigten auf, dass es sich keineswegs um eine neutrale Ausschreibung handelte, sondern dass die Auftragsvergabe von den interessierten Unternehmer*innen (respektive der AHPPER) stark beeinflusst war – so wurden die anfänglichen 250 MW auf über 700 MW aufgestockt. Es konnten auch Unternehmen an der sehr vorteilhaften Licitación teilnehmen, die schon vorher Baugenehmigungen von SERNA erhalten hatten, wie z. B. die Firma Inversiones Aurora mit Aurora I. Kaum ein Projekt hatte vor Vertragsabschluss und Konzessionserteilung die eigentlich notwendige Umweltverträglichkeitsstudie erstellt, noch die betroffenen Gemeinden informiert, geschweige denn befragt. Des Weiteren wurde aufgezeigt, dass die gezahlten

¹³⁷ In verschiedenen offiziellen Dokumenten, Artikeln und Interviews wird entweder von 47, 48 oder 49 Projekten gesprochen. Da die Datenlage – vermutlich auch die Licitación selbst – unklar ist, gebe ich die bei meinen Quellen häufiger verwendete Zahl an.

Strompreise unverhältnismäßig hoch seien, es sehr viele Steuererleichterungen gäbe und die Vertragslaufzeit von normalerweise 20 Jahren auf teilweise 30 Jahre ausgedehnt wurde, die Konzessionierung der Flüsse manchmal gar bis zu 50 Jahren. Die Staudämme sollen außerdem nicht, wie bei gängigen “BOT”-Verträgen (Bau, Operation, Transfer) üblich, nach Vertragsablauf automatisch in staatlichen Besitz übergehen (Trucchi 2010). Es heißt außerdem, dass mehrere “Firmen unter falschen Namen, bzw. höchst zweifelhafte Unternehmen”¹³⁸ mit dem Plan des späteren Verkaufs der Konzession teilgenommen hätten (INT 11). Aufgrund von Finanzierungsproblemen, die mit der globalen Finanzkrise (vgl. CABEI 2009: 93) und der von vornherein fehlenden Finanzierung insbesondere bei den ‘zweifelhafte Unternehmen’ zusammenhängen, wurden bisher jedoch nicht alle Projekte umgesetzt.

Die Licitación ist eine konkrete Maßnahme innerhalb des nach dem Putsch erstellten Plans, den Prozentsatz ‘grüner’ Energieträger stark zu erhöhen. In der zu Beginn der Lobo-Regierung erarbeiteten Landesvision¹³⁹ 2010-2038 wird das Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energie am Gesamt-Energiemix bis 2038 auf 80 % zu heben (Gobierno de Honduras 2010: 6). Der Energieerzeugungs-Expansionsplan¹⁴⁰ der ENEE von 2012 bis 2026 prognostiziert, dass bis 2026 über 70 % der Energie aus erneuerbaren Quellen kommen sollen. Die ebenfalls 2010 erarbeitete ‘Nationale Klimawandel-Strategie’¹⁴¹ enthält Wasserkraft als einen von sieben strategischen Handlungsbereichen mit dem Ziel, “[i]m Hinblick auf die schon beobachteten und erwarteten Auswirkungen des Klimawandels die Anpassung der Wasserkraft-Quellen zu erleichtern”¹⁴² (SERNA 2010 b: 25). In einem anderen Handlungsbereich, dem der ‘Wälder und Biodiversität’, wird außerdem der Plan von Staudämme zur Bewässerung von Plantagen festgelegt (SERNA 2010 a: 89).

Konkret sollen bis 2026 zusätzlich 2728 MW Erzeugungskapazität installiert werden, davon 899 MW aus fossilen Energieträgern. Abgeschaltet werden sollen Kraftwerke aus fossilen Brennstoffen mit einer Kapazität von 866 MW (vgl. ENEE 2012: 43). Selbst, wenn der Prozentsatz der erneuerbaren Energie von 44 auf über 70 % steigen würde, bedeutet dies also ein absoluten Zahlen sogar eine leichte Zunahme fossiler Energie und eine beträchtlicher Anstieg erneuerbarer Energie – welche keineswegs klimaneutral ist. Die insgesamt Produktionskapazität würde sich somit in 14 Jahren um das 2,7-fache auf 4540 MW erhöhen.

¹³⁸ Span.: “prestanombres o empresas de maletín“

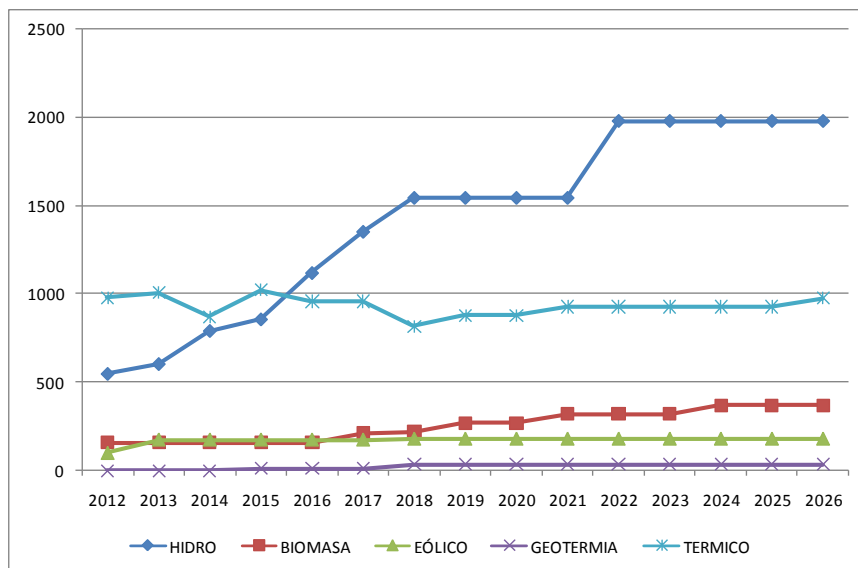
¹³⁹ Visión de País

¹⁴⁰ Plan de Expansión Generación 2012-2026

¹⁴¹ Estrategia Nacional ante el Cambio Climático

¹⁴² Span.: „Facilitar la adaptación de las fuentes de energía hidroeléctrica, ante los impactos del cambio climático ya observado y proyectado.“

Der Bedarfsanstieg ist laut Elsia Paz folgendermaßen zu erklären: “Es gibt immer wieder ein neues Shopping-Center, neue Hotels, neue Maquilas, stets gibt es neue Investitionen, da wir als Land nicht zu wachsen aufgehört haben”¹⁴³ (INT 27). Da bis 2026 die honduranische Nachfrage nach Energie auf nur 2534 MW Kapazität prognostiziert wird (ENEE 2012: 27), ist zu erwarten, dass außerdem der Export großer Energiemengen über das zentralamerikanische Stromverbindungsnetz SIEPAC angestrebt ist.



Grafik Nr. 1: Installierte Kapazität in MW pro Energiequelle, 2012 – 2026 (Wasserkraft, Biomasse, Windkraft, Geothermie, Fossile Brennstoffe), Quelle: ENEE (2012: 44)

In einer nach Aussagen von SERNA-Mitarbeiter*innen aktuellen Tabelle der erneuerbaren Energieprojekte, die mir nach mehreren offiziellen Anfragen beim SERNA-Transparenzbüro im April 2013 von der Energiedirektion geschickt wurde, sind aufgelistet: 98 Projekte im Prüfungsprozess, 74 geprüfte Projekte (darunter Agua Zarca (14 MW) und Aurora II (6.59 MW)), 14 Projekte, die sich gerade im Bau befinden (darunter Aurora I (4.014 MW)) und 13 operierende Projekte. Der Direktor der Energiedirektion von SERNA Manuel Manzanares sprach von rund 130 geplanten und im Bau befindlichen Wasserkraft-Projekten in der Datenbank (INT 10). Selbst wenn die offiziellen Informationen nicht vollständig und aktualisiert sind und die ausgehändigte Tabelle teilweise nicht mit anderen Listen und Konzessionsvergaben übereinstimmen, ist ersichtlich, dass es eine hohe Anzahl von v. a. kleineren Projekten gibt und eine Diversifizierung des Energiemixes stattfindet, wobei Wasserkraft weiterhin stark dominiert. Doch auch Solar-, Geothermie und Biomasse – was die Agrartreibstoff-Produktion voraussetzt – werden vorangetrieben. Anfang 2013 wurde das erste

¹⁴³ Span.: „Siempre hay un nuevo Mall, siempre hay nuevos hoteles, hay nuevas maquilas, siempre hay nuevas inversiones porque no hemos dejado de crecer como país.”

Windkraftwerk, Cerro de Hula, in Francisco Morazán eröffnet, das eine Kapazität von 102 MW hat und aktuell um 24 MW erweitert wird. Mindestens sechs weitere Windprojekte sollen bis 2020 fertiggestellt sein (INT 10). Die von Cerro de Hula betroffene Lenca-Gemeinden haben bisher sehr negative Erfahrungen mit der Art der Implementierung und den Auswirkungen des Projekts gemacht; dazu zählen die fehlende oder verfälschte Informierung, Unregelmäßigkeiten bei den Landkäufen, Zerstörung kommunaler Flächen sowie Lärmbelästigung und repressive Maßnahmen (INT 4, 5, 11) – Tatsachen, die in der Energiedirektion von SERNA geleugnet werden (INT 10).

Abseits der zahlreichen privaten Projekte plant die ENEE selbst mehrere staatliche Mega-Staudämme – diese waren jedoch auch schon vor dem Putsch angedacht (Padilla/Contreras Veloso 2006: o.A.): Patuca 3 (100 MW) wird derzeit mit chinesischem Kapital und gegen starken Widerstand seitens indigener und Garífuna-Gemeinden gebaut und soll Ende 2014 fertiggestellt sein (IR o.A.). Die anderen zwei Patuca-Staudämme La Tarrosa (150 MW) und Valencia (270 MW), die auch in der Biosphäre Río Plátano in der östlichen Moskitia liegen, sind ebenso höchst bedenkliche Projekte. Für die Projekte am Fluss Ulúa, Los Llanitos (98 MW) und Jicatuyo (172.9 MW), werden derzeit Studien angestellt, die Finanzierung haben sie schon in Aussicht (ENEE 2012). Auch gibt es Anzeichen für die Wiederaufnahme der langjährigen Pläne zum Mega-Wasserkraftwerk El Tigre an der südwestlichen Grenze von Honduras mit El Salvador (COHEP/USAID 2012: 17; INT 42), womöglich auch in Form mehrerer kleiner Staudämme entlang des Flusses Lempa. Die lokalen Lenca-Gemeinden hatten sich aufgrund der großflächigen Überschwemmung und Umsiedlungspläne jahrelang vehement und während der Zelaya-Regierung schließlich auch erfolgreich gegen El Tigre gewehrt (INT 38). Des Weiteren sind von staatlicher Seite kleinere staatliche erneuerbare Energieprojekte sowie Verträge mit einem großen Gaskraftwerk (98 MW) und einem Kohlekraftwerk (150 MW) in Planung (ENEE 2012: 1, 11, 29).

Es kann somit ein Anstieg im Bau erneuerbarer Energieprojekte seit den 1990ern, v. a. jedoch seit dem Putsch vermerkt werden. Dies hängt mit den beschriebenen nationalen Gesetzesänderungen und Anreizsystemen ebenso zusammen wie mit der erhöhten internationalen Förderung und Finanzierung.

Finanzierung der erneuerbaren Energie

Die Besitzer*innen der ‚grünen‘ Kraftwerke organisieren sich in AHPPER, wovon Elsia Paz lange Jahre Präsidentin war. Die darin vertretenen Unternehmer*innen kontrollieren nicht nur fast die komplette private erneuerbare Energieerzeugung, sondern sind nebenbei die

Besitzer*innen der meisten fossilen Kraftwerke (vgl. Trucchi 2010; Romero 2007; INT 11). Eine große Anzahl der ‚grünen‘ Energieprojekte gehören der Grupo Terra des honduranischen Millionärs Fredy Nasser (INT 1; Romero 2009: 122). Die Finanzierung der erneuerbaren Energieprojekte kommt laut Elsia Paz hauptsächlich von nationalen Banken (Banpaís, FICOHSA, Banco del Occidente) sowie von der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration CABI (INT 27). Selbst, wenn stets das Nationale an den Projekten angepriesen wird und es stimmt, dass die meisten Kraftwerkbesitzer*innen aus Honduras stammen, wird ersichtlich, dass der ‚grüne‘ Energie-Boom ohne die Finanzierung ausländischer und internationaler Banken und Institutionen nicht möglich wäre, Technik und Know-How aus dem Ausland kommen und hinter einigen scheinbar nationalen Unternehmen ausländische Konzerne stehen (vgl. INT 1, 11, 42). Laut CABI ist am honduranischen Finanzmarkt auch „eine deutliche Präsenz von Banken mit ausländischem Kapital bemerkbar.[...] Von den 17 kommerziellen Banken sind acht von honduranischem Kapital“¹⁴⁴ (CABI 2009: 91). Der Banksektor zeigt deutliches Interesse am Energiebereich, so nahm er schon an der Finanzierung mehrerer kleiner Projekte sowie an größeren (auch fossilen) Kraftwerken teil (ebd.: 94). Viele honduranische Banken erhalten für die Förderung erneuerbarer Energie Kredite, z. B. Banco Atlántida von CABI¹⁴⁵ oder die Bank FICOHSA von der französischen Entwicklungsbank PROPARGO (La Tribuna 2012 b).

Ebenso sind viele internationale Programme und Fonds an der Finanzierung beteiligt, wie der International Climate Funds, der über SREP (Scaling Up Renewable Energy Program in Low Income Countries) die erneuerbare Energie in Honduras mit 30 Millionen Euro unterstützt und Investitionen anziehen soll¹⁴⁶. Zu nennen sind auch EEP (Energy and Environment Partnership with Central America) und das Projekt ARECA (Accelerating Renewable Energy Investment in Central America and Panama), implementiert durch CABI mit Hilfe des UN-Entwicklungsprogramms UNDP und GEF (Global Environment Facility Trust Fund) zu nennen (ARECA 2010). Die deutsche Entwicklungsgesellschaft GIZ ist unter anderem in Zusammenhang mit ARECA, der zentralamerikanischen Kommission für Umwelt und Entwicklung CCAD und dem Programm 4E¹⁴⁷ an der Promotion von Energieprojekten beteiligt (ARECA 2011); schließlich ist Deutschland Vorreiter bei Wasserkraft-Technologien und

¹⁴⁴ Span: „se nota una importante presencia de bancos de capital extranjero.[...] Del total de 17 bancos comerciales, 8 son de capital hondureño.“

¹⁴⁵ [http://www.proyectoareca.org/?art=1107&title=BCIE %20otorga %20a %20Banco %20Atl %20ntida %20US\\$ %201 %20mill %20en %20Garant %20EDa %20para %20generar %20energ %20EDa %20limpia %20en %20Honduras&lang=es](http://www.proyectoareca.org/?art=1107&title=BCIE%20otorga%20a%20Banco%20Atl%20ntida%20US$%201%20mill%20en%20Garant%20EDa%20para%20generar%20energ%20EDa%20limpia%20en%20Honduras&lang=es) [29.8.2013]

¹⁴⁶ <https://www.climateinvestmentfunds.org/cif/node/67> [28.8.2013]

¹⁴⁷ Programa “Energías Renovables y Eficiencia Energetica en Centroamérica“ <http://www.energias4e.com> [28.8.2013]

profitiert z.B. durch den Export von Turbinen von 'grünen' Projekten in Honduras (vgl. CABEI 2009: 107). Mehrere europäische Entwicklungsbanken finanzieren außerdem Projekte in Honduras, unter anderem die Österreichischen Entwicklungsbank, die deutsche KfW und die niederländische FMO (CABEI 2010; BankTrack 2013). Ein großer Teil der Finanzierung wurde den Projekten während der Zeit zugestanden, als das Post-Putsch-Regime noch nicht anerkannt war.

Über die Börse läuft laut CABEI die Finanzierung noch kaum, zumindest nach dem Stand von 2009 (CABEI 2009: 109). Eine Finanzialisierung der Energie-Infrastruktur, wie sie von Elena Gerebizza und Antonio Tricarico (2013) als derzeitiger Trend beschrieben wird, ist somit derzeit noch nicht ersichtlich. Die Registrierung beim Clean Development Mechanism CDM ist wiederum inzwischen fast status quo bei den erneuerbaren Energieprojekten (INT 9). In einem Leitfaden für erneuerbare Energieprojekte in Honduras von CABEI, ARECA, dem deutschen Bundesministerium für Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ und der deutschen Entwicklungsbank KfW wird CDM dezidiert empfohlen und die Vorgehensweise zur Registrierung erläutert (CABEI/ARECA *et al.* 2010: 58 ff). Wäre der Regierung bei der hohen Zielsetzung der erneuerbaren Energie im Energiemix klar gewesen, dass die Einkünfte für Emissionszertifikate bei einer ‚schmutziger‘ gemalten Zukunft deutlich höher sein können, wären dies Prognosen wohl anders ausgefallen (vgl. Lohmann 2009: 733).

6.2.1.2 Wasserkraftwerk La Aurora I

Yo tengo 50 años ahorita. Viví 48 años sin luz, ¿pero sin agua quién vive?

*Ich bin jetzt 50 Jahre alt. Ich habe 48 Jahre ohne Strom gelebt, aber wer lebt schon ohne Wasser?*¹⁴⁸

Margarita Pineda Rodriguez aus San José/La Paz (INT 34)

6.2.1.2.1 Allgemeine Informationen

Das Munizip San José im südwestlichen Departamento La Paz ist bergig und dicht bewaldet. Kaffee wird angebaut. Die meisten Landflächen gehören den nicht indigenen Kaffeeplantagenbesitzer*innen wie der Familie Aurora, auf denen die indigenen Tagelöhner*innen zur Erntezeit schlecht bezahlte Arbeit finden (INT 22, 25). Indigene Produktionsweisen und Autoritätsstrukturen¹⁴⁹ sind nur mehr spärlich vorhanden. Nur wenige haben Zugang zu Land und bauen selbst ein wenig Kaffee, Mais und Bohnen an. Um die kleinen Lehmhütten, die im Durchschnitt fünf Familienmitglieder beherbergen, wachsen möglicherweise einige Bananenstauden, die meisten Nahrungsmittel müssen jedoch zugekauft werden (INT 22, 30, 33, 36). Die Mehrheit der Bewohner*innen der Gegend sind abhängig von saisonaler Lohnarbeit oder Emigration eines oder mehrerer Familienmitglieder. Die Gemeinden sind nicht an den Strom angeschlossen und besitzen nur teilweise Wasseranschlüsse – doch an Zugang zu Wasser mangelte es eigentlich nie, schließlich liegt die Region am Rande des Wasserschutzgebiets El Jilguero mit dem quellenreichen Berg Pacayal. Laut Aussagen der Befragten ist die Situation der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sehr prekär, so sind die Grundschulen zu klein und kaum ausgestattet, höhere Schulen gibt es nicht und im Gesundheitszentrum mangelt es an Medikamenten und einem Krankenwagen (INT 22, 24, 25, 32, 34, 36, 37).

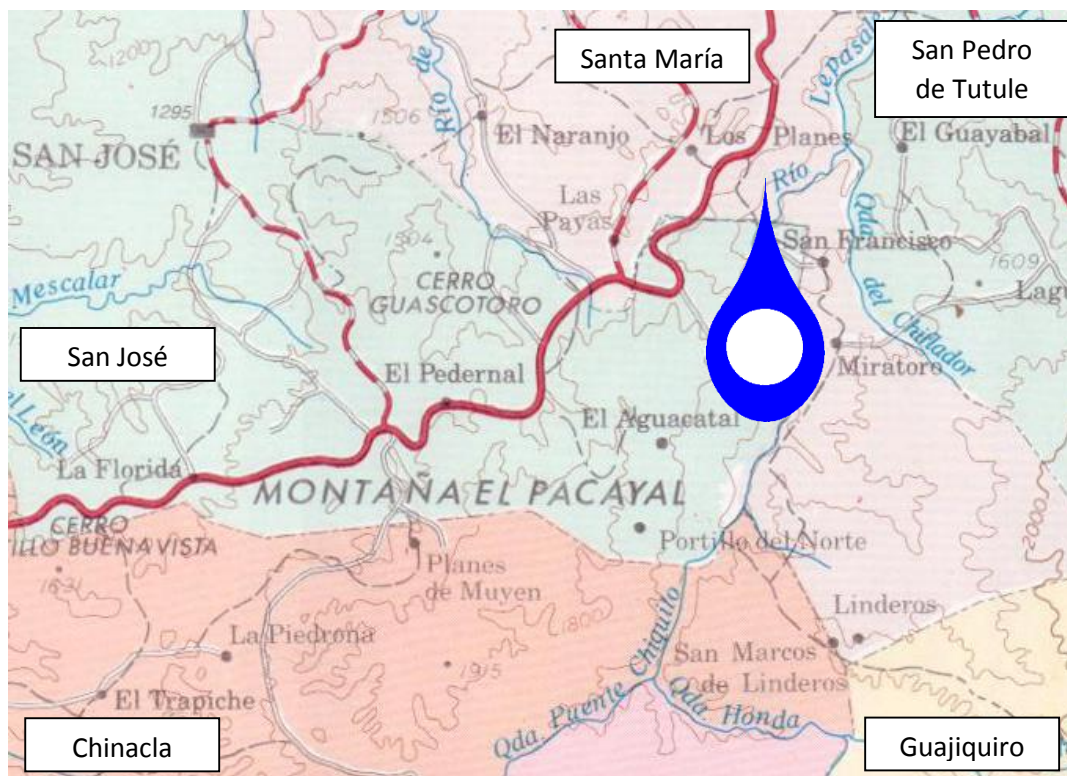
So ist es nicht verwunderlich, dass die von der kommunalen Regierung bisher stets ignorierten Gemeinden teilweise Hoffnung schöpften oder mögliche Bedenken beiseiteschoben, als eine Firma namens Inversiones Aurora mit einem ‚Entwicklungsprojekt‘ auftauchte, das nicht nur permanente Arbeit für alle (auch für Frauen), sondern auch gut ausgestattete Schulen, Gesundheitszentren, gratis Elektrifizierung der Häuser, Krankenwagen, neue Straßen, Wasserprojekte und vieles mehr versprach. Dass es sich um einen Staudamm handelte und

¹⁴⁸ Dass die Person seit zwei Jahren Strom hat, hängt nicht mit dem Wasserkraftwerk La Aurora I zusammen.

¹⁴⁹ Um lokale Angelegenheiten, seien es Bildung, Gesundheit oder Wasserversorgung, kümmern sich die ‚Patronatos‘ (Räte) der Gemeinden, die unabhängig von der kommunalen Regierung funktionieren und in Versammlungen lokale Problematiken diskutieren und die Bürger*inneninteressen vertreten. Die Patronatos werden auch teilweise ‚Juntas de Agua‘ (Wasserräte) genannt, da Zugang zu Wasser stets eines der wichtigen Themen ist (vgl. 22, 33, 36). Die Patronatos der Region hatten unterschiedliche Meinungen, so standen manche dem Projekt kritisch gegenüber, andere befürworteten es und leisteten Überzeugungsarbeit, wie das von Aguacatal, wobei dessen Präsident später deshalb abgesetzt wurde (INT 33, 34, 36). Auch existiert seit wenigen Jahren ein lokaler Indigener Rat, welcher Teil von COPINH ist.

welche Ausmaße und Bedeutung dieser hat, wurde erst mit der Zeit deutlich. Widerstand regte sich dennoch auch schon zu Beginn des Baus, dies jedoch aufgrund der Versprechungen auf regionale Entwicklung vorerst kaum aus den Gemeinden in direkter Flussnähe, welche erst gegen Ende des Kraftwerk-Baus indigniert die Resultate zur Kenntnis nehmen mussten (ebd.).

Das Projekt befindet sich am Fluss Zapotal, welcher im weiteren Verlauf den Namen Lepasale annimmt. Der Fluss ist wichtiger Lebensmittelpunkt der direkt am Ufer anschließenden Gemeinden. Viele Frauen holen das Trinkwasser für die Familie und waschen dort die Wäsche. Der Fluss ist kollektiver Treffpunkt, es wird darin gebadet und gefischt. An Ostern kamen stets Familien aus der Gegend, um die Tage gemeinsam am Fluss zu verbringen. Zwei wichtige Gemeindebrücken verbanden etwa auf Staudamm-Höhe die beiden Seiten, eine davon war besonders für Kleinbäuer*innen aus dem benachbarten Munizip Guajiquiro wichtig, um zum Markt in Los Planes zu kommen (INT 24, 33, 34, 36, 37).



Karte Nr. 3: Die Gemeinden, die sich in nächster Nähe des Staudamms befinden (jedoch nicht alle auf der Karte ersichtlich sind), sind El Aguacatal (94 Häuser), San Francisco (39 Häuser), Zapotal (22 Häuser), Granadillo (57 Häuser) und El Esfuerzo (56 Häuser) (INT 30). Weitere Dörfer in der Nähe sind unter anderem San José, El Pedernal, Miratoro, Los Planes, El Guayabal und El Mango. Diese Gemeinden teilen sich zwischen den Munizipien San José und Santa María auf, die beide zum Departamento La Paz gehören. Quelle: Eigene Kartenerstellung auf Basis einer eingescannten Landkarte des Nationalen Geographischen Instituts¹⁵⁰

¹⁵⁰ Instituto Geográfico Nacional

Das Wasserkraftwerk (*siehe Fotos im Anhang*) besteht aus einem 12 Meter hohen Damm etwa auf der Höhe der Gemeinden Zapotal und Granadillo, von dem ein teils geschlossener, teils offener Wasserumleitungskanal vorbei an El Aguacatal zu einem großen Wassertank führt, von dem aus ein Druckkanal in das Tal abfällt hin zum Turbinenhaus. In diesem sollen zwei Turbinen der deutschen Firma Wasserkraft Volk Ag WKV die konstante Erzeugungskapazität von 9,6 MW ermöglichen (INT 30). Das Turbinenhaus befindet sich nahe des Flusses bei der Gemeinde San Francisco, deren eine Seite im Munizip San José, die andere in Santa María liegt. Insgesamt erstreckt sich das Projekt von der Staumauer bis zum Turbinenhaus über 5 km und umfasst eine Fläche von etwa 70 ha¹⁵¹. Das Einzugsgebiet (101,78 km²) wurde der Firma in einer Art Konzession mit gewissen Rechten bzgl. Wasserhaushalt oder Aufforstung für mehrere Jahrzehnte zugestanden (INT 26, 30, 34; Vargas Castillo o.A.: 12 ff).

Inversiones Aurora S.A. de C.V. ist ein honduranisches Unternehmen von sieben Teilhaber*innen, wobei dazu auch Familienangehörige (wie die Ehefrauen und Kinder) zählen. Wichtigster Teilhaber und Manager ist Arnold Gustavo Castro Hernández aus Marcala (Departamento La Paz) und Ehemann von Gladis Aurora. Gladis Aurora wurde in den angezweiferten Wahlen 2010 zur Abgeordneten der Nationalen Partei aus dem Departamento La Paz gewählt, war während der Lobo-Regierung Staatssekretärin des Kongresses und hat aufgrund ihrer Nähe zum Präsidenten Juan Orlando Hernández und ihrer höchst zweifelhaften Wahlkampagne 2013 Chancen für einen Aufstieg zur Kongressvorsitzenden (INT 25; Gallegos 2014). Bei der Aurora-Familie handelt es sich um in sehr kurzer Zeit reich gewordene Kaffeeplantagen-Besitzer*innen (INT 22). Schwer nachweis-baren Gerüchten zufolge ist Gladis Aurora in Drogengeschäfte verwickelt. Laut ehemaligem Chef der honduranischen Anti-Drogen-Kommission Alfredo Landaverde, der 2011 umgebracht wurde, liegt der Anteil der im Drogenhandel involvierten honduranischen Abgeordneten bei 10 % (Meyer 2013). Weiterer Teilhaber und juristischer Bevollmächtigter von Inversiones Aurora ist Marco Antonio Bonilla Reyes. Er ist der Cousin von Gladis Aurora (INT 26), ehemaliger Militär-Oberst und Bruder des bis April 2013 als Sicherheitsminister amtierenden Pompeyo Bonilla Reyes, welcher seitdem als Privatberater des Präsidenten dient (und ebenfalls Gladis Aurora Cousin ist) (La Prensa 2013 c; Gallegos 2014; Pagoada Santos 2013). Die anderen Teilhaber sind laut Gladis Aurora Geschäftspartner im Kaffeehandel und deren Frauen und teilweise Kinder (INT 25).

Die Firmen- und Projektgeschichte deutlich nachzuvollziehen ist fast unmöglich und lässt auf viele Unregelmäßigkeiten im offiziellen Registrierungsprozess schließen – wobei die

¹⁵¹ Honduranisches Maß: 100 manzanas; bzw. 0,7 km²

Vermutung naheliegt, dass dies im Zusammenhang mit den Patronage- und Verwandtschafts-Verhältnissen zwischen Staudammbesitzer*innen, Kongress und Sicherheitsapparat steht (vgl. INT 22, 33, 38). Firmen und Banken sind selten zur Transparenz und Rechenschaft verpflichtet: „Corporate law insures anonymity to corporations, which helps to enforce impunity for abuses, whether those abuses are violence committed against indigenous communities in order to access their resources or money laundering“ (Bird 2013 b: 17).

Inversiones Aurora existiert seit Januar 2007 (INT 26; Municipio de San José, La Paz 2010). Doch schon ab 2005 wurde mit Studien und Genehmigungen für La Aurora I begonnen (CDM Executive Board 2012: 9). Im Jahr 2006 fing die Familie Aurora mit den ersten Landkäufen an (INT 22), 2007 wurde die Genehmigung¹⁵² zur Durchführung von Studien erteilt (INT 34, SERNA 2012 a). Außerdem gibt es einen ersten Betriebsvertrag¹⁵³ von 2008. Die meisten relevanten Formalitäten wurden jedoch kurz nach dem Putsch, während des Micheletti-Regimes sowie in der ersten Regierungszeit von Lobo, in welcher das Regime noch nicht international, geschweige denn innerhalb des Landes, anerkannt war, getätigt. Am 13. August 2009 erteilte SERNA der Firma eine Umweltlizenz (SERNA 2009). In einem weiteren Dokument heißt es, Inversiones Aurora habe am 26. August und 7. August [sic!] 2009 mit SERNA den Betriebsvertrag und den Vertrag zur Wassernutzung unterzeichnet (Municipio de San José, La Paz 2010). Im September 2009 nahm Inversiones Aurora mit dem Projekt an der Ausschreibung für erneuerbare Energie (Licitación N° 100-1293/2009) teil und unterzeichnete am 2. Juni 2010 den Energie-Zulieferer-Vertrag (Nr. 052-2010) mit der ENEE für das bis dahin noch mit 4 MW berechnete Energiepotenzial (Municipio de San José, La Paz 2010). Im technischen Bericht von SERNA 1732/2012 ist von 6 MW die Rede (SERNA 2012 b). Inzwischen ist klar, dass die gesamte Stromproduktion, also die inzwischen 9,6 MW, an die ENEE gehen soll (INT 40). Die Verträge sind für eine Dauer von 30 Jahren gedacht, mit Möglichkeit der Verlängerung (INT 26). Im Februar 2011 erteilte der Bürgermeister von San José der Firma die Baubewilligung (INT 41).

Die Finanzierung des Staudamms stammt laut Aussage der Firma ausschließlich von Krediten der honduranischen Banco de Occidente (INT 25, 26), einer der drei größten privaten honduranischen Banken (El Heraldó 2013 b). Laut Arnold Castro handelt es sich um einen Kredit von 14 Millionen US-Dollar, wobei durch die während des Baus beschlossene Vergrößerung durch eine zweite Turbine ein weiterer Kredit angesucht werden musste (INT

¹⁵² Número de Expediente 05-E-2007

¹⁵³ Contrato de Operación N° 2008-A-1491

25, 26). Die honduranische Bank vergäbe die Kredite zwar zu schlechteren Konditionen, stelle jedoch weniger bürokratischen Aufwand dar, wodurch das Projekt schneller abgewickelt werden konnte (INT 25). Auch müssen dadurch keine strengeren Standards nicht eingehalten werden, welche von internationalen Banken meist gefordert sind. Die Banco de Occidente wird innerhalb des CAMbio Programms der zentralamerikanischen Bank CABEI beratend und finanziell unterstützt (CABEI 2012). Sobald Aurora I als CDM-Projekt registriert ist, bedeutet dies zusätzliche Einkommen.

6.2.1.2.2 Ein Projekt des Clean Development Mechanism CDM

Bei Aurora I handelt es sich mit seinen 9,6 MW um ein kleines Wasserkraftwerk, wozu laut UNFCCC Projekte unter 15 MW zählen. Kleine Laufwasserkraftwerke werden generell als besonders umweltfreundlich eingestuft (CDM Executive Board 2012: 23). Durch den Bau von Aurora I sollen ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet und pro Jahr 28.440 Tonnen CO₂ durch die Reduktion von „emissions from the fossil fuel electricity displaced by the project activity“ eingespart werden (CDM Executive Board 2012: 3). Wie im vorigen Kapitel gezeigt wurde, handelt es sich jedoch keineswegs um ein Einsparen fossiler Energie, sondern um ein allgemeines Wachsen der Energieproduktion und -konsumption, selbst der fossilen Energie. Eingespart wird hierbei somit kein CO₂. Noch ist das Projekt in der CDM Validations-Phase, ist also noch nicht registriert, was sich jedoch nach Bau-Beendigung und Zertifikat-Verlängerung durch die Validier-Firma RINA ändern wird (INT 40). „RINA Services S.p.A.“¹⁵⁴ ist eine italienische Firma, die hauptsächlich in der Schiffszertifizierung tätig ist, jedoch auch bei der UNFCCC als „Designated Operational Entity (DOE)“ zur Validierung und Verifizierung von CDM Projekten verzeichnet ist¹⁵⁵. Zertifikat-Käuferin wird laut CDM-Pipeline (10.10.2013) die „Niederlande (German ProfEC)“ sein. „German ProfEC“ ist auch Berater des „Project Design Documents“ PDD für Inversiones Aurora. Es handelt sich um eine auf den „grünen“ Boom aufgesprungene, 2007 gegründete deutsche Firma zur Beratung und Durchführung erneuerbarer Energieprojekte, spezialisiert auf CDM-Consulting und Emissionshandel¹⁵⁶ und eigenem Büro in Honduras.

Ist Aurora I einmal registriert, wird die Firma durch die Emissionsgutschriften jährliche Renteneinkünfte erzielen. Diese sind aufgrund der starken Preisschwankungen ungewiss, bei einem geschätzten Preis von 10 Euro pro Tonne CO₂ (vgl. Zeller 2010: 123) wären das pro Jahr

¹⁵⁴ <https://cdm.unfccc.int/Projects/Validation/DB/7C211FKGCU50KR331N3VPP9F9QX907/view.html> [11.10.2013]

¹⁵⁵ http://www.rina.org/en/categorie_servizi/validazione_verifica_gas_serra/servizi/cdm.aspx [11.10.2013]

¹⁵⁶ <http://german-profec.com/> [11.10.2013]

jedoch immerhin 284.400 Euro. Dies könnte der Firma genügend flüssiges Kapital bescheren, um die nächsten geplanten Projekte durchzuführen. So ist gerade ein weiterer CDM-Staudamm mit 12 MW namens Aurora II im Munizip Guajiciro, ebenfalls Departamento La Paz, im Bau. Ein dritter Staudamm von Inversiones Aurora im Munizip Santa Elena, La Paz, erhielt trotz fehlender Befragung und starkem Widerstand, unter anderem ausgehend von der in Folge von Aurora I gegründeten indigenen Umweltbewegung MILPA, vom Bürgermeister des Munizips, Alexis Ventura, die Genehmigung zum Bau (INT 41). Des Weiteren plant die Firma zwei Windparks in La Paz (INT 26).

Gleichzeitig wird Aurora I ab der CDM-Registrierung dazu beitragen, dass in Europa weniger Treibhausgase reduziert werden müssen. Dies, obwohl das Wasserkraftwerk Aurora I ohnehin gebaut worden wäre – mit oder ohne zusätzlichem Einkommen durch CDM. Denn rentabel ist die Investition in ‚grüne‘ Energieproduktion in Honduras aufgrund der steigenden Preise der importierten fossilen Brennstoffe ohnehin. Im Interview antwortete der Manager und Teilhaber Arnold Castro auf die Frage, ob es schwierig sei, das Projekt ohne Einkommen von CDM durchzuführen, dass dies kein Problem darstelle (INT 26). Die Zusätzlichkeits-Klausel, die garantieren soll, dass die Emissionseinsparungen tatsächlich zusätzlich sind, das Projekt also ohne CDM nicht gebaut worden wäre, ist somit nicht erfüllt. Anstatt der Zusätzlichkeit des erneuerbaren Energieprojekts bietet CDM eine zusätzliche Einkommensquelle.

6.2.1.2.3 Strategien zur Durchsetzung

Laut COPINH und allen befragten lokalen Personen waren die Strategien, die von Inversiones Aurora und der kommunalen Regierung verwendet wurden, um den Staudamm zu implementieren, von autoritären, rassistischen und betrügerischen Zügen gekennzeichnet. Der Hauptgrund des Widerstands gegen den Staudamm war deshalb insbesondere die Ablehnung der Art und Weise, wie das private, rein gewinnorientierte Unternehmen das Projekt durchsetzte: durch das Vorenthalten von Informationen, die Bestechung von Bürger*innen und Autoritäten, nicht eingehaltene Versprechen, fehlende Wiedergutmachung von Schäden und die Verhinderung einer freiwillig vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebenen Befragung bzw. Zustimmung (FPIC) der betroffenen indigenen Gemeinden. So meinte Margarita Pineda, über mehrere lokale Netzwerke in La Paz aktiv gegen den Staudamm:

Wir wollten nicht, dass dieser Staudamm auf die illegale Weise, in der sie vorgegangen waren, realisiert würde. Alles falsch: im Behaupten, es sei sozialisiert worden, dass eine Versammlung stattgefunden habe, ... einfach alles!¹⁵⁷ (INT 34)

¹⁵⁷ Span.: “Nosotros no queríamos que se hiciera esta represa por la forma ilegal en que ellos habían procedido hacer los tramites. Todo falso pues, en decir de que sí se había socializado, de que sí se había hecho un cabildo abierto, ... todo pues!”

Die Vorgehensweise bei Aurora I ist sehr ähnlich mit jener, welche Elsia Paz, ehemals langjährige Präsidentin von AHPPER, als generell erfolgreichste Strategie im Interview freizügig preisgab; nämlich vorerst das Kaufen der notwendigen Ländereien, das Ausfindigmachen der relevanten Autoritäten, um sie auf die eigene Seite zu bringen, und erst im Anschluss die Erstellung von Studien und Genehmigungen:

Das heißt Grundbesitz, Grundbesitz und Grundbesitz. Wer wohnt in den Einflusszonen, wer sind die Bürgermeister? Und dann fangen wir an, die technischen Aspekte zu betrachten. Zuerst eine gründliche Untersuchung, dann eine Studie.¹⁵⁸ (INT 27)

In einem 70-seitigen Leitfaden über die Entwicklung erneuerbarer Energieprojekte in Honduras, gesponsert von den Entwicklungsbanken CABI und der deutschen Entwicklungsbank KfW sowie dem Projekt ARECA, ist von indigener Bevölkerung und der vorherigen Befragung und Zustimmung (FPIC) kein einziges Mal die Rede. Erst in der vierten von sieben beschriebenen Etappen, der der Umweltstudien, werden kurz soziale Aspekte und Befragungen erwähnt, jedoch nie genauer ausgeführt (CABI 2010: 11 ff). Elsia Paz nimmt sich ein Beispiel an dem ihrer Aussage nach in Costa Rica verwendeten Erfolgsrezept beim Bau von Staudämmen: „Wir bitten um Verzeihung, nicht um Erlaubnis. Das ist eine der Philosophien“¹⁵⁹ (INT 27).

Im Folgenden werden die wichtigsten Strategien zur Durchsetzung des Projekts Aurora I beschrieben.

Fehlinformierung, Drohungen und geringe oder fehlende Entschädigung bei Landerwerb

Laut Staudamm-Besitzer*innen Gladis Aurora und Arnold Castro mussten so gut wie keine Ländereien für das Projekt erworben werden (INT 25, 26). Die einzige Landnutzung – eine Kaffeeplantage – habe es in der direkten Einflusszone nur am Ort des Turbinenhauses gegeben, heißt es in der Umweltdiagnose von Aurora I (Vargas Castillo o.A.: 4). Dem stehen die Aussagen der interviewten Bevölkerung gegenüber, die von mehreren Gemeindemitgliedern, die kleinere Landflächen besaßen, berichteten, und Margarita Pineda hatte Zugang zu Dokumenten, die 105 Landkäufe vorweisen (INT 41). Laut Arnold Castro waren keine kommunalen Flächen betroffen (INT 26). Alba Luz Dominguez und Lilian Esperanza Lopez erklärten jedoch, dass einige betroffene Personen keine Landtitel für die von ihnen bebauten Flächen besessen hatten und diese erst erwerben mussten, um sie daraufhin verkaufen zu können. Die Ländereien hatten der Gemeinde gehört und waren den landlosen Personen

¹⁵⁸ Span.: „O sea tierras, tierras y tierras. ¿Quiénes viven en las zonas de influencia, quiénes son los alcaldes? Y de ahí empezamos a ver los aspectos técnicos. Primero una exploración minuciosa, entonces un estudio.“

¹⁵⁹ Span.: „Pedimos perdón y no permiso. Este es una de las filosofías.“

überlassen worden (INT 22). Hier wird die Notwendigkeit der Ausstellung von individuellen Landtiteln für die anschließende Privatisierung deutlich.

Bei den – von den Staudamm-Besitzer*innen abgestrittenen – Landkäufen informierte man erstens die Landbesitzer*innen nicht darüber, wofür die Flächen gebraucht wurden; es war allgemein von einem Entwicklungsprojekt die Rede (INT 22, 34). Zweitens gab es mehrere Fälle, in denen die Besitzer*innen dazu genötigt wurden, zu verkaufen, da ihnen damit gedroht wurde, die Flächen würden ihnen ansonsten weggenommen werden. Viele verkauften dadurch aus Unwissen und Angst und bereuten dies später. So musste der Bewohner von Aguacatal ‚Don Francisco‘, der sich nach dem Verkauf beschwerte und an der „Verteidigung der Ressourcen“¹⁶⁰ (INT 22) beteiligte, fliehen, da er vom Sicherheitspersonal der Firma Todesdrohungen erhalten hatte (INT 22, 23, 34). Drittens wurden unverhältnismäßig niedrige Preise für die Flächen gezahlt. Einer Frau gab die Firma beispielsweise nur 17 % des gängigen Landpreises für ihre drei Manzanas, der Schwester des Interviewpartners Magdaleno Aguilar Vasquez nur rund 25 % für ihre zwei Manzanas. Dem interviewten Kleinbauer Anastacio Aguilar Vasquez wurden zwei mit Kaffee bepflanzte Hektar gegen drei entlegenere brach liegende Hektar getauscht (INT 22, 34). Viertens wurde mit dem Landkauf stark gespart: Die für den Staudamm verwendete Fläche stellte sich jedoch später als größer heraus und vielfach zerstörten die Maschinen beim Bau der Straßen und Stromleitungen sowie die dadurch ausgelösten Erdrutsche weitere bepflanzte Grundstücke – wie Teile der nicht verkauften Flächen von Anastacio Aguilar Vasquez. Niemand der Betroffenen hat bisher Entschädigungen erhalten; teilweise trauten sich Personen aus Angst vor Repressalien nicht, Anklagen gegen die Firma zu erheben (INT 22, 33, 34, 41).

Spaltung der Gemeinden, Einschüchterung und Repression

Um die lokale Bevölkerung vom Wasserkraftprojekt zu überzeugen, wurden die lokalen Autoritäten, also hauptsächlich die Präsident*innen der nahegelegenen Patronatos, laut Aussagen der Befragten mit Geschenken und Geld käuflich gemacht: „Der Kauf des Gewissens der leitenden Personen“¹⁶¹, wie es Alba Luz Dominguez ausdrückte (INT 22). Auch die Personen, die von der Firma angestellt wurden, verteidigten verständlicherweise das Projekt. In mehreren Fällen wurden Gegner*innen des Projekts vom angestellten Sicherheitspersonal, das aus derselben Gemeinde kam, bedroht (INT 22, 23, 33, 34). ‚Don Francisco‘ musste aufgrund der Bedrohung seine Heimat Aguacatal für längere Zeit verlassen (INT 22, 23, 34). Alba Luz

¹⁶⁰ Span.: „defensa de los recursos“

¹⁶¹ Span.: „la compra de consciencia de los líderes“

Dominguez wurde gedroht, ihr nicaraguanischer Ehemann würde abgeschoben werden, sollte sie sich weiter am Widerstand beteiligen (INT 23). Der Pfarrer von San José, José Adam Martínez Lizardo, wurde im Dezember 2009 vom Bürgermeisteramt darauf verwiesen, er hätte wegen seines Engagements gegen das Projekt mit dem Bischof gesprochen (INT 31). Seine Angst vor einer Absetzung war nicht grundlos: Im Jahr 2012 war der den Widerstand gegen den Putsch unterstützende Bischof der Diözese im Westen des Landes durch einen Putsch-Befürworter ersetzt worden, der daraufhin einige Pfarrer versetzte, die sich mit ihren Gemeinden gegen Holzabbau, Bergbau und Staudammprojekte eingesetzt hatten (Itzamná 2013; Rights Action Team 2013).

In Aguacatal, wo die Spaltung der Gemeinde am deutlichsten sichtbar war, waren gegen Ende des Baus jedoch fast alle Bewohner*innen vom Projekt enttäuscht und fühlten sich betrogen; der den Staudamm befürwortende Patronato-Präsident wurde abgesetzt (INT 34).

Des Weiteren wurden viele Aktionen, die im Zusammenhang mit dem Protest gegen den Staudamm durchgeführt wurden, mit Polizeiaufgebot zu verhindern versucht. So waren mehrere Polizeipatrouillen aus verschiedenen Munizipien stets zur Stelle, wenn es Treffen, Demonstrationen oder Besichtigungsversuche des Staudamms gab (INT 8, 22, 34). Lilian Esperanza Lopez erklärte die Strategie der selektiven Polizeieinsätze:

Zum Beispiel im Fall von Gewalt gegen Frauen [...] und man ruft die Polizei, damit sie Präsenz zeigen, weil es um Leben oder Tod geht, und sie kommen nie, weil sie nie Benzin, nie eine Patrouille haben. Und wenn wir sagen, dass wir morgen zum Staudamm gehen, haben sie eine hochwirksame Kommunikation, ganz schnell, bevor wir überhaupt am Ort angekommen sind, sind sie schon da.¹⁶² (INT 22)

Auch das Militär, das in der Nähe (in Marcala) einen Stützpunkt hat, ließ sich in diesem Zusammenhang mehrere Male blicken (INT 22, 34).

Verschweigen von Informationen, Fehlinformierung, Manipulation, Bestechung und Verhinderung des FPIC

Wie schon erwähnt, wurden in den ersten Jahren – während der Landkäufe und noch bei Baubeginn – der lokalen Bevölkerung die konkrete Form des Projekts verschwiegen (INT 22, 23, 33, 34). Arnold Castro wich im Interview der Frage nach der Befragung und Einwilligung der betroffenen Lenca-Gemeinden aus, indem er nur kurz darauf hinwies, es hätte von Anfang an eine „Sozialisierung“ des Projekts, also die Informierung und Befragung der Bevölkerung, gegeben (INT 26). Der Bürgermeister behauptete im Interview sogar, die vorherige

¹⁶² Span.: „[...]Como el caso de violencia de hombres hacia mujeres [...] y uno llama a la policía para que se haga presente porque es un caso de muerte, y ellos nunca llegan porque nunca tienen el combustible, nunca tienen patrulla. Y si decimos que vamos mañana para la represa, ellos tienen una comunicacion eficaz, rapidito, ni bien hemos llegado al lugar cuando ya están.“

Munizipalregierung habe eine Befragung durchgeführt, was jedoch von der befragten Bevölkerung dementiert wird und nicht einmal die Firma bestätigt, welche eine Befragung Ende 2010 vorgibt (INT 32; 33, 37; CDM Executive Board 2012: 26)

Ab Sommer 2009, nicht lange nach dem Putsch, wurde der Bevölkerung wegen beginnender Bauarbeiten klar, dass ein Staudamm entstehen sollte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Munizips San José begannen, sich zu besprechen, zu recherchieren, sich zu organisieren und eine Befragung der Gemeinden zu fordern (INT 22, 30, 33, 41). Das ‚Netzwerk der zivilgesellschaftlichen Organisationen‘¹⁶³ wurde aktiviert und neue Gruppen, wie ein lokaler Indigener Rat von COPINH (INT 33) oder die Lenca-Umweltgruppe MILPA, die sich der ‚Verteidigung der Gemeingüter‘¹⁶⁴ (INT 35; 41) verschrieben hat, entstanden.

Aufgrund des Drucks der Bevölkerung wurden mehrere offizielle Versammlungen (span.: cabildos abiertos) in San José und El Aguacatal abgehalten. Bei zwei Gelegenheiten wurden Busse mit Personen aus anderen – eigentlich nicht stimmberechtigten – Munizipien gebracht und Teilnehmende erhielten Bestechungsgeld in Höhe von 100 Lempira (3,50 €) – fast ein Tageslohn – wenn sie den Staudamm bei der Versammlung unterstützen würden (INT 22, 32, 33, 34, 38). Alba Luz Dominguez und Lilian Esperanza Lopez zeigten sich entrüstet über die ihrem Wortlaut nach ‚rassistische‘ Art und Weise der Überzeugung bzw. Bestechung der bedürftigen indigenen Bevölkerung:

Sie setzen einen Preis auf die Personen. Den Menschen sehen sie nicht als etwas Besonderes, sondern als ein Etwas, als ein Objekt, das man benutzen kann. [...] Die Art, in der sie von der Bevölkerung sprechen! Sie sagen: Diese Indios, mit Geld geben sie sich zufrieden.¹⁶⁵ (INT 22)

Als Bertha Cáceres von COPINH sich in einer Versammlung zu Wort meldete, erntete sie sexistische Kommentare und wurde bedroht:

Sie hatten einige Männer hinter ihnen, die [...] mich auf obszöne und vulgäre Weise beschimpften, nicht nur verbal, sondern ihre Gesten, die Gesten von ihnen, wirklich entwürdigende Dinge. Außerdem zeigten sie mir die Machete. Es ist ein sehr schwieriger Kampf, obendrein als Frau¹⁶⁶ (INT 38)

Bei dieser Versammlung war auch Edmundo Flores Zúñiga des Miskitu-Volkes aus der westlichen Region Moskitia anwesend, der bei der Durchsetzung des Staudamms half und welcher zur Empörung von COPINH Anfang 2013 zum Sekretär für indigene Völker der Partei LIBRE ernannt wurde (INT 38; Redacción Cholusat Sur 2013).

¹⁶³ Span.: Red de Organizaciones de la Sociedad Civil

¹⁶⁴ Span.: „defensa de los bienes comunes“

¹⁶⁵ Span.: “Le ponen precio a la persona. Al ser humano no lo han visto como algo tan especial sino como algo, como un objeto que se puede utilizar. [...] La forma en que se refieren a la población! Dicen: Estos indios con dinero se conforman.”

¹⁶⁶ Span.: „Tenían varios hombres atrás de ellos que [...] me hacían insultos obscenos, vulgares, no sólo verbalmente, sino sus gestos, los gestos de ellos, cosas degradantes, verdad. Además me enseñaban el machete. Es una lucha bien difícil, además uno siendo mujer.”

Zu einer Abstimmung kam es bei keiner der Versammlungen, da entweder die lokale Bevölkerung dies aufgrund der nicht stimmberechtigten Teilnehmenden und der Korruption verweigerte oder die Munizipalregierung die Versammlung abbrach, wenn deutlich wurde, dass die Mehrheit der Teilnehmenden gegen den Staudamm war (INT 22, 32, 33, 34, 38, 41).

In dem CDM-Vorbereitungsbericht gibt Inversiones Aurora vor, am 13. November 2010 zu einer „öffentlichen Befragung“¹⁶⁷ in El Aguacatal einberufen zu haben, bei der „97,9 % agree[d] with the implementation of the project and 2,1 % did not answer the question“ (CDM Executive Board 2012: 26). Dies wird von mehreren Seiten dementiert, so sagten alle Befragten, eine Umfrage habe keineswegs stattgefunden. Wie diese Zahlen zustandekommen konnten, ist unklar. Es wird stark vermutet, dass die Unterschriften in Zusammenhang mit dem Erhalt von 100 Lempira Teilnahmegehalt (bzw. Bestechungsgeld) bei Versammlungen oder über Listen von Empfänger*innen des ‚Bonus 10.000‘, den einige arme Familien vom Staat erhalten, gesammelt wurden (INT 41). Abgesehen davon hatte die Firma zu diesem Zeitpunkt schon mit dem Bau begonnen; der FPIC fordert jedoch eine vorherige Befragung. Am 13. November konnte zudem keine Befragung stattgefunden haben, da der offizielle Termin für das geforderte Plebiszit auf den 18. November 2010 angesetzt worden war. Doch etwa zwei Tage davor suspendierte die Lokalregierung das Plebiszit mit dem Verweis auf einen Brief des Obersten Wahlgerichtshofs, in dem es hieß, dass das Plebiszit die nötigen Anforderungen nicht erfülle. Dies, obwohl der FPIC eine Befragung nach den Mechanismen des betreffenden indigenen Volkes ermöglicht und das Wahlgericht eigentlich nicht vonnöten gewesen wäre (INT 8, 22, 33, 38). Laut Pedro Landa, Koordinator der Nationalen Umweltkoalition „gab [es] eine direkte Komplizenschaft zwischen dem Obersten Gerichtshof, dem Bürgermeister von San José von La Paz und auch eine Komplizenschaft mit dem Nationalen Kongress“¹⁶⁸ (INT 8).

Der Widerstand beruhigte sich trotz vereitelter Befragung nicht; immer wieder wurde in öffentlichen Versammlungen das Thema auf den Staudamm gelenkt, doch der Bürgermeister José Abel García Argueta verbot, darüber zu sprechen. Gegenstimmen wurden nicht in die Protokolle aufgenommen und er behauptete, er habe als höchste Autorität das Recht, die Baugenehmigung zu erteilen, was am 11. Februar 2011 auch geschah (INT 8, 22, 32, 33, 34, 38, 41).

Entwicklungsversprechen für die Gemeinden

Um die Einwohner*innen der betroffenen Gemeinden vom Projekt zu überzeugen, stellte die

¹⁶⁷ Span.: „Consultoría Pública“

¹⁶⁸ Span.: „Hubo una complicidad directa entre el tribunal supremo electoral, el alcalde del municipio de san José de la paz, y también hubo una complicidad con el congreso nacional.“

Firma La Aurora I als Entwicklungsprojekt dar und versprach vielfältige Vorteile für die Gemeinden, die, wie inzwischen ersichtlich ist, wohl kaum dazu gedacht waren, tatsächlich umgesetzt zu werden. So gestand die Firma in einer Versammlung in El Aguacatal dieser Gemeinde 25 Projekte, Granadillo etwa 22 Projekte, San Francisco etwa 17 und Zapotal 21 Projekte zu (INT 34). Die Dokumente wurden von den Präsidenten der Patronatos unterzeichnet – wobei die damalige Präsidentin von San Francisco berichtete, es hätten andere für sie unterschrieben, da sie sich dagegen gestellt habe (INT 37). Interessanterweise unterzeichneten jedoch weder Inversiones Aurora noch die Lokalregierung, womit die Dokumente nicht rechtskräftig sind. Alba Luz Dominguez berichtete: „Arnold Castro sagt, für ihn seien Dokumente nichts wert, das Wort sei ausreichend. ...in diesen Zeiten ist das Wort nichts wert“¹⁶⁹ (INT 22).

Es folgt eine kurze Übersicht der Versprechungen und deren bisheriger (Nicht-)Einhaltung:

„Permanente Arbeit für alle“: Laut Aussagen der Befragten wurde für die gesamte arbeitssuchende Bevölkerung der Zone ‚permanente‘ Arbeit versprochen; je 200 Arbeitsplätze für Männer sowie für Frauen (INT 22, 32, 34). Arnold Castro berichtete von 700 monatlichen Arbeitsplätzen, von denen fast 100 % lokal seien. Nach Beendigung des Baus gäbe es weiterhin rund 70 Stellen. Er profilierte sich, die ungelernten ‚Arbeiter‘ bekämen das Doppelte des lokal üblichen Preises gezahlt: Zehn Dollar am Tag (INT 26). Gladis Aurora behauptete: „Die ganze Gemeinde [Aguacatal], was nur 36 Häuser sind [sic!], alle alle arbeiten in dem Projekt, alle haben Arbeit. Und in den anderen Gemeinden auch, alle arbeiten in dem Projekt“¹⁷⁰ (INT 25). Die Einschätzungen der vor Ort angestellten Ingenieurin Molina sind realistischer, so meinte sie, es gäbe in diesem Moment [Anfang April] etwa 300 Angestellte, wobei 100 von außerhalb kämen und die Arbeiten anleiten würden. Dies sei die Höchstzahl an Angestellten, die sie bisher gehabt hätten, die Entlassungen hätten jedoch schon angefangen (INT 30). Laut Aussagen von Bewohner*innen der Gemeinden waren zu dem Zeitpunkt in Aguacatal höchstens 15 Personen angestellt, in San Francisco rund 35. Darunter befand sich keine einzige Frau und von permanenter Arbeit ist keine Rede. Die Arbeiter erhielten für die Schwerstarbeit nur 170 Lempira (~ 6 € oder 8,5 \$) am Tag, bzw. 6000 Lempira (215 €) monatlich (INT 33, 34, 37). Im November 2013 waren laut Margarita Pineda nur noch sechs Personen aus der Gemeinde angestellt und erhielten einen Tagessatz von nur 100 Lempira (~3,50 €) (INT 41).

¹⁶⁹ Span.: “Arnold Castro dice que para él los documentos no valen, que es suficiente la palabra. ...en estos tiempos la palabra no vale.”

¹⁷⁰ Span.: „Toda la comunidad [Aguacatal], que solo son 36 casas, todos todos trabajan en el proyecto, todos tienen empleo. Y en las otras comunidades también, todos trabajan en el proyecto.”

„Gratis Elektrifizierung der Gemeinden“: Da keine der Gemeinden in der direkten Einflusszone an das Stromnetz angeschlossen ist, waren die Hoffnungen groß, als Inversiones Aurora die gratis Elektrifizierung der Gemeinden versprach (INT 33, 34, 37). Laut Arnold Castro fand diese auch statt: „Wir installier(t)en den Strom ohne jedwede Kosten für die Gemeinden“¹⁷¹ (INT 26). Auch Gladis Aurora meinte: „El Aguacatal, die Gemeinde ist begeistert von dem Projekt, sie haben schon Strom“¹⁷² (INT 25). Aussagen der Befragten bestätigen diese Behauptungen keineswegs: So wurde zwar eine Leitung zur Baustelle gelegt, um diese mit Energie zu versorgen. Dass etwa 30 der 94 Häuser von Aguacatal nun Strom haben, liege jedoch daran, dass die, die es sich leisten konnten, den Anschluss aus eigener Tasche zahlten, was jeweils zwischen 10.000 und 25.000 Lempira (360 – 900 €) kostete. San Francisco ist weiterhin komplett ohne Anschluss, ebenso wie viele andere Gemeinden in der Nähe (INT 22, 33, 34, 37).

„Bessere und neue Straßen“: Aus Eigeninteresse baute die Firma den Weg nach Aguacatal aus, da dieser die Zufahrt zur Baustelle darstellt, ebenso wie einen Weg entlang des Wasserkanals, der für die Bewohner*innen größtenteils gesperrt ist. Andere versprochene Straßenprojekte wurden laut Interviewpartner*innen nicht umgesetzt (INT 22, 34), dafür aber Gemeindewege bzw. –brücken unzugänglich gemacht (INT 24, 37).

„Ausbau der Bildungseinrichtungen und Ausstattung mit didaktischem Material“: Nachdem lange Zeit nichts hinsichtlich dieser Versprechungen geschah, baute die Gemeinde Aguacatal mit eigenen Mitteln und mit Hilfe der NGO „Plan Honduras“ selbst neue Räumlichkeiten für ein Gymnasium (INT 34, 37).

„Verbesserung des Gesundheitszentrums, permanente Ausstattung mit Medikamenten, Anschaffung eines Krankenwagens, Arzt“: Laut Bürgermeister wurde das Gesundheitszentrum angemalt und ein Kühlschrank gekauft (den Strom dafür liefert schon länger eine kleine Solaranlage) (INT 32). Das Firmenauto wird laut Ingenieurin hin und wieder für Notfälle ausgeliehen (INT 30). Mehr geschah jedoch nicht (INT 22, 34).

„Bau einer Kirche in Aguacatal“: Vor etwa zwei Jahren wurden zwei Wände für die versprochene Kirche gebaut, seitdem steht das Projekt still (INT 34).

Auch alle weiteren Versprechen, wie die Verbesserung der Häuser, Wasseranschlüsse,

¹⁷¹ Span.: „Les instalamos energía eléctrica sin costo algunos para las comunidades.“

¹⁷² Span.: „[...] El Aguacatal, la comunidad se entusiasmó con el proyecto, ya tienen energía.“

landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte oder der Bau eines Gemeindezentrums, blieben laut Aussagen der Befragten unerfüllt (INT 22, 34, 41). In einer Versammlung am 15. Februar 2013 wurde im Rathaus von San José verlesen, dass Inversiones Aurora darüber informiert, dass „die Firma nicht dazu verpflichtet ist, Projekte in den Gemeinden durchzuführen“¹⁷³ (INT 34).

Weitere Unregelmäßigkeiten in der Umsetzung von La Aurora I

Wie an mehreren Stellen erwähnt, schenkte die Firma bestehenden Umwelt- und Kommunal-Gesetzen kaum Aufmerksamkeit; mehrere Interviewpartner*innen berichteten, wie die familiären Beziehungen der Besitzer*innen ausgenutzt wurden, um gewisse Hindernisse zu überwinden. So wurde beobachtet, wie des Öfteren Lastwagen gesprengtes Material nachts wegbrachten, ohne die Erlaubnis dafür zu haben – was ein Ingenieur des Umweltministeriums SERNA bei einer Inspektion zugegeben habe. Viele Befragte vermuteten deshalb und aufgrund einer Minenkonzession beim Berg El Pacayal dahinterstehende Bergbauinteressen (INT 33, 34, 38). SERNA, in deren Aufgabenbereich auch die Analyse der sozialen Auswirkungen liegt (vgl. CABEI 2010: 14), machte auf Drängen von COPINH und zahlreiche durchgeführte Mobilisierungen im Jahr 2012 eine Umweltverträglichkeitsstudie. SERNA bestätigte laut Bertha Cáceres gewisse Unregelmäßigkeiten während des Besuchs, veröffentlichte jedoch die Studie im Anschluss nicht, was laut honduranischem Gesetz illegal ist (INT 38, 42).

Das **Waldinstitut ICF** führte ebenfalls eine Studie durch. Alba Luz Dominguez, Präsidentin der Bürger*innenkommission für Transparenz des Munizips San José, die mit der verantwortlichen Ingenieurin von ICF gesprochen hatte, berichtete, dass die Studie zum Ergebnis kam, dass das Projekt eigentlich nicht durchgeführt werden könne, da sich ein Teil im Wasserschutzgebiet El Jilgero befinde. Als Alba Luz Dominguez das laut Gesetz öffentliche Dokument anforderte, hieß es, es sei verloren gegangen (INT 22).

Auch bei der Vergrößerung des Projekts von 4 auf 6 auf schließlich 10 MW hätten eigentlich erneut gewisse Studien und Genehmigungen eingeholt werden müssen. So ist in der qualitativen Umweltdiagnose (DAC¹⁷⁴), die ich im April 2013 von Arnold Castro persönlich erhielt, weiterhin von 6 MW die Rede. DACs werden laut Juan Mejía bei Projekten mit der Kategorie 1, also mit nur minimalen Umweltauswirkungen, durchgeführt (INT 8). Im DAC heißt es übrigens auch, es gäbe im Projektgebiet keine Bevölkerung, die betroffen sein könne (Vargas Castillo o.A.: 9, 27), und das nächstgelegene Naturschutzgebiet sei jenes von Guajiquiro in 3

¹⁷³ Span.: „la empresa no está obligada a hacer proyectos en las comunidades”

¹⁷⁴ DAC: Diagnóstico Ambiental Cualitativo

km Entfernung (ebd.: 8). Das Wasserschutzgebiet, in dem ein Teil des Projekts liegt, wird verschwiegen (vgl. offizielle Karte der Naturschutzgebiete von Honduras¹⁷⁵).

6.2.1.2.4 Bisher bemerkbare Auswirkungen

Dadurch, dass Kleinbäuer*innen dazu genötigt, einen Teil ihres Landes für einen sehr geringen Preis zu verkaufen und weitere Flächen ohne Entschädigung durch die Bauarbeiten beschädigt wurden, hatte Aurora I den verringerten Zugang zu Land zur Folge. Dies impliziert erschwerte Bedingungen für die Nahrungsmittelproduktion und, aufgrund des gleichzeitigen Fehlens von Lohnarbeit, die weitere Verarmung der betroffenen Familien. So konnten sie sich mit den niedrigen Zahlungen den Kauf anderer Flächen nicht leisten; einige migrierten in andere Gemeinden, um familiären Rückhalt zu suchen (INT 22, 33, 34, 41).

Mehrere Familien in San Francisco, die für die Wasserversorgung auf den Fluss angewiesen waren, mussten während des Baus jahrelang verschmutztes, schlammiges Wasser konsumieren (INT 22, 37). Einige Quellen, von denen andere Familien in Aguacatal und San Francisco ihr Wasser holten, wurden durch den Straßenbau und durch Erdrutsche zerstört (INT 22, 34, 37). Durch die Bauarbeiten wurden des Weiteren vier Leitungen beschädigt, die sechs indigene Gemeinden flussabwärts (El Mango, Locotal, Arenales, Arenalitos, Las Torres, Planitos) mit Trinkwasser versorgt hatten – ein Wasserprojekt, das die Gemeinden aus eigener Tasche bezahlt hatten, wie der Patronato-Präsident von El Mango stolz betonte (INT 36). Durch die Einzäunung des Flusses wurde an mehreren Stellen der Zugang zum Fluss versperrt, was die Trinkwasserversorgung, das Wäschewaschen und das kollektive Baden und die Nutzung des Flusses als Ort des Zusammenkommens einschränkte (INT 22, 34; 41). Das Fischen und Fangen von Krebsen ist inzwischen ebenso wenig möglich (INT 34, 41). Das Projekt soll auch weiterhin „aus Sicherheitsgründen“ abgesperrt bleiben (INT 24, 30).

In vielen Gemeinden im Umkreis mehrerer Kilometer, welche Wasseranschlüsse besitzen, wie San José Zentrum, El Pedernal, La Delicia, El Guayabal, Huascotoro und San Francisco, kommt laut Aussagen der Betroffenen nur noch selten Wasser durch die Leitungen, manchmal nur einmal alle zehn Tage, während es früher nie Wasserknappheit gegeben habe (INT 33, 34, 37).

So z. B. Gladis Yolanda Garcia Aguilar aus San Francisco:

Ich besitze einen Trinkwasseranschluss, aber manchmal sind es drei oder vier Tage, an denen ich kein Wasser habe. Und früher hatte ich es im Überfluss, den ganzen Tag, die Nacht. [...] Jetzt muss ich zu einem [anderen] Fluss gehen, der fast 15 oder 20 Minuten weit weg ist.¹⁷⁶ (INT 37)

¹⁷⁵ Ediciones Ramses: Mapa oficial Areas Protegidas de Honduras.

¹⁷⁶ Span.: „Tengo agua potable pero a veces son tres o cuatro días que yo no tengo agua. Y antes lo tenía en abundancia, todo el día, la noche. [...] Ya me toca ir al río, que queda casi a 15 o 20 minutos.“

Die Schlussfolgerung, die die Betroffenen zogen, war, dass möglicherweise durch die Sprengungen des Berghangs das Grundwasser umgeleitet wurde. Bei meiner Besichtigung bemerkte ich Rinnsale, die aus der gesprengten Felswand austraten, was die Ingenieurin bestätigte. Für einen Beweis der durch den Staudamm produzierten Wasserknappheit wären jedoch geologische Studien nötig. Entschädigung seitens der Firma oder des Bürgermeisteramts gab es trotz vorgebrachter Forderungen für keine einzige der von der Wasserknappheit, -verschmutzung oder der Zerstörung der Leitungen betroffenen Familien (INT 22, 34, 36, 37).

Aufgrund aufgetretenen Unvorsichtigkeiten beim Bau des Staudamms besteht außerdem die Gefahr größerer zukünftiger Schäden, wie Erdrutsche oder das Brechen des Damms. Dies geschah schon Anfang 2011 einmal, als der Fluss Teile der Baustelle mit sich riss (INT 22, 30). In anderen Fällen sind in Honduras schon ganze Dämme gebrochen und haben starke Schäden für die flussabwärts lebenden Gemeinden hervorgerufen (INT I). Aufgrund der fehlerhaften und oberflächlich durchgeführten Umweltstudie ist dies in Zukunft nicht auszuschließen. So gab während meiner Besichtigung der Baustelle die Ingenieurin zu, dass der durch die Sprengungen des Berges für den Umleitungskanal entstandene Hang zu steil (fast 90 %-Gefälle, *siehe Fotos im Anhang*) und die Gefahr von Erosionen sehr hoch sei.

Da die in San José bestehende geschlechterspezifische Rollenverteilung den Frauen das Beschaffen von Wasser für den Konsum, die Küche und Wäschewaschen (was oft direkt am Fluss getan wird) zuschreibt, müssen die betroffenen Frauen nun längere Wege und mehr Zeit für die Wasserbeschaffung aufwenden (INT 22, 37). Alba Luz Dominguez erklärte:

Wir sind diejenigen, die das Wasser zum Kochen, zum Waschen verwenden. Die Frauen, die in diesen Zonen leben, müssen sich einen Sack voller Kleidung auf den Rücken hängen, um dorthin gehen zu können zum Wäschewaschen. Denn dort in der Zone ist der Mann sehr... naja, er mag nicht gerne mithelfen, seine eigene Kleidung zum Waschen nehmen, sondern es ist die Frau, die diese Arbeit tun muss. Noch dazu die kleinen Kinder tragen, [...] einen Wasserkübel, einen Krug holen.¹⁷⁷ (INT 22)

Und Lilian Esperanza Lopez:

Das Bedürfnis nach Wasser spüren mehr wir Frauen, weil wir viel Zeit in der Küche verbringen, unsere Nahrung zubereiten, Arbeit in unseren Häusern verrichten. Wir sind die, die das Wasser transportieren; wo auch immer es ist, müssen wir es holen¹⁷⁸ (INT 22).

Auch die Holzbeschaffung für die Küche, ebenfalls Aufgabe der Frauen, wurde aufgrund der für die Baustelle nötigen Abholzung und die Absperrungen teilweise erschwert (INT 22). Arnold Castro negierte im Interview, dass Abholzung überhaupt stattgefunden hätte (INT 26).

¹⁷⁷ Span.: „Nosotras somos las que usamos el agua para cocinar, para lavar. Las mujeres que viven en esas zonas tendrán que hecharse un saco al lomo lleno de ropa para poderse trasladar para poder lavar esta ropa. Porque ahí en esa zona el hombre es muy... bueno, no le gusta colaborar, que va a agarrar su ropa que usa para lavar, sino que es la mujer la que tiene que hacer ese trabajo. Incluso cargar con sus niños tan pequeños [...], ir a traerse un balde de agua, un cantaro.”

¹⁷⁸ Span.: „La necesidad del agua somos más las mujeres que lo sentimos, porque nos lo pasamos en la cocina, haciendo nuestros alimentos, haciendo nuestras casas. Somos las que acarreamos con el agua, donde esté tenemos que ir a buscar.”

Doch allein Fotos können das Gegenteil beweisen. Es heißt, es sei großflächige Aufforstung im Einzugsgebiet (rund 100 km²) geplant, um genügend Wasser für den Staudamm zu generieren (INT 25, 26). Selbst wenn dies grundsätzlich positiv ist, könnte es auch weitere Einschränkungen für die Kleinbäuer*innen in der Gegend bedeuten. So meinte die Staudammbesitzerin Gladis Aurora beispielsweise:

[J]etzt ist die Aufgabe der Firma, aufzuforsten, damit die Wasserproduktion sichergestellt ist. Jetzt wird es sich umdrehen: Die Firma wird dafür eintreten, dass die Leute zum Maispflanzen keine Bäume fällen, damit die Wasserproduktion nicht sinkt.¹⁷⁹ (INT 25)

Wie schon erwähnt, wurden des Weiteren zwei Brücken, wichtige kommunale Überquerungswege über den Fluss – beeinträchtigt. Einer davon ist mit einem bewachten Tor komplett versperrt, wodurch der Weg der Kleinbäuer*innen aus dem Munizip Guajiquiro zum Markt erschwert wird. Das Versprechen auf die Ersetzung durch eine andere Brücke wurde nicht eingelöst (INT 24, 33, 37).

Doch auch die Bildung neuer Widerstandsformen stellt eine der Auswirkungen des Projekts dar. COPINH begleitete den Widerstand, nahm an Mobilisierungen und Versammlungen teil und unterstützte bei Anklagen vor der Staatsanwaltschaft für indigene Völker. Im Zuge der Proteste bildeten sich in San José ein lokaler Indigener Rat von COPINH (INT 22, 33, 38) sowie die indigene Umweltbewegung MILPA (INT 34). Andere indigene Organisationen, die in San José vertreten sind, wie MILH, ONILH und FONDILH, beteiligten sich kaum an den Protesten oder halfen teilweise bei der Durchsetzung von Aurora I (INT 22, 38). Die verstärkte Organisation der Bevölkerung wurde von mehreren Interviewpartner*innen durchaus als positiv aufgefasst. So konnte zwar Aurora I nicht verhindert werden, die Erfahrungen rund um die Verteidigung der natürlichen Gemeingüter können jedoch weitergeben werden und zu mehr Widerstandsfähigkeit bei kommenden Projekten, wie beispielsweise einem geplanten Bergwerk in der Gegend oder anderen Staudämmen derselben Firma, führen (INT 22, 33, 35). Die im Widerstand zentrale Rolle vieler Frauen darf dabei nicht vergessen werden, welche womöglich mit ihrer verstärkten Betroffenheit durch den Staudamm sowie mit den frauenfördernden Projekten von COPINH zusammenhängt.

6.2.1.2.5 Zwischenfazit

La Aurora I zeigt, dass auch ein kleines Wasserkraftwerk gravierende Auswirkungen auf die lokalen gesellschaftlichen Naturverhältnisse haben kann. Selbst wenn im Vergleich mit anderen

¹⁷⁹ „ahora el reto de la empresa es reforestar para que haya produccion de agua. Ahora se va a convertir al revés: La empresa defendiendo para que la gente no bote para sembrar el maíz porque va a bajar la produccion de aguas.“

Land Grabbing-Beispielen nur eine kleine Landfläche und wenige Personen betroffen sind, stellt der Staudamm für die lokale Bevölkerung dennoch ein Megaprojekt dar. Während ein paar Meter nebenan ‚grüne‘ Energie produziert und ins nationale Netz eingespeist wird (INT 40), haben die Gemeinden weiterhin keinen Strom. Es handelt sich somit zwar um ein kleines Projekt mit dezentraler Energieproduktion, nicht jedoch um dezentrale Energieversorgung. Dafür gibt es seit dem Staudammbau Wasserarmut, obwohl es sich um eine wasserreiche Gegend handelt. Besonders von der Wasserarmut betroffen sind Frauen. Selbst wenn es keine Vertreibungen oder Umsiedelungen gab, so wurden die indigenen Gemeinden doch in dem Sinn enteignet, als dass der Zugang zum Fluss, zu Wasserquellen sowie zu Gemeindewegen verhindert und Anbauflächen auf illegitime Art und Weise angeeignet wurden: „Gegenwärtig können die Menschen den Fluss nicht verwenden, der für uns schon immer der Versorger von Wasser und anderer Nutzen, die dem Gemeingut zu eigen sind, war“¹⁸⁰ (INT 41).

Insbesondere verdeutlicht Aurora I die (neo-)koloniale Art und Weise, in der das Projekt durchgesetzt wurde: Es wurde von außen aufgedrängt ohne die lokale Bevölkerung zu informieren, geschweige denn deren Recht auf den FPIC zu respektieren, wobei die Strategien häufig repressive, rassistische, teilweise auch sexistische Züge hatten (INT 22, 34, 38). Der Mythos der Entwicklung wurde von den Bewohner*innen schnell durchschaut: „Sie sprachen von Entwicklung, aber eine Entwicklung, die für sie war!“¹⁸¹ (INT 22). Vorteile gab es für die lokale Bevölkerung keine (INT 41).

Bei Aurora I wird deutlich, dass Green Grabbing nicht nur von inter- oder transnationalen Akteuren ausgeht, sondern dass durchaus die nationale Ebene eine wichtige Rolle spielt. Globale Strukturen werden insofern sichtbar, wenn internationale Anreizsysteme für erneuerbare Energie und Akteure wie deutsche Baufirmen und CDM Beteiligte (von UNFCCC über Consulting Firmen und mögliche Käufer*innen) berücksichtigt werden. Dennoch liegt in diesem Fallbeispiel der Schwerpunkt auf der nationalen und lokalen Ebene; das Unternehmen und die beteiligten Aktionäre sind honduranisch. Die Kontrolle über die Territorien muss staatlich durchgesetzt werden, wenn nötig auch mit Gewalt. Relevant war dabei das Zusammenspiel zwischen der Privatwirtschaft, dem Bankensystem und der lokalen Regierung, dem Kongress, Sicherheitsapparat und Institutionen wie SERNA, ICF, SEDINAFROH, sowie der Staatsanwaltschaft für indigene Völker, welche nie auf die vorgebrachten Anklagen reagierten und das Projekt indirekt oder direkt förderten (INT 8, 22, 34). So war beispielsweise die

¹⁸⁰ Span.: „en la actualidad no pueden hacer uso del río que históricamente ha sido el proveedor de agua y otros beneficios inherentes a este recurso“

¹⁸¹ Span.: „Ellos hablaban de desarrollo, pero un desarrollo que era para ellos!“

Vizedirektorin von SEDINAFROH, Gloria Lopez, welche Vertreterin der Abgeordneten Gladis Aurora ist, direkt an der Durchsetzung des Staudamms beteiligt (vgl. INT 22, 24). Bei Aurora I wird deutlich, was Luis Tapia (2012: 298 f) als „patrimoniale Ordnung“ und „kolonialen Präsidentialismus“ beschreibt: Die Besitzer*innen des Staudamms, Angehörige der ökonomischen Elite, haben selbst wichtige Positionen in der Regierung und dadurch Einfluss auf die rechtliche Rahmenschaffung für erneuerbare Energiepolitiken sowie auf die militärisch-polizeiliche Durchsetzung des Projekts.

[E]s gibt eine Allianz zwischen der Gemeinderegierung von San José und Inversiones Aurora. Die derzeitige Abgeordnete Gladis Aurora López ist die direkte Verbindung mit dem Nationalkongress von Honduras, welche die Schaffer der Dekrete sind und die Wasser- und Minenressourcen eigenmächtig und zum Schaden der indigenen Gemeinden ausbeuten.¹⁸² (INT 41)

COPINH hat im Laufe der Jahre immer wieder die fehlende Neutralität der staatlichen Institution, insbesondere des Umweltministeriums SERNA, angekreidet:

Wir klagen an, dass das Umweltsekretariat (SERNA) ein treuer Ausführer der Interessen der Oligarchie und der Transnationalen Konzerne ist, da es keine Kräfte gespart hat, ihnen jedwede Gefälligkeit zu erfüllen, die von der Verletzung von gemeinschaftlichen Landtiteln, der Durchsetzung von sogenannten ‚grünen‘ Projekten bis hin zur kompletten Verachtung von Entscheidungen des Lenca-Volkes geht, wenn dieses Raubprojekte mit der Betitelung ‚sauber und erneuerbar‘ ablehnt – diese betrügerische Sprache des räuberischen Kapitalismus¹⁸³ (COPINH 25.4.2012)

Dass das Wasserkraftwerk ‚grüne‘ Energie produziert und einen (fraglichen) Beitrag zum Klimawandel leistet, beeindruckt die lokale Bevölkerung wenig. Einerseits geht es darum, den Zugang zum Territorium, zum Gemeingut Fluss und Wasser, verteidigen zu wollen bzw. zu müssen, da dieser lebensnotwenig ist. Andererseits wehrt sich die indigene Bevölkerung gegen die autoritäre, rassistische, (neo-)koloniale Art der Durchsetzung des Projekts und die Abwälzung der existierenden negativen ‚externen Faktoren‘ auf sie selbst, während sich die Vorteile ohnehin reiche Unternehmer*innen einstreichen. Dadurch „stecken andere die Erlöse der Ressourcen ein, auf die sie Jahre, Jahrzehnte lang Acht gegeben haben“¹⁸⁴ (INT 1). Währenddessen ist es schwieriger, Legitimation für die Verteidigung des Territoriums vor Staudamm-Projekten zu bekommen, die jedoch ähnliche Auswirkungen wie traditionelle extraktivistische Projekte wie Bergbau haben (vgl. COPINH 25.4.2012; INT 11; Gómez Bonilla 2012: 298).

¹⁸² Span.: „hay una alianza entre la municipalidad de San José e inversiones Aurora. La actual diputada Gladis Aurora López es la enlace directo con el congreso nacional de Honduras quienes son los creadores de decretos que explotan los recursos hídricos y mineros de manera arbitraria y en detrimento a las comunidades indígenas“

¹⁸³ Span.: „Denunciamos que la Secretaria de Recursos Naturales y Ambiente (SERNA) es una fiel operadora de los intereses de la oligarquía y las trasnacionales ya que no ha escatimado esfuerzos en otorgar todo tipo de complacencias a las mismas que van desde violentar los títulos comunitarios, imposición de lo que llaman proyectos “verdes”, desprecio total a las decisiones del Pueblo Lenca cuando el mismo rechaza proyectos acaparadores con títulos de “limpios y renovables”, lenguaje tramposo del capitalismo depredador.“

¹⁸⁴ Span.: „otros se quedan con las [...] ganancias de recursos que ellos han cuidado por anos, por decadas“

6.2.1.3 Wasserkraftwerk Agua Zarca

El río Gualcarque y la tierra son nuestras fuentes de vida, y debemos defenderlas hasta las últimas consecuencias. Quien no lo hace y se pliega a los intereses de las empresas es un cobarde.[...] ¿Cómo es posible que pretendan prohibirnos ir al río y privarnos de nuestras tierras? Si algún día me tocará morir defendiendo la tierra y las aguas del río, para mí va a ser un orgullo.

Der Fluss Gualcarque und das Land sind unsere Lebensquellen, wir müssen sie verteidigen, koste es, was es wolle. Wer dies nicht tut und sich den Interessen der Firmen beugt, ist ein Feigling. [...] Wie ist es möglich, dass sie uns verbieten wollen, zum Fluss zu gehen und uns unserer Ländereien zu berauben? Wenn es mich einmal treffen sollte, wegen der Verteidigung der Ländereien und des Flusswassers zu sterben, wird das eine Ehre für mich sein.

María Domínguez aus La Tejera, Schwester des ermordeten Tomás García¹⁸⁵

6.2.1.3.1 Allgemeine Informationen

Das Wasserkraftwerk Agua Zarca soll am Fluss Gualcarque zwischen den zwei westlichen Departamentos Intibucá (Munizipien Intibucá und Nueva Esperanza) und Santa Bárbara (Munizipien San Francisco de Ojuera und Zacapa) gebaut werden. Die größten bisherigen und zu erwartenden Auswirkungen hat das Projekt auf das indigene Territorium Río Blanco im Munizip Intibucá, zu dem zwölf Gemeinden gehören.



Karte Nr. 4: Der Staudamm Agua Zarca zwischen den Departamentos Intibucá (südlich) und Santa Bárbara (nördlich). Quelle: Eigene Kartenerstellung auf Basis einer eingescannten Landkarte des Nationalen Geographischen Instituts¹⁸⁶

¹⁸⁵ In: Trucchi (11.8.2013); siehe auch Trucchi (10.8.2013)

¹⁸⁶ Instituto Geográfico Nacional

Diejenige indigene Gemeinde, welche in direkter Nähe zur Staudamm-Baustelle liegt und deren Subsistenzfelder sich am Flusssufer befinden, heißt La Tejera. Ebenfalls im Umfeld des Projekts liegen El Barreal sowie etwas weiter davon entfernt San Bartolo, La Unión, Valle de Angeles, Santa Ana, El Naranjo, San Pedro, San Antonio sowie Zacapa auf der Zufahrtsstraße. Auf der rechten Flusseite befinden sich San Ramón, La Leona, und San Francisco (COPINH 14.3.2013; 14.4.2013; DESA *et al.* 2011; Bird 2013 c: 2013; FMO 2013).

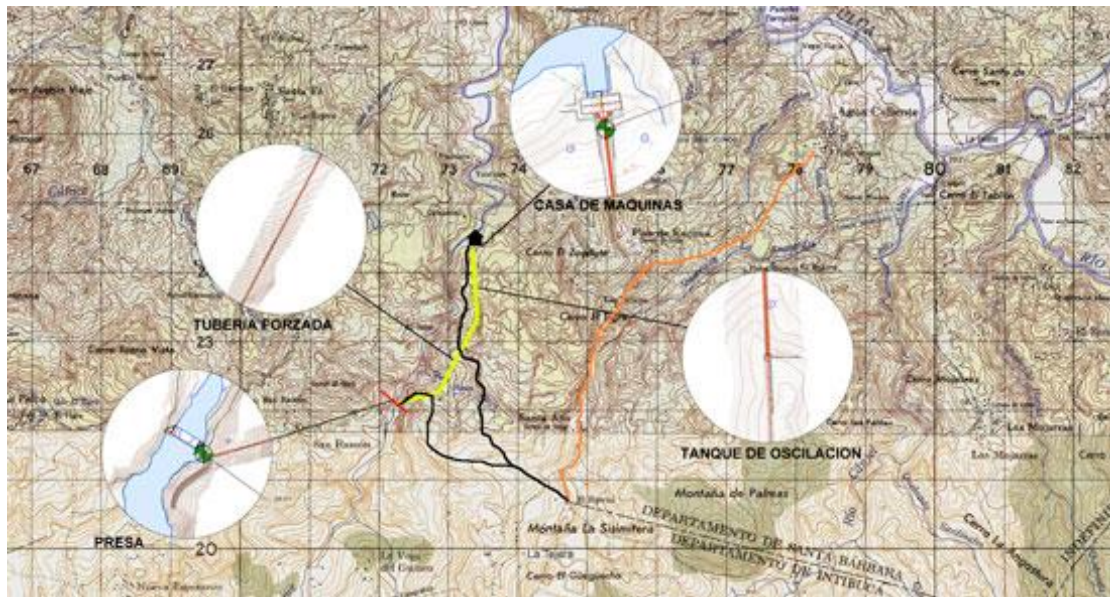
Die lokale Lenca-Bevölkerung lebt hauptsächlich von Subsistenzlandwirtschaft, dem Anbau von Mais, Bohnen, Bananen, Yucca und anderem Gemüse und Früchten sowie in geringem Maß Kaffee (INT 20; SOA Watch 2013 c). Río Blanco wird von den Nachbargemeinden als eine Region mit besonders marginalisierter Lenca-Bevölkerung beschrieben (Bird 2013 c: 2). Administrativ ist die Region dem Departamento Intibucá zugehörig, aufgrund großer Distanzen und fehlender Straßen bzw. teurer Transportmittel greifen die Bewohner*innen jedoch auf Gesundheitsleistungen im Departamento Santa Bárbara zurück (ebd.).

Der Bevölkerung zu ‚helfen‘ und durch das Staudammprojekt Arbeitsplätze und Fortschritt zu liefern stellt die honduranische Firma DESA und ihre internationalen Partnerkonzerne und Geldgeber als eines der Ziele dar: „DESA hat als sozial verantwortungsvolle Firma unter anderem das Ziel, den Gemeinden im Einflussbereich des Wasserkraft-Projekts Agua-Zarca Hilfe zu leisten“¹⁸⁷.

Mit einer geplanten Energiekapazität von 22 MW (93 GW pro Jahr)¹⁸⁸ soll Agua Zarca ein nach UNFCCC-Standards mittelgroßes Laufwasserkraftwerk werden. Von Geldgebern wird es als *kleines* und besonders umweltfreundliches Projekt angepriesen (FMO 2013). Nach Angaben von DESA soll es große Mengen an fossiler Energie und CO₂-Emissionen einsparen. Laut AHPER-Database handelt es sich um Einsparungen von 152.074 Barrels Bunkeröl und somit 60.587 Tonnen CO₂ pro Jahr (AHPER 2013), während auf der DESA-Homepage von 135.000 Barrels Öl und 75.000 Tonnen CO₂ die Rede ist. Noch ist nicht ersichtlich, auf welchem Weg diese scheinbaren und ungenauen Emissionseinsparungen verkauft werden sollen. Bei dem Clean Development Mechanism CDM ist das Projekt offiziell noch nicht eingeschrieben. Möglicherweise ist geplant, Zertifikate am freiwilligen Markt anzubieten.

¹⁸⁷ Span.: „DESA como empresa socialmente responsable tiene dentro de sus objetivos brindar apoyo a las comunidades en el área de influencia del Proyecto Hidroeléctrico Agua-Zarca.“ www.desa.hn [8.8.2013]

¹⁸⁸ www.desa.hn [8.8.2013]



Karte Nr.5: Von Süden nach Norden: Staumauer, Wasserdruckkanal, Drucktank, Maschinenhaus.
 Quelle: www.desa.hn [10.09.2013]

Agua Zarca soll einen 21 Meter hohen Damm, einen 300 Meter langen, 3,4 Hektar großen Stausee und drei Kilometer Wasserumleitungskanal umfassen¹⁸⁹ (FMO 2013). Für die Bauarbeiten wurde der indigenen Gemeinde La Tejera der lebensnotwendige Zugang zum Fluss Gualcarque versperrt. Der Fluss dient der Bewässerung der Felder, dem Baden, Fischen und hat eine spirituelle Bedeutung für manche Lenca-Gemeinden. Auch wurden indigene Ländereien am Flussufer, die von Subsistenzbäuer*innen bebaut wurde, durch die Firma zerstört (INT 17, 19, 20; Bird 2013 b):

Sie lassen uns ohne das Land, auf dem wir arbeiten, stehen. Wir leben von der Mais-, Kaffee- und Bohnen-Landwirtschaft. Und diese Ländereien werden zerstört und aufgewühlt, weswegen wir nicht mehr arbeiten werden können.¹⁹⁰ (INT 20)

Die offiziellen Repräsentationsorgane sind die Patronatos jeder Gemeinde, deren Präsident*innen auch in der indigenen Bevölkerung Legitimität besitzen – bzw., wenn sie die Meinung der Bevölkerung nicht mehr vertreten, abgesetzt werden. Einige Patronatos von Río Blanco gehören ebenfalls COPINH an. Die Río Blanco Gemeinden und insbesondere die am meisten betroffene Gemeinde La Tejera haben bei verschiedenen Gelegenheiten, in offiziellen Versammlungen oder über Protestaktionen „die klare Position der Gemeinden, dieses Projekt NICHT zu erlauben, welches nur die Privatfirmen, deren Kapital und die Vertreibung unterstützt“¹⁹¹, ausgedrückt (COPINH 14.3.13):

¹⁸⁹ www.desa.hn [8.8.2013]

¹⁹⁰ Span.: “Nos dejan sin la tierra de donde nosotros trabajamos, vivimos de la agricultura del maíz, del café, y de los frijoles. Y estas tierras están siendo derrumbadas y escarbadas por lo tanto nosotros ya no vamos a poder trabajar.”

¹⁹¹ Span.: “la posición clara de las comunidades de NO permitir este proyecto que solo beneficia a las empresas privadas, sus capitales y el despojo.”

Die Ablehnung beruht darauf, dass es [das Wasserkraftwerk] den Lebensraum angreift, den Gualcarque-Fluss und seine Nebenflüsse für über 20 Jahre privatisiert, das kulturelle und wirtschaftliche Erbe zerstört und den Verlust des Menschenrechts auf Wasser bedeutet. Die Privatisierung des Flusses stellt auch eine offene Verletzung der individuellen und kollektiven Rechte des Lenca-Volkes dar.¹⁹² (COPINH 19.4.2013)

Auch hängt die Abwehr des Staudamms mit dem spirituellen Verhältnis der Lenca zum Gualcarque- Fluss zusammen:

Für das Lenca-Volk ist die Privatisierung der natürlichen Gemeingüter, insbesondere der Flüsse, inakzeptabel. Der Gualcarque-Fluss hat eine sehr große spirituelle Bedeutung für das Lenca-Volk. Für sie [die Lenca] leben in diesem Fluss die Wassergeister, und jegliche Aggression gegenüber dem Fluss ist eine Aggression gegenüber ihren Geistern.¹⁹³ (Bertha Cáceres, zitiert in Gonzalez 2013)

Wir wollen unsere Flüsse frei [fließen lassen] und damit den unbedingt nötigen Beitrag zum Gleichgewicht aller Formen des Lebens und des Planeten leisten sowie als Volk mit der eigenen Kosmovision fortbestehen, die konträr zum räuberischen und zerfallenden Kapitalismus und Rassismus steht.¹⁹⁴ (COPINH 17.4.2013)

COPINH sieht die Verteidigung des Territoriums gegen Agua Zarca als Teil eines “Prozesses der Dekolonialisierung unserer Territorien und unserer Leben”¹⁹⁵ (COPINH 2.8.13) und als Kampf gegen die Auslöschung der indigenen Lebens- und Produktionsweisen sowie der eigenen Kultur und Spiritualität. Häufig bezieht sich COPINH auf den historischen Kampf gegen Unterdrückung und Kolonialismus, der mit dem Lenca-Häuptling Lempira seinen berühmten Anfang nahm:

[D]ieser Kampf ist Teil eines Prozesses, den COPINH zur Verteidigung der Rechte als Lenca-Volk, zur Verteidigung der Autonomie, der Flüsse, der Kultur und unserer eigenen Existenz als indigenes Volk vorantreibt. Da den kapitalistischen und rassistischen Herrschaften dies egal ist und sie die Tiefgründigkeit, die Komplexität, das Verhältnis, die Bedeutungen der Existenz aller Lebensformen, der Mutter Erde, des Gleichgewichts und unserer Kosmovisionen nicht verstehen, sehen wir uns in permanenter Notwendigkeit, uns als Töchter und Söhne von Lempira mit aller Legitimität aus einem Projekt für das Leben heraus zu verteidigen.¹⁹⁶ (COPINH 2.4.13)

Die Ablehnung des Projekts und das indigene Recht auf eine freiwillig vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebenen Befragung bzw. Zustimmung (FPIC) werden jedoch nicht respektiert. Wie in Folge sichtbar wird, setzten die Firma und staatliche Institutionen von Anfang an

¹⁹² Span.: “Este rechazo se funda en que el mismo agrede el hábitat, privatiza el Río Gualcarque y sus afluentes por más de 20 años, destruye patrimonios culturales y económicos, y significa la pérdida del derecho humano al agua. La privatización del río constituye también una abierta violación a los derechos individuales y colectivos del Pueblo Lenca.”

¹⁹³ Span.: “Para el pueblo Lenca es inaceptable la privatización de los bienes de la naturaleza, particularmente los ríos. El Río Gualcarque tiene una importancia espiritual muy grande para el pueblo Lenca. Para ellos, en ese río viven los espíritus del agua y cualquier agresión al río, es una agresión a sus espíritus”

¹⁹⁴ Span.: “queremos nuestros ríos libres y así poder seguir dando el aporte imprescindible y fundamental al equilibrio de todas las formas de vida y del planeta, como también existiendo como Pueblo con su cosmovisión propia, contraria al capitalismo y racismo depredador y decadente.”

¹⁹⁵ Span.: „proceso de descolonización de nuestros territorios y de nuestras vidas”

¹⁹⁶ Span.: “Que esta lucha es parte de todo un proceso que mantiene el COPINH en defensa de los derechos como Pueblo Lenca, de autonomía, de los ríos, cultura, y de nuestra propia existencia como Pueblo Indígena, ya que los señores capitalistas y racistas no les importa ni comprenden la profundidad, la complejidad, la relación, los significados de la existencia de todas las formas de vida, de la Madre Tierra, del equilibrio y de nuestras cosmovisiones nos vemos en la permanente necesidad como hijas e hijos de Lempira a defendernos con toda la legitimidad desde el proyecto de la vida.”

Bestechung und gewaltsame Strategien zur Einschüchterung und Repression der Staudammgegner*innen ein. Aufgrund der starken Einschränkung ihres Lebensraumes und der Tatsache, dass ihre Meinung ignoriert und unterdrückt wurde, sahen die Gemeinden Río Blancos keine andere Möglichkeit, als ab dem 1. April 2013 eine permanente Blockade auf der neu gebauten Zufahrtsstraße zur Baustelle auf der Höhe von La Tejera zu errichten. Zur Eskalation des Konflikts kam es am 15. Juli, als das auf dem Firmengelände stationierte Militär auf eine Demonstration der lokalen indigenen Staudammgegner*innen schoss und dabei ein lokales COPINH-Mitglied starb und weitere verletzt wurden. Daraufhin zog sich die Staudamm-Firma DESA temporär vom Gelände zurück, bezichtigte jedoch COPINH-Mitglieder der Schuld an der Gewalt und leitete verstärkte juristische Maßnahmen gegen diese ein. Geplant war ursprünglich, das Projekt bis 2014 fertig zu stellen¹⁹⁷. Bisher ist unklar, ob der Protest erfolgreich sein und zu einem endgültigen Baustopp oder zumindest der Ermöglichung des Zugangs zum Fluss, zu den Anbauflächen und Entschädigungen führen wird, oder das Projekt dennoch mit gar verstärkter Gewalt durchgesetzt werden soll¹⁹⁸. Durch den Widerstand und internationale Solidaritätsarbeit konnte bisher erreicht werden, dass der Sonderberichterstatter für indigene Völker den Fall überprüft und sich eine Bank aus der Finanzierung zurückzog. Der ‚Erfolg‘ oder das ‚Scheitern‘ von Agua Zarca bzw. des Widerstands wird auch Auswirkungen auf weitere Projekte in Honduras sowie in näherer Umgebung haben: Weitere Stellen des Flusses, Nebenflüsse und Landflächen sind schon an andere Wasserkraft- und Bergbauunternehmen konzessioniert (COPINH o.A.; Telefonat Aureliano Molina 1.9.2013).

6.2.1.3.2 Beteiligte Firmen und Banken

Die speziell für das Projekt im Jahr 2008 gegründete „100 % honduranische“¹⁹⁹ Aktiengesellschaft Sociedad Mercantil Desarrollos Energéticos S.A. (DESA) erhielt im September 2010 die für 20 Jahre (mit Möglichkeit der Verlängerung) geltende Konzession für den Fluss. Agua Zarca ist Bestandteil der 2009 kurz nach dem Putsch eingeleiteten öffentlichen Auftragsvergabe (Licitación N° 100-1293/2009) an insgesamt 47 erneuerbare Energieprojekte. Im August 2012 schloss DESA zusammen mit 23 weiteren erneuerbaren Energieprojekten einen Zuliefervertrag mit der Energiefirma ENEE ab (ENEE 2012: 23 f; o.A.).

Der Manager von DESA, Ing. David Castillo, machte seine Ausbildung auf der West Point Militärakademie in den USA, diente von 2004 bis 2007 als Assistent für den Direktor des

¹⁹⁷ www.desa.hn [8.8.2013]

¹⁹⁸ Aktuelle Informationen dazu befinden sich auf der Homepage: www.hondurasdelegation.blogspot.com, oder der Homepage und dem Blog von COPINH: www.copinhonduras.blogspot.com, www.copinh.org

¹⁹⁹ www.desa.hn [8.8.2013]

Geheimdienstes der honduranischen Armee und war von 2006 bis 2010 [sic!] Technischer Direktor der ENEE²⁰⁰. In ihm materialisieren sich deutlich die engen strategischen Verbindungen von DESA mit dem Staatsapparat.

Ein Drittel (16.650.000 Lempira – 599.724 €) des Gründungskapitals der Aktiengesellschaft DESA wurde von der Firma Potencia y Energia de Mesoamerica (PEMSA) zur Verfügung gestellt. Zwei Drittel (33.350.000 Lempira – 1.201.250 €) des Kapitals kam von der Firma Inversiones Las Jacarandas S. A., die den Atala Zebalah Brüdern gehört: Pedro Atala Zebalah, José Eduardo Atala Zebalah (Vizepräsident der Association of American Chambers of Commerce in Latin America und Repräsentant von Honduras für die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration CABEI) und Jacobo Atala Zebalah (Präsident der honduranischen Sektion der Zentralamerikanischen Bank BAC). Die Atala Familie ist in Honduras als Unterstützerin des Putsches im Jahr 2009 bekannt; insbesondere Camilo Atala, Cousin der drei Brüder und Vizepräsident der honduranischen Bank FICOSAH (Bird 2013 b: 17 f). DESA prognostizierte den Wert der Gesamtinvestition für Agua Zarca auf 1.302 Millionen Lempira (~ 47 Millionen €) (AHPPER 2013), laut Profundo-Studie könnten die Kosten sogar bis zu 168,3 Millionen Dollar geschätzt werden (Warmerdam/van Gelder 2013: i). Es ist wahrscheinlich, dass DESA durch eine Kombination von „debt and equity, normally in a 70:30 ratio“ (Warmerdam/van Gelder 2013: 4) finanziert wird. Das heißt etwa 30 % besteht aus Eigenkapital, bzw. aus dem Kapital der Teilhaber Inversiones Las Jacarandas S.A. und PEMSAs, und 70 % werden über Kredite anderer Banken finanziert.

Diese externe Finanzierung kommt zum Teil von der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration CABEI, die DESA 2012 einen 24.4 Millionen-Dollar-Kredit (etwa 18 Millionen €) zugestand²⁰¹ - dies vermutlich nicht unabhängig vom DESA-Aktionär José Eduardo Atala Zebalah, Chef der honduranischen Sektion von CABEI (Bird 2013 b: 18). CABEI präsentiert sich mit seinen Umwelt- und erneuerbaren Energieprogrammen als besonders ökologisch. Die Bank wird unter anderem von USAID, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Europäischen Investitionsbank und der französischen Entwicklungsbank Proparco finanziert (Warmerdam/van Gelder 2013: 4).

²⁰⁰ Dabei waren seine Schwerpunkte laut LinkedIn: „150 MW PPA Thermal Energy, Patuca III (104MW), Los Llanitos & Jicatuyo (300 MW) development and EPC contracting, \$25MM Modernization Project with World Bank, 250 MW Renewable Energy Bid and 100 MW Wind Power Farm“.
Quellen: <http://www.linkedin.com/pub/david-castillo/39/a55/6a2>; <http://www.tsc.gob.hn/Denuncia%20Ciudadana/2009/066-2009-DCSD.pdf> [15.8.2013]

²⁰¹ <http://www.bcie.org/?prj=56&title=Desarrollos%20Energ%C3%A9ticos%20%28DESA%29.%20Proyecto%20Hidroel%C3%A9ctrico%20Agua%20Zarca&lang=es> [10.8.2013]

An der Finanzierung ist außerdem die holländische Entwicklungsbank FMO beteiligt. Diese führte nach Beschwerden von COPINH und einem Netzwerk an Organisationen im Oktober 2013 eine außerordentliche Prüfung des Falles durch und besuchte Río Blanco. Die ‚unabhängige‘ Forschungsreise wurde von der Firma DESA koordiniert, und da mit keinem*r einzigen Staudammgegner*in gesprochen wurde, gelangte FMO zu dem Schluss, dass die Bevölkerung das Projekt befürworte (FMO 2013). Die Militarisierung wurde als für die honduranische ‚Kultur‘ angemessen und somit legitim erachtet (vgl. Treffen mit FMO am 26.11.2013). Auch der Central American Mezzanine Infrastructure Fund CAMIF, der wiederum aus Geldern von CABEL, FMO, der Internationalen Finanzkorporation der Weltbank IFC und der Interamerikanischen Entwicklungsbank besteht, plante, DESA mit 40 Millionen Dollar zu finanzieren. Nach einer offiziellen Beschwerde von COPINH beim Compliance Advisor Ombudsman (CAO) der IFC begann diese im November 2013 mit einer Untersuchung des Falles, woraufhin sich CAMIF aus der Finanzierung zurückzog²⁰² (CAO 2014). Wie ersichtlich ist, ist die Finanzierung der Banken stark untereinander vernetzt und über von diesen Banken auf dem Finanzmarkt angebotenen Aktien für private Aktionär*innen und Investment-Fonds noch weitaus intransparenter (vgl. Bird 2013 a). Die genannten Banken müssen normalerweise gewissen Grundsätzen folgen, wie den Equator Principles oder den IFC Performance Standards und sollten somit von Honduras ratifizierte Menschenrechtskonventionen, wie diejenigen zu indigenen Rechten, berücksichtigen (vgl. BankTrack 2013 a).

Die weltweit größte Staudammfirma Sinohydro aus China gewann im November 2012 die Ausschreibung von DESA und wurde für 24 Monate für den Bau beauftragt. Sinohydro ist für illegale Praktiken bekannt, unter anderem das Verdünnen der Zementmischung beim Bakum-Damm in Borneo. In Ecuador wurde Sinohydro aufgrund schwerer Arbeitsrechtsverletzungen beim Kraftwerk Coca Codo Sinclair vor Gericht gebracht. Der größte Staudamm in Honduras, Patuca III, wird trotz massiver Proteste ebenfalls von Sinohydro errichtet (Warmerdam/van Gelder 2013: 3; OFRANEH 2011; International Rivers o.A.). Nach der internationalen Aufschrei nach der Ermordung des Staudammgegners zog sich Sinohydro im August 2013 aus dem Vertrag zurück (Business & Human Rights Resource Centre 2013).

Die deutsche Firma Voith Hydro Holding GmbH & Co. KG, ein Gemeinschaftsunternehmen von Voith und Siemens, liefert für Agua Zarca technisches Material, unter anderem die drei Turbinen. In einem öffentlichen Brief prangerte im Juli 2013 die Honduras-Delegation gemeinsam mit mehreren deutschen und österreichischen zivilgesellschaftlichen

²⁰² http://www.cao-ombudsman.org/cases/case_detail.aspx?id=208 [10.12.2013]

Organisationen die Firma wegen ihrer indirekten Mittäterschaft an der eskalierenden Situation an und forderten den Rückzug aus dem Projekt (HondurasDelegation *et al.* 2013). Im Antwortschreiben schob Voith Hydro jegliche Verantwortung auf seine honduranischen Partner und verwies auf die Nachhaltigkeit und die sozialen Vorteile von Wasserkraft für Honduras. So behauptete sie, dass das Hungerproblem durch grüne Energie behoben würde – was angesichts der Zerstörung kommunaler Anbauflächen wenig glaubwürdig ist. Trotz ihres Versuchs, in der Öffentlichkeit als ethisch korrekte und an Corporate Responsibility-Grundsätzen orientiert aufzutreten, ist die deutsche Firma nicht zum ersten Mal in hoch umstrittene Staudammprojekte involviert (vgl. International Rivers 2008; Hurwitz 2010).

Auch die zentralamerikanische Baufirma COPRECA (Concreto Preesforzado de Centroamérica SA) soll am Bau beziehungsweise an den Materiallieferungen beteiligt sein (Warmerdam/van Gelder 2013: 3).

6.2.1.3.3 Strategien zur Durchsetzung

Nicht-Respektierung des FPIC und der Ablehnung der indigenen Bevölkerung

Obwohl der Plan des Staudamms Agua Zarca spätestens seit der Gründung von DESA im Jahr 2008 existiert und die Firma die Konzession 2010 erhielt, wurde erst ab Anfang 2011, als gewisse Bauarbeiten schon begannen, mit der Sozialisierung des Projekts, das heißt der Informierung und den Versuchen, die lokale Zustimmung und Bewilligungen zu erhalten, angefangen (Bird 2013 b; FMO 2013). Eine Konzession sollte nach honduranischem Recht jedoch erst nach der Sozialisierung, die zur Umweltverträglichkeitsstudie gehört, vergeben werden (INT 42; Trucchi 2010). Auch der Free *Prior* and Informed Consent FPIC der ILO-Konvention 169 betont die nötige Zustimmung *vor* Projektbeginn. Vor der Konzession waren die Gemeinden jedoch noch nicht informiert worden; 2011 lehnte die große Mehrheit das Projekt ab, und selbst jetzt, nach jahrelanger Bestechung und Bedrohung der Staudammgegner*innen ist weiterhin die Position eines Großteils der Río Blanco Bewohner*innen, insbesondere in La Tejera, ein klares ‚Nein‘ zum Projekt. Insgesamt wurde in Dutzenden indigenen Versammlungen die Ablehnung des Projekts deutlich gemacht (COPINH 2.8.13; Trucchi 11.6.2013; Telefonat Bertha Cáceres 23.11.2013). So Sabino Gonzalez, Gemeindemitglied von La Tejera: “Wir haben in Versammlungen entschieden Nein gesagt, und diese unsere Rechte wurden verletzt”²⁰³ (INT 20). Die Strategie von DESA ist, den Sinn von FPIC gewissermaßen auszuhebeln, indem versucht wird, durch lange und intensive

²⁰³ Span.: “Nosotros en cabildo abierto dijimos rotundamente que no y esos derechos a nosotros se nos han violado.”

Manipulation und Unterdrückung die Zustimmung der Bevölkerung zum Projekt zu erzwingen. Selbst, wenn inzwischen eine Mehrheit der Bevölkerung das Projekt befürworten würde – was nicht der Fall ist – wäre dies somit nicht im Sinne des FPIC. Dennoch wird von DESA oder Geldgebern wie FMO behauptet, der FPIC sei eingehalten worden und eine Mehrheit der Gemeinden wolle das Projekt. Dabei werden unter anderem weiter vom Projekt entfernte, nicht vom Staudamm negativ betroffene Gemeinden angeführt (vgl. FMO 2013; Telefonat SOA Watch 30.11.2013).

Laut Anklageschrift der indigenen Gemeinden von Río Blanco gegen DESA vom 5. September 2013 versuchten DESA-Vertreter*innen ab Januar 2011, die Bewohner*innen der am nächsten gelegenen Gemeinde La Tejera vom Staudammprojekt zu überzeugen. Dies lehnte die Gemeinde ab und hielt die Entscheidung in ihren Akten fest. Am 11. April 2011 besuchte der Landeshauptmann des Departamentos Intibucá Martiano Dominguez die Gemeinde, um sie zu überzeugen, womit er ebenso scheiterte (Bird 2013 b: 4). Am 1. Oktober 2011 fand in Río Blanco eine offizielle Versammlung (span.: *cabildo abierto*) statt, in der das Projekt erneut entschieden abgelehnt wurde. Daraufhin verließ der Bürgermeister des Munizips Intibucá zusammen mit einigen Patronato-Präsidenten und Projekt-Befürworter*innen die Versammlung und unterzeichnete in ein Privathaus den Vertrag (Telefonate CADEHO 27.11.2013, SOA Watch 30.11.2013). In einer Akte bestätigt die municipale Vertretung von Intibucá, an diesem Tag sei einstimmig für das Projekt abgestimmt worden (Corporación Municipal de Intibucá 2011). Auf der zugehörigen Unterschriftenliste mit 79 Signaturen, von welcher die Río Blanco-Gemeinden erst im Oktober 2013 zufällig erfuhren, befanden sich 34 Unterschriften von Staudammgegner*innen, welche nie dem Projekt ihre Stimme gegeben hatten; einige von ihnen können gar nicht schreiben. Es handelt sich somit um offensichtliche Unterschriftenfälschung (OCOTE Films 2013; Telefonate Bertha Cáceres 23.11.2013, CADEHO 26.11.2013, SOA Watch 29.11.2013).

Auch andere Angaben hinsichtlich der vorgegebenen Sozialisierung und erhaltenen Zustimmung zeugen von Unregelmäßigkeiten. In einem (illegitimen) Vertrag vom 3. September 2013 (*siehe unten*) heißt es beispielsweise, dass SERNA am 8. und 9. Dezember 2010 einen mit der ILO-Konvention 169 übereinstimmenden FPIC realisiert habe. Im selben Dokument steht, die Sozialisierung und Befragung in Río Blanco habe am 13. Oktober stattgefunden und eine Sozialisierungserklärung mit San Francisco de Ojuera, Santa Bárbara, sei am 15. September unterzeichnet worden (DESA/CONGEDISBA 2013).

Trotz Unregelmäßigkeiten erteilte am 27. Dezember 2011 der Landeshauptmann Martiano Dominguez die Baugenehmigung (Bird 2013 b: 4), am 24. Januar 2013 vergab SERNA die Umweltlizenz (DESA/CONGEDISBA 2013: 1).

Entwicklungsversprechen

Im Protokoll der Versammlung vom 1. Oktober 2011, die in Anwesenheit des DESA-Managers Castillo in Río Blanco stattfand, ist festgehalten, wie der Bürgermeister des Munizips Intibucá, die Anwesenden von dem Staudamm zu überzeugen versucht und die von DESA versprochenen Vorteile darstellt: sieben Schulzimmer in drei Gemeinden, Stromanbindung von La Tejera und El Barreal, Straßenbau und -wartung sowie eine Hängebrücke für Fußgänger*innen über den Fluss. Er meint, diese Projekte seien zu teuer für die Regierung, die kein Geld dafür habe. Die Gemeinden sollten sich deshalb glücklich schätzen, selbst wenn aufgrund Geldmangels bei DESA nicht alle Ansuchen (welche deutlich mehr waren) berücksichtigt werden könnten. Das Projekt sei ohnehin schon vom Kongress bewilligt. Die Stromanbindung schließe nur die Primärleitung ein, die vollständige Elektrifizierung der Häuser läge am Munizip und den Gemeinden – was vermutlich wie bei La Aurora I darauf hinauslaufen würde, dass nur zahlungskräftige Bewohner*innen bzw. die Staudamm-Unterstützer*innen von der Elektrifizierung profitieren könnten. Ein Zeitpunkt für die Um-setzung der Entwicklungsprojekte ist nicht festgelegt (DESA/Municipalidad de Intibucá 2011).

Am 25. Oktober 2011 unterzeichnete der Bürgermeister von San Francisco de Ojuera, Santa Bárbara, mit DESA eine Verpflichtungserklärung, in der DESA verspricht, gewisse Gemeinden (Plan de Encima, Santa Ana, El Barreal, La Tejera, San Ramón und La Leona) an das Stromnetz anzubinden, die „sekundären und tertiären“ Straßen in den gewissen Gemeinden zu reparieren und regelmäßig zu warten, eine Straße von San Ramón zum Staudamm zu bauen und allgemein „die Möglichkeit anzubieten, dass die für den Bau des Projekts Agua Zarca benötigten unqualifizierten Arbeitskräfte aus den dem Projekt benachbarten Gemeinden kommen“²⁰⁴. Auch in dieser Akte ist keinerlei Zeitpunkt für die Umsetzung der Versprechen festgelegt (DESA/Municipalidad de San Francisco de Ojuera 2011).

In dem späteren illegitimen Vertrag vom 3. September 2013 (*siehe unten*) verspricht DESA weitere Projekte, unter anderem die Elektrifizierung von ganz La Tejera und die Rückzahlung

²⁰⁴ Span: „Dar la oportunidad para que la mano de obra no calificada necesaria para la construcción del proyecto Agua Zarca, provenga de las comunidades vecinas al proyecto.“

getätigter Schäden an die von Landzerstörung und ‚Unfällen‘ betroffenen Personen (DESA/CONGEDISBA 2013).

Río Blanco-Bewohner*innen berichteten davon, dass DESA zugesagt habe, die sieben Klassenzimmer *vor* Beginn der Arbeiten zu bauen, was nicht geschehen ist. Auch die Anzahl der Arbeitsplätze, die DESA der Bevölkerung versprochen hatte ist viel höher als jene, die DESA selbst in offiziellen Dokumenten, die bei der Regierung eingereicht wurden, angibt (BankTrack 2013 b). Des Weiteren können Versprechungen von Arbeitsplätzen meist nur während der kurzen Bauphase eingehalten werden (vgl. FoEI 2013: 16). Da die bisherigen illegalen Praktiken und die Nichteinhaltung von Versprechen der Firma nicht unbedingt von deren Aufrichtigkeit zeugen, lehnt der indigene Rat Agua Zarca trotz Aussicht auf regionale Entwicklung ab. Deren Umsetzung hängt gemäß Erfahrungen mit anderen Projekte außerdem davon ab, ob die Autoritäten diese einfordern oder sich mit persönlichen Bereicherungen zufriedengeben.

Illegale und gewaltsame Landaneignung

Die Río Blanco-Region blickt auf jahrzehntelange Landkonflikte zurück. Ein kommunaler Landtitel von 1925 dokumentiert – die davor schon ohne Titel existierende – Ansprüche der indigenen Gemeinden auf das Territorium. Der Landtitel war von der Witwe des damaligen Präsidenten Luis Bogran an die indigenen Gemeinden zu deren Schutz übergeben worden „aufgrund von Vorhaben der Bevölkerung von Santa Bárbara, die indigenen Ländereien in Besitz zu nehmen“²⁰⁵ (Bird 2013 c: 3). Die Rechte auf ihr Territorium haben die Bewohner*innen Río Blancos seither stets vor der Privatisierung verteidigt:

Die Aussagen von Nachbarn aus Agua Caliente bezeugen, dass die ‚Indios‘ aus Intibucá ihre Ländereien fortlaufend gegen die Ankunft von außenstehenden Individuen verteidigt haben. Laut Aussagen, ‚ist, was die Indios machen‘, wenn jemand von außerhalb einen Landtitel kauft, ‚dieses Land zu besetzen, und wer am Ende verliert, ist derjenige, der dort Land kauft.‘ Außerdem bemerken sie, dass die Indigenen von Río Blanco ihre Rechte auf andere Weise verwalten, da sie kaum Zäune benützen, sondern nur Pfosten, um die Ackergrenze zu markieren.²⁰⁶ (Bird 2013 c: 4)

Offizielle Dokumente und mündliche Erzählungen der Ältesten deuten auf konfliktreiche und teilweise blutige Versuche der Landaneignung durch Großgrundbesitzer*innen aus Santa Bárbara insbesondere in den 1920ern, 40ern und schließlich 80/90ern hin. Der in den 80/90ern nach El Barreal gezogenen nicht-indigenen Pineda Madrid-Familie kamen die neoliberalen

²⁰⁵ Span.: „ante pretensiones de la población de Santa Barbara adueñarse de a las tierra indígenas.”

²⁰⁶ Span.: „Los testimonios de vecinos de Agua Caliente explican que los “indios” de Intibuca han defendido sus tierras de manera constante contra la llegada de individuos ajenos de las comunidades de Río Blanco. Según testimonio, cuando alguien de afuera compra un derecho allí “lo que hacen los indios es ir a ocupar la tierra, el que sale perdiendo es el que compra allí.” Además notan que los indígenas de Río Blanco administran sus derechos de manera diferente ya que poco utilizan cercos, mas bien solo ponen postas para marcar los linderos.”

Landreformen zugute, welche den Verkauf ejidaler Ländereien ermöglichten. „Nachbargemeinden von Río Blanco erklären, dass die Familie Madrid viel Land in Agua Caliente, Zacapa [Santa Bárbara], besessen habe, der Zugang zu billiger Arbeitskraft der ‚Indios‘ von Río Blanco sie jedoch dazu brachte, in diesen Sektor zu ziehen“²⁰⁷ (Bird 2013 b: 4). Teilweise fand die private Aneignung der indigenen Ländereien offiziell legal statt, war jedoch aufgrund der Art und Weise der gewaltsamen Besitznahme und der systematischen Verweigerung des Zugangs zum Rechtssystem für die indigenen Gemeinden bei genauer Betrachtung illegitim und gar illegal. Die gewaltsame Enteignung der indigenen Ländereien verstößt gegen das Munizipal-Gesetz Intibucás von 1990 und die 1994 ratifizierte ILO-Konvention 169. Die Akkumulation des Landes durch die Madrid-Großfamilie geschah mithilfe der Unterstützung staatlicher Apparate, wie der Polizei und der Justiz, welche nie auf die Klagen der indigenen Bevölkerung reagierten. So umzäunte die Madrid-Familie plötzlich Ländereien und trieb mehrere Jahre hintereinander ihre Rinder kurz vor der Ernte auf die Anbauflächen der Lenca, um deren monatelange Arbeit und Lebensgrundlage zu zerstören und sich letztendlich selbst die Flächen aneignen zu können sowie Zugang zur Arbeitskraft zu erhalten. Einige dadurch verzweifelte Familien akzeptierten daraufhin Geld und die anschließende Umzäunung ihrer Ländereien. Andere Ländereien wurden ohne Kenntnis und Erlaubnis der Bevölkerung vom Bürgermeister von Intibucá an die Großfamilie Pineda Madrid vergeben. Auch einige Ländereien auf der Seite des Departamentos Santa Bárbara wurden auf diese Weise akquiriert (Bird 2013 a; b: 4 ff; c: 4 f; INT 17).

Die Landaneignung durch DESA baut auf den bestehenden ungleichen Eigentumsverhältnissen auf und stellt eine weitere Zuspitzung des Konflikts und der Privatisierung und Enteignung der indigenen Gemeinden dar. Auf die Nutzer*innen der fruchtbaren ejidalen Flächen am Flusssufer war in den letzten Jahren der Druck stark gestiegen. So wurden dort insbesondere während der Zeit, als Mitglieder der Pineda Madrid Familie schon bei DESA angestellt waren, die für den Staudamm relevanten Felder mit der Taktik des Darübertreibens der Rinder und des Zerhackens der Maisernte zerstört, um die Familien zum Verkauf zu zwingen. Flächen, die für den Straßenbau von DESA benötigt wurden, waren kurz davor von der Familie Madrid erstanden worden (Bird 2013 b: 5 f; c: 5; INT 17).

²⁰⁷ Span.: „Vecinos de Río Blanco explican que la familia Madrid habían poseído mucho tierra en Agua Caliente, Zacapa, sin embargo el acceso a la mano de obra barata de los “indios” de Río Blanco les impulso trasladar hacia este sector.”

Die betreffenden Ländereien von Río Blanco „sind ejidal municipal, weswegen einige alles verlieren werden, weil wir keine offiziellen Dokumente besitzen“²⁰⁸, erklärte Sabino Gonzalez, Subsistenzbauer aus La Tejera (INT 20). Indigenem Gewohnheitsrecht nach haben indigene Völker jedoch auch ohne offizielle Titel Anspruch auf ihr Land, besonders, wenn die Natur des 1925 ausgestellten Titels in Betracht gezogen wird.

Laut Grundbüchern erwarb DESA am 24. August und 13. Dezember 2011 Landtitel innerhalb des indigenen Territoriums Río Blanco. Anfang 2012 begannen DESA und Sinohydro, das Lenca Land von La Tejera – inklusive Flächen, die soweit bekannt ist, nicht gekauft worden waren – zu invadieren und zerstörten die Anbauflächen. Ein Hügel bei La Tejera wurde zur Kiesgewinnung für den Bau einer zum Projekt führenden Straße abgetragen. Diese Straße wurde ab 2011 illegalerweise konstruiert: DESA hatte 2010 mit der Gemeinde Zacapa ein Abkommen abgeschlossen, in dem der Straßenbau im Gegenzug zum Bau weitläufiger Infrastruktur, inklusive Häuser, Schule und Gesundheitszentrum, erlaubt worden war. Da von den Versprechen laut Präsident des Patronatos Zacapa keines eingehalten wurde, erklärten die Gemeinden das Abkommen für null und nichtig. Des Weiteren zerstörten Traktoren in kleines Solarenergie-Kraftwerk, das der spärlichen Stromversorgung La Tejeras diene (Bird 2013 a; 2013 b: 5 f; Telefonat SOA Watch 30.11.2013).

Im März 2011 wurde auf illegale Art und Weise versucht, eine gemeinschaftlich von La Tejera genutzte Fläche (30 Manzanas – 21 Hektar) an vier Staudammbefürworter und Patronato-Mitglieder von El Barreal zu vergeben. Die darauf liegenden Quellen, von welchen die Einwohner*innen von La Tejera das Trinkwasser bezogen, wurden umzäunt, um der Wasserversorgung des Firmengeländes bei El Barreal zu dienen. Aufgrund des Protests und des Niederreißens dieses illegalen Zaunes durch die La Tejera Bewohner*innen wurden Felipe Gomez und Domingo Sanchez am 1. November 2012 angeklagt (INT 16, 17, 18, 20; COPINH 14.3.2013; Bird 2013 b: 6).

Ende März 2013 verbot das Firmen-Sicherheitspersonal den Gemeinden die Nutzung des Flusses – welcher wichtiger Lebensmittelpunkt ist und zur Bewässerung der Felder, zum Schwimmen und Fischen verwendet wurde (INT 19; Bird 2013: 7). Dies war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Am 1. April begannen Hunderte Río Blanco Bewohner*innen mit einer hartnäckigen und bisher trotz zahlreicher gewaltsamer Räumungen ununterbrochenen Blockade derselben Straße, die illegalerweise von DESA gebaut worden war

²⁰⁸ Span.: „es ejidal municipal, es por eso que algunos van a perder todo porque no tenemos documentos oficiales“

(COPINH 2.4.2013; Rights Action Team 2013; Bird 2013 b: 7; Telefonat SOA Watch 29.11.2013).

Delegitimierung des Protests

Von Seiten der beteiligten Unternehmen und staatlichen Institutionen sowie internationaler Geldgeber wird versucht, dem Protest der indigenen Bevölkerung jegliche Legitimation zu entziehen. Einerseits wurde teilweise geleugnet, bei den Einwohner*innen Río Blancos handle es sich um Indigene, andererseits wird COPINH als externe, rein aus ideologischen Motiven und gewaltsam agierende Organisation dargestellt, während ,die lokale Bevölkerung eigentlich den Staudamm befürworte.

Rigoberto Cuéllar, Minister von SERNA unter der Lobo-Regierung und seit Sommer 2013 im Obersten Gerichtshof, ist einer derjenigen, der behauptete, bei Río Blanco handle es sich um kein indigenes Territorium. Er gründete seine Meinung vermutlich darauf, dass das Lenca-Volk keine eigene Sprache mehr besitzt. Bertha Cáceres strich in einem Interview den rassistischen Gehalt dieser Behauptungen heraus (Roca Dalton 2013). Die indigene Identität wird häufig auf deren kulturellen Gehalt wie Sprache oder Kleidung reduziert, in Bezug auf gewisse Entwicklungsprojekte für die ,arme oder unterentwickelte' Landbevölkerung instrumentalisiert oder aber auch strategisch geleugnet. Es ist jedoch deutlich, dass es sich im Bundesland Intibucá und speziell in der Region Río Blanco um indigenes Territorium handelt:

Wenn von den Bewohner*innen von Intibucá gesprochen wird, verwenden die Nachbar*innen aus Santa Ana und Agua Caliente in Santa Bárbara die Bezeichnung ,Intibucano' und ,Indio' als Synonyme. Ebenso identifizieren sich die Einwohner*innen der Zone Río Blanco mehrheitlich als Indigene, Lenca oder Intibucanos als gleichbedeutende Begriffe, und identifizieren die Nachbargemeinden von Santa Bárbara als Nicht-Indigene.²⁰⁹ (Bird 2013 c: 2)

Dies drückte auch ein Einwohner von Río Blanco folgendermaßen aus:

Hier leben wir, hier sind wir geboren, hier bleiben wir und hier sterben wir auch. Sie [die Madrid-Familie] kommt hierher mit Lügen und sagt, sie seien arbeitsam und wir, die Indios, seien Faulpelze. Das ist eine Lüge. Wir beweisen das Gegenteil mit Fakten. [...] Sie sollen uns respektieren lernen; sollen uns, unsere Würde der intibucanischen Indios respektieren. Hier bin ich präsent als Intibucaner, meine Mutter war Intibucanerin und mein Vater auch. Hier bin ich präsent als Indio und rede von Dingen, die wirklich meiner Gemeinde dienen.²¹⁰ (INT 17)

²⁰⁹ Span.: „Al referirse a los pobladores de Intibuca, los vecinos de Santa Ana y Agua Caliente en Santa Barbara usan el término “Intibucano” y “indio” de manera intercambiable. De igual manera los pobladores de la zona de Rio Blanco en su mayoría se identifican como indígenas, Lencas o Intibucanos de manera intercambiable, y identifican a las comunidades vecinas de Santa Barbara como no indígenas.”

²¹⁰ Span.: “Ahí vivimos nosotros, ahí nacimos, ahí nos quedamos y ahí morimos también. [...] Y vienen acá a mentir a decir que ellos son de trabajo y que nosotros los indios somos unos araganes. Eso es una mentira. Descomprobamos con hechos. [...] Es bueno que se vengan a respetar, y nos respetan a nosotros, a la dignidad de los indios intibucanos. Aquí estoy presente como intibucano, que mi madre era intibucana y mi padre también. [...] aquí estoy presente como indio, hablando cositas que verdaderamente a favor de mi aldea. Viva la aldea Rio Blanco aquí presente!”

Die Ablehnung erneuerbarer Energieprojekte durch die ansässige indigene Bevölkerung wird in Honduras nicht selten damit zu begründen versucht, dass die Indigenen „ignorant“²¹¹ seien, wie es Elsie Paz, ehemals langjährige Präsidentin des Unternehmer*innenverbands AHPPER, wovon DESA Teil ist, in einem Interview ausdrückte (INT 27): „Wenn jemand nicht versteht, was man ihm sagen will, so wird er glauben, man wolle ihn hintergehen.“²¹² Aus Ignoranz also verstünden die Indigenen nicht, dass Agua Zarca eigentlich ein Hilfsprojekt sei. Da der lokalen indigenen Bevölkerung vonseiten des Staates und der privaten Firmen ihre klare Haltung nicht zugetraut wird, werden bei Agua Zarca und anderen Projekten in Honduras von außen kommende Organisationen als Schuldige für den Widerstand gesucht. AHPPER besitzt Studien zu den sozialen, indigenen oder christlichen Organisationen, welche den Projekten gefährlich werden könnten – COPINH ist ganz vorne dabei (INT 27). Elsie Paz vergleicht den (friedlichen) Widerstand gegen Staudämme gar mit den Taliban:

Für mich ist die Opposition, meiner Meinung nach, eine eher fanatische, terroristische Opposition. So wie diese Religiösen [...], die Taliban, genau so ordne ich das in Honduras ein. [...] Aber wir haben uns für diesen Kampf vorbereitet, so haben wir das gemacht; wir haben kartiert, Untersuchungen angestellt, Briefe geschrieben, Anklagen eingereicht, wir haben Schemata verwendet, die die Minenfirmen benutzt haben.²¹³ (INT 27)

So ist eine Strategie die Delegitimierung des Protests durch die mediale Verbreitung der Meinung, COPINH würde aus eigenem Interesse gegen das Projekt kämpfen und die Bevölkerung, die eigentlich dafür sei, gegen DESA aufstacheln. Rigoberto Cuéllar verkündete beispielsweise, COPINH würde die Rechte auf das Land haben wollen, um selbst das Projekt durchzuführen und sich daran zu bereichern (Roqua Dalton 2013), die Bank FMO berichtete von falschen Versprechen COPINHs bezüglich einer indigenen Universität auf dem Staudamm-Gebiet (FMO-Treffen 26.11.2013). Dabei handelt es sich um strategische Verleumdungen. Der Protest entstand jedoch direkt aus den indigenen Gemeinden und wurde nicht von zentralen COPINH-Strukturen angestoßen oder am Leben erhalten:

[H]ier handelt es sich nicht um den Kampf von einer Person, sondern von Hunderten von Einwohner*innen aus den Gemeinden, die autonom in ihren Entscheidungen sind, die in dieser Zeitspanne über 30 indigene Versammlungen durchgeführt haben und ihre Autoritäten und Entscheidungsmechanismen besitzen.²¹⁴ (Cáceres, zitiert in Trucchi 11.6.2013)

Diese eigenen Entscheidungsstrukturen existieren autonom, sind jedoch auch teilweise in die Basisorganisation COPINH eingebunden. Viele Río Blanco-Bewohner*innen identifizieren

²¹¹ Span.: „son ignorantes“

²¹² Span.: „Si no entiendes lo que te van a decir, vas a pensar que te están engañando.“

²¹³ Span.: „Para mí, la oposición es, para mí, una oposición más de fanático, terrorista. Así como están los religiosos en ... todos los casos, de los Talibanes, así lo clasifico yo en Honduras. [...] Pero nosotros nos preparamos para esta guerra, lo hicimos, mapeamos, investigamos, mandamos cartas, denuncias, utilizamos esquemas que han usado los mineros.“

²¹⁴ Span.: „aquí no se trata de la lucha de una persona, sino de cientos de pobladores de comunidades que son autónomas en sus decisiones, que han realizado más de 30 asambleas indígenas durante este período y que tienen sus autoridades y mecanismos de decisión.“

sich seit Jahren als COPINH-Mitglieder; bei COPINH handelt es sich somit um keine von außen kommende Organisation. Dennoch ist klar, dass ohne die Strukturen und ohne nationale und internationale Vernetzung von COPINH der lokale Widerstand und die Repression und Ermordung von Gegner*innen kaum bekannt geworden wären. So werden COPINH und deren zentrale Personen, wie die Koordinatorin Bertha Cáceres, zum Fokus des „medialen Terrorismus“²¹⁵ (Korol 2013 a) und der Kriminalisierung.

Am 5. September 2013 wurde ein „Vertrag der Kooperation, des gegenseitigen Verständnisses, des Schadensausgleichs und der kommunitären und Umwelt-Entschädigung“²¹⁶ zwischen DESA und den Patronatos von fünf Gemeinden, die sich in einem neuen indigenen Rat²¹⁷ zusammengeschlossen hatten, unterzeichnet. Der Vertragsabschluss fand – laut Presseaussendung – unter Anwesenheit des Präsidenten Porfirio Lobo, des Präsidenten des Indigenen-Sekretariats SEDINAFROH und der Lenca-Organisationen ONILH, FHONDIL und MILH statt (Presidencia 2013; DESA/CONGEDISBA 2013). ONILH verkündete jedoch im Anschluss öffentlich, nichts von diesem Vertrag gewusst zu haben. Bei den Patronatos handelte es sich um die Vertreter*innen von denjenigen Gemeinden, die nicht unmittelbar vom Staudammprojekt betroffen sind oder im Namen ihrer Gemeinden sprachen, ohne deren Meinung tatsächlich wahrheitsgemäß zu präsentieren. So unterschrieb auch der *ehemalige* Präsident des Patronatos von La Tejera, Donato Madrid, der zuvor von der Dorfgemeinschaft wegen seiner Nähe zu DESA abgesetzt worden war. Der unterzeichnende indigene Rat CONGEDISBA wurde nur wenige Tage vor dem Abkommen gegründet und besitzt keinerlei Legitimität im Territorium (Bird 2013 b: 11; Telefonat Bertha Cáceres 9.9.2013). Dieser Schachzug ist im Kontext der schon öfter verwendeten Strategie der Spaltung von indigenen Organisationen und Gemeinden zu sehen. SEDINAFROH spielt dabei die Rolle der scheinbaren Vermittlung zwischen der Privatfirma und den Lenca-Gemeinden sowie des Garanten des abgeschlossenen Vertrags (DESA/CONGEDISBA 2013).

Spaltung der Gemeinden

Zwischen Río Blanco und umliegenden Gemeinden, und auch innerhalb Río Blancos, trägt die Delegitimierung der COPINH-Mitglieder und Staudammgegner*innen zur Spaltung bei. Die Spaltung baut, wie zuvor beschrieben, auf schon länger existierenden Konflikten um Land auf. Die durch den Staudamm entstandene Situation führte jedoch zu einer Eskalation von

²¹⁵ Span.: „terrorismo mediático“

²¹⁶ Convenio de cooperación, mutuo entendimiento, indemnización, compensación comunitaria y ambiental

²¹⁷ Consejo Regional de Gestión y Desarrollo de las Comunidades del Norte de Intibucá y Sur de Santa Bárbara (CONGEDISBA)

Anfeindungen und Gewalt und zog tiefe Gräben zwischen den entstehenden Gruppierungen: Staudambefürworter*innen und -gegner*innen. Augenzeug*innen berichteten mehrmals, dass einerseits den Personen für die Unterstützung des Staudamms oder für die Teilnahme an Versammlungen Geld angeboten wurde und andererseits die offene Ablehnung des Projekts zu starken Einschüchterungen führten, weswegen viele ihre Position nicht offen zeigen konnten bzw. können. Insbesondere die Patronato-Präsidenten und andere zentrale Personen wurden korumpiert, ein paralleler indigener Rat gegründet, Zweifel gesät und falsche Anschuldigungen und Gerüchte verbreitet. Beispielsweise behaupteten Vertreter von DESA gegenüber der Bevölkerung, Bertha Cáceres habe sich bestechen lassen und damit die Räumung der Straßensperre erlaubt (HondurasDelegation 18.11.2013). Bewohner*innen der Gemeinde Santa Ana wird erzählt, sie bekämen nur ein Fußballfeld, wenn die Straßenblockade bei La Tejera endlich beendet werde – die Staudammgegner*innen seien somit Schuld am Fehlen des Fußballfeldes (Telefonat SOA Watch 29.11.2013).

Einschüchterung, Militarisierung und gewaltsame Unterdrückung

Gegenüber lokalen Staudammgegner*innen und Mitgliedern des lokalen COPINH-Rates sowie der COPINH-Koordination wurden Drohungen, unter anderem Todesdrohungen, ausgesprochen, sie wurden mehrmals verfolgt, ausspioniert, mit willkürlichen Hausdurchsuchungen überrascht, durch Luftschüsse eingeschüchtert und an ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Die Präsenz privater Sicherheitskräfte, bewaffneter lokaler Staudambefürworter, Militär und Polizei in Río Blanco sorgt für ein Klima der ständigen Angst (COPINH 7.4.13; OCOTE Films 2013; Voz de los de Abajo 2013).

Das Militär, speziell das Erste Ingenieurs-Bataillon²¹⁸ aus der Stadt Siguatepeque (COPINH 20.4.13), und die Polizei arbeiten eng mit DESA zusammen. Der Sicherheitschef von DESA koordiniert gleichzeitig die staatlichen Sicherheitskräfte sowie maskierte uniformierte bewaffnete Securities (Bird 2013 b: 22). Soldaten und Polizisten sind seit dem 17. Mai auf dem Firmengelände beim Staudamm stationiert und erhalten dort Verpflegung, verwenden die Firmenautos und waren laut Aussagen der lokalen Bevölkerung sogar am Bau beteiligt. DESA verwendete außerdem Equipment des Ingenieurs-Bataillons (Rights Action Team 2013; Bird 2013 a; b: 7; DESA 2013; HondurasDelegation 22.7.2013; Voz de los de Abajo 2013). Der Kommandeur des Bataillons von Siguatepeque graduierte auf der US-Amerikanischen School of the Americas (SOA Watch 2013 a). Außer dem Ersten Bataillon sollen auch Truppen der

²¹⁸ Primer Batallón de Ingenieros

105. Brigade, des 14. Bataillons und des 2. Artillerie-Bataillons präsent gewesen sein (Bird 2013 b: 10), ebenso wie die ‚Streitmacht der Xatruch-Task‘²¹⁹, welche in der Landkonfliktregion Bajo Aguán, bekannt für die inzwischen über 100 ermordeten Kleinbäuer*innen und Landarbeiter*innen, im Einsatz ist. Die Soldaten schüchterten bei Räumungen der Blockade die Personen ein, indem sie ihre Erfahrungen bei Landräumungen in Bajo Aguán andeuteten (Trucchi 27.6.2013; Bird 2013 a; La Prensa 2013 b). Auch die 2013 gegründete Spezialeinheitstruppe ‚Tigres‘ soll nach Río Blanco geschickt worden sein (Trucchi 27.6.2013). Seit dem vorläufigen Abzug von DESA und Sinohydro ist das Firmengelände zu einer Art Militär- und Polizeibasis umfunktioniert worden. Stationiert ist dort unter anderem die Anfang 2013 gegründete Militärpolizei mit dem Namen ‚Operation Freiheit‘²²⁰ (Korol 2013 a; Bird 2013 b: 10; La Prensa 2013 a). Im September sollte des Weiteren eine Polizeistation in La Tejera gegründet werden, was die Gemeindemitglieder jedoch vehement ablehnten (Telefonat SOA Watch 29.11.2013). Die starke Polizei- und Militärpräsenz wird damit begründet, sie bringe Sicherheit in die Region und schütze vor den ‚gewalttätigen Staudammgegnern‘ (FMO-Gespräch 26.11.2013). Bewohner*innen der Region und internationale Beobachter*innen schildern jedoch eine andere Situation. Die von Polizei und Militär durchgeführten Patrouillen, willkürlichen Hausdurchsuchungen, das Abfeuern von Schüssen in die Luft und die Straßensperren schüchtern die Bevölkerung ein und verhindern die Bewegungsfreiheit, unter anderem auch von internationalen Menschenrechtsdelegationen, denen dadurch der Zugang zur Río Blanco-Region erschwert wird (COPINH 20.11.2013; Telefonat SOA Watch 29.11.2013).

Im Folgenden sollen mehrere der durch Agua Zarca provozierten Gewaltakte aufgezeigt werden:

Am 29. Juni 2013 wurde das an der Blockade teilnehmende Gemeindemitglied Roque Dominguez von vier Staudambefürwortern mit Macheten angegriffen, wodurch er schwere Verletzungen erlitt (Voz de los de Abajo 2013; Bird 2013 b: 8).

Am 15. Juli eröffnete das Militär unter Polizei-Präsenz das Feuer auf rund 200 Einwohner*innen, die als Protestaktion, wie schon viele Male zuvor, zum Gelände marschiert waren. Beschreibungen der Demonstrant*innen zufolge feuerten Soldaten bereits bevor die Menge das Tor erreicht hatte Schüsse in die Luft ab. Beim Näherkommen zielte der Unteroffizier Kevin Jasser Sarabia aus wenigen Metern Distanz auf den vorne stehenden

²¹⁹ Fuerza de Tarea Xatruch

²²⁰ Operación Libertad

lokalen Leiter Tomás García und schoss mindestens drei Mal, woraufhin García sofort starb. García hatte, ebenso wie ein Polizeibeamte, direkt davor darum gebeten, nicht zu schießen. Im Anschluss zielte der Soldat auf dessen schockierten 17-jährigen Sohn, Allán García, und verletzte ihn mit weiteren Schüssen schwer, andere wurden leicht verletzt. Tomás García, Mitglied vom lokalen Indigenen Rat von COPINH, hatte im Vorfeld Todesdrohungen erhalten und Schmiergeld, das ihm mehrmals angeboten worden war, abgelehnt. Kurz nach der tödlichen Attacke hörten die Versammelten erneut Schüsse vom Hügel beim Dorf El Barreal und befürchteten einen weiteren Mord an einem*r Gefährte*in. Wie sich herausstellte, handelte es sich jedoch um den jugendlichen Cristian Anael Madrid Muñoz, Enkel eines bekannten Staudammbefürworters und Sohn eines DESA-Angestellten. COPINH distanzierte sich entschieden von diesem Mord und vermutete, dies könnte eine brutale Strategie gewesen sein, um die Schuld an den Taten COPINH selbst in die Schuhe zu schieben. Der Mord an Cristian war in einer stark militarisierten und abgesicherten Zone geschehen, während die Staudammgegner*innen sich noch um den Toten versammelten und das DESA-Gelände kurzfristig besetzt hatten (CIDH 2013; Amnesty International 2013 a; COPINH 15.7.13; Bird 2013 b: 8; SOA Watch 2013 b; Korol 2013 a; HondurasDelegation 22.7.2013; Voz de los de Abajo 2013; Telefonat Aureliano Molina 1.9.2013).

Am selben Tag veröffentlichte DESA eine Pressemitteilung, in dem die Geschehnisse vollkommen anders dargestellt wurden, der Tod von Tomás García mit ‚gewaltsamem‘ Eindringen in das DESA-Gelände und mit der Selbstverteidigung des Soldaten begründet wurde und Demonstrant*innen des Mordes an Cristian Madrid beschuldigt wurden (DESA 2013). So wird letztendlich behauptet, Tomás García wäre lebensmüde mit einer Machete auf einen – bewaffneten, schon in die Luft feuern den – Soldaten, zugelaufen und hätte ihn attackieren wollen (vgl. FMO-Gespräch 26.11.2013). Da dem Militär trotz der Absurdität dieser Darstellung Glauben geschenkt wurde, bezichtigte das Gericht den Soldaten der leichtest möglichen Anklage, der Tötung aus Notwehr, und ließ ihn mit einer Kautionsvorstellung auf freiem Fuß (Bird 2013 b: 10). Kurz nach dem tödlichen Geschehnis verließen DESA und Sinohydro die Baustelle und zogen vorläufig ihre Gerätschaften zurück; aufgrund der Blockade hatten die Firmen sowieso nicht mit den Bauarbeiten fortfahren können (Korol 2013 a; COPINH 2.8.2013). Seitdem sind nur noch das Sicherheitspersonal, das Militär und die Polizei auf dem Gelände stationiert.

Am 5. September wurde Desiderio Méndez, der am 15. Juli von den Kugeln leicht verletzt worden war, um drei Uhr nachts von Polizisten in seinem Haus aufgesucht, seine Familie mit

den sechs Kindern bedroht und er selbst ohne Durchsuchungs- oder Haftbefehle – welche nach honduranischem Gesetz überdies nicht vor fünf Uhr morgens ausgeführt werden dürfen – mitgenommen. Nach rascher nationaler und internationaler Mobilisierung wurde er am Folgetag freigelassen. Die Polizei hatte ihm psychisch schwer zugesetzt und Folter angedroht (COPINH 5.9.2013; Telefonat Bertha Cáceres, 9.9.2013). Auch ihm wurde Waffenbesitz vorgeworfen. Im Anschluss musste er als vorläufige Maßnahme bis zur Verurteilung alle zwei Wochen die mühsame und teure Strecke zum Unterzeichnen ins Justizzentrum in La Esperanza fahren. Die Hin- und Rückfahrt dauert je fünf Stunden und kostet eine für die lokale Bevölkerung kaum bezahlbare Summe von je 350 Lempira (12,60 €). Dieses Mittel wurde auch bei vielen anderen Personen von Río Blanco angeordnet (Bird 2013 b: 6, 10).

Am 30. Oktober 2013 wurde Bertha Cáceres bei einer Autofahrt vom DESA-Sicherheitschef gefolgt, welcher sie bei der Gelegenheit – und nicht zum ersten Mal – mit einer sexistischen SMS belästigte. Cáceres merkte an, es sei immer wieder deutlich, „dass es etwas anderes sei, als Frau politisch verfolgt zu werden“ (HondurasDelegation 18.11.2013).

Am 6. November 2013 wurde der Anwalt von COPINH, Víctor Fernández, nach einem Treffen mit den COPINH-Koordinationsmitgliedern Bertha Cáceres, Tomás Gómez und Aureliano Molina auf dem Rückweg nach San Pedro Sula eine weite Strecke lang von einem Auto ohne Nummernschild verfolgt, welches das Licht ein- und ausschaltete, um ihn einzuschüchtern (COPINH 7.11.13). Dasselbe geschah zwei Tage darauf Aureliano Molina, der von zwei Autos, die die Lichter betätigten, verfolgt wurde (COPINH 8.11.2013).

Am 1. November 2013 drangen mehrere schwerbewaffnete und teilweise verummte Polizisten auf der Suche nach dem Vorsitzenden des Indigenen Rats, Francisco Sánchez García, welcher Wochen davor schon einmal einem Entführungsversuch entkommen war (COPINH o.A.), in mehrere Häuser in Río Blanco ein. Dabei bedrohten sie die Frauen und Kinder mit der Waffe, schlugen den 16jährigen Sohn des Vorsitzenden mit einem Gewehrkolben und drohten damit, ein Blutbad im Dorf anzurichten. Eine in einem kurzen Film darüber interviewte Mutter meint, ihre Kinder weinen jede Nacht aus ständiger Angst (HondurasDelegation 17.11.2013; CADEHO 2013; COPINH 19.11.2013).

Kriminalisierung des Protests

Eine der wichtigsten Strategien in der Durchsetzung von Agua Zarca gegen den Widerstand der Bevölkerung ist die Kriminalisierung von zentralen Staudammgegner*innen. Insgesamt sind

mehrere Dutzend Bewohner*innen Río Blancos und COPINH-Mitglieder vor Gericht angeklagt (Trucchi 27.6.13; 18.7.13; Russo 2013).

Am 1. November 2012 wurden die zwei Staudammgegner Felipe Gómez und Domingo Sánchez der illegalen Abholzung bezichtigt. Tatsächlich hatten sie dem eigenen kommunalen Land Holz entnommen, welches kurz zuvor illegalerweise für Staudammzwecke privatisiert worden war, und hatten sich gegen die Aneignung dieser Fläche und der daraufliegenden Wasserquellen gewehrt. Als vorläufige Maßnahmen mussten sie alle zwei Wochen den langen und teuren Weg ins Justizzentrum von La Esperanza zurücklegen (INT 16, 17, 18, 20; COPINH 14.3.2013; Bird 2013 b: 6).

Am 17. Mai 2013, demselben Tag, als ein großes Aufgebot von Polizei und Militär in Río Blanco erschien und sich permanent in der DESA-Basis niederließ (DESA 2013), wurde der dem Lenca-Widerstand solidarisch gegenüberstehende Priester ‚Padre Candido‘ zusammen mit 22 Gemeindemitgliedern, die sich dessen Absetzung widersetzen, im Dorf Campas des Nachbar-Departamentos verhaftet. Dabei werden Zusammenhänge mit Río Blanco vermutet (Rights Action Team 2013; Bird 2013 b: 7).

Am 24. Mai 2013 wurden Bertha Cáceres und Tomás Gómez, COPINH-Radio-Reporter und Koordinationsmitglied, auf dem Weg nach Río Blanco von einer Militäreinheit festgehalten, und Bertha Cáceres wurde erst am nächsten Tag mit vorläufigen Vorsichtsmaßnahmen, wie dem wöchentlichen Unterzeichnen in La Esperanza, freigelassen. Sie wurde fälschlicherweise des illegalen Waffenbesitzes bezichtigt, da das Militär vorgab, eine Waffe auf der Pickup-Ladefläche gefunden zu haben. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Waffe vom Militär selbst bei der Straßensperre auf der Ladefläche platziert worden war, um den Eindruck zu erwecken, COPINH sei gewalttätig. Nachforschungen bezüglich der unregistrierten Herkunft der Waffe wurden nicht angestellt und allein der Aussage des mit DESA kollaborierenden Militärs Glauben geschenkt. Nachdem der Fall am 13. Juni in einer Anhörung beiseitegelegt und die Vorsichtsmaßnahmen fallen gelassen worden waren, wurde wenige Wochen später das Verfahren – wie vermutet, aufgrund äußeren Drucks – wieder aufgerollt (COPINH 25.5.13; COPINH 2.8.13; Bird 2013 b: 8).

Am 2. August 2013 wurden Bertha Cáceres, Aureliano Molina und Tomás Gómez von der Staatsanwaltschaft der „Übergriffe, Nötigung und kontinuierlicher Schädigung“²²¹ gegenüber DESA angeklagt. Die drei COPINH-Mitglieder wurden dabei als Hauptverantwortliche des

²²¹ Span.: „usurpación, coacción y daños continuados“

Protests und der Aufwiegelung der lokalen Bevölkerung und Anstiftung zu gewaltsamen Aktionen bezichtigt. Die für DESA dadurch verursachten Kosten sollen rund 67 Millionen Lempira (über 2,4 Mio €) betragen (Pineda 2013; Trucchi 11.8.13; Bird 2013 b: 10; ADH 2013). Am 14. August wurde den drei Angeklagten vorläufige Maßnahmen, wie die der wöchentlichen Unterzeichnung in La Esperanza und ein Verbot der Rückkehr zum ‚Tatort‘, auferlegt (Bird 2013 b: 10). Am 5. September wurde eine weitere Anschuldigung der Landusurpation und Schädigung gegen die drei führenden COPINH-Mitglieder ausgesprochen (Bird 2013 b: 11). Am 12. und 13. September fand eine Voruntersuchung der drei in La Esperanza statt, in denen Beweise für deren Beteiligung am Protest, nicht jedoch der angeklagten Tatbestände vorgebracht wurden. Am ersten Tag der Anhörung wurde der Río Blanco-Bewohner William Jacobo Rodríguez verhaftet; er musste sich daraufhin ebenfalls wöchentlich in La Esperanza melden. Am zweiten Tag der Anhörung wurde der Anwalt von COPINH, Víctor Fernández, wegen seines Engagements gegen ein Bergbauprojekt in Form der juristischen Begleitung der betroffenen Bäuer*innen und in seiner Funktion als Koordinator der Umweltbewegung MADJ mit ähnlichen Vorwürfen angeklagt (Bird 2013 b: 11 f; PROAH 2013). Trotz fehlender Beweise und von verschiedenen Seiten aufgezeigten Unregelmäßigkeiten im Prozess gegen die COPINH-Mitglieder läuft das Verfahren weiterhin (vgl. Heinlein). Gegen Bertha Cáceres wurde am 20. September aufgrund der zwei verschiedenen Anklagen ein Haftbefehl ausgesprochen und die Räumung der Straßenblockade angeordnet – wogegen COPINH Einspruch erhob. So blieb Cáceres weiterhin auf freiem Fuß, musste jedoch fürchten, jederzeit eingesperrt zu werden, weshalb sie sich weniger in der Öffentlichkeit zeigen konnte. Durch das das Verbot, zum ‚Tatort‘ zurückzukehren – womit nach Auslegung des Gerichts ganz Río Blanco zählt – konnten die drei Angeklagten den Gemeinden keine weiteren Besuche abstatten. Dies schmälerte zwar die Intensität des Widerstands vor Ort nicht, trug jedoch zur Isolation von Río Blanco bei und erschwerte die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen (Bird 2013 b: 11 f; COPINH 2.10.13; Banktrack 2013 b). Die drei COPINH-Koordinationsmitglieder wurden des Weiteren mehrere Male verfolgt, eingeschüchtert und bedroht, ihre Wohnorte umkreist und Familienangehörige ausspioniert (ADH 2013). Bertha Cáceres wurde ab September angeboten, die Anklage werde fallen gelassen, wenn sie sich öffentlich entschuldige und die Gerichtskosten übernehme. Da dies einem Schuldeingeständnis gleichgekommen wäre, lehnte Cáceres dies ab (HondurasDelegation 18.11.2013).

Die verstärkte Kriminalisierung der Verteidiger*innen von (indigenen) Menschenrechten begann kurz nachdem die US-amerikanische Botschafterin in Honduras die Regierung in Bezug

auf den Konflikt in Bajo Aguán dazu aufgerufen hatte, „die Funktionsweise des Rechtssystems zu garantieren, um gegen Personen vorgehen zu können, welche Bauern dazu ermutigen, Ländereien zu invadieren“²²² (La Prensa 2013 b; Bird 2013 b: 13). An der Funktionsweise des Justizsystems ist durchaus Kritik angebracht, allerdings eher hinsichtlich des fehlenden Zugangs von Indigenen zum Rechtssystem und der strategischen Nichtbeachtung indigener Rechte. So bleibt indigenen oder bäuerlichen Gemeinden, die von illegalen Landaneignungen betroffen sind, oft keine andere Möglichkeit als drastischere Maßnahmen wie Besetzungen (vgl. Bird 2013: 13). Diese haben im Falle der Straßensperre oder kurzfristigen Besetzungen des DESA-Geländes (COPINH 19.4.2013; DESA 2013) effektive Zeichen gesetzt, wurden jedoch zur Kriminalisierung verwendet. Von vielen Seiten, unter anderem von Amnesty International (2013), wird die Straflosigkeit und fehlende Neutralität des honduranischen Justiz- und Sicherheitssystems angeprangert. Dieses verfolgt COPINH-Mitglieder und Bewohner*innen von Río Blanco strafrechtlich, während die Anklagen der Gemeinden ignoriert werden. Die Río Blanco Gemeinden hatten am 3. September DESA wegen Landusurpation und Regierungsfunktionäre und das Militär wegen Autoritätsmissbrauchs angezeigt, unter anderem den damaligen Minister von SERNA, Rigoberto Cuéllar, welcher Umweltgenehmigungen erteilt hatte, obwohl die benötigten Studien und der FPIC nicht gesetzeskonform durchgeführt worden waren. Am 1. September wurde Cuéllar vom Umweltminister zum Vertreter des Generalstaatsanwalts ernannt (INT 30; COPINH 14.3.13; Bird 2013: 3, 10; Telefonat Bertha 30.9.; Proceso Digital 2013 b).

6.2.1.3.4 Zwischenfazit

Agua Zarca ist in vielerlei Hinsicht exemplarisch, sei es in der Verflochtenheit der nationalen und internationalen, staatlichen und privaten Akteure, in den gewaltsamen Strategien der Durchsetzung sowie in der hartnäckigen Verteidigung ihres indigenen Territoriums durch die Lenca-Gemeinden von Río Blanco. Dadurch ist Agua Zarca inzwischen zu einem der bekanntesten Staudammprojekte von Honduras geworden und hat auch insofern Auswirkungen auf andere territoriale Kämpfe in Honduras. Das Territorium Río Blanco ist viel mehr als nur geographisches Gebiet auf der Landkarte, es beinhaltet das gemeinsame Zugehörigkeitsgefühl, die historischen Wurzeln, die Relevanz für die zukünftigen Generationen – die Kinder und Enkelkinder –, die spezifische Nutzungsform der kommunalen Ländereien, die Organisation in eigenen Lenca-Strukturen und das besondere Verhältnis zu ihrem Lebensraum, insbesondere

²²² Span.: “el Gobierno debe garantizar el funcionamiento del sistema de justicia para proceder contra personas que alientan a los campesinos a invadir tierras”

zum lebensnotwendigen und kulturell wichtigen Fluss Gualcarque. Die Bedrohung durch den Kontroll-Verlusts über dieses Territorium und der Ärger darüber, dass ihre Meinung mit Füßen getreten wird, dass sie als Indigene und historische Bewohner*innen des Territoriums diskriminiert werden, ihre Ernte zerstört und der Fluss privatisiert werden und anstatt der vielfältigen Nutzungsformen nur der Energieproduktion dienen soll, hat die indigenen Gemeinden zu ihrem hartnäckigen Widerstand bewegt. In diesem sieht COPINH eine Fortsetzung des historischen dekolonialen Kampfes gegen die Auslöschung indigener Lebensweisen und natürlicher Gemeingüter. Ausgeschlossen vom Rechtssystem, welches eigentlich die vorherige freiwillige Zustimmung der indigenen Gemeinden und die Respektierung der Rechte auf Land garantieren sollte, hinderten die Gemeinden die Unternehmen durch die friedliche Blockade und kurzfristigen Besetzungen des Firmengeländes selbstständig am Staudamm-Bau. Dies wurde jedoch wiederum als illegal und gewaltsam beurteilt und die Staudammgegner*innen somit einer Kriminalisierungskampagne ausgesetzt.

Dieser Widerstand gegen das ‚kleine‘, ‚grüne‘ Projekt und die damit verbundenen ‚Entwicklungschancen‘ ist für Außenstehende teilweise nicht nachvollziehbar (vgl. FMO 2013). Weshalb sollte ‚armen‘ Menschen ihr Land und ihr Fluss wichtiger sein, als Lohnarbeit, Straßen und Strom? Dies scheint auch für den honduranischen Staat und finanzierende Entwicklungsbanken unplausibel, die jedoch dadurch die illegalen und gewaltsamen Strategien der Durchsetzung durch DESA und staatliche Instanzen decken. Der Staat hat über das Justizsystem, den Sicherheitsapparat und Regierungsinstitutionen wie SERNA, SEDINAFROH und die Munizipal- und Departamento-Regierungen eine wichtige Rolle in der Absicherung der privaten Interessen gespielt (COPINH 2.4.2013; 19.5.2013; 15.7.2013; 2.8.2013; 19.11.2013). Zu den Strategien der Durchsetzung gehören Entwicklungsversprechungen, die illegale und gewaltsame Landaneignung, die Delegitimierung des Widerstands durch Verleumdungskampagnen gegen COPINH und das Absprechen des indigenen Status der Bewohner*innen, die Kriminalisierung der Staudammgegner*innen und die Spaltung der Gemeinden. Es werden strategisch indigene Rechte, insbesondere das Recht auf FPIC und Landrechte, verletzt sowie eine Militarisierung der Region vorangetrieben, die sogar zur Ermordung eines Staudammgegners führte. So könnte man durchaus von einer in Honduras immer deutlicheren „Militarisierung der Naturaneignung“ (Brand 2010) sprechen. Die politisch motivierte Verfolgung der Staudammgegner*innen, die rassistische und teilweise sexistische Diskriminierung und die Militarisierung von Río Blanco haben zu einem permanenten Klima der Angst und Einschüchterung geführt sowie zur Einschränkung von

Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Opfer physischer Gewalt sind selbstverständlich besonders betroffen.

Ziel der Kriminalisierungs- und Delegitimierungskampagne ist durchaus, COPINH zu zerschlagen, wird die Organisation doch als große Gefahr für weitere Projekte im Lenca-Territorium und in ganz Honduras gesehen. Die Repression gegen COPINH soll auch zur Einschüchterung anderer Protestbewegungen gegen Land und Green Grabbing dienen:

Die Antwort dieser mächtigen Sektoren ist, alle ihre Greifarme auszustrecken: all ihre Einflüsse und Strategien, welche ein Gesetzespaket inkludieren, das ihnen den rechtlichen Rahmen für die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen bietet und diese legitimiert. So wie sie es mit COPINH machen, als Mittel, um allen anderen sozialen Bewegungen eine Lektion zu erteilen, damit diese nicht mit ihren territorialen Kämpfen zur Verteidigung ihrer natürlichen Gemeingüter fortfahren. Schließlich nehmen diese Kämpfe in Honduras gerade zu. Sie wissen, dass das Territorium einen Ort darstellt, der schwerer kontrollierbar ist als vielleicht der Kongress, die Regierung, der Oberste Gerichtshof, die Bürgermeister, die Abgeordneten und natürlich das Militär und die Medien.²²³ (Bertha Cáceres, zitiert in Korol 2013 a)

²²³ Span.: „La respuesta de esos sectores del poder es dirigir todos sus tentáculos, sus influencias, sus estrategias, que incluyen un paquete de leyes que les avalan, les justifican ese marco jurídico para criminalizar a los movimiento sociales, como se está haciendo con el COPINH, como una manera de escarmentar a los demás movimientos sociales para que no continúen construyendo sus luchas territoriales en defensa de los bienes de la naturaleza, ya que estas luchas están creciendo en Honduras, y ellos saben que el territorio es un lugar que no pueden controlar fácilmente como lo hacen con el Congreso, con el Gobierno, con la Corte Suprema, alcaldes, diputados, y por supuesto el Ejército y los medios de comunicación.“

6.2.2 REDD+

Los proyectos REDD, son otra forma de concesionar/privatizar nuestros bienes de la naturaleza, son parte de los grandes intereses trasnacionales y sectores privados de abrir nuevos mercados de ,servicio ambientales‘, poniéndole precio a los bosques como parte material de la naturaleza. [...] Los proyectos REDD son similares a las concesiones mineras ya aprobadas que sirven para fortalecer la pérdida de soberanía económica, alimentaria, política, social y cultural; la pérdida de las posibilidades de afrontar las causas estructurales de cambio climático.

Die REDD-Projekte sind eine andere Form, unsere natürlichen Gemeingüter zu konzessionieren/privatisieren, sie sind Teil der großen Interessen der transnationalen Konzerne und privaten Sektoren, neue ,Umweltdienstleistungs‘-Märkte zu eröffnen, und setzen einen Preis auf unsere Wälder, als materieller Teil der Natur. [...] Die REDD-Projekte sind vergleichbar mit den genehmigten Bergbaukonzessionen, die dazu führen, die wirtschaftliche, ernährungsspezifische, politische, soziale und kulturelle Souveränität noch mehr einzuschränken. [Sie bedeuten auch] den Verlust der Möglichkeiten, die strukturellen Ursachen des Klimawandels in Angriff zu nehmen.

COPINH, 6.7.2012

6.2.2.1 Die Situation der Wälder in Honduras

Etwa die Hälfte des honduranischen Gebiets ist Waldfläche (55.980 km²), von der 40.280 km² als Naturschutzgebiet deklariert sind. Bei 37.400 km² handelt es sich um Laub-/Regenwälder, bei 24.700 km² um Nadelwälder, der Rest sind Misch-, Trocken- oder Mangrovenwälder²²⁴ (Gobierno de Honduras 2013 b: 93). Etwa 45,7 % sind nationale Wälder, 40 % des Waldes befindet sich in Privatbesitz, 7 % sind Ejidos (municipale Flächen), 5 % sind kommunale bzw. gemeinschaftliche Wälder, worunter auch die Titel für indigene Gemeinden fallen. Je 50 % der nationalen, ejidalen und privaten Wälder verfügen über Forstmanagementpläne (Gobierno de Honduras 2013 a: 86/b: 99).

Der Großteil der Wälder befindet sich in indigenen oder afrohonduranischen Territorien. Der Wald steht dabei in enger kultureller, spiritueller und ökonomischer Verbindung mit der darin und davon lebenden Bevölkerung, er ist Lebensraum, Wohnort, kultureller Raum, bietet Nahrung, Medizin, Holz für Küche und Hausbau und vieles andere (INT 14, 15, 28, 38). Dabei ist es notwendig, dass der Wald gemeinschaftlich genutzt werden kann und der Zugang nicht eingeschränkt ist. Dies bedeutet nicht, dass es keine gemeinschaftlichen Regelwerke für die Waldnutzung gäbe. Bisher liegen kaum offizielle indigene Land- oder Waldtitel vor. Im Falle des Regenwaldgebiets befinden sich dennoch rund 70 % in indigenem Territorium. Über den

²²⁴ Die dem offiziellen REDD+Dokument (R-PP) entnommen Zahlenangaben sind, wie rein rechnerisch ersichtlich ist, ungenau. In dem Dokument wird festgestellt, dass die Datenlage hinsichtlich der Wälder nicht eindeutig ist.

Anteil indigenen Territoriums in anderen Waldtypen gibt es keine Daten; das Lenca-Territorium ist vorwiegend Nadelwaldgebiet (Gobierno de Honduras 2013 b: 44, 100; GTZ 2007: 28).

Genauere Aussagen über Waldflächendaten oder Abholzungsraten sind generell schwierig, da fast jede Quelle andere Zahlen vorweist – kein geringes Problem für REDD+, wo für CO₂-Berechnungen Genauigkeit gefragt wäre (vgl. Gobierno de Honduras 2013 b: 98). Klar ist zumindest, dass die Entwaldungsrate sehr hoch ist; Schätzungen zufolge schwindet jedes Jahr eine Fläche von 550 bis 1200 km² (Gobierno de Honduras 2013 b: 96, 187). Laut Weltbank- und GIZ-Funktionär Peter Saile hat Honduras eine der höchsten Entwaldungsraten weltweit (INT 12). Bei den Ursachen ist man sich wiederum selbst in offiziellen Dokumenten nicht ganz einig. So wird einerseits postuliert, traditionelle Praktiken seien schuld daran – oft verbunden mit einer Argumentation des Fehlens von Forstmanagement-Plänen, Unwissen und Bevölkerungswachstum. Hier einige den offiziellen Dokumenten entnommene Aussagen:

[D]ie Mehrheit der Wälder und Naturschutzgebiete befinden sich in indigenen Territorien, ohne dass ihre Bevölkerung eine nachhaltige Nutzung gewährleistet.²²⁵ (Gobierno de Honduras 2013 b: 93)

Die Abholzung, der hohe Feuerholzkonsum für Haushaltszwecke, das Bevölkerungswachstum, die Ausbreitung von Siedlungen mit sozialer Infrastruktur gelten weiterhin als die wichtigsten Umweltprobleme in Honduras.²²⁶ (GTZ 2007: vi)

Ebenso wichtig sind die Gebräuche und Gewohnheiten, die im Gegensatz zum Forstmanagement stehen (Brandrodung, Feuerholznutzung, etc.)²²⁷ (Gobierno de Honduras 2013 b: 110).

Es ist allen bekannt, dass andere – hauptsächlich exogene – Faktoren, besonders der Landbesitz, den Subsistenzanbau auf kargen Böden und starken Steigungen vorantreibt, was die inadäquate Nutzung einführt, die, wie alle wissen, einer der Hauptgründe der Entwaldung und Landnutzung darstellt.²²⁸ (GTZ 2007: 9 f)

Viele indigene und afro-honduranische Gemeinden haben aus Unwissen oder in anderen Fällen durch die Korruption der indigenen Autoritäten die unkontrollierte Nutzung der Wälder in kommunalen Ländereien begünstigt.²²⁹ (GTZ 2007: 28)

In den Stellungnahmen von indigenen Organisationen in Honduras wird jedoch ein anderes Bild der Situation geschildert, so sehen sich die indigenen Völker als vielfach nachhaltigere Waldnutzer*innen und stellen ihre Praktiken der sie verdrängenden intensiven Forst- und Landwirtschaft und extraktiven Vorgehensweisen gegenüber (vgl. CONPAH in Gobierno de

²²⁵ Span.: „la mayoría de los bosques y áreas protegidas se encuentran en territorios indígenas sin que su población le dé un aprovechamiento sostenible y sustentable.“

²²⁶ Span.: „La deforestación, el alto consumo de leña para fines domésticos, el crecimiento demográfico, la expansión de asentamientos con la infraestructura social siguen siendo considerados como los principales problemas ambientales en Honduras.“

²²⁷ Span.: „Igualmente importantes son los usos y costumbres contrarios al manejo forestal (roza y quema, uso de leña, etc.)“

²²⁸ Span.: „Es conocido por todos que otros factores principalmente exógenos principalmente la tenencia de la tierra promueven la producción de cultivos de subsistencia en suelos pobres y pendientes abruptas que introdujeron formas de uso y prácticas inadecuadas y que por todos conocidos como una de las principales causas de deforestación y cambio de uso.“

²²⁹ Span.: „Muchas comunidades indígenas y afro-hondureñas por desconocimiento y otras veces por la corrupción de los líderes han propiciado el aprovechamiento descontrolado de los bosques en tierras comunales.“

Honduras 2013 b: 164 f). Es wurde inzwischen von verschiedenen Seiten aufgezeigt, dass es sich beim negativen Image der traditionellen Bodenbearbeitung wie durch Brachkultur „um ein wirkungsmächtiges Klischee handelt, in dem überholte Annahmen der klassischen Tropenökologie [...] mit rassistischen Zuschreibungen über die rückwärtsgewandte, unterentwickelte [...] Landwirtschaft verknüpft werden“ (Backhouse 2013: 278). Während die (lebensnotwendige) Verwendung von Feuerholz der indigenen bäuerlichen Bevölkerung als höchst klimafeindlich dargestellt wird, werden beispielsweise der Bau von Shopping-Centern, die wachsende Automobilität, steigender Fleischkonsum oder die exzessive Verwendung von Klimaanlage nicht hinterfragt, sondern weiter vorangetrieben.

Ebenso widersprechen sich die Aussagen im selben R-PP Bericht: Es wird durchaus erwähnt, dass die Entwaldungsrate erst ab den 1960ern mit der Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft und dem von Weltbank und Interamerikanischen Entwicklungsbank BID geförderten Ausbau der Viehzucht drastisch zunahm. So werden auch die Ausbreitung der Agrarzonen, der Anstieg der Viehzucht, illegale Abholzung, Waldbrände, Shrimpzucht, touristische Infrastruktur an den Küsten und auf den Inseln als Ursachen genannt, ebenso wie fehlende oder verwirrende Gesetzgebung, schwache Institutionen und Korruption (vgl. Gobierno de Honduras 2013 b: 96, 104, 110 f; GTZ 2007: 9). Die dramatische Ausbreitung von Plantagenwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, insbesondere zur Palmölproduktion (FIAN *et al.* 2011: 11), wird wiederum nicht als Grund für Entwaldung berücksichtigt. Schließlich zählen Plantagen weiterhin als Wald (vgl. Walddefinition in R-PP in: Gobierno de Honduras 2013 b: 211). Die legale Abholzung für den internen Verbrauch und den Export, insbesondere durch private Unternehmen, wird unter anderem von Weltbank, BID oder der deutschen Entwicklungsagentur GIZ unterstützt (GTZ 2007: vii, 19 f; INT 9). Sie beträgt rund 880.000 m³ im Jahr (Gobierno de Honduras 2013 b: 93). Die mit dem Waldsektor verbundenen Aktivitäten stellen etwa 4,5 % des BIP dar (GTZ 2007: 17).

Die „Nationale Klimawandel-Strategie“²³⁰ aus dem Jahr 2010, deren Ausarbeitung maßgeblich von der GIZ unterstützt wurde, enthält als einen von sieben definierten Arbeitsbereichen den Schutz von Wald und Biodiversität, darunter fällt auch das strategische Ziel der „Implementierung eines adäquaten Forstmanagements“²³¹ (SERNA 2010 b: 25). REDD+ wird darin als Beitrag zum Waldschutz genannt (SERNA 2010 a: 89) und entwickelte sich inzwischen zur zentralen Maßnahme im Wald- und Biodiversitätsschutz (vgl. INT 6).

²³⁰ Estrategia Nacional ante el Cambio Climático

²³¹ Span.: „Implementar un adecuado manejo forestal“

6.2.2.2 Nationaler REDD+Prozess

6.2.2.2.1 REDD+: Eine Win-Win-Situation?

REDD+ präsentiert sich als Lösung für die Probleme der Abholzung und des schlechten Forstmanagements in ‚Entwicklungsländern‘ wie Honduras, um auf globaler Skala dem Klimawandel vorzubeugen. Wie Benoit Bosquet, Chef der zuständigen Forest Carbon Partnership Facility FCPF, verkündete, ist das Ziel, „to jump-start a forest carbon market that tips the economic balance in favor of conserving forests“ (World Bank 2007). Die Hoffnung auf Profite durch den Verkauf von Zertifikaten im Emissionshandel ist Hauptanreiz für Honduras, um REDD+ einzuführen. Es ist vorgesehen, „bis 2020 mit einer Million Hektar Waldfläche auf den internationalen CO₂-Markt gelangt zu sein“²³² (Gobierno de Honduras 2013 b: 122). Somit geht es bei REDD+ „primär um eine neue Finanzierungsquelle für Waldschutz“ (Fatheuer 2013: 292) und eine kosteneffiziente Gestaltung der Klimapolitik. Als Offset-Mechanismus funktioniert es ähnlich wie der Clean Development Mechanism CDM und ist in Zukunft vermutlich als CDM registrierbar. Aufgrund des Auslaufens des Kyoto-Protokolls und der verbindlichen CO₂-Reduktionsziele sind die erwarteten großen Gewinne jedoch unsicher; zumindest bis 2020, wenn ein verbindliches Abkommen, in dem vermutlich REDD+ inkludiert wäre, erwartet wird. Bis dahin sind REDD(+)Zertifikate nur auf dem freiwilligen Emissionsmarkt nachgefragt, dies jedoch im vergleichsweise geringen Maßstab und derzeit mit niedrigen Preisen (vgl. INT 9, 12; Bosquet 2013; Aggarwal 2013: 1).

Um Länder wie Honduras dennoch zu motivieren, wird umso mehr betont, dass REDD+ vor allem eine Strategie dazu ist, die Umwelt-Governance und das Forst-Management in den betreffenden Ländern zu reformieren und auch „andere Kompensationsmechanismen“ (Gobierno de Honduras 2013 b: 95) einzuführen. Damit sind letztendlich Offsets für Natur gemeint, die eng mit den Zahlungen für Ökosystemleistungen PES sowie Biodiversitäts-Offsets zusammenhängen. Karla Ramos, die über die GIZ am REDD+Prozess beteiligt ist, erklärt:

Man will nicht, dass es nur um REDD geht, sondern es zu einem Projekt für Ausgleichszahlungen wird [...] für den Verkauf verschiedener Sachen, nicht nur des Schutzes über REDD, sondern des Wassers, aller möglicher anderer Ressourcen.²³³ (INT 8)

Der nationale REDD+Prozess umfasst vorerst die Formulierung eines ‚Readiness Preparation Proposals‘ (R-PP), das von FCPF angenommen werden muss, und anschließend dessen Implementierung bzw. die Ausarbeitung einer Nationalen REDD+Strategie, um bis 2017 ‚ready

²³² Span.: „al año 2022, que un millón de hectáreas de tierras de vocación forestal hayan accedido al mercado internacional de carbono“

²³³ Span.: „No quieren que sólo se enfoque en REDD, sino que sea un proyecto de compensación [...], entonces vender diferentes cosas, no sólo la protección en REDD, sino el agua, cualquier otro recurso.“

for REDD‘ zu sein. Zur Finanzierung des Prozesses versorgt FCPF Honduras mit 3,8 Millionen Dollar. Die restlichen Gelder kommen über weitere Kooperationspartner*innen wie die GIZ, USAID, große Umwelt-NGOs und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNDP (Gobierno de Honduras 2013 b). Die UNDP, beziehungsweise UN-REDD, ist außerdem ‚Durchführungspartner‘ von REDD+ für Honduras und damit das zuständige ausführende und überwachende Organ. Honduras ist eines von neun ‚Pilotländern‘ weltweit, in welchem die Weltbank (FCPF) die Verantwortung für den REDD+Prozess an externe Durchführungspartner, wie im Falle von Honduras an die UNDP, ausgelagert hat (INT 12). Die langjährige Vorbereitungszeit und Formulierung der Nationalen REDD+Strategie soll das teilnehmende Land darauf ausrichten, die Verringerung der Abholzungsrate zu ermöglichen und diese quantitativ nachzuweisen, um CO₂-Einsparungen zu messen:

[D]ie Nationale REDD+Strategie beabsichtigt die technische, institutionelle und soziale Vorbereitung zur Implementierung eines Finanz- und territorialen Umweltmanagement-Instruments, um den Verlust der Waldfläche des Landes und folglich die damit verbundenen CO₂-Emissionen aufzuhalten oder umzukehren. Die Nationale REDD+Strategie soll kohärent mit den Waldplänen, dem integralen Biodiversitäts-Management und den Ökosystemdienstleistungen des Landes sein.²³⁴ (Gobierno de Honduras 2013 b: 118)

Dazu wird eine Bestandsaufnahme des existierenden Waldes und eine CO₂-‚Inventur‘ erarbeitet, vorerst vorwiegend für den östlichen, mit Regenwald bedeckten Landesteil, im Anschluss für ganz Honduras. Die internationale NGO Rainforest Alliance führt diese Inventur zusammen mit einer Privatfirma durch und wird von USAID finanziell unterstützt (Gobierno de Honduras 2013 b: 213). Dazu werden schon jetzt Pilotprojekte bzw. Demonstrativaktivitäten von REDD+ und Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen erarbeitet und durchgeführt, hauptsächlich gesponsert von der GIZ, um auch schon vor der landesweiten REDD+ Fertigstellung Kompensationen erhalten zu können (INT 9, 29).

Die lautstarke Kritik an REDD(+) in den letzten Jahren von hauptsächlich indigenen Organisationen aus aller Welt, der Wald würde auf seine CO₂-Aufnahmekapazität und den finanziellen Wert reduziert werden, Plantagen fördern und indigene Rechte in kolonialer Manier mit Füßen treten, hatte – zumindest auf den offiziellen Diskurs – Auswirkungen. So wurde in der 16. Konferenz der Klimarahmenkonvention im Jahr 2010 unter anderem festgehalten, dass der multiple Gebrauch der Wälder anerkannt werde, REDD+ eigentlich nicht zur Umwandlung natürlichen Waldes in Plantagen führen solle und die indigenen Rechte

²³⁴ Span.: „la Estrategia Nacional de REDD+ busca preparar técnica, institucional y socialmente para la implementación de un instrumento financiero y de gestión ambiental del territorio que permita disminuir, detener o invertir la pérdida de la cobertura forestal en el país y por ende las emisiones de carbono asociadas. La Estrategia Nacional de REDD+ deberá ser coherente con los planes forestales, gestión integral de Biodiversidad y servicio eco sistémicos del país.“

respektiert würden (Bosquet 2013). Der partizipative Prozess und die Einbindung indigener Völker werden besonders betont:

„Im Fall von einheimischen Gemeinden ist ihre Rolle in der Beteiligung im Monitoring der Wälder fundamental wichtig, aufgrund ihres Wissens über das Territorium und das traditionelle Wissen, welches ein effizientes und effektives Monitoring ermöglicht“²³⁵ (Gobierno de Honduras 2013 b: 211).

Wenngleich einerseits diese Stellungnahme mit obig zitierten Aussagen über die unnachhaltige Forstwirtschaft indigener Gemeinden im Widerspruch steht und indigene Gemeinden wiederum vermutlich mit dem an den Tag gelegten Management-Jargon und der Anwendung ihres traditionellen Wissens zur ‚Effizienzsteigerung‘ wenig glücklich wären, so wird doch die inzwischen zentrale Rolle indigener Völker bei REDD+ deutlich. REDD+ wird inzwischen nicht nur als Klimaschutzinstrument dargestellt, sondern in gewissem Sinne als Mittel zur Wiedergutmachung der Klimaschuld und Wertschätzung indigener und im Wald lebender Gemeinschaften präsentiert und soll der Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung dienen (UNFCCC 2011: 24). Handelt es sich bei REDD+ tatsächlich um einen „revolutionären Schritt, der erstmals in der Geschichte die Bemühungen der lokalen Bevölkerung zum Schutz des Waldes würdigt“ (Seiwald/Zeller 2011: 429)? Stellt REDD+ eine dekoloniale Maßnahme zur Wiedergutmachung der historischen Klimaschuld der Länder des Globalen Nordens dar? Ist REDD+ letztendlich eine Win-Win-Win-Win-Win-Win-Win-Situation – gut für Wälder, gut fürs Klima, gut für die indigenen und in Wäldern lebenden Gemeinden, gut für die Länder des Globalen Südens, gut für die Käufer*innen im Globalen Norden, gut für die neuen Zertifizierungsfirmen, gut für den Finanzmarkt (vgl. Lohmann 2008)?

6.2.2.2.2 ‚Getting ready for REDD+‘ in Honduras

Anfang 2009, noch während Zelayas Regierung, begann Honduras mit der Anmeldung bei der Forest Carbon Partnership Facility FCPF. Während manche Länder schon nach einem Jahr ihre Readiness Preparation Proposals (R-PP) präsentierten, brauchte es in Honduras mehrere Anläufe und einen bedeutenden Umbau der umweltrelevanten Institutionen, bis 2013 die endgültige Version des R-PP angenommen wurde (INT 12). 2010 wurde im Zuge der Ausarbeitung der Nationalen Klimawandel-Strategie der Interinstitutionelle Ausschuss zum Klimawandel CICC gegründet (Gobierno de Honduras 2013 b: 18). Dem untersteht der ‚Unterausschuss REDD+‘²³⁶, der den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren und die Vorbereitung für REDD+ koordiniert und aus staatlichen Institutionen (mit tragender Rolle des

²³⁵ Span.: „En el caso de comunidades nativas, su rol de participación en el monitoreo de los bosques es fundamental por su conocimiento del territorio y conocimiento tradicional, permitiendo un monitoreo eficiente y efectivo.“

²³⁶ Subcomité REDD+

Forstministeriums ICF und des Umweltministeriums SERNA), der honduranischen Privatwirtschaft, nationalen und internationalen NGOs, wissenschaftlichen Institutionen, internationaler Entwicklungszusammenarbeit (v. a. UNDP und GIZ) und forstwirtschaftlichen Kooperativen zusammengesetzt ist (Gobierno de Honduras 2013 b: 28).

Im Dezember 2011 wurde der erste R-PP-Entwurf informell eingereicht, dessen erste Seite ein Hinweis auf den partizipativen Prozess schmückt: Es heißt, das Dokument sei gemäß eines „Informations- und Befragungsprozesses mit über 600 Leitern von indigenen Basisorganisationen und lokalen, vom Wald abhängigen Gemeinden“²³⁷ ausgearbeitet worden (Gobierno de Honduras 2011). Die indigene Schirmorganisation CONPAH schickte im Februar 2012, nachdem sie zufällig auf das R-PP gestoßen war, einen Beschwerdebrief an SERNA und machte deutlich, dass keineswegs eine Informierung und Befragung stattgefunden hatte. Die Stimmen stammten aus Teilnehmer*innenlisten von allgemeinen Workshops oder Versammlungen und stellten keineswegs die Zustimmung zu REDD dar (INT 28). CONPAH forderte, das R-PP solle zurückgezogen werden und eine tatsächliche Einbindung der indigenen Völker, basierend auf dem Free Prior and Informed Consent FPIC, stattfinden (CONPAH 2012 a). Die Regierung, besorgt um ihre versprochenen Millionen an Fördergeldern, ruderte zurück, verschob die offizielle Präsentation des R-PP und begann im Mai den Dialog mit CONPAH (INT 4). CONPAH nahm unter Vorbehalt somit am REDD+Prozess teil, in der Hoffnung, dass dadurch die Interessen indigener Völker nicht übergangen würden, und mit dem Ziel, die Durchführung eines FPIC durchzusetzen (vgl. INT 28, 39). Dennoch richtete CONPAH im August einen weiteren Beschwerdebrief an den Koordinator von FCPF, Benoit Bosquet, um ihn von weiteren Unregelmäßigkeiten im REDD+Prozess in Kenntnis zu setzen und anzuprangern, dass zeitgleich zum offiziellen REDD+ Dialog weiterhin ohne Befragung Aktivitäten durchgeführt werden, die die indigenen und afrohonduranischen Territorien beeinträchtigen. Dabei nennen sie unter anderem das neue Bergbau-Gesetz, den Ausbau der Agrartreibstoffproduktion und die Privatisierung der Flüsse für den Bau von Wasserkraftwerken, welche allesamt auch Abholzung nach sich ziehen (CONPAH 2012 b).

Den gravierenden Unregelmäßigkeiten zum Trotz wird laut Direktor des SERNA-Klimawandel-Sekretariats, Manuel Lopez, der honduranische REDD-Prozess international sehr

²³⁷ Span.: “proceso de Información y Consulta a más de 600 líderes de organizaciones de base indígena y de comunidades locales bosque dependientes”

gelobt. Honduras sei „das Beste der präsentierten Projekte, da es [...] ein Projekt ist, das gemeinsam mit den indigenen und afrohonduranischen Gemeinden ausgearbeitet wurde“²³⁸ (INT 6).

Im August 2012 wurde das R-PP zum zweiten Mal eingereicht, musste im Anschluss jedoch weiterhin überarbeitet werden. Am 20. Dezember 2012 unterzeichnete CONPAH mit SERNA, ICF, dem Agrarinstitut INA und dem indigenen Sekretariat SEDINAFROH eine Verpflichtungsurkunde, die den ‚Indigenen und Afrohonduranischen Tisch zu Klimawandel‘ MIACC²³⁹ gründete. Dieser soll der Repräsentation der indigenen Völker hinsichtlich klimaschutzrelevanter Themen, wie unter anderem REDD+ oder CDM, dienen. Der Free Prior and Informed Consent FPIC wird für alle Entscheidungen als Mechanismus festgelegt, wobei ein Ziel ist, mit staatlicher und internationaler Unterstützung einen Gesetzesentwurf zur Reglementierung des FPIC auszuarbeiten. Die Regierung erklärt zudem die Anerkennung der historischen territorialen Landrechte. Es heißt, dass „[d]ie Aktionen, die in indigenen und afrohonduranischen Territorien durchgeführt werden, der exklusiven Befugnis von CONPAH und dessen Föderationen unterstehen.“²⁴⁰ Dies bedeutet jedoch eine Benachteiligung von indigenen Gemeinden und Organisationen wie COPINH oder OFRANEH, die nicht Teil von CONPAH sind. Im Dokument wird des Weiteren festgehalten, dass für CONPAH vier technische Berater*innen für ein halbes Jahr ab 1. Januar 2013 angestellt werden, zwei von UNDP und zwei von der GIZ (SERNA/ICF/SEDINAFROH/INA/CONPAH 2012). Dieses Versprechen wurde jedoch nicht eingehalten, ebenso wenig wie weitere Abkommen mit CONPAH übergangen wurden – insbesondere von der GIZ und deren regionalen Programm REDD/CCAD-GIZ, das REDD+ in acht Ländern Zentralamerikas und der Karibik vorantreibt (INT 9, 11, 28, 29, 39). Die GIZ hat in Honduras eine wichtige Rolle bei REDD+, da die Agentur schon seit mehreren Jahren Programme zu natürlichen Ressourcen (PRORENA) durchführt und noch bis Ende 2013 insgesamt 80 bis 90 GIZ-Angestellte vor Ort hatte (INT 9).

Am 10. Januar 2013 wurde erneut das R-PP an FCPF geschickt, um letzte Kommentare vor der offiziellen Präsentation zu erhalten. COPINH und OFRANEH sind darin als Beteiligte am indigenen Tisch MIACC aufgeführt (Gobierno de Honduras 2013 b: 40). Darauf reagierte COPINH mit einem Brief an Benoit Bosquet des FCPF und wies darin die im R-PP behauptete Beteiligung ihrer Organisation und OFRANEH an der MIACC und an CONPAH energisch zurück. Die kategorische Ablehnung des „grünen Kapitalismus namens REDD und aller Art

²³⁸ Span.: „el mejor proyecto presentado porque es [...] un proyecto que fue trabajado con las comunidades indígenas y afrohondureñas, se trabajó conjuntamente con ellos.“

²³⁹ Vorerst noch unter dem Namen ‚Mesa Nacional Indígena de Cambio Climático‘ (MNICC)

²⁴⁰ Span.: “Las acciones que se realicen en territorios indígenas y afrohondureños son de competencia exclusivas de CONPAH y sus Federaciones”

der Ausbeutung unserer Güter der Natur und der Mutter Erde“ und dem „betrügerischen REDD+Prozess“ kommt darin deutlich zum Ausdruck (COPINH 10.2.2013). Dieser Brief stellte einen kleinen Rückschlag für den gelobten partizipativen Prozess in Honduras dar. Dennoch wurde er vom Unterausschuss REDD+ und dem FCPF der Weltbank (absichtlich) missdeutet, wie folgender Kommentar von Peter Saile (FCPF, GIZ) klar machen sollte:

Man kann es vielleicht so interpretieren, dass da der Versuch gemacht wird, nachdem sie zwei Jahre gesagt haben: ‚Wir wollen nicht‘, [...] jetzt auf einmal sehen: Da fährt ja doch ein Zug, der interessant ist, und der verlässt gerade den Bahnhof und vielleicht springt man doch noch auf. Wobei die Tür ist nicht zu. [sic!] Die können sich jeder Zeit in Zukunft wieder einklinken. (INT 12)

Anstatt die Meinung von COPINH zu respektieren, wurde im Anschluss versucht, sie zu der Teilnahme am indigenen Tisch zu überzeugen. Die Verantwortung für die weitere Vorgehensweise mit COPINH und OFRANEH wurde dabei auf CONPAH abgeschoben. Fand der COPINH-Brief somit zwar in den folgenden REDD+Verhandlungen Erwähnung, so änderte dies nichts am weiteren Vorgehen.

Im Februar 2013, während in Panama die indigene Schirmorganisation entrüstet aus deren nationalen REDD+Prozess, der viele Ähnlichkeiten mit dem honduranischen hat, ausstieg; was auch bei CONPAH Besorgnis hervorrief (Lang 2013; INT 11, 28, 39) – wurden in Honduras Nägel mit Köpfen gemacht: Die letzte Gelegenheit der Präsentation des R-PP stand kurz bevor. So besuchte Mitte Februar eine gemeinsame Mission von FCPF und UNDP Honduras, um die Fertigstellung des R-PP zu begleiten (FCPF 2013 b: 1; INT 11). Beim 14. Treffen PC14 im März 2013 in Washington D.C. wurde das über 250 seitige R-PP offiziell präsentiert. Dabei bemängelte FCPF fünf Punkte, die noch überarbeitet werden sollten. Die Überarbeitung wurde am 5. August 2013 für vollendet erklärt. Einer der Punkte war, über die Bemühungen, weitere indigene Organisationen in den Dialogprozess einzubinden, zu berichten (FCPF 2013 a, INT 29). Daraufhin führte CONPAH im April 2013 eine ‚Annäherungsreise‘ zu den bisher an MIACC und REDD+ unbeteiligten Organisationen durch. Weder COPINH noch OFRANEH zeigten jedoch Interesse (vgl. CONPAH 2013).

Im Anschluss an die endgültige Präsentation des R-PP wurde Honduras vom FCPF die versprochene Finanzierung zugestanden. Damit erhält das Land 3,8 Millionen Dollar des FCPF, sowie weitere Millionen anderer Kooperationspartner*innen für die Ausarbeitung der nationalen REDD+Strategie, um 2017 ‚ready for REDD+‘ zu sein (INT 9, 29). UNDP ist als Durchführungspartner für die Verwaltung der Gelder zuständig (FCPF 2013 a).

6.2.2.2.3 Private REDD-Projekte

Im Februar 2013 tauchte plötzlich eine Ankündigung auf der SERNA-Homepage auf, in der verkündet wurde, „Honduras [würde] KEINEN Verkauf von Emissionszertifikaten oder Kauf von Sauerstoff im Waldsektor realisieren“²⁴¹, da die nationale Implementierung REDD+ und die Bestandsaufnahme noch nicht abgeschlossen seien. So sei bisher „keine Organisation von der honduranischen Regierung dazu autorisiert, Emissionszertifikate im Waldsektor zu verkaufen“²⁴² (SERNA 2013). Wie sollte es auch private REDD-Initiativen in Honduras geben, wenn die Daten über bestehende Wälder, Aussagen über die bisherige Abholzung, Zukunftsprognosen und CO₂-Berechnungen erst angefertigt werden müssen. Schließlich baut REDD+ auf konkreten Berechnungen über die CO₂-Aufnahmefähigkeit der jeweiligen Wälder auf (vgl. Lohmann 2009). Außerdem müsste für die nationale REDD+Strategie sonst auf komplizierte Art und Weise berücksichtigt werden, wie viel Senkenfunktion schon verkauft wurde, um diese bei den nationalen Berechnungen abzuziehen. Selbst wenn SERNA aus diesen Gründen besagte Ankündigung veröffentlichte, ist diese Information stark anzuzweifeln.

Laut Aussagen verschiedener Personen gibt es auch internationale private Firmen oder NGOs, die sich in Honduras niedergelassen haben, um REDD(+) Zertifikate am freiwilligen Emissionsmarkt zu verkaufen (INT 1, 6, 9, 11). So meinte der Direktor des SERNA-Klimawandelsekretariats, Manuel Lopez: „Hier kamen Firmen, um [Zertifikate] anzubieten, um zu verkaufen. Sie erwerben Ländereien, Wälder, um später [Zertifikate] zu verkaufen. Aber niemand hat eine Zertifizierung, um dies zu tun“²⁴³ (INT 6). Auch laut Karla Ramos der GIZ kamen in den letzten Jahren vielfach private REDD-Anbieter nach Honduras, sogenannte ‚Carbon Cowboys‘, wodurch auch in Honduras sämtliche private Waldbesitzer*innen, die sich große Mengen einfach verdientes Einkommen erwarteten, ihren Wald für REDD anbieten wollten: „Es kamen jeden Tag zehn Personen, um zu fragen, was sie machen müssten, um ihren Kohlenstoff zu verkaufen“²⁴⁴ – was selbstverständlich nicht möglich war (INT 9).

COPINH ist schon mit mehreren privaten REDD-Initiativen in Kontakt gekommen. In der bei COPINH aktiven indigenen Gemeinde Montaña Verde im Munizip La Iguala, Departamento Lempira, sollte von einer Firma, deren Name nicht bekannt ist, ein REDD-Projekt durchgeführt werden. In einer Versammlung wurde das Projekt angepriesen, von der Bevölkerung jedoch

²⁴¹ Span.: „Honduras **NO** esta realizando la venta de bonos de carbono o compra de oxígeno en el sector FORESTAL.” [sic!]

²⁴² Span.: „**ninguna organizacion** esta acreditada por parte del gobierno hondureño para realizar la venta de bonos de carbono en el sector forestal.”

²⁴³ Span.: „Aquí han venido empresas a ofrecer, para vender. Adquieren tierras, bosques, para luego vender. Pero nadie tiene certificación para poder hacer eso. Tiene que pasar por una certificación.”

²⁴⁴ Span.: „llegaban 10 personas al día, preguntando qué, como podían hacer para vender su carbono“

energisch abgelehnt – mit Erfolg (Kollektives Mapping 13.2.2013). Im Munizip San Francisco de Opalaca vom Departamento Intibucá wurden an zwei Orten, bei der Gemeinde Naranjo sowie in der Sierra de Puca Opalaca, REDD-Projekte von einer kanadischen NGO namens Fundasol begonnen. Gemäß Aussagen von COPINH wurden dazu Verträge mit dem Patronato und Bürgermeister abgeschlossen und gemeinschaftliche Landtitel trotz Protestes umgewidmet (INT 16; Kollektives Mapping 13.2.2013, COPINH 25.4.2012). Laut Juan Mejía von MADJ gibt es auch im Departamento Atlántida seit wenigen Jahren private REDD-Projekte (INT 1). Die Weltbank begann schon 2006 mit einem Emissions-Offset Projekt im Nationalpark Pico Bonito (World Bank 2006; Segura Warnholtz 2011). Des Weiteren berichteten die GIZ-Funktionäre Gerhard Jansen und Carla Ramos, dass die internationale Firma Wildlife Works an Honduras Interesse zeigt (INT 9). Wildlife Works ist die weltweit größte private REDD+Firma²⁴⁵, die vor allem in Afrika Projekte durchführt und dabei den Schutz der „Big Five“²⁴⁶ werbetechnisch sinnvoll einsetzt (INT 9). Im Interview mit der GIZ zweifelten Ramos und Jansen an, ob die Biodiversität in Honduras marketing-fähig genug sei, um Zertifikat-Käufer zu finden (INT 9). Bei der derzeitigen Expansion von Wildlife Works steht auch Zentralamerika im Fokus.²⁴⁷ Laut Adalberto Padilla von IUCN begann Wildlife Works schon Mitte 2013 mit Aktivitäten in Honduras (Telefonat 24.10.2013).

Abgesehen von bereits bestehenden Projekten soll in der Zukunft eine private Schiene auf dem freiwilligen Markt neben dem nationalen REDD+Projekt von zentraler Wichtigkeit sein, an dem auch private Unternehmensverbände wie COHEP starkes Interesse gezeigt haben (INT 9; Gobierno de Honduras 2013 b: 23). Die freiwilligen Kohlenstoffbörsen verlangen normalerweise geringere soziale und ökologische Auflagen (vgl. Seiwald/Zeller 2011: 427).

6.2.2.2.4 Beteiligte Akteure und die Rolle indigener Völker

In REDD(+) manifestieren sich die verschiedenen Interessen einer großen Anzahl internationaler Akteure, die am honduranischen Vorbereitungsprozess beteiligt sind:

- internationale Organisationen, wie UNDP/UN-REDD, FAO, UNEP
- Banken, wie Weltbank/FCPF, BID
- große Umwelt-NGOs, wie Rainforest Alliance, The Nature Conservancy, IUCN
- wissenschaftliche Einrichtungen

²⁴⁵ <http://www.wildlifeworks.com/company/aboutus.php> [29.10.2013]

²⁴⁶ Zu den ‚Big Five‘ gehören Elefant, Leopard, Nashorn, Löwe und Büffel.

²⁴⁷ <http://www.wildlifeworks.com/company/aboutus.php> [25.10.2013]

- Staaten und Staatenverbände, wie die EU, Deutschland, die USA über ihren United State Forest Service USFS, oder Taiwan, welche das nationale Wald-Monitoring von REDD+ übernehmen soll (Gobierno de Honduras 2013 b: 37, 215), sowie staatliche Entwicklungsorganisationen (wie GIZ, USAID, die Schweizer COSUDE, die kanadische ACDI)
- Unternehmen wie der Erdölkonzern BP als wichtige Unterstützerinnen des FCPF²⁴⁸.

Daneben treiben internationale NGOs und Unternehmen, wie Fundasol und Wildlife Works, private REDD+ Projekte voran. Erfahrungen anderer REDD-Projekte zeigen, dass eine Vielzahl von Unternehmen und insbesondere Finanzmarktteure bei der Zertifizierung, dem Kauf und dem Handel involviert sind (vgl. Lohmann 2008). Über diese sowie über konkrete Käufer*innen honduranischer REDD-Gutschriften ist es sehr schwierig, Informationen herauszufinden.

Bei der Finanzierung werden beim REDD+Prozess letztendlich „[ö]ffentliche Gelder genutzt, um Akteure dazu zu qualifizieren, marktfähige Produkte anzubieten“ (Fatheuer 2013: 297). Eine Gefahr wird außerdem darin gesehen, dass REDD+ möglicherweise ein Modell für den Umbau von Entwicklungszusammenarbeitsgeldern hin zu Geldflüssen über Investitionen und marktbasierende Mechanismen darstellen könnte (vgl. Arkonada/Santillana 2011: 42).

Auf nationaler Ebene sind eine Reihe von Ministerien und Sekretariaten, allen voran ICF, SERNA, INA und SEDINAFROH, an der REDD+Strategie beteiligt, ebenso wie die Privatwirtschaft, nationale NGOs, Forschungsinstitutionen und, wie immer wieder besonders betont wird, *die* indigenen Völker (d. h. CONPAH) sowie Forstkooperativen. Ebenso wenig zu vernachlässigen ist, dass auch das honduranische Militär (Green Forces²⁴⁹) seit 2005 in das Forstmanagement und die Überwachung der Wälder eingebunden ist (GTZ 2007: 32) und seit 2013 gar eigene Einnahmen daraus erwirtschaften kann (Torres 2013; Conexihon 2013). Innerhalb des REDD+Prozesses ist dem Militär meines Wissens noch keine konkrete Rolle zugeschrieben worden. Erfahrungen in anderen Ländern deuten jedoch auf die Möglichkeit hin, dass Green Forces für die Überwachung der durch REDD auferlegten Restriktionen in der Waldnutzung der ansässigen Bevölkerung zuständig sein könnten (vgl. Miller 2013).

Der stets betonte partizipative Prozess und die Rolle der Zivilgesellschaft, der internationalen Kooperation und Public-Private Partnerships beim Ausbau der „inclusive governance“ (FCPF 2012: 7), verdeutlichen, dass REDD+ ganz im Sinne der „Dezentralisierung des

²⁴⁸ <http://www.forestcarbonpartnership.org/carbon-fund-participants> [25.10.2013]

²⁴⁹ Batallones Verdes

Ressourcenmanagements“ (Gobierno de Honduras 2013 b: 119) und der ‚Good Governance‘, und aufgebaut ist. Der Good Governance-Ansatz, auf Deutsch etwa ‚gute Regierungsführung‘, wurde ab den 1990ern von der Weltbank und anderen Institutionen zur Erreichung effektiver leistungsfähiger Institutionen in Ländern des Globalen Südens vorangetrieben und steht im Kontext des neoliberalen schlanken Staats, der weitgehend auf Verwaltungsfunktionen reduziert wird und wo eine starke Einbindung privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure Voraussetzung ist (vgl. Kühne 2008: 8 ff). Vor allem Entwicklungsagenturen treiben die ‚gute‘ Umwelt-Governance in Honduras voran. Wie teilweise kritisiert wird, kann dies jedoch auch in den Aufbau aufgeblasener bürokratischer Apparate münden, so gibt die GIZ selbst „die offensichtliche und steigende Abhängigkeit von der Entwicklungszusammenarbeit und die Tatsache, dass einige dieser Interventionen eher dazu führen, techno-bürokratische Machtgruppen aufzubauen“²⁵⁰, zu (GTZ 2007: ix). Es wird deutlich, dass es sich keinesfalls um den Abbau des Staates bzw. den Abbau der staatlichen Regelwerke und der Naturgesetzgebung handelt. Vielmehr geht es um den *Umbau* der Naturgesetzgebung und der damit verbundenen Institutionen. Schließlich braucht es einen klaren rechtlichen Rahmen und Reglementierungen, um die Inwertsetzung von und den Handel mit Natur zu ermöglichen. Durch den Umbau verschieben sich jedoch die Kräfteverhältnisse (Kill 2013 b; Corson/MacDonald 2012: 264): die Kontrolle und Entscheidungsmacht hin zu internationalen Geldgebern, der Profit meist hin zu privaten Akteuren. Die Beteiligung indigener Gemeinden soll durchaus gegeben sein, doch die bisherigen Entwicklungen im honduranischen REDD+Prozess lassen daran zweifeln, inwieweit deren Forderungen Gehör finden und der FPIC tatsächlich eingehalten wird. Auch, ob die indigenen und im Wald lebenden Gemeinden letztendlich von REDD und den damit verknüpften PES profitieren werden ist noch sehr unklar. Adalberto Padilla, der die indigene Dachorganisation CONPAH im Prozess begleitete und beriet, meint dazu:

In Honduras gibt es immer noch viele Fragen; über den FPIC hinaus auch die Frage, wie die indigenen Völker dadurch begünstigt werden, wo doch die größte Summe von Wäldern in indigenen Territorien liegt. Das ist noch unklar. [...] Das lässt Raum für andere Akteure, was bei solchen Initiativen oft Kaufleute sind, die die Situation ausnützen und die Territorien an sich reißen, die Hoffnungen schüren oder mit den Wäldern oder Territorien spekulieren, bis dahin, dass es schon zum Kauf von Ländereien gekommen ist. Das sind also ziemliche Risiken.²⁵¹ (INT 11)

CONPAH versucht, durch die Teilnahme am REDD+Prozess mögliche positive Effekte von REDD+ zu erzielen und die relevante Stimme indigener Völker stets einzufordern. Ohne dies

²⁵⁰ Span.: „la evidente y creciente dependencia hacia la cooperación y el hecho de que algunas de estas intervenciones tienden a crear grupos tecno-burocráticos de poder.“

²⁵¹ Span.: „En Honduras todavía hay muchas preguntas; mas allá del derecho de consentimiento libre, previo e informado en REDD, es como se van a beneficiar los pueblos indígenas de esto, si las mayores cantidades de bosque están concentradas en territorios indígenas. Eso todavía no está claro. [...] Eso está dando espacio para algunos actores que son comerciantes a veces de estas iniciativas, que estén aprovechando y llevándose territorios, a crear expectativas o especular sobre los bosques o territorios, hasta la compra de tierras, se ha dado. Entonces eso son riesgos eminentes.“

wäre REDD+ vermutlich inzwischen entweder fast gänzlich an den indigenen Völkern vorbei entschieden worden oder aber – aufgrund internationaler Bestimmungen über die Notwendigkeit indigener Beteiligung – gar nicht umsetzbar gewesen. Trotz hartnäckiger Reklamationen von CONPAH und trotz des nun als partizipativ präsentierten Prozesses ‚von unten‘ ist CONPAH weiterhin nicht zufrieden mit dem Ablauf und beschwerte sich mehrmals über die Nicht-Einhaltungen von Abmachungen (INT 28, 39; CONPAH 2012 a, b). Aufgrund der Beteiligung von CONPAH wird behauptet, alle indigenen Föderationen von Honduras seien am REDD+Prozess beteiligt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Selbst wenn von fast allen indigenen Völkern eine der vertretenden Organisationen bei CONPAH Mitglied ist, repräsentieren diese meist nur einen geringen Anteil der indigenen Bevölkerung. Häufig weiß diese nicht einmal Bescheid, was in den REDD+ Verhandlungen besprochen wird oder was REDD+ überhaupt bedeutet. Im Falle des Garífuna-Volkes ist OFRANEH die einzige existierende Organisation. Um eine Beteiligung von Garífunas postulieren zu können, heißt es nun im endgültigen Dokument R-PP lediglich: „Garífuna Gemeinden: repräsentiert durch Domingo Álvarez, Sekretär von CONPAH“²⁵² (Gobierno de Honduras 2013 b: 46). OFRANEH und COPINH, zwei der größten indigenen Organisationen von Honduras, lehnen REDD+ entschieden ab. Die Fragmentierung der indigenen Organisationen, welche, wie an anderen Stellen beschrieben, teilweise absichtlich vom Staat hervorgerufen wurde, wird auch im REDD+Prozess strategisch ausgenützt und gefördert.

CONPAH erhofft sich von REDD+ positive Effekte für indigene Völker. Diese könnten Arbeitsplätze im Waldschutzbereich (Tienhaara 2012: 565) bedeuten sowie die Möglichkeit, dass die Einforderung der Vergabe indigener kommunitärer Landtitel respektiert wird und der Staat im Zuge von REDD+ endlich indigene Rechte wie Wohnheitsrechte und das Recht auf FPIC gewährleistet. Adalberto Padilla lobte die Gründung des Indigenen und Afrohonduranischen Tisches zum Klimawandel (MIACC), da durch die Schaffung einer eigenen Instanz den indigenen Völkern ihr gesonderter Status als Rechtsträger anerkannt werde (INT 11). Dennoch kann der Tisch ebenso stärkere Ausgrenzung bedeuten. Waren die indigenen Völker bis zur Gründung von MIACC direkt im REDD+ Unterausschuss vertreten, so ist dies nun nicht mehr der Fall. MIACC ist zwar Teil des Unterausschusses, hat jedoch laut R-PP nur noch Beobachterstatus und keine Stimme mehr (Gobierno de Honduras 2013 b: 39). Wie Adalberto Padilla andeutete, werden solch wichtige Entscheidungen oder Fest-

²⁵² Span.: „Comunidades Garífunas: Representado por Domingo Álvarez, Secretario de CONPAH.“

schreibungen in Dokumenten oft an CONPAH vorbei unbemerkt getätigt werden (Telefonat Adalberto Padilla 24.10.2013).

Ebenso muss die Chance, über REDD+ eine genauere Regulierung für den FPIC durchzusetzen, mit Vorsicht genossen werden. Eine tatsächliche Anerkennung des FPIC wäre ein großer Fortschritt, da dadurch in gewissem Maße die indigene Selbstregierung anerkannt und letztendlich das Gewaltmonopol des Staates eingeschränkt werden würde (vgl. Tapia 2012). Es wäre Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen Staat und indigenen Völkern (vgl. INT 8). Derzeit wird von CONPAH innerhalb von MIACC eine sehr rudimentäre Gesetzesvorlage für die Durchführung des FPIC und für einen internen Konfliktresolutionsmechanismus ausgearbeitet (FCPF 2013 b: 2; Telefonat Adalberto Padilla 10.1.2014). Ob die resultierende Reglementierung ebenso allgemein für nicht an CONPAH beteiligte indigene Gemeinden gelten würde, ist noch nicht eindeutig. Des Weiteren ist bisher an keiner Stelle garantiert, dass die Entscheidung indigener Gemeinden auch verpflichtend wäre (vgl. Gobierno de Honduras 2013 b: 75; INT 11). Laut Adalberto Padilla gibt es in Lateinamerika mit dem FPIC bisher vor allem negative Erfahrungen: „Sehr häufig laufen die Gesetze und Reglementierungen, die man erarbeitet, um dieses Recht zu instrumentalisieren, darauf hinaus, dass sie das Recht reduzieren“²⁵³ und beispielsweise den bindenden Charakter des FPIC wegstreichen, was ihn letztendlich ineffektiv macht (INT 11).

Ein weiterer Vorteil, den CONPAH sich im REDD+Prozess erhofft, ist der Erhalt kommunitärer Titel für die Ländereien. Da die schon ausgestellten Titel für indigene Wälder bisher jedoch weniger als 5 % der Waldfläche umfassen, die Mehrheit der Wälder aber in indigenem Territorium liegen, ist eine umfassende Titelvergabe jedoch höchst unwahrscheinlich. Auch die Art und Weise, wie die Titelvergabe gestaltet sein soll, welche Titel genau vergeben würden und an welche Kompromisse diese geknüpft wären bzw. welche Rechte über die neu betitelten Ländereien garantiert würden, ist unklar. Wilma Calderón, die über SEDINAFROH den REDD+Prozess begleitet, erklärte:

Einer der Haupterfolge ist die Vereinbarung der Regierung, die Ländereien vor Implementierung solcher Projekte zu betiteln. Der andere ist, das Recht auf die Benutzung und das Management der Ressourcen durch die Völker anzuerkennen, was anfangs schwierig war, dass dies die Regierung akzeptierte. Nun wird von Ko-Management gesprochen sowie davon, den Völkern mehr Beteiligung einzuräumen. Es ist ein Kompromiss, der erreicht wurde, aber wir müssen als Völker auch unsere Wald-Governance stärken, damit, wenn die Projekte in unsere Gemeinden kommen, die Gemeinden selbst ihre eigenen Projekte im Sinne der Kosmovision der indigenen Völker managen können.²⁵⁴ (INT 4)

²⁵³ Span.: „Muy a menudo, a veces las leyes y reglamentos que se están elaborando para instrumentalizar este derecho, a veces está reduciendo derechos.“

²⁵⁴ Span.: "Uno de los principales logros es el compromiso del gobierno de titular las tierras antes de implementarse estos tipos de proyectos. Lo otro es reconocer el derecho al uso y manejo de recursos por parte de los pueblos, que era difícil al

Ko-Management bedeutet jedoch gerade *nicht*, dass die indigenen Völker den Wald weiter so nutzen konnten, wie sie dies bisher taten. Die Holz- und Pflanzenentnahme muss stets gemessen werden und darf gewisse Grenzen nicht überschreiten, es braucht komplexe Management-Systeme zur „Überwachung, Berichterstattung und Verifizierung“, durch die die Senkenfunktion und Ökosystemleistungen erst „marktförmig gemacht werden“ können (Fatheuer 2013: 296). Diese sind nur schwerlich mit indigenen Kosmovisionen vereinbar. Meist liegen das Management „in den Händen von *Consultings* und NGOs“ (ebd.), was letztendlich dazu führt, dass nur ein geringer Teil der Einkünfte bei den Gemeinden selbst bleibt. Da eine umfassende Landtitelvergabe mit sämtlichen Rechten an die indigenen Nutzer*innen der Wälder aber nicht stattfinden wird, hat Adalberto Padilla folgende Bedenken:

Hier gibt es beim Thema REDD weiterhin die Debatte: Wer hat die CO₂-Rechte? Sind es die Titel-Inhaber des Waldes oder ist es der Staat? Denn je nachdem, wer dieses Recht hat, wird in diesem Prozess des Zertifikate-Handels vermitteln können. Die Tendenz, die in der ganzen Region, von Mexiko bis ... gut, ganz Lateinamerika, zu beobachten ist, ist, dass diese Rechte dem Staat zugeschrieben werden. Selbst, wenn der Wald in indigenem Territorium liegt. Das stellt eine große Herausforderung für die indigenen Völker dar: Wenn die Rechte vom Staat sind, welche Erlöse werden dann die indigenen Völker erhalten? [...] Auch die Munizipien werden Geld verlangen.²⁵⁵ (INT 11)

Dazu kommt, dass die indigenen Praktiken der Waldnutzung, wie die Zitate aus dem R-PP und anderen offiziellen Dokumenten eingangs gezeigt haben, nicht notwendigerweise als nachhaltig anerkannt werden. So wird beispielsweise Feuerholzsuche als Waldabnutzungsursache gesehen (vgl. GTZ 2007: vi; Gobierno de Honduras 2013 b: 110), was dazu führen könnte, dass solch lebensnotwendige Aktivitäten eingeschränkt würden. Indigene werden damit je nachdem, welche Politiken legitimiert werden müssen, entweder als Bedrohung erkannt oder zu ‚grünen‘ Subjekten stilisiert, welche für die Erhaltung in Manager verwandelt und finanziell entschädigt werden. Die Einkünfte über REDD+, PES oder Biodiversitäts-Offsets sollen den eingeschränkten Zugang zum Wald somit gewissermaßen ausgleichen. Silvia Ribeiro (2011: 25) zufolge haben Erfahrungen bisher gezeigt, dass die negativen Auswirkungen von Kompensationsmechanismen die Vorteile bei Weitem übertreffen. Tatsächliche Profiteure dieser Mechanismen sind statt der indigenen Völker vor allem die privaten Großgrundbesitzer*innen (vgl. INT 11; Seiwald/Zeller 2011). Des Weiteren sind die

inicio que el gobierno aceptara. Ahora se esta hablando de un co-manejo y darle mas participación a los pueblos. Es un compromiso que se adquirió, pero nosotross como pueblos tambien tenemos que fortalecernos en la gobernanza forestal [...] para que cuando ya los proyectos lleguen a las comunidades las mismas comunidades puedan manejar sus propios proyectos desde la cosmovisión de los pueblos indígenas“

²⁵⁵ Span.: „Aquí en el tema de REDD hay un debate hasta ahorita: Quién tiene los derechos de carbono? Son los titulares del bosque o el Estado? [...] Porque en funcion de quién tiene el derecho es el que va a poder mediar en este proceso de mercado de credito de carbono. La tendencia que se observa en toda la region, desde Mexico hasta ... bueno, toda America Latina, es que estos derechos se los están consignando al Estado. Aún cuando el bosque está en territorio indígena. Esto plantea un desafío fuerte para los pueblos indígenas en el sentido: Si estos derechos son del Estado, entonces cuál van a ser los beneficios que van recibir los pueblos indígenas? [...] Las municipalidades van a querer pedir plata también.“

Ausgleichszahlungen häufig an gewisse Bereiche gekoppelt, wie an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Damit werden jedoch eigentlich staatliche Aufgaben an die Gemeinden ausgelagert (Seiwald/Zeller 2011: 431, 437). Dies kann als Druckmittel fungieren, im Sinne: Wenn ihr euch gegen REDD+ wehrt, wird es auch in Zukunft keine Schule und kein Krankenhaus geben. Hier sind enge Parallelen mit Staudamm- oder Bergbau-Strategien enthalten. Die Installierung von REDD+ in indigenen Gemeinden kann darin resultieren, dass diese „zu ‚ökorationalen Subjekten‘ erzogen [werden], die ihre Umwelt schützen, weil dies die Grundlage für ihr monetäres Einkommen darstellt.“ Das kann „zu einer fortschreitenden Integrierung der vormals unabhängigen Selbstversorger in die kapitalistische Marktwirtschaft“ führen (Seiwald/Zeller 2011: 428).

Wie Camila Moreno (2012 a: 49f) aufzeigt, können Ökosystemleistungen eine Strategie privater Unternehmen darstellen, um sich natürliche Ressourcen anzueignen. So treten diese an Gemeinden heran und versprechen ihnen finanzielle Vergütung dafür, dass die Gemeinden beispielsweise die Wasserressourcen schützen. Dies wird vertraglich geregelt. Dadurch erhält die Firma Zugang zu den Ressourcen und der Schritt hin zur Privatisierung und Kommerzialisierung ist nur noch ein kleiner (Moreno 2012 a: 49f).

Adalberto Padilla ist der Meinung, dass die tatsächliche Ausgestaltung von REDD+ letztendlich „von der Fähigkeit des Lobbyings, vom Einfluss, den die indigenen Völker in der Planung dieser Strategien ausüben, abhängen wird. Wenn man wirklich nicht teilnimmt, werden sie die Gesetze einfach bewilligen“²⁵⁶ (INT 11). Dennoch ist es Strategie von COPINH und OFRANEH, nicht am Prozess teilzunehmen. Ihre Vorbehalte gegenüber REDD+ sind, wie eben klar werden durfte, nicht unbegründet. Aufgrund von bisherigen Erfahrungen beruhen die Zweifel außerdem auf dem starken Misstrauen gegenüber den maßgeblichen Akteuren bei REDD+, wie der Weltbank, der GIZ, SERNA oder SEDINAFROH (vgl. INT 38):

Die honduranische Regierung und die Weltbank – beide mit langen Vorgeschichten von Aggressionen gegenüber Indigenen Völkern – beabsichtigen, ihr Image aufzupolieren durch das Vortäuschen von Partizipation und Respekt gegenüber der Rechte Indigener Völker, der Menschenrechte und durch das Vorantreiben einer ‚grünen‘ Entwicklung. Da wir jedoch tagtäglich der Verletzung der Menschenrechte, des Rechts auf FPIC, der Konvention 169, der UN-Deklaration über indigene Völker, der honduranischen Verfassung – welche schon mit dem Putsch 2009 brutal angegriffen wurde – und der Heuchelei der internationalen Finanzinstitutionen ausgesetzt sind, glauben wir nicht an REDD+ und akzeptieren wir dessen neuen Versprechen nicht und lehnen ihre Logik bezüglich der Entwicklung, die sie uns aufzwingen wollen, ab. (COPINH 10.2.2013)

²⁵⁶ Span.: „va a depender de la capacidad de incidencia, de influencia que tengan los pueblos indígenas en la construcción de estas estrategias. Si realmente no participan, te van a aprobar las leyes“

Die Rhetorik der Partizipation indigener Völker wird von OFRANEH und COPINH eher als Reinwaschen der schmutzigen Weste gesehen (COPINH 10.2.2013; OFRANEH 2010, 2012 b). Dies kann auch dazu führen, dass die gleichzeitig stattfindenden Verletzungen der indigenen Rechte in anderen Bereichen (wie Bergbau, Staudämme, etc.) übertüncht oder auch teilweise den Bewegungen durch die Kooperation Wind aus den Segeln genommen wird:

Wir lehnen den betrügerischen REDD+-Prozess und die Einführung von REDD+ generell ab. REDD+ ist nur eine weitere Falle für die indigenen Völker mit dem Vorwand, es handle sich um einen Kompensations-Mechanismus für diejenigen, die seit Jahrhunderten die Wälder schützen. Doch würde es sich in Wirklichkeit darum handeln, gäbe es andere Möglichkeiten zum Schutz der Wälder, zum Beispiel das Verbot der Abholzung durch große Holzfirnen. [...] Während die aktuelle Regierung mithilfe des Angriffs-Projekts einen Diskurs führt und sich scheinbar ‚darauf vorbereitet‘, das Klima und die Umwelt mit REDD+ zu ‚retten‘, fördert sie Gesetze und Praktiken, die völlig im Widerspruch zu Umweltschutz und Waldschutz stehen. (COPINH 10.2.2013)

Die Einbindung in bürokratische Prozesse wie REDD+ stellt des Weiteren einen hohen Zeitaufwand für indigene Organisationen dar. Warum sollten sich COPINH und OFRANEH dem Bürokratie-Apparat anpassen und in einem deutlich ungleichen Kräfteverhältnis mitspielen, wenn sie doch eigene Methoden haben, um Dinge effektiv voranzubringen? So hat COPINH vermutlich durch die mehrfachen Besetzungen und Vertreibung von Holzunternehmen und Bergbauprojekten aus ihrem Territorium keinen geringeren Beitrag zum Waldschutz als die bisherigen REDD+ Bestrebungen geleistet (vgl. INT 15, 38).

6.2.2.2.5 Die Inwertsetzung und Finanzialisierung des Waldes

Laut FCPF dient REDD+ dazu, Emissionen durch Entwaldung zu verringern „by providing value to standing forests“²⁵⁷. Mit Wert ist in diesem Fall in Geld ausdrückbarer Tauschwert durch die Inwertsetzung des Waldes bzw. dessen Verwandlung in eine Ware gemeint. Dazu muss der bis dahin ‚wertlose‘, ‚unproduktive‘, außerhalb der kapitalistischen Sphäre liegende Wald eingeeht werden, was das Prinzip der ursprünglichen Akkumulation darstellt. Die Einhegung muss nicht unbedingt mit physischen Zäunen stattfinden. Wichtig ist jedoch die Definition des inwertzusetzenden Gegenstands, Festlegung von klaren Eigentumsverhältnissen, die Quantifizierung dieses Eigentums und die Festlegung eines Geldwerts. Die Frage danach, welche Flächen für REDD+ oder andere produktive Nutzungsformen relevant sind, wird durch eine 2010 erlassene Raumordnung („Ordenamiento Territorial“) beantwortet. Diese unterteilt das honduranische Staatsgebiet in fünf Entwicklungsregionen und 16 Subregionen „hinsichtlich allgemeiner sozio-ökonomischer Charakteristika, Leistungsfähigkeit, komparativer

²⁵⁷ <http://www.forestcarbonpartnership.org/> [15.10.2013]

Vorteile, geographischer Faktoren und anderer Elemente“²⁵⁸ (República de Honduras 2013: 24). Ich erinnere mich gut an das ungläubige Kopfschütteln von COPINH-Mitgliedern, als sie mir ihr in bunte Landkarten, Grafiken und Tabellen zerstückeltes Territorium in einer Powerpoint-Präsentation des COHEP-Unternehmerverbands und USAID zeigten. Darin heißt es:

Warum ist es wichtig, das Land zu regionalisieren? Weil das Land Territorien mit komplett unterschiedlichen Charakteristika vorweist, die verschiedene Formen der Intervention verlangen, um damit eine Bodennutzung zu sichern, die Wirtschaftswachstum mit nachhaltiger Entwicklung garantiert [...], gestützt auf der rationalen, effizienten und nachhaltigen Nutzbarmachung des außerordentlichen Naturkapitals des Territoriums.²⁵⁹ (COHEP/USAID 2012: 6, 65)

Es handelt sich dabei, wie Baletti aufzeigt, um „territorial transformation implemented from above, either to protect natural resources or exploit natural capital“ (Baletti 2012: 579). Bei dieser Einteilung und Definition des zu Schützenden oder Auszubeutenden stellen sich auch die Fragen: Wem gehört der relevante Wald? Wie viel CO₂-Aufnahmekapazität besitzt diese Fläche? Welche weiteren Ökosystemdienstleistungen bietet der Wald, wie viel Wasser und Biodiversität enthält er, wie viele Heilpflanzen oder Bienen weist er auf und wie viel sind diese wert? Es müssen somit Besitzrechte definiert und Berechnungen angestellt werden. Doch wer stellt diese Berechnung an, was wird mit einbezogen, was exkludiert? Wie kann in einer Geldsumme ausgedrückt werden, dass ein Wald für manche Gemeinden lebensnotwendig und für kulturelle und spirituelle Praktiken unverzichtbar ist? Solch quantitative Bestimmungen sind somit nie als objektive Wahrheiten oder als ‚Gesamtwert der Natur‘ zu verstehen, abgesehen davon, dass selbst in offiziellen Dokumenten zugegeben wird, dass konkrete Aussagen aufgrund der sehr unterschiedlichen forstwirtschaftlichen Daten nicht möglich sind (vgl. GTZ 2007; Gobierno de Honduras 2013 b). Je höher die Summe der CO₂-Aufnahme und Ökosystemdienstleistungen geschätzt wird, desto wertvoller ist der Wald. Je dunkler die Zukunft für diese Fläche aussieht, je mehr sie von Abholzung bedroht ist, desto mehr kann als Kompensation für die ausbleibende Zerstörung über nationale Kompensationsmechanismen oder den Finanzmarkt verlangt werden. So muss eine künstliche Knappheit, eine Grenze und Zukunftsprognose, erstellt werden. Selbstverständlich ist eine Ware auch austausch- und handelbar. Die Senkenfunktion des Waldes kann als CO₂-Zertifikat verkauft werden. Die breite Einführung von PES in Honduras baut ebenso das Fundament dafür, die Natur nicht nur bezahlbar sondern im nächsten Schritt über Biodiversitäts-Offsets oder ‚Species-Banking‘ auch

²⁵⁸ Span.: „atendiendo a las características socio-económicas comunes, potencialidades, ventajas comparativas, factores geográficos y otros elementos“

²⁵⁹ Span.: „Por qué es necesario regionalizar el país? Porque el país presenta territorios con características completamente diferenciadas que requieren diferentes formas de intervención proporcionando así un uso de suelo que asegure crecimiento económico con desarrollo sostenible[...] sustentado en el aprovechamiento racional, eficiente y sostenible del extraordinario capital natural de su territorio“.

tauschbar zu machen. Somit könnte ein Wald gegen ein anderes ‚äquivalentes‘ Ökosystem ausgetauscht werden – innerhalb von Honduras oder möglicherweise auch auf globaler Ebene.

REDD+, PES und Biodiversitäts-Offsets sind marktbasierte Mechanismen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass ein Teil der Zahlungen nicht über den Finanzmarkt geregelt wird, also keine ‚Finanzialisierung‘ im eigentlichen Sinne stattfindet, sondern die Kompensationsmechanismen staatlich reguliert sind (vgl. Tienhaara 2012: 553). Oft wird auch eine Mischung aus öffentlichen und Emissionsmarkt-Geldern vorgeschlagen (Lovera 2009: 49). Bisher gibt es in Honduras jedoch wenig Anzeichen für die Planung eines von rein öffentlichen Geldern bezahlten Kompensationsmechanismus. Die im R-PP beschriebene Herangehensweise zielt eher auf eine marktbasierte Finanzierung subnationaler REDD+ Projekte, die in einem nationalen Rahmenwerk eingebettet wären (vgl. Gobierno de Honduras 2013 b: 117). Marktwirtschaftliche Mechanismen bedeuten meist automatisch die Benachteiligung derjenigen, die in schwächeren Verhandlungspositionen sind, wie Personen und Gemeinden, die weder legalen Landbesitz noch finanzielle Ressourcen und Kenntnisse über Managementsysteme vorweisen können. Das führt fast unweigerlich zu einer verstärkten Kontrolle von Unternehmen über (den Schutz von) Biodiversität, zur Verringerung lokaler Regierungsstrukturen und zur Benachteiligung ökonomisch schwächerer Akteure, wie indigenen Gemeinden oder auch Frauen (GFC 2008: 77 f). Frauen sind bei kommerziellen Geschäften häufiger benachteiligt, da sie meist viel Zeit mit unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten im Haushalt, in der Kinder- und Altenpflege oder bei der Wasser- oder Feuerholzbeschaffung für die Familie verbringen und somit eher Männer an den Marktaktivitäten teilnehmen. Männer sind in Honduras außerdem fast ausnahmslos diejenigen, die über Landtitel verfügen (Lovera 2009: 50; INT 22, 24; Fundación Arias/CDM 1995). Doch selbst, wenn ein staatliches Kompensationssystem eingeführt würde, bedeutet dies nicht, dass lokale und indigene Gemeinden automatisch mehr von den Kompensationszahlungen profitieren würden. Auch müsste dies keine endgültige Entscheidung sein. Einmal eingeführt, kann eine Finanzialisierung der Kompensationsmechanismen ohne viel Aufwand zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Die Frage ist, ob derzeit aufgrund des Fehlens globaler Emissions-Zielsetzungen und mit der großflächigen Einführung von REDD+ tatsächlich eine so starke Nachfrage an CO₂-Zertifikaten bzw. Gutschriften besteht. Für den Markt ist eine gewisse Knappheit an Zertifikaten nötig. Gibt es zu viele – wie dies aktuell der Fall ist – sinken die Preise stark und Emissionen werden noch weniger reduziert (Brunnengräber 2009: 29). Ist Klimaschutz auf den Markt reduziert, muss sich die Verringerung von CO₂-Emissionen unweigerlich dem Rhythmus

des Wirtschaftswachstums anpassen, drastische Reduktionen sind nicht möglich (Leff 2002: 102). Die REDD+Anbieter*innen wiederum müssen miteinander im Wettbewerb stehen und Preise drücken, um Käufer*innen anzuziehen (Tienhaara 2012: 557). Aufgrund der hohen Preisschwankungen ist somit keineswegs ein adäquates Einkommen für die Waldschützer*innen gewährleistet. Außerdem ist es für den Markt nötig, dass die Projekte vermarktungsfähig sind. In der Werbung sind fotogene ‚Elemente‘, wie die ‚Big Five‘ oder traditionell gekleidete Indigene, viel eher gefragt als beispielsweise medizinale Pflanzen aus Nebelwäldern (vgl. INT 9; Corson/MacDonald 2012: 268). Dadurch wird das geschützt, was sich verkaufen lässt.

6.2.2.2.6 Klima- und Umweltschutz oder Extraktivismus?

„[E]very ton of carbon saved by reduced deforestation will be compensated for by an extra ton of carbon emitted in the global North. REDD without emission reductions will simply mean the end of most of the world’s forests, as climate change itself is the number one threat to forests and other ecosystems.“

Simone Lovera (2009: 48)

Das Zitat macht deutlich, was der ‚Kompensationsmechanismus‘ REDD letztendlich bewirkt. Die Menge CO₂, die laut Berechnungen in Honduras durch Waldschutz eingespart wird, ermöglicht letztendlich die Emission der gleichen Menge CO₂ in Industrieländern. Daneben ist höchst fraglich, ob Berechnungen der Senkenfunktion tatsächlich annähernd realistisch sind: „[C]arbon markets have taken the climate issue and decontextualized, reengineered, and mathematized it until little of relevance to global warming is left (Kaltenbrunner/Newman *et al.* 2011: 20). Auch ist anzuzweifeln, ob die Grundsätze, die einen effektiven Waldschutz bewirken könnten, stets zutreffen: Der Waldschutz sollte einerseits *zusätzlich* sein. Damit ist gemeint, dass Emissionen durch die Kompensationszahlungen tatsächlich verhindert werden, da der Wald ohne diese abgeholzt worden wäre. Andererseits sollte der Waldschutz *permanent* sein. Doch wie kann garantiert werden, dass der Wald nicht womöglich abbrennt und sämtliche gespeicherte CO₂-Mengen freisetzen, oder dass er, sobald die REDD-Einkünfte unrentabel werden, nicht einfach später abgeholzt wird? Wie soll außerdem nachgewiesen werden, dass es keine „leakage“ gibt, dass also die destruktiven Tätigkeiten nicht einfach den Ort wechseln (Tienhaara 2012: 552; Lovera 2009: 52)? Auch für Adalberto Padilla ist klar, dass REDD+ in Wirklichkeit nicht zum Klimaschutz beitragen wird; er sieht dennoch einen Vorteil darin:

Alle wissen, dass REDD ein Mechanismus ist, der das Problem der Treibhausgasemissionen nicht löst. Das ist allen klar, das ist eine Realität. Wenn man aber fragt: REDD beabsichtigt die Reduktion der Abholzung, wer wird dann nicht einverstanden sein damit? Niemand. Ich glaube, dass sogar die indigenen Völker generell sehr erfreut darüber wären, wenn die Abholzung ihrer Territorien gestoppt würde, die

teilweise durch öffentliche Politiken, Programme oder Projekte motiviert sind, welche die Wälder in Viehzuchtflächen, in Minenzonen, etc. umwandeln. Die Sache ist, *wie* es durchgesetzt wird.²⁶⁰ (INT 11)

Doch wie kann etwas ‚richtig‘ durchgesetzt werden, wenn dessen Ursprungsgedanke nun einmal in erster Linie die Schaffung eines weiteren Marktes ist (World Bank 2007)? Die Frage ist, ob nicht, wie COPINH fordert, qualitativ viel mehr durch konkrete Verbote von besonders destruktiven Tätigkeiten oder auch entkoppelte Mechanismen zur Förderung von Waldschutz erreicht werden kann? Wie Simone Lovera aufzeigt, hat sich die Respektierung indigener Territorien und traditioneller Waldnutzung als eine der effektivsten und gerechtesten Anreize für Waldschutz erwiesen (Lovera 2009: 52). Doch statt der Abholzung qualitativ ein Ende zu setzen, wird über REDD+ ein außerordentlich komplizierter und teurer Aufwand des Kartographierens, Definierens von Messeinheiten und Variablen, des Messens von CO₂, Biomasse und Biodiversität, des Quantifizierens der existierenden Wälder, der Abholzung und Senkenleistung, der Einführung von Software, GIS-Systemen, neuen Institutionen, der Anstellung technischer Expert*innen etc. betrieben (Gobierno de Honduras 2013 b: 184 ff, 204, 216). Dieser bürokratische Aufwand ist höchst kostspielig lenkt von wirklichen Lösungen ab, was auch eine Fallstudie zu REDD+ in Madagaskar aufzeigt:

What began as a project intended to benefit local communities by fighting against deforestation has become a project essentially focused on measuring the consequences of deforestation, and which contributes to food insecurity. This study uses money that could have been spent on taking grassroots action and putting in place real incentives for the local population. (Friends of the Earth France 2013: 4)

Gleichzeitig schützt REDD+ kaum vor extraktiven Tätigkeiten, deren Intensivierung wird sogar derzeit in Honduras vorangetrieben. Sobald Bergbau, eine Plantage, ein Staudamm oder ein anderes Projekt mehr Einkommen verspricht als die REDD+Einkünfte, wird der Waldschutz hinten angestellt (Lohmann 2012: 43 f; Fatheuer 2013: 299). REDD+ kann sogar als Anreiz dazu dienen, dass Gemeinden extraktive Tätigkeiten eher akzeptieren, wenn zum Beispiel plötzlich erwartete Kompensationsleistungen entfallen (Lohmann 2012: 43 f). Wald, Biodiversität oder Wasser werden durch die marktförmigen Umweltdienstleistungen so umgebaut, dass sie der allgemeinen Logik der Ressourcenextraktion entsprechen (vgl. Seiwald/Zeller 2011: 435; COPINH 6.7.2012). Inzwischen geht es bei REDD somit in symbolischem Sinn um die Extraktion der Senkenleistung bzw. der CO₂-Aufnahmekapazität aus den Ländern des Globalen Südens.

²⁶⁰ Span.: „Todos sabemos que REDD es un mecanismo que no resuelve el problema de las emisiones de gases de efecto invernadero. Todos estamos de acuerdo con eso, eso es una realidad. Pero si uno pregunta: REDD busca la reducción de la deforestación, ¿quién va a estar en desacuerdo con eso? Nadie. Creo que los mismos pueblos indígenas estarían muy animados en general en que les frenen la deforestación en sus territorios, motivado por políticas públicas a veces, programas o proyectos, que van convirtiendo sus bosques en zonas de ganadería, en zonas de minería, etc. El asunto es *cómo* se implementa“

6.2.2.3 Zwischenfazit

Schafft REDD+ also, die versprochene Win-Win-Situation einzulösen? Dass Finanzmärkte und private Großgrundbesitzer*innen gewinnen, ist relativ eindeutig. Wird REDD+ jedoch auch Waldschutz fördern, einen Beitrag zum Klimawandel darstellen und indigene Völker in ihren Rechten auf Land und Selbstbestimmung stärken? Möglicherweise, *wenn* wirklich effektiv Abholzung verhindert würde, *wenn* gleichzeitig bindende globale Reduktionsziele festgelegt und eingehalten würden, *wenn* die eingesparten Emissionen nicht durch vermehrten Treibhausgasausstoß im Globalen Norden kompensiert würden, *wenn* die Kompensationsmechanismen vom Markt abgekoppelt wären, *wenn* indigene Landrechte tatsächlich gewährleistet und das Recht auf FPIC respektiert würden, *wenn* Einkünfte gerecht verteilt würden, *wenn* traditionelle Waldnutzung anerkannt und *wenn* diese nicht durch ‚grüne‘ Managementlogiken verdrängt würde... Das Problem von REDD+ besteht darin, dass es einfach zu viele ‚*wenn*‘s‘ gibt (vgl. Lovera 2009: 47). Viele soziale und indigene Bewegungen weltweit, darunter COPINH und OFRANEH, lehnen REDD+ deshalb kategorisch ab. Sie zeigen auf, dass es sich bei REDD+ um eine Art ‚CO₂lonialismo‘ handelt:

[W]ir alle wissen, dass der Emissionshandel die Probleme der Treibhausgase nicht löst, da die Industrieländer und Konzerne weiterhin CO₂ ausstoßen und die Projekte des Todes und der Zerstörung, die Plünderi und die Ausrottung der Indigenen Völker und der natürlichen Gemeingüter weiter vorantreiben werden – all dies völlig straffrei. (COPINH 10.2.2013)

Wir betrachten es als beschämende Initiative, die mit der Tatsache zu tun hat, dass wir die Wälder schützen, um den Ländern von Europa und Nordamerika ihr Recht zu gewährleisten, denselben Rhythmus des Konsums und der Verschmutzung beizubehalten.²⁶¹ (INT 8)

Es handelt sich sozusagen um die Extraktion und den Export der Senkenleistung – wie jedes anderen Rohstoffs – in den Globalen Norden, um dort die imperiale Lebensweise weiter zu ermöglichen. „Das klassische Abhängigkeitsverhältnis wird in ein neues Feld übertragen“ (Zeller 2010: 128). Das REDD+Programm wird dabei fast nur von außen kontrolliert; die Finanzierung, die ‚Expert*innen‘ und Management-Mechanismen stammen von Akteuren aus dem Globalen Norden wie der Weltbank, der UNDP, Entwicklungsagenturen oder Konzernen. Die gleichberechtigte Beteiligung indigener Völker durch CONPAH wurde im bisherigen Prozess auf nur sehr unzureichende Weise umgesetzt. Gleichzeitig sehen indigene Bewegungen wie COPINH und OFRANEH eine Gefahr für das Fortbestehen indigener Lebensweisen in REDD+, was durch negative Erfahrungen in mehreren Regionen der Welt in den letzten Jahren schon bestätigt wurde (vgl. OFRANEH 2010, 2013 a; COPINH 10.2.2013; Friends of the Earth

²⁶¹ Span.: „Nosotros lo consideramos una iniciativa vergonzosa que tiene que ver con el hecho de que nosotros conservemos los bosques para garantizarles a los países de Europa y de Norteamérica que van a conservar su derecho a seguir teniendo su ritmo de consumo y de contaminación.“

France 2013). COPINH ist der Meinung, dass „die REDD+Projekte den Verlust der indigenen und kommunitären Autonomie und der Kontrolle über Territorium, Kulturen und traditionelle Waldnutzung, die [die] Gemeinden über Hunderte von Jahren praktiziert haben, einschließt“ (COPINH 10.2.2013). „Statt eines *win-win*-Pfades könnte REDD+ einen Weg zu neuen Abhängigkeiten und Aneignungs- und Enteignungsformen öffnen“ (Fatheurer 2013: 296). Durch REDD steigt das Interesse an und somit der Druck auf die Waldflächen. Die Inwertsetzung und mögliche Finanzialisierung des Waldes und der ‚Dienstleistungen‘ der Natur sind eng verknüpft mit Fragen um Kontrolle und Herrschaft darüber. Die Einhegung reduziert die Kontrolle lokaler Gemeinden über ihre Territorien und verschiebt diese hin zu denjenigen ‚Expert*innen‘, die die Management-Sprache und bürokratischen Abläufe beherrschen (Hildyard/Lohmann *et al.* 1995). Sie impliziert auch eine Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse der betreffenden Gemeinden und verdrängt bis dahin gelebte Naturbeziehungen hin zu einer Unternehmenslogik und zur Naturbeherrschung, der Kontrolle der ökologischen Prozesse (vgl. Gómez Bonilla 2012: 298). Die Kontrolle über die Territorien muss, wenn nötig, gewaltsam durchgesetzt werden, so besteht auch für Honduras die Möglichkeit, dass beispielsweise Holzentnahme durch ‚Green Forces‘ bestraft wird, wie dies andernorts schon der Fall war (vgl. Miller 2013).

7 Fazit

Diese Arbeit versuchte, die Art und Weise der Durchsetzung von Green Grabbing in Honduras aus polit-ökologischer und dekolonialer Perspektive zu analysieren. Dazu wurden vorerst die historischen, nationalen und globalen Rahmenbedingungen aufgezeigt, um anschließend anhand von drei Fallbeispielen verschiedene Formen der ‚grünen‘ Inwertsetzung (und teilweisen Finanzialisierung) in Honduras zu untersuchen: ‚grüne‘ Energie, Kompensationsmechanismen wie der Clean Development Mechanism CDM und das Waldschutzprogramm REDD+, welches auch in Zusammenhang mit den Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen PES und Biodiversitäts-Offsets steht.

Es wurde deutlich, dass Green Grabbing auf kolonialen und neo-kolonialen Land- und Ressourcenaneignungen und auf der kapitalistischen Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufbaut. Die aktuelle Dimension der ‚grünen‘ Einhegungen der Territorien stellt dennoch etwas Neues dar; sie hängt mit der Neoliberalisierung der Naturverhältnisse, mit der verstärkten Finanzialisierung sowie den marktbasierten und techno-fixierten Lösungsstrategien hinsichtlich der multiplen Krise zusammen. Die durch die Klima-, Umwelt- und Energiekrise deutlich gewordene ‚Knappheit‘ der natürlichen Grundlage, die kriseninduzierten ‚grünen‘ Strategien und die damit verbundene investitionsfreundliche Politik verstärken den Druck auf bis dahin eher uninteressante, ‚unproduktive‘ aber ressourcenreiche Regionen – häufig Territorien indigener Völker. Diese werden durch Green Grabbing eingehegt, werden durch die Inwertsetzung der Natur und möglicherweise das Einbinden der neu geschaffenen Waren in die Finanzmärkte (Finanzialisierung) in das kapitalistische System integriert. Green Grabbing stellt damit eine Form von Akkumulation durch Enteignung dar. Enteignung muss nicht nur die tatsächliche Vertreibung aus den Territorien bedeuten, sondern umschließt auch andere entfremdende Transformationen materieller und symbolischer Art, wie die Verdrängung spezifischer (weniger kapitalistisch geprägter) Lebensweisen und Naturverhältnisse. Diesen wird im Zuge des Green Grabbing die dominante Form der Produktion und Verwertung von Natur auferlegt; eben die der ‚Naturbeherrschung‘. Die spezifische Materialität der Natur wird dabei ignoriert, sie wird als technisch berechenbar und beherrschbar präsentiert (vgl. Köhler/Wissen 2010: 222; Fairhead/Leach *et al.* 2012: 253). So wird beispielsweise der enge kulturelle, spirituelle und lebensnotwendige Bezug zum Fluss durch den eingeschränkten Zugang und dessen ‚Verdammung‘ verhindert oder der Wald von einem holistischen Lebensraum in CO₂-schluckendes, handelbares Naturkapital verwandelt.

Bei allen drei analysierten Fallstudien handelt es sich um ‚grüne‘ Projekte zum Schutz des Klimas und der Umwelt, die die Aneignung von Land und natürlichen Gütern implizieren – um Green Grabbing. Dennoch gibt es Unterschiede zwischen den drei Beispielen, insbesondere, was die Akteurskonstellation, die Art der Durchsetzung, den Grad der Inwertsetzung und Finanzialisierung und das jeweilige Verhältnis von Klimaschutz und Kapitalakkumulation als Hauptzweck des Green Grabbing Projekts betrifft.

Bei REDD+ und den PES sind Klima-, Wald- und Biodiversitätsschutz Hauptintention und Zweck der ‚grünen‘ Projekte. Diese werden so strukturiert, dass sie der Kapitalakkumulation dienen können, indem der Schutz des Waldes und der Biodiversität auf (finanz-)marktbasierten Kompensationsmechanismen beruht. Eine Vielzahl von nationalen und internationalen NGOs, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Firmen, staatlichen Institutionen und wohl auch Finanzmarktakteuren haben Interesse daran, REDD+ in Honduras einzuführen. Da sich das nationale Programm erst in Vorbereitung befindet, kann noch nicht von einem durchgeführten ‚Grabbing‘ gesprochen werden; tatsächliche Auswirkungen festzustellen fällt bisher schwer. Es sind jedoch schon Tendenzen auszumachen, wie etwa die Umgestaltung der staatlichen Institutionen, der Gesetzgebung und Raumteilung, um Grundlagen für die Inwertsetzung der Natur zu schaffen. Es werden auch Unregelmäßigkeiten im Prozess ersichtlich, wie z. B. die Behauptung, es gäbe keine privaten Projekte. Außerdem fällt die mangelhafte Berücksichtigung der Bedürfnisse indigener Völker auf. Die Ablehnung von REDD+ durch die indigenen Organisationen COPINH und OFRANEH wird vollständig ignoriert und auch in der erwünschten Partizipation CONPAHs weisen viele Aspekte auf deren schwächere Verhandlungsposition hin. Ebenso ist schon jetzt die Konstruktion der indigenen Völker als entweder Umweltzerstörer oder aber als grüne Subjekte, die den Waldschutz ‚managen‘, deutlich.

Im Gegensatz zu REDD+ und PES weisen die beiden Wasserkraftprojekte weder eine sonderlich neue Akteurskonstellation auf – es sei denn hinsichtlich der Offsets – noch ist der Hauptzweck ihres Entstehens der Schutz des Klimas oder der Umwelt. Da Honduras von teuren Importen fossiler Brennstoffe abhängig ist, gilt ‚grüne‘ Energie als relativ kostengünstige Option. Eingespart wird fossile Energie in absoluten Zahlen jedoch keineswegs, vielmehr soll die Energieproduktion in den nächsten Jahren fast verdreifacht werden, wobei fossilen Brennstoffen lediglich relational eine geringere Bedeutung zugestanden wird. Der erhöhte Energiebedarf soll vor allem dem Export, der Maquila-Industrie, den neuen Shopping-Centern etc. dienen (INT 27; ENEE 2012) und auch die boomenden Bergbau-Projekte benötigen Stromzufuhr (vgl. Miller 2012). Wasserkraftwerke stellen in Honduras profitable Investitionen

dar (vgl. Romero 2009: 123 ff) – dies jedoch erst seit den neu geschaffenen nationalen und internationalen Anreizsystemen für private erneuerbare Energieprojekte, welche Reaktionen auf die (nationale und globale) multiple Krise, insbesondere die Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise, darstellen. Dies führt vor allem seit dem Putsch in Honduras zu einem starken Anstieg von Staudammprojekten – rund 130 davon sind gerade im Bau oder in Planung, über 40 davon im Lenca-Gebiet (INT 10; HondurasDelegation 16.11.2013; *siehe Karten im Anhang*). CDM und Offsets am freiwilligen Markt ermöglichen den privaten Kraftwerksbetreiber*innen, *zusätzliche* Einkommen zu generieren und treiben den Boom voran. CDM ist jedoch selten ausschlaggebend für die Entstehung von Wasserkraftwerken. Die Zusätzlichkeitsklausel, die garantieren soll, dass ohne CDM keine Emissionen eingespart worden wären, wird dadurch nicht erfüllt. Gleichzeitig veranlassen die Offsets, dass die (real nicht tatsächlich) eingesparten Emissionen Unternehmen im Globalen Norden die Gelegenheit zur uneingeschränkten Verschmutzung geben.

Während der Staudambau auf gewaltsame Weise und militärisch durchgesetzt wurde/wird, könnte die nationale REDD+Strategie durch die (zumindest scheinbare) Einbindung (eines Teils) der indigenen Völker auch ‚friedlich‘ stattfinden. Die Partizipation und Gleichberechtigung indigener Völker wird in der kapitalistischen Logik an ihrer ermöglichten Einbindung in den Markt definiert. Die Entscheidung indigener Gemeinden, dies abzulehnen, wird dabei selten verstanden und akzeptiert – eine Tatsache, die insbesondere bei Agua Zarca und REDD+ deutlich zu beobachten ist. Auffällig ist dabei die Position des Sekretariats für Indigene, SEDINAFROH, welches bei allen drei Fallbeispielen aktiv daran beteiligt war, den Widerstand zu brechen und die indigenen Völker zur Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und dem Staat zu überreden. Bei den Strategien der Durchsetzung der Green Grabs ist somit wichtig, nicht nur die ‚grünen‘ Diskurse, sondern auch die (neo-)koloniale Modernisierungs- und Entwicklungslogik zu berücksichtigen. Wie der dekoloniale Theoretiker Enrique Dussel darstellt, beruht dieser „Mythos der Moderne“ weiterhin auf folgenden Punkten:

Die moderne Zivilisation versteht sich selbst als die am meisten entwickelte und überlegene (was bedeutet, unbewusst eine ideologisch eurozentrische Position einzunehmen). [...] Diese Überlegenheit verpflichtet moralisch zur Entwicklung der Primitivsten, Ungebildetsten, Wildesten. [...] Wenn der Wilde sich dem zivilisatorischen Prozess entgegenstellt, muss die moderne Praxis im letzten Fall und wenn es nötig ist Gewalt anwenden, um die Hindernisse dieser Modernität zu zerstören. (Dussel 2000: 49, zitiert in Garbe 2013: 37)

Durch REDD+ sollen die indigenen Völker in moderne Manager ihres Naturkapitals umgewandelt werden. Bei den Wasserkraftwerken wiederum wird die regionale Entwicklung durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Stromanbindung und weitere Projekte in Aussicht gestellt.

Die Versprechungen werden jedoch, wie in den Fallbeispielen deutlich zu sehen ist, in der Realität oft nicht eingehalten. Auch Erfahrungen aus anderen Energieprojekten zeigen, dass diese zwar kurzfristige Arbeitsplätze generieren, häufig jedoch mehr sichere lokale Einkommens- und Überlebensmöglichkeiten (z. B. kleinbäuerliche Landwirtschaft) zerstören als schaffen (FoEI 2013: 16).

Wenngleich bisher eine partielle Partizipation indigener Organisationen im REDD+Prozess nicht zu leugnen ist, kann noch nicht vorausgesagt werden, ob die nationale Strategie tatsächlich den FPIC und die Land(nutzungs)rechte der indigenen Völker berücksichtigen wird – bisherigen Entwicklungen nach zu urteilen ist dies eher unwahrscheinlich. Auch ist höchst unsicher, ob einzelne private REDD+Projekte die national definierten Standards in der konkreten Praxis einhalten werden und wer letztendlich von den Kompensationszahlungen und der Landbetitelung profitiert. Ebenso wenig ist vorhersehbar, ob der REDD+Prozess durch die Widerständigkeiten ins Wanken geraten könnte – wie dies im Falle von Agua Zarca geschehen ist. Es wird deutlich, dass die Green Grabbing Projekte keineswegs problemlos umgesetzt werden können. In der Materialität der Verhältnisse stoßen sie auf Schwierigkeiten: auf finanzielle Probleme, unzureichende institutionelle Strukturen, ‚Bad‘ Governance, fehlendes Datenmaterial sowie auf massive Widerstände.

Insbesondere beim Staudamm-Fall Agua Zarca wurde deutlich, dass negative Auswirkungen des Green Grabbing von dominanten Akteuren und aus eurozentristischer Perspektive nur dann – wenn überhaupt – anerkannt werden, wenn die Betroffenen Opfer sind; zum Beispiel, wenn ihre Lebensgrundlagen zerstört oder Staudammgegner*innen offensichtlich unterdrückt oder umgebracht wurden, also dann, wenn es eigentlich zu spät ist. Wird möglichen negativen Folgen jedoch im Vorhinein mit Widerstand begegnet und sind die Betroffenen handelnde Akteure, dann werden Aktionen wie Besetzungen als subversiv, gewaltsam und unverhältnismäßig diskreditiert und kriminalisiert oder gar militärisch unterdrückt. Die Ablehnung der ‚grünen‘ Projekte muss in den Augen von Unternehmer*innen oder staatlichen Funktionär*innen tatsächlich legitim sein, um möglicherweise akzeptiert zu werden. Die Aussicht auf Einkommen über eine Anstellung oder Kompensationszahlungen lassen die Glaubwürdigkeit vom Beharren indigener Gemeinden auf der eigenen Kontrolle über das Territorium schwinden. Die Bedeutung von Territorien und die Existenz unterschiedlicher Lebens- und Produktionsweisen werden nicht verstanden oder akzeptiert.

Die Territorien sind eng mit der indigenen Identität verknüpft, sie stellen den angestammten lebensnotwendigen und für kulturelle und spirituelle Praktiken sowie spezifischen

Naturverhältnisse wichtigen Raum dar. Mit Territorien ist etwa das Gleiche wie mit Commons gemeint, bei denen die gemeinschaftliche Nutzung der natürlichen Umwelt vor privaten Besitz- und Profitinteressen steht. Die Gefahr für das Fortbestehen der indigenen Lebensweise und territorialen Souveränität besteht in der Einhegung der Territorien durch Green Grabbing. Diese führt zur Integration in die kapitalistische Logik, zur Einschränkung des Zugangs zu den Commons, zur Erosion indigener Autoritätsstrukturen und zur Zerstörung des für Commons-Regimes oft wichtigen Gemeindegemeinschaftszusammenhalts. Die sogenannte Verteidigung der Territorien ist derzeit Hauptanliegen der meisten indigenen Bewegungen in Honduras (vgl. INT 15, 28, 37). Die Verteidigung der Territorien steht auch weltweit im Fokus. Beim Gegenforum zum Rio+20-Gipfel über Green Economy (2012) wurde dies in einer Deklaration von rund 500 indigenen Organisationen verdeutlicht:

As peoples, we reaffirm our rights to self-determination and to own, control and manage our traditional lands and territories, waters and other resources. Our lands and territories are at the core of our existence – we are the land and the land is us; we have a distinct spiritual and material relationship with our lands and territories and they are inextricably linked to our survival and to the preservation and further development of our knowledge systems and cultures, conservation and sustainable use of biodiversity. (Kari-Oca II Deklaration 2012²⁶²)

Die Green Economy wird als neue Form des Kolonialismus – als ‚CO₂lonialismo‘ – kritisiert. Die Klima- und Energiepolitiken stellen eine neue Möglichkeit dar, um die Länder des Globalen Südens zu dominieren, sie verstärken Nord-Süd-Ungleichheiten und führen zu einer Umverteilung von unten nach oben (Bachram 2004: 6; Corson/MacDonald 2012: 264; INT 28). Die marktbasierenden Klimaschutzstrategien, deren Umsetzung in die Länder des Globalen Südens ausgelagert und vom Globalen Norden diktiert werden, dienen vor allem der Fortführung der imperialen Produktions- und Lebensweise einer weltweit wachsenden Verbraucher*innenklasse – die v.a. im Globalen Norden angesiedelt ist (vgl. INT 8; Brand/Wissen 2013). Die negativen Auswirkungen von Klimaschutzstrategien sind dabei – ebenso wie die Folgen des Klimawandels selbst – ungleich verteilt. Außerdem beinhalten sie häufig die für den traditionellen Kolonialismus typische Gewalttätigkeit und die Aneignung der Reichtümer (vgl. Hauck 2009: 1159). COPINH kritisiert, dass REDD+ und die Staudammprojekte auf derselben extraktivistischen Logik wie beispielsweise Bergbau beruhen (COPINH 6.7.2012; 10.2.2013). Selbst, wenn sie als ‚grün‘ gelten, muss ihr tatsächlicher Beitrag zum Klima- und Umweltschutz kritisch hinterfragt werden, insbesondere bezüglich der Offsets. Wie Aurora I zeigt, können außerdem sogar kleine Laufwasserkraftwerke ökologisch negative Auswirkungen haben; so klagt die lokale Bevölkerung seit dem Staudammbau über

²⁶² <http://www.redd-monitor.org/2012/06/20/kari-oca-ii-declaration-indigenous-peoples-at-rio-20-reject-the-green-economy-and-redd/> [5.10.2013]

Wasserknappheit in der gesamten Region (INT 22, 33, 34, 36, 37). Neben dem scheinbar ‚grünen‘ Entwicklungspfad, den Honduras mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und REDD+ zu beschreiten vorgibt, werden abgekoppelt davon weitaus mächtigere ‚braune‘ Strategien vorangetrieben, die einen erhöhten Energiebedarf und einen verstärkten Druck auf Wälder, Wasser und Biodiversität nach sich ziehen. Dies repräsentiert den globalen Trend, Klimapolitik relativ isoliert zu behandeln: Die Klimarahmenkonvention UNFCCC steht im Schatten mächtigerer Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO, und Klimagipfel werden Seite an Seite mit Kohlegipfeln abgehalten (Brand/Bullard *et al.* 2009 b: 9; Nera-Lauron 2013). Ausdruck dieses parallelen ‚braunen‘ Entwicklungspfads sind in Honduras insbesondere das neue Bergbaugesetz, die kürzlich eingeleitete Erdölförderung und die Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Plan Mesoamérica, wie der ‚Trockene Kanal‘, sowie Luxus-Tourismusprojekte an den Küsten (ODHPINH 2013 a; Vacanti Brondo 2013; HondurasDelegation 14.10.2010; Williams 2013). Auch die geplanten Modellstädte/ZEDEs und das Hypotheken-Gesetz stellen verstärkte Bedrohungen für die territoriale Souveränität dar, die außerdem die Durchsetzung privater ‚brauner‘ sowie ‚grüner‘ Projekte noch weiter vorantreiben könnten (INT 2, 3, 8, 42).

Es wurde in der Arbeit somit das enge Verhältnis zwischen Extraktivismus und Green Grabbing deutlich: Während ‚grüne‘ Praktiken und ‚brauner‘ Extraktivismus scheinbar in Widerspruch zueinander stehen, werden gleichzeitig beide Pfade vorangetrieben und bedingen sich sogar gegenseitig. So legitimieren ‚grüne‘ Praktiken häufig extraktive Tätigkeiten. Gleichzeitig ist Green Grabbing selbst von extraktivistischer ‚Natur‘. Extrahiert werden zum Beispiel die Ökosystemleistungen wie Energieproduktion oder CO₂-Speicherkapazität. Dahinter verbergen sich dieselbe Akkumulationslogik und derselbe koloniale Charakter (vgl. Seiwald/Zeller 2011: 419; Veltmeyer 2013: 80; Martinez 2011).

Außerdem wurde ersichtlich, dass derzeit Klima- und Umweltschutz eindeutig zweitrangig im Vergleich zur Überwindung anderer Aspekte der multiplen Krise, insbesondere die Wirtschafts- und Finanzkrise, ist. Die Klima- und Umweltkrise wird dabei „selbst für die Kapital-verwertung nutzbar gemacht“ (Bader/Becker 2011: 18). Zur Bearbeitung der Vielfachkrise wird auf dieselben Mechanismen zurückgegriffen, welche sie verursacht haben. Gelöst wird sie dabei keineswegs, vielmehr findet eine räumliche und zeitliche Verlagerung statt – was Harvey (2006 b) mit den ‚spatio-temporal fixes‘ deutlich macht. Die Logik der Green Economy lautet: Natur ist dann schützenswert, wenn sie durch ihre Inwertsetzung (und Finanzialisierung) Profitzwecken dient, der Schutz den Einkünften aus möglicher Ressourcenextraktion nicht im

Wege steht bzw. profitabler ist als Umweltverschmutzung und die imperiale Lebensweise der Mittel- und Oberschicht nicht beeinträchtigt wird.

Die Schlussfolgerungen aus dieser Arbeit sollen keineswegs zu einem Plädoyer gegen Klimaschutz und ‚grüne‘ Energie führen. Der Ausbau erneuerbarer Energieträger ist dringend nötig. Allerdings wird erneuerbare Energie den Klimawandel und die Umweltzerstörung nicht abwenden, wenn weiterhin das dominante Paradigma unendlichen Wachstums vorherrscht, extraktivistische Praktiken Vorrang haben, fossile Energie und generell der Energiekonsum nicht drastisch reduziert und die dadurch erfolgten Emissionseinsparungen durch Offsets wieder vernichtet werden. Außerdem müsste sichergestellt sein, dass die Projekte weder Ungleichheiten verstärken noch gewaltsam durchgesetzt werden. Die indigene Selbstbestimmung und indigene Landrechte sind zu respektieren. Doch nicht nur im Fall von indigenen Gemeinden sondern generell sind eine gerechte und demokratische Ausgestaltung ‚grüner‘ Projekte und eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -konsumption wichtig. Dies wird beispielsweise mit den Konzepten Energiedemokratie oder Energiesouveränität beschrieben (vgl. Müller 2012; FoEI 2013: 11).

Anstatt REDD+ könnten effektive Klimaschutzmechanismen implementiert und dekoloniale Zeichen gesetzt werden. So wäre es nötig, die von Ländern des Globalen Südens geforderten Zahlungen an vom Klimawandel beeinträchtigte Länder wie Honduras zu tätigen, damit sich diese einen effektiven Waldschutz oder die Unterstützung der von klimabedingten Katastrophen Betroffenen leisten können. Diese Zahlungen durch die historischen Verschmutzerländer müssten jedoch unabhängig von Marktmechanismen getätigt werden, zusätzlich zu drastischen Emissionseinsparungen sein und keine eigenen wirtschaftlichen Interessen unterstützen (vgl. Nera-Lauron 2013; Lovera 2009: 47). Wichtig wäre zudem, den Verschmutzungs-Freikauf durch Offsets abzuschaffen und vielmehr Emissionen dort zu reduzieren, wo sie entstehen (Lohmann 2009: 734; Kill 2013 a: 5).

Deutlich wurde somit, dass es nicht nur darum geht, *dass* Maßnahmen gegen Klimawandel und Umweltzerstörung getroffen werden; wichtig ist, *welche* Maßnahmen und wie sie durchgesetzt werden, welche Interessen dahinter stehen und wer dabei profitiert bzw. verliert. Weltweit gibt es Bewegungen, die sich für Klimagerechtigkeit (engl.: Climate Justice) und eine sozial-ökologische Transformation einsetzen. Diese stellen sich gegen die marktbasierten Lösungsstrategien und die Einhegung der Territorien und Commons – ebenso wie gegen die ‚Einhegung‘ des Umweltdiskurses. Das Zurückerobern von Kriseninterpretationen, von Sprache und Konzepten sowie eine Dekolonisierung der Wirtschaftsrationalität, des

Paradigmas des ‚Homo oeconomicus‘ und der Institutionen, welche diese repräsentieren, sind von zentraler Bedeutung (vgl. Leff 2009: 105). Begriffen wie ‚Naturkapital‘ und ‚Ökosystemleistungen‘ können beispielsweise jene der Commons und Territorien entgegengestellt werden. Die Verteidigung und das Zurückerobern der Territorien sind nicht nur für indigene Gemeinden relevant:

[C]ommons regimes emerge through ordinary people's day to day resistance to enclosure, and through their efforts to regain livelihoods and the mutual support, responsibility and trust that sustain the commons. (Hildyard/ Lohmann *et al.* 1995)

Weltweit wird von verschiedenen Seiten eine ‚Entkommodifizierung‘ oder ‚Aushegung‘ der natürlichen Umgebung, des Landes und allgemein der Produktionsmittel sowie der gesellschaftlichen Institutionen gefordert (Lohmann 2009: 734; Abramsky 2009: 98). Das ‚Nein‘ zur Inwertsetzung und Finanzialisierung der Natur schließt gleichzeitig viele ‚Ja's‘ hinsichtlich der Ermöglichung vielfältiger Lebensweisen abseits des rein marktbasierten Systems mit ein. Zentral sind dabei die Wiederaneignung und Schaffung gemeinschaftlicher Räume, die nicht auf marktbasierten sondern solidarischen Prinzipien aufbauen, kollektive Nutzungsformen unserer Umwelt und die demokratische Aushandlung von sozialen Bedürfnissen wie Energie, Bildung, Gesundheit, Wohnung oder Nahrungsmittelproduktion, -konsumption und -verteilung (Stichwort: ‚Ernährungssouveränität‘) (vgl. Gómez Bonilla 2012: 302). Dabei geht es zum Beispiel auch um den Besitz und die Nutzung von Wissen und Technologien (z. B. zur Gewinnung erneuerbarer Energien), die als nichtkommerzielle ‚Open Source‘-Form zu effektiverem Einsatz führen könnten als über wettbewerbsorientierte Marktmechanismen (vgl. Abramsky 2009: 98).

Bei emanzipatorischen und dekolonialen Lösungsansätzen sollte klar sein: Statt nur *eine* Art der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und Produktionsweise durchsetzen zu wollen, ist es wichtig, eine Vielfalt existierender und zukünftiger nachhaltiger Naturverhältnisse und Lebensweisen zu ermöglichen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADH	Allianz für Menschenrechte (Honduras) - Alianza por los Derechos Humanos
AHPER	Honduranischer Verband von Produzenten Erneuerbarer Energie - Asociación Hondureña de Productores de Energía Renovable
AHPPER	Honduranischer Verband von Kleinen Produzenten Erneuerbarer Energie - Asociación Hondureña de Pequeños Productores de Energía Renovable, aktueller Name: AHPER
ALBA	Bolivarianische Allianz für die Amerikas – Alianza Bolivariana para las Américas
ANDI	(Honduranischer) Nationaler Industriellen-Verband - Asociación Nacional de Industriales
APROH	Vereinigung für den Fortschritt von Honduras - Asociación para el Progreso de Honduras
ARECA	von CABEI geleitetes Projekt „Erneuerbare Energie-Inversionen in Zentralamerika und Panama ankurbeln“ - „Acelerando Inversiones en Energía Renovable en Centroamerica y Panama“
AVAI	Indigene Lenca-Organisation „Beistand der Vara Alta“ - Auxiliaria de la Vara Alta
BAC	Zentralamerikanische Bank - Banco de América Central
BCIE	Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration, Abkürzung nach den spanischen Anfangsbuchstaben: Banco Centroamericano de Integración Económica, siehe Englisch CABEI
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BID	Interamerikanische Entwicklungsbank - Banco Interamericano de Desarrollo
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutschland
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschland
CABEI	Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration, Abkürzung nach den englischen Anfangsbuchstaben: Central American Bank for Economic Integration, siehe Spanisch BCIE
CADEHO	Menschenrechtskette Honduras Deutschland - Cadena de Derechos Humanos Honduras Alemania
CAMIF	Central American Mezzanine Infrastructure Fund
CAO	Compliance Advisor Ombudsman des IFC
CARSI	Central American Regional Security Initiative

CBD	Biodiversitäts-Konvention - Convention on Biological Diversity
CBM	Mesoamerikanischer Biologischer Korridor - Corredor Biológico Mesoamericano
CBCH	Honduranischer Karibischer Biologischer Korridor - Corredor Biológico del Caribe Hondureño
CCAG	Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung - Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo
CCS	Carbon Capture and Storage
CDM	Clean Development Mechanism
CEHPRODEC	Honduranisches Zentrum zur Förderung der Gemeinde-Entwicklung - Centro Hondureño de Promoción para el Desarrollo Comunitario
CEO	Corporate Europe Observatory
CESPAD	Forschungszentrum für die Demokratie (Honduras) – Centro de Estudio Para la Democracia
CEPAL	Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik – Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CERs	Certified Emissions Reductions
CFAC	Konferenz der Zentralamerikanischen Streitkräfte – Conferencia de las Fuerzas Armadas Centroamericanas
CGL	Rat der Lenca-Regierung - Consejo del Gobierno Lenca
CICC	Interinstitutionelles Komitee zu Klimawandel - Comité Interinstitucional de Cambio Climático
CIDH	Interamerikanische Menschenrechtskommission - Comisión Interamericana de Derechos Humanos
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
COHEP	Honduranischer Privatunternehmens-Rat – Consejo Hondureño de la Empresa Privada
COMILH	Nationaler Rat der Indigenen Lenca-Frauen von Honduras - Consejo Nacional de Mujeres Indígenas Lencas de Honduras
CONGEDISBA	Regionaler Rat zum Management und zur Entwicklung (von Río Blanco) - Consejo Regional de Gestión y Desarrollo
CPN	Nationale Patriotische Koalition - Coalición Patriótica Nacional
CONPAH	Bündnis der Autochthonen Völker von Honduras - Confederación de Pueblos Autóctonos de Honduras
COPINH	Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras - Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras

DEFOMINH	Exekutiv-Direktion der Bergbau-Förderung (Honduras) - Dirección Ejecutiva de Fomento a la Minería; aktueller Name: INGEOMIN
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DESA	Aktiengesellschaft Energie-Entwicklungen - Desarrollos Energéticos S.A.
CODEMUH	Kollektiv Honduranischer Frauen - Colectiva de Mujeres Hondureñas
CPN	Nationale Patriotische Koalition – Coalición Patriótica Nacional
EDF	Französisches Energieunternehmen, Abkürzung nach den französischen Anfangsbuchstaben: Electricité de France‘
ENEE	Nationale Elektrische Energiefirma (Honduras) - Empresa Nacional de Energía Eléctrica
ERIC-SJ	Reflexions-, Forschungs- und Kommunikations-Team der Jesuiten-Gemeinde - Equipo de Reflexión, Investigacon y Comunicación de la Compañía de Jesús
EU-ETS	EU Emissions Trading Scheme, Emissionshandelsschema der Europäischen Union
FAO	Food and Agriculture Organisation of the United Nation
FCPF	Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank
FENAGH	Nationaler Wirtschaftsverband der Landwirte und Viehzüchter von Honduras - Federación Nacional de Agricultores y Ganaderos de Honduras
FHONDIL	Honduranische Föderation von Lenca-Indigenen – Federación Hondureña de Indígenas Lencas
FIAN	Food First Information and Action Network; Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren
FIP	Forest Investment Programm der Weltbank
FMO	Niederländische Entwicklungsbank ,Netherlands Development Finance Company‘
FNRP	Nationale Volkswiderstandsfront – Frente Nacional de Resistencia Popular
FoEI	Friends of the Earth International
FOSDEH	Sozialforum der Auslandsschuld von Honduras - Foro Social de la Deuda Externa de Honduras
FPIC	Free Prior and Informed Consent (freiwillig vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebene Befragung bzw. Zustimmung)
GFC	Global Forest Coalition
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, aktueller Name: GIZ
GWh	Gigawatt pro Stunde
HONDUTEL	Honduranisches Telefon-Unternehmen – Empresa Hondureña de Telecomunicaciones
ICF	Nationales Institut für Waldschutz und -entwicklung, Naturschutzparks und Natur - Instituto Nacional de Conservación y Desarrollo Forestal, Áreas Protegidas y Vida Silvestre
IDAMHO	Institut des Umweltrechts von Honduras - Instituto de Derecho Ambiental de Honduras
IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank – Banco Interamericano de Desarrollo
IEA	Internationale Energie-Agentur der OECD
IFC	International Finance Corporation der Weltbank
IIRSA	Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur von Südamerika – Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana
ILO	International Labor Organization
INA	Nationales Agrarinstitut - Instituto Nacional Agrario
INGEOMIN	Honduranisches Institut der Geologie und des Bergbau - Instituto Hondureño de Geología y Minas
INT	Interview
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IUCN	International Union for Conservation of Nature
IWF	Internationaler Währungsfonds
JI	Joint Implementation
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau; deutsche öffentliche Förderbank
KW	Kilowatt
KWh	Kilowatt pro Stunde
LGBTIQ	Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Inter, Queer
LIBRE	Neue Linke Partei in Honduras ‚Freiheit und Neugründung‘ - Libertad y Refundación
MILH	Indigene Lenca-Bewegung von Honduras - Movimiento Indígena Lenca de Honduras
MADJ	Honduranische Umweltorganisation: Breite Bewegung für die Würde und die Gerechtigkeit - Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia

MILPA	Indigene Lenca-Bewegung von La Paz – Movimiento Indígena Lenca de La Paz
MINCC	Indigener und Afrohonduranischer Tisch zum Klimawandel - Mesa Indígena y Afrohondureña de Cambio Climático
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NGO	Nichtregierungsorganisation
ODHPINH	Menschenrechts-Observatorium der Indigenen und Schwarzen Völker von Honduras
OFRANEH	Honduranische Garífuna Bewegung: Brüderliche Schwarze Honduranische Organisation - Organización Fraternal Negra Hondureña
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Abkürzung nach den englischen Anfangsbuchstaben: Organization of Economic Cooperation and Development
ONILH	Nationale Indigene Lenca-Organisation von Honduras - Organización Nacional Indígena Lenca de Honduras
PAC	Antikorruptions-Partei von Honduras - Partido Anticorrupción de Honduras
PASS	Programm zur Stärkung des Sicherheitsbereichs - Programa de Apoyo al Sector de Seguridad
PATH	Landadministrations-Programm von Honduras - Programa de Administración de Tierras de Honduras
PPP	Plan Puebla Panamá; aktueller Name: Proyecto Mesoamérica
PROAH	Honduras Accompaniment Project
PROCORREDOR	Projekt zum Nachhaltigen Ressourcen- und Senkenmanagement des Biologischen Korridors beim Honduranischen Atlantik - Proyecto de Gestión Sostenible de Recursos Naturales y Cuencas del Corredor Biológico en el Atlántico Hondureño
PRORENA	Programm Förderung nachhaltiger Ressourcennutzung und lokale wirtschaftliche Entwicklung der GIZ
RED	Spezielle Entwicklungsregionen - Regiones Especiales de Desarrollo
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Degradation
REDD+	REDD plus Schutz, nachhaltiges Management und die Anreicherung der Wald-Kohlenstoffspeicher
R-PP	Readiness Preparation Proposal REDD+
RUTA	Regionale Einheit der Technischen Assistenz der Weltbank - Unidad Regional de Asistencia Técnica del Banco Mundial
SAPs	Strukturanpassungsprogramme

SEDINAFROH	Staatssekretariat in den Bereichen Indigene und Afrohonduraner – Secretaría de Estado en los Despachos de Pueblos Indígenas y Afrohondureños
SERNA	Sekretariat der Natürlichen Ressourcen und Umwelt (Honduras) - Secretaría de Recursos Naturales y Ambiente
SGJH	Innen- und Justizsekretariat von Honduras - Secretaría de Gobernación y Justicia de Honduras
SICA	Zentralamerikanisches Integrationssystem – Sistema de la Integración Centroamericana
SIEPAC	Elektrizitäts-Verbindungssystem der zentralamerikanischen Länder - Sistema de Interconexión Eléctrica de los Países de América Central
SOA Watch	‘School Of the Americas’ Watch
SREP	Scaling Up Renewable Energy Program in Low Income Countries; Programm des Climate Investment Funds
TEEB	Studie: The Economics of Ecosystems and Biodiversity
Tigres	honduranische Spezialeinheitstruppe “Toma Integral Gubernamental de Respuesta Especial de Seguridad”
UNA	Nationale Autonome Universität von Honduras - Universidad Nacional Autónoma de Honduras
UNDP	UNO Entwicklungsprogramm - United Nations Development Programme
UNEP	UNO Umweltprogramm - United Nations Environment Programme
UNFCCC	Klimarahmenkonvention der UNO – United Nations Framework Convention on Climate Change
UN-REDD	REDD-Programm der UNO
UNO/UN	Organisation Vereinter Nationen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung - United Nations Office on Drugs and Crime
UNW-DPAC	UN-Water Decade Programme on Advocacy and Communication
USAID	U.S. Agency for International Development
VWS	Verified Carbon Standard
WCD	World Commission on Dams
WRM	World Rainforest Movement
ZEDEs	Arbeits- und wirtschaftliche Entwicklungszonen - Zonas de Empleo y Desarrollo Económico
4E	Programm Erneuerbare Energien und Energie-Effizienz in Zentralamerika - Energías Renovables y Eficiencia Energética en Centroamérica

INTERVIEW-VERZEICHNIS

in chronologischer Reihenfolge

- 1) **Juan Mejía** (Bei MADJ Koordinator der Achse ‚Territorien, indigene Völker und Umwelt-Souveränität‘, recherchiert zu Staudämmen, Lehrender an der Universität UNA, Mitglied von ERIC-SJ), 26.1.2013, El Progreso – Yoro
- 2) **Harry Dickson** (ehemaliger Staatsanwalt, trieb die Klagen gegen die Modellstädte voran), 29.1.2013, Tegucigalpa
- 3) **Fredin Funes** (Anwalt, Mitglied der ‚Demokratiefördernden Front‘²⁶³ der Rechtsanwaltskammer, unabhängiger Kandidat zum Kongressabgeordneten für die Wahlen 2013, aktiv im Protest gegen Modellstädte), 29.1.2013, Tegucigalpa
- 4) **Wilma Calderón** (Mitarbeiterin bei SEDINAFROH), 31.1. 2013, Tegucigalpa
- 5) **Ariel Lobo** (Mitarbeiter bei SEDINAFROH), 31.1. 2013, Tegucigalpa
- 6) **Manuel Lopez** (Direktor des Sekretariats für Klimawandel von SERNA), 1.2.2013, Tegucigalpa
- 7) **Aldo Francisco Santos** (Direktor des Bergbausekretariats DEFOMINH während der Lobo-Regierung), 1.2.2013, Tegucigalpa
- 8) **Pedro Landa** (Koordinator der Nationalen Koalition der Umweltnetzwerke), 1.2.2013, Tegucigalpa
- 9) **Gerhard Jansen** (Koordinator von PRORENA der GIZ), **Carla Ramos** (Angestellte bei PRORENA in den Bereichen Klimawandel und REDD+), 4.2.2013, Tegucigalpa
- 10) **Manuel Manzanares** (Energie-Sekretär von SERNA), 4.2.2013, Tegucigalpa
- 11) **Adalberto Padilla** (IUCN – Unterstützung indigener Völker in Honduras und in der Region v.a. hinsichtlich Rechtsberatung bei REDD+, Staudämmen, etc.), 4.2.2013, Tegucigalpa
- 12) **Peter Saile** (GIZ-Vertreter im FCPF, verantwortlich für Honduras), 15.2.2013, Tegucigalpa [in zwei Audios geteilt]
- 13) „**Doña Pascualita**“ (respektierte weise alte Lenca-Frau, derzeitige Verantwortliche für den Kulturbereich bei COPINH), 19.2.2013, La Esperanza – Intibucá
- 14) **Miriam Miranda** (Koordinatorin von OFRANEH), 26.2.2013, Sambo Creek - Atlántida
- 15) **Salvador Zuñiga** (Mitbegründer von COPINH, kurz nach dem Interview jedoch bei COPINH ausgetreten), 12.3.2013, La Esperanza – Intibucá
- 16) **Bertha Cáceres** (Mitbegründerin und derzeitige Generalkoordinatorin von COPINH), 14.3. 2013, La Esperanza – Intibucá

²⁶³ Frente Reivindicador Democrático

- 17) Aufnahme von Ansprachen verschiedener Bewohner*innen von Río Blanco während einer Demonstration gegen Agua Zarca am 14.3. 2013 in La Esperanza – Intibucá [in zwei Audios geteilt]
- 18) **Felipe Gómez** (aus Río Blanco, angeklagt aufgrund des Protests gegen Agua Zarca), Interview während einer Demonstration gegen Agua Zarca am 14.3. 2013 in La Esperanza - Intibucá
- 19) Mutter mit drei Kindern aus Río Blanco, Interview während einer Demonstration gegen Agua Zarca am 14.3. 2013 in La Esperanza - Intibucá
- 20) **Sabino Gonzales** (Subsistenzbauer aus der Gemeinde La Tejera in Río Blanco) Interview während einer Demonstration gegen Agua Zarca am 14.3. 2013 in La Esperanza - Intibucá
- 21) **Tomás Membreño** (Mitglied der COPINH-Generalkoordination und COPINH-Radiomacher, angeklagt aufgrund des Protests gegen Agua Zarca), 18.3.2013, La Esperanza – Intibucá
- 22) **Alba Luz Dominguez** (Präsidentin der Bürgerkommission für Transparenz²⁶⁴ des Munizips San José, aus San José) und **Lilian Esperanza Lopez** (Repräsentantin von Bertha Cáceres in der COPINH-Koordination und Finanzbeauftragte im Indigenen Rat von COPINH San José, aus San José), 19.3.2013, Marcala – La Paz
- 23) **Teodoro Carillo Lopez** (Koordinator des Zivilgesellschafts-Netzwerks und Mitglied von MILPA, aus San José), 19.3.2013, Marcala – La Paz
- 24) **Gloria Lopez** (Vizeministerin von SEDINAFROH, Lenca aus La Paz, Gründerin der Lenca-Organisationen MILH sowie CONMILH, Stellvertreterin von Gladis Aurora im Kongress), 20.3.2013, Tegucigalpa
- 25) **Gladis Aurora** (seit 2010 Abgeordnete der Nationalen Partei aus dem Departamento La Paz, Staatssekretärin unter der Lobo- sowie Orlando Hernandez-Regierung, Ehefrau von Arnold Castro und an der Durchsetzung des Staudamms La Aurora beteiligt), 21.3.2013, Tegucigalpa
- 26) **Arnold Gustavo Castro** (geschäftsführender Gesellschafter von Inversiones Aurora), 21.3.2013, Tegucigalpa
- 27) **Elsia Paz** (von 2003-2005 und 2008-2011 Präsidentin von AHPPER; Gründerin der Consulting Firma Energy Solution Partners; Managerin mehrerer erneuerbarer Energieprojekte; zuvor angestellt bei einer Bergbaufirma), 21.3.2013, Tegucigalpa
- 28) **Esperanza Meza** (Koordinatorin der Frauenorganisation von CONPAH und zuständig für Administration von CONPAH, Lenca), 22.3.2013, Tegucigalpa
- 29) **Ángel Bárcenas** (Nationaler Berater für Honduras und Nicaragua für REDD+ innerhalb des regionalen Programms CCAD der GIZ), 24.3.2013, Tegucigalpa
- 30) **Luatany Medina** (Ingenieurin beim Staudamm La Aurora), 1.4.2013, Baustelle La Aurora I in San José – La Paz

²⁶⁴ Comisión Ciudadana de Transparencia en el Municipio de San José

- 31) **José Adam Martínez Lizardo** (Pfarrer von San José, Gegner von La Aurora I), 1.4.2013, San José – La Paz
- 32) **José Abel García Argueta** (Bürgermeister von San José, Befürworter von La Aurora I), 1.4.2013, San José – La Paz
- 33) **Marili Flores** (Koordinatorin des kommunalen Indigenen Rates von COPINH, aus San José), 1.4.2013, San José – La Paz
- 34) **Anastacio Aguilar Vasquez** (von La Aurora I betroffener Kleinbauer aus El Aguacatal), **Magdaleno Aguilar Vasquez** (Kleinbauer, Staudamm-Gegner aus El Aguacatal) und **Margarita Pineda Rodríguez** (aktiv im Zivilgesellschafts-Netzwerk von San José und Mitgründerin zweier weiterer Bewegungen zum Schutz der natürlichen Gemeingüter, MILPA und Netzwerk zur Verteidigung des Berges Jilgero; aus San José), 2.4.2013, El Pedrenal – San José – La Paz
- 35) **Margarita Pineda Rodríguez** (siehe INT 34), 2.4.2013, El Pedrenal – San José – La Paz
- 36) **Isidro Vasquez Manueles** (Präsident des Patronatos von El Mango, Betroffener von La Aurora I) und **Rafael Vasquez** (Betroffener Kleinbauer, aus El Mango), 2.4.2013, Los Planes – San José – La Paz
- 37) **Gladis Yolanda García Aguilar** (ehemalige Präsidentin des Patronatos von San Francisco, Betroffene von La Aurora I), **María Santos Lorenzo Díaz** und **Bernadina Hernández Lopez** (beide Betroffene aus San Francisco), 2.4.2013, Los Planes – San José – La Paz
- 38) **Bertha Cáceres** (siehe INT 16), 3.4.2013, Tegucigalpa
- 39) **Bayardo Alemán** (Koordinator von CONPAH), schriftliches Interview erhalten am 5.4.2013
- 40) **Arnold Gustavo Castro** (siehe INT 26), schriftliches Interview erhalten am 20.10.2013
- 41) **Margarita Pineda Rodríguez** (siehe INT 34, 35), schriftliches Interview erhalten am 13.11.2013
- 42) **Pedro Landa** (siehe INT 8), Interview durchgeführt von J. Schwäble (HondurasDelegation), 16.12.2013, Tegucigalpa

LITERATURVERZEICHNIS

4E-Programa (2013 a): Gobierno de Honduras incentiva la generación de energías renovables en el país. (6.9.2013) <http://www.energias4e.com/noticia.php?id=2048> [10.10.2013]

4E-Programa (2013 b): FMI propone reformas en el programa del subsidio eléctrico de Honduras. (13.9.2013) <http://www.energias4e.com/noticia.php?id=2104> [10.10.2013]

Abramsky, Kolya (2009): Energy, Crisis and World-Wide Production Relations. In: Brand, Ulrich/Bullard, Nicola/Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 92-100

ADH (2013): Ministerio Público criminaliza defensores y defensoras de derechos humanos. (5.8.2013) <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/08/ministerio-publico-criminaliza.html> [10.8.2013]

Aggarwal, Ashis (2011): Implementation of Forest Rights Act, Changing Forest Landscape and Politics of REDD+ in India. In: Journal of Resources, Energy and Development 8/2

Agrawal, Arun (2005): Environmentalism: Technologies of Government and the Making of Subjects. Durham, NC: Duke University Press

AHPPER (2013): Copia de Base de Datos Actualizada. *Erhalten am 4.4.2013 von Elsie Paz*

Akram-Lodhi, A. Haroon/ Kay, Cristóbal (2009, Hg.): Peasants and Globalization. Political Economy, Rural Transformation and the Agrarian Question. London/New York: Routledge

Akram-Lodhi, A. Haroon/ Kay, Cristóbal/ Borras Jr, Saturnio M. (2009): The Political Economy of Land and the Agrarian Question in an Era of Neoliberal Globalization. In: Akram-Lodhi, A. Haroon/ Kay, Cristóbal (Hg.): Peasants and Globalization. Political Economy, Rural Transformation and the Agrarian Question. London/New York: Routledge, 214-238

Alimonda, Héctor (2011 a, Hg.): La Naturaleza colonizada. Ecología política y minería en América Latina. Buenos Aires: Ediciones Circus

Alimonda, Héctor (2011 b): La colonilidad de la naturaleza. Una aproximación a la ecología política latinoamericana. In: ebd. (Hg.): La Naturaleza colonizada. Ecología política y minería en América Latina. Buenos Aires: Ediciones Ciccus, 21-60

Altwater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden“ Sozialismus. Münster: Westfälisches Dampfboot

Amaya Amador, Ramón (1987): El señor de la Sierra. El Progreso: Editorial Ramón Amaya Amador

Amnesty International (2013 a): Documento – Honduras. El ejército dispara contra manifestantes en Honduras. Acción Urgente. (23.7.2013) <http://www.amnesty.org/es/library/asset/AMR37/006/2013/es/386efc81-90c1-41a8-8d5b-6bbb244fcc74/amr370062013es.html> [24.7.2013]

Amnesty International (2013 b): Honduras: Elections Should Mark a Turning Point for Human Rights. (5.11.2013) <http://www.amnesty.org/es/node/43984> [24.11.2013]

Anderson, Mark (2007): When Afro Becomes (Like) Indigenous: Garifuna and Afro-Indigenous Politics in Honduras. In: Journal of Latin American and Caribbean Anthropology 12/2, 384-413

Araghi, Farshad (2009): The Invisible Hand and the Visible Foot: Peasants, Dispossession and Globalization. In: Akram-Lodhi, A. Haroon/ Kay, Cristóbal (Hg.): Peasants and Globalization. Political Economy, Rural Transformation and the Agrarian Question. London/New York: Routledge. 111-147

ARECA (2010): Energías Renovables en Acción. Boletín Informativo Nr.2, Mai-August 2010. <http://www.proyectoareca.org/?cat=1043&title=Boletines&lang=es> [28.8.13]

- ARECA (2011): Energías Renovables en Acción. Boletín Informativo Nr.3, Januar-April 2011. <http://www.proyectoareca.org/?cat=1043&title=Boletines&lang=es> [28.8.2913]
- Arkonada, Katu/ Santillana, Alejandro (2011): Ecuador y Bolivia frente a la colonialidad del capitalismo verde. In: Osvaldo, León (Hg.): El cuento de la economía verde. Quito: ALAI, 41-43
- Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich (2013, Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Ayboga, Erican (2012): Wasserkraft ist keine erneuerbare Energie. Bewegungen gegen Staudämme. In: Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2012, Thema Energiekämpfe, 76 – 80
- Bachram, Heidi (2004): Climate Fraud and Carbon Colonialism: The New Trade in Greenhouse Gases. In: Capitalism Nature Socialism 5/4, 1-16
- Backhouse, Maria (2013): Grüne Landnahmen in Brasilien. Das Beispiel der Palmöl-Expansion im Amazonasbecken. In: Backhouse, Maria/ Gerlach, Olaf/ Kamring, Stefan *et al.* (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, Ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 263-283
- Backhouse, Maria/ Gerlach, Olaf/ Kamring, Stefan *et al.* (2013, Hg.): Die globale Einhegung – Krise, Ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Bader, Pauline/ Becker, Florian/ Demirović, Alex *et al.* (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian *et al.* (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, 11-28
- Baletti, Brenda (2012): Ordenamento Territorial: Neo-Developmentalism and the Struggle for Territory in the Lower Brazilian Amazon. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 573-598
- BankTrack (2013 a): Letter to Albert van Leewen - FMO. Subject: Questions on Involvement of FMO in Agua Zarca Dam, Honduras (25.9.2013)
- BankTrack (2013 b): Letter to Albert van Leewen - FMO. Subject: FMO Decision to Finance the Agua Zarca Dam Projekt In Honduras And Next Steps (20.12.2013)
- Barahona, Marvin (2009 a): Honduras en el siglo XX. Una síntesis histórica. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras [erstmals erschienen 2005]
- Barahona, Marvin (2009 b): Pueblos indígenas, estado y memoria colectiva en Honduras. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras
- Barahona, Marvin/ Ramón Rivas (1998 a): Rompiendo el espejo. Visiones sobre los pueblos indígenas y negros en Honduras. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras
- Barahona, Marvin/ Ramón Rivas (1998 b): Existe un movimiento indígena en Honduras? Hacia una interpretación de la protesta indígena. In: Ders. (Hg.): Rompiendo el espejo. Visiones sobre los pueblos indígenas y negros en Honduras. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras, 81-128
- Bauhardt, Christine (2012): Feministische Ökologie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: gender...politik...online. <http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/bauhardt/Bauhardt.pdf> [13.5.2012]
- Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes *et al.* (2007, Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel – Geld – Arbeit – Staat. Wien: Mandelbaum Verlag
- Beerhorst, Joachim/ Demirovic, Alex/ Guggemos, Michael (2004, Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt: Edition Suhrkamp
- Bello, Walden (2009): The Deadly Triad: Climate Change, Free Trade and Capitalism. In: Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 42-44

- Benjaminsen, Tor A./ Bryceson, Ian (2012): Conservation, Green/Blue Grabbing and Accumulation by Dispossession in Tanzania. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 335-355
- Berbner, Bastian (2013): Der Neustart. (9.11.2013) <http://www.zeit.de/2013/45/honduras-armut-experiment> [23.11.2013]
- Bértola, Luis (2007): Lateinamerika in Zeiten der Globalisierung. In: Becker, Joachim/ Fischer, Karin/ Imhof, Karen *et al.* (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel – Geld – Arbeit – Staat. Wien: Mandelbaum Verlag, 63-90
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): Washington Consensus. In: Urban, Hans-Jürgen (2006, Hg.): ABC Neoliberalismus. Von “Agenda 2010” bis “Zumutbarkeit”. Hamburg: VSA-Verlag, 235-36
- Bird, Annie – Rights Action (2013 a): The Agua Zarca Dam: How the World Bank and Central American Bank for Economic Integration Are Profiting from the Looting of Indigenous Lenca Territory. (18.5.2013) <http://rightsaction.org/action-content/illegal-arrest-priest-and-22-members-honduran-national-resistance-front> [8.8.2013]
- Bird, Annie – Rights Action (2013 b): The Agua Zarca Dam and Lenca Communities in Honduras: Transnational Investment Leads to Violence against and Criminalization of Indigenous Communities. (20.9.2013) http://rightsaction.org/sites/default/files/Rpt_131001_RioBlanco_Final.pdf [21.9.2013]
- Bird, Annie – Rights Action (2013 c): Conclusiones. *Erhalten am 2. September von COPINH*
- Blaikie, Piers/ Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society. London: Methuen
- Blas, Javier (2009): Africa ‘Giving Away’ Land as Rich Countries Push for Food Security. (25.5.2009) <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/6cdd9bbe-48c4-11de-8870-00144feabdc0.html#axzz2kZ81VvSo> [10.10.2013]
- BMU/ BMZ/ OOSKANews, Inc. (2012): Conference Synopsis. Bonn 2011 Conference: The Water, Energy and Food Security Nexus. Solutions for the Green Economy. 16-18 November 2011. http://www.water-energy-food.org/en/whats_the_nexus/messages_policy_recommendations.html [10.10.2013]
- Boas, Hellie (2011, Hg.): No REDD - Papers Volume I. Oregon: Charles Overbeck/Eberhardt Press. http://climatevoices.files.wordpress.com/2011/11/noreddpapers_download.pdf [10.10.2013]
- Boatca, Manuela/ Spohn, Willfried (2010, Hg.): Globale, multiple und postkoloniale Modernen. München/Mering: Rainer Hampp Verlag
- Bonilla, Nathalia/ del Olmo, Arturo (2012, Hg.): Capitalismo Verde. Quito: Instituto de Estudios Ecológicos del Tercer Mundo
- Borras Jr, Saturnio M./ Franco, Jennifer/ Gómez, Sergio *et al.* (2012): Land Grabbing in Latin America and the Caribbean. In: Journal of Peasant Studies 39/3-4, 845-872
- Borras Jr, Saturnio M./ Hall, Ruth/ Scoones, Ian *et al.* (2011): Towards a Better Understanding of Global Land Grabbing: An Editorial Introduction. In: Journal of Peasant Studies 38/2, 209-216
- Bosquet, Benoit (2013): Respuesta FCPF a COPINH. (22.2.2013) <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [15.03.2013]
- Boyer, Jefferson (2010): Food Security, Food Sovereignty, and Local Challenges for Transnational Agrarian Movements: The Honduras Case. In: Journal of Peasant Studies 37/2, 319-351
- Boyer, Jefferson/ Cardona Peñalva, Wilfredo (2013): Daring to Hope in the Midst of Despair. The Agrarian question within the Anti-Coup Resistance Movement in Honduras. In: Burrell, Jennifer/ Moodie, Ellen (Hg.): Central America in the New Millennium. Living Transition and Reimagining Democracy. o.A.: Berthahn Books, 64-79

- Brand, Ulrich (2010): Konflikte um die *Global Governance* biologischer Vielfalt. Eine historisch-materialistische Perspektive. In: Feindt, Peter/ Saretzki, Thomas (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften, 239-255
- Brand, Ulrich (2012): Einleitung für die Tagung Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa. In: Brand, Ulrich/ Gensler, Marlis/ Strickner, Alexandra (Hg.): Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa. Papers und Thesenpapiere für das internationale Seminar in Wien, 11.-14. Juli 2012, 4-8
- Brand, Ulrich (2013): Sozial-ökologische Transformation: Dominante Entwicklungen, Widerstände und Alternativen – Energie als zentrales Konfliktterrain. Einführungstext für das internationale Seminar „Sozialökologische Transformation Fokus Energie“, 3.-5. Juli 2013
- Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (2009 a, Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. Critical Currents 6
- Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (2009 b): Introduction. In: Ders. (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 9-16
- Brand, Ulrich/ Gensler, Marlis/ Strickner, Alexandra (2012, Hg.): Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa. Papers und Thesenpapiere für das internationale Seminar in Wien, 11.-14. Juli 2012
- Brand, Ulrich/ Lötzer, Ulla/ Müller, Michael *et al.* (2013): Big Business Emissionshandel. Gegen die Finanzialisierung der Natur. In: Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte 3/2013
- Brand, Ulrich/ Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brand, Ulrich/ Radhuber, Isabella Margerita/ Schilling-Vacaflor, Almut (2012, Hg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011 a): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: ÖZS 36/2, 12-34
- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011 b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian *et al.* (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, 79-94
- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen. In: Atzmüller, Roland/ Becker, Joachim/ Brand, Ulrich (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 132-146
- Brondo, Kery Vacanti/ Brown, Natalie (2011): Neoliberal Conservation, Garifuna Territorial Rights and Resource Management in the Cayos Cochinos Marine Protected Area. In: Conservation and Society 9/2, 91-105
- Bryant, Raymond/ Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology. London/ New York: Routledge
- Burrell, Jennifer/ Moodie, Ellen (2013, Hg.): Central America in the New Millenium. Living Transition and Reimagining Democracy. o.A.: Berthahn Books
- Business & Human Rights Resource Centre (2013): Sinohydro Group Response to Report by Rights Action about Alleged Violence & Intimidation against Lenca Indigenous Communities Related to the Constructions of Agua Zarca Dam, Honduras. (25.11.2013) <http://www.business-humanrights.org/Links/Repository/1023559/jump> [5.1.2014]

- CABEI (2009): Análisis del Mercado Hondureño de Energía Renovable. Tegucigalpa
- CABEI (2012): CABEI Recognizes Central American Financial Institutions That Provide Biodiversity Friendly Financing. (13.12.2012)
<http://www.bcie.org/?art=1405&title=CABEI%20recognizes%20Central%20American%20financial%20institutions%20that%20provide%20biodiversity%20friendly%20financing%20&lang=en>
 [10.10.2013]
- CABEI/ ARECA/ BMZ/ KfW (2010): Guía para el desarrollo de proyectos de energía renovable en Honduras. <http://www.proyectoareca.org/get.php?did=93> [10.10.2013]
- CADEHO (2013): Llamado de Alerta Río Blanco. (12.11.2013)
<http://www.youtube.com/watch?v=KNj0FeGFhos> [12.11.2013]
- CAO (2014): Letter to Bertha Caceres, Tomas Gomez. Re: CAO Assessment Report regarding the Central American Mezzanine Infrastructure Fund (CAMIF) (IFC Project Number 26590) in Honduras. (8.1.2014) *Erhalten von Annie Bird am 9.1.2014*
- Capote, Nieves (2011): El Modelo Corporación-Nación. San Cristóbal de las Casas: Otros Mundos. [Serie: La Dictadura del Capital]
- Capote, Nieves (2012): Del PPP al Proyecto Mesoamérica. Eje de infraestructura y competitividad. San Cristóbal de las Casas: Otros Mundos. [Serie: La Dictadura del Capital]
- Carbon Market Watch (2013): Local Realities of CDM Projects. A Compilation of Case Studies. <http://carbonmarketwatch.org/local-realities-of-cdm-projects-a-compilation-of-case-studies/>
 [30.11.2013]
- Cárdenas, Roosbelinda (2012): Green Multiculturalism: Articulations of Ethnic and Environmental Politics in a Colombian ‚Black Community‘. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 309-333
- Carlos Rivera, Juan (2013): Empresarios apoyan nueva versión de „Ciudades Modelo“. In: Tiempo 19.1.2013, 11
- Casanova, Pablo González (1985, Hg.): Historia política de los campesinos latinoamericanos. México: Siglo Veintiuno Editores
- Casolo, Jennifer (2009): Gender Levees: Rethinking Women’s Land Rights in Northeastern Honduras. In: Journal of Agrarian Change 9/3, 392-420
- Castree, Noel (2008 a): Neoliberalising Nature: The Logics of Deregulation and Reregulation. In: Environment and Planning A 40/1, 131-152
- Castree, Noel (2008 b): Neoliberalising Nature II: Processes, Outcomes, Effects. In: Environment and Planning A 40/1, 153-173
- Castree, Noel/ Brown, Bruce (2003, Hg.): Social Nature. Theory, Practice and Politics. Malden, Ma: Blackwell Publishers
- Castro-Gómez, Santiago/ Grosfoguel, Ramón (2007, Hg.): El Giro decolonial. Bogotá: Siglo del Hombre Editores
- CBM Honduras (1999): Reunión Intercambio de Información. Proyectos de Cooperación Vinculados al CBM. <http://rds.hn/index.php?documento=431> [18.8.2013]
- CDM Executive Board (2012): PDD_Aurora I_270112. Project Design Document Form (CDM-SSC-PDD) – Version 03.
<http://cdm.unfccc.int/UserManagement/FileStorage/UF3JR9CV2MB6TLYXWAG0POSE8N751H>
 [7.10.2013]

- CDM-Watch *et al.* – 84 Civil Society Organizations (2012): Civil Society Letter to the CDM Policy Dialogue Panel. (21.5.2012) <http://carbonmarketwatch.org/civil-society-letter-to-the-cdm-policy-dialogue-panel/> [15.10.2013]
- CEHPRODEC (2013): Análisis estadístico del inventario de concesiones mineras proporcionado por INGEOMIN. *Erhalten am 16.12.2013 von Pedro Landa*
- CentralAmericaData (2010): Honduras: inversión extranjera cae 44% en 2009. (4.1.2010) http://www.centralamericadata.com/es/article/home/Honduras_inversion_extranjera_cae_44_en_2009 [16.8.2013]
- CEO (2013): A Fly On The Wall Of The Corporate COP: Through The Looking Glass. (20.11.2013) <http://corporateeurope.org/blog/fly-wall-corporate-cop-through-looking-glass> [25.11.2013]
- CEPAL (2000): Primera parte: Indicadores del desarrollo socioeconómico de América Latina y el Caribe. In: Ders.: Anuario estadístico de America Latina y el Caribe. <http://www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/8/6228/P6228.xml&xsl=/deype/tpl/p9f.xsl&base=/tpl/top-bottom.xslt> [18.12.2011]
- CEPAL (2009): Cooperación CEPAL – Proyecto Mesoamérica: Aportes a la Facilitación del Comercio y el Transporte en Mesoamérica. In: Boletín FAL 273/5
- CESPAD (2013): Quinta Encuesta de Opinión Ciudadana del CESPAD, Julio de 2013. <http://cespad.org/sites/default/files/Informe%20Quinta%20Encuesta%20CESPAD%20Componente%20Electoral%20FINAL.pdf> [25.8.2013]
- Chancosa, Blanca (2010): El Sumak Kawsay desde la visión de la mujer. In: América Latina en Movimiento, 453 época II, 6-9
- Chapman, Anne (1985): Los hijos del copal y la candela. Tomo II. D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México
- Chapman, Anne (2006): Los hijos del copal y la candela. Tomo I. D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México [erstmal erschienen 1985]
- Charkiewicz, Ewa (2009): A Feminist Critique of the Climate Change Discourse. From Biopolitics to Necropolitics. In: Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 18-25
- CIDH (2013): CIDH condena asesinato de líder indígena lenca y lesiones a un niño en operativo del Ejército de Honduras. Comunicado de Prensa 52/13 (19.7.13) <http://www.oas.org/es/cidh/prensa/Comunicados/2013/052.asp> [20.7.13]
- COHEP (2009): Comunicado de Prensa del COHEP. (29.6.2009) <http://ucdhonduras.blogspot.co.at/2009/06/comunicado-de-prensa-del-cohep.html> [8.8.2012]
- COHEP/ USAID (2012): Desarrollo territorial sostenible para un crecimiento económico y social de base amplia. Powerpoint Presentation. *Erhalten am 20.1.2013 von COPINH*
- Comisión de Verdad (2012): Informe de la Comisión de Verdad. Tegucigalpa. <http://www.comisiondeverdadhonduras.org/?q=node/75> [4.12.2012]
- Conexihon (2013): FF.AA. gasta presupuesto del bosque en compra de bebidas. (11.8.2013) <http://conexihon.info/site/noticia/transparencia-y-corrupci%C3%B3n/ff-aa-gasta-presupuesto-del-bosque-en-compra-de-bebidas> [20.8.2013]
- CONPAH (2011): Planteamiento de la Confederacion Nacional de Pueblos Autoctonos de Honduras (CONPAH), al Presidente de la Republica de Honduras Lic. Porfirio Lobo Sosa. <http://listas.gsc.hn/cgi-bin/eGruposDMime.cgi?N8P7%5B7K9W7xumopxClqfq-Mtytuq-okCWUWPXCvthCnoqdy-qlhhyCUSYQegb7> [5.12.2013]

CONPAH (2012 a): Carta a Rigoberto Cuellar – ministro de SERNA. REFE: R-PP Honduras Documento Inconsulto. (8.2.2012) http://www.forestcarbonpartnership.org/sites/forestcarbonpartnership.org/files/Documents/PDF/Feb2012/CartaCONPAH_SERNA_R_PP_Honduras.pdf [14.01.2013]

CONPAH (2012 b): Carta a Benoit Bosquet-Coordinador FCPF. REFE: Todavía sin acuerdo entre los pueblos indígenas y afrohondureños y el Gobierno en los procesos REDD+ Honduras. (21.8.2012) <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [15.10.2013]

CONPAH (2013): Informe de Gira MIACC. In: ANEXO 19. R-PP Version 6. <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [14.10.2013]

COPINH (25.4.2012): Denuncia el COPINH graves violaciones a los derechos individuales y colectivos del Pueblo Lenca. Denuncia Pública Urgente. <http://www.copinh.org/article/denuncia-el-copinh-graves-violaciones-a-los-derechos> [10.10.2013]

COPINH (10.2.2013): Brief an Benoit Bosquet (FCPF), Betreff: COPINH lehnt R-PP und die Einführung von REDD+ in Honduras ab. <http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/02/protestbrief-von-copinh-weltbank-gegen.html> [13.2.2013]

COPINH (14.3.2013): Comunicado. <http://www.copinh.org/article/comunicado-2/> [15.3.2013]

COPINH (2.4.2013): COPINH (corregido y con inf. actualizada) Comunicado Urgente: Río Blanco nuevamente emprende acciones en defensa de ríos, territorios y vida. <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/04/copinh-comunicado-urgente-rio-blanco.html> [5.10.2013]

COPINH (14.4.2013): Comunicado a 14 días de lucha - los ríos no se venden, se cuidan y se defienden. <http://www.copinh.org/article/copinh-comunicado-a-14-dias-de-lucha-los-rios-no-se-venden-se-cuidan-y-se-defienden> [15.4.2013]

COPINH (19.4.2013): Comunidades Lencas de Río Blanco expulsan maquinarias y funcionarios de las empresas Desa y Sinohydro. <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/04/comunidades-lencas-de-rio-blanco.html> [20.4.2013]

COPINH (19.5.2013): A 48 días en defensa del río Gualcarque, seguimos en pie de lucha. <http://www.copinh.org/article/a-48-dias-en-defensa-del-rio-gualcarque-seguimos-en-pie-de-lucha> [17.7.2013]

COPINH (15.7.2013): Acción desesperada y criminal, Ejército hondureño asesina a luchador indígena del COPINH contra hidroeléctrica en Río Blanco. <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/07/accion-desesperada-y-criminal-ejercito.html> [17.7.2013]

COPINH (2.8.2013): Alerta Urgente: Llamado a la solidaridad nacional e internacional. <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/08/alerta-urgente-llamado-la-solidaridad.html> [3.8.2013]

COPINH (5.9.2013): Más amenazas contra el Pueblo Lenca de Río Blanco! La Policía secuestra el compañero Desiderio Méndez miembro Lenca del COPINH! <http://www.copinh.org/article/mas-amenazas-contr-el-pueblo-lenca-de-rio-blanco/> [6.9.2013]

COPINH (2.10.2013): Comunicado Urgente. <http://www.copinh.org/article/comunicado-urgente-02-octubre-2013/> [2.10.2013]

COPINH (7.11.2013): Denuncia Pública: Continúa hostigamiento contra el compañero Víctor Fernández. (ayer 06-11-13) <http://www.copinh.org/article/copinh-denuncia-publica-continua-hostigamiento-con/> [7.11.2013]

COPINH (8.11.2013): Denuncia Pública: Nuevamente los esbirros dan persecución vehicular, esta vez al compañero Aureliano Molina Villanueva, miembro del COPINH. <http://www.copinh.org/article/denuncia-publica-nuevamente-los-esbirros-dan-perse/> [9.11.2013]

COPINH (19.11.2013): Denuncia. <http://copinhonduras.blogspot.de/2013/11/copinh-denuncia.html> [20.11.2013]

- COPINH (20.11.2013): Alerta! Detención de Delegación Internacional de Observación de Derechos Humanos que se desplaza hacia Río Blanco! <http://www.copinh.org/article/alerta-detencion-de-delegacion-internacional-de-ob/> [20.11.2013]
- COPINH (o.A.): Agresión a los derechos colectivos e individuales del Pueblo Lenca y del COPINH, Riesgos y Resistencias. Documento Actualizando Situación. *Erhalten am 4.9.2013 von COPINH*
- Corporación Municipal de Intibucá (2011): Certificación. SERNA Folio No. 644. (13.10.2013) *Erhalten am 4.6.2013 von COPINH*
- Corson, Catherine/ MacDonald, Kenneth Iain (2012): Enclosing the Global Commons: The Convention on Biological Diversity and Green Grabbing. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 263-283
- Corte Suprema de Justicia (1975): Ley de reforma agraria. Decreto-Ley Número 170. <http://www.juntec.morg.hn/Documentos/Ambientales/LEY%20DE%20REFORMA%20AGRARIA.pdf> [18.11.2011]
- Cox, Kevin (1997, Hg.): Spaces of Globalization. New York: Guilford Press
- Dan Church Aid (2011): Stolen Land Stolen Future. A Report on Land Grabbing in Cambodia and Honduras. <http://www.noedhjaelp.dk/content/download/95610/1099815/version/1/file/LandGrabWEB.pdf> [5.7.2013]
- Davidson, Adam (2012): Who Wants to Buy Honduras? (8.5.2012) http://www.nytimes.com/2012/05/13/magazine/who-wants-to-buy-honduras.html?_r=0 [15.8.2013]
- Defensores en Línea (2013): Bases de EE.UU. en Honduras: La colonización del siglo XXI. (2.4.2013) http://www.defensoresenlinea.com/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=2509:bases-de-eeuu-en-honduras-la-colonizacion-del-siglo-xxi&catid=67:monitoreo&Itemid=192 [16.8.2013]
- Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian *et al.* (2011): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag
- derStandard (2013): Mehr als 5.200 Tote nach Taifun „Hayan“ auf Philippinen gezählt. (22.11.2013) <http://derstandard.at/1381374272468/Mehr-als-5200-Tote-nach-Taifun-Hayan-auf-Philippinen-gezaehlt> [30.11.2013]
- DESA (2013): Nota de Prensa (15.7.2013). *Erhalten am 18.7.2013 von COPINH*
- DESA/ CONGEDISBA (2013): Convenio de Cooperación, Mutuo Entendimiento, Indemnización, Compensación Comunitaria y Ambiental, entre la Empresa Desarrollos Energeticos S.A. de C.V. (DESA) y los Patronatos de Río Blanco, Norte de Intibucá y Sur de Santa Bárbara, Agrupados en el Consejo Regional de Gestión y Desarrollo (CONGEDISBA). *Erhalten am 15.12.2013 von CADEHO*
- DESA/ Municipalidad de Intibucá (2011): Acta Reunión de Sozialización proyecto hidroeléctrico Agua Zarca, Río Blanco, Intibucá. SERNA Folio No. 645-650. *Erhalten am 4.6.2013 von COPINH*
- DESA/ Municipalidad de San Francisco de Ojuera (2011): Acta de compromisos proyecto hidroeléctrico Agua Zarca, Francisco de Ojuera, Santa Bárbara. SERNA Folio No. 640-443 (25.10.2011). *Erhalten am 4.6.2013 von COPINH*
- Dietrich, Wolfgang (2008): Das politische System von Honduras. In: Stüwe, Klaus/ Ringe, Stefan (Hg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 293-313
- Dussel, Enrique (2000): Europa, Modernidad y eurocentrismo. In: Lander, Edgardo (Hg.): La Colonialidad del Saber. Buenos Aires. CLACSO, 39-51
- Edelmann, Marc (2009): Synergies and Tensions between Rural Social Movements and Professional Researchers. In: Journal of Peasant Studies 36/1, 245-265

- El Herald (2010): ENEE concluirá licitación de energía: Ahpper. (18.2.2010)
<http://archivo.elheraldo.hn/content/view/full/381645> [10.7.2013]
- El Herald (2013 a): Ley de Inteligencia es ambigua y débil contra el crimen organizado. (27.1.2013)
<http://www.elheraldo.hn/Secciones-Principales/Pais/Ley-de-Inteligencia-es-ambigua-y-debil>
 [15.2.2013]
- El Herald (2013 b): Banca hondureña lidera sistema financiero local. (17.7.2013)
<http://www.elheraldo.hn/Secciones-Principales/Economia/Banca-hondurena-lidera-sistema-financiero-local> [10.10.2013]
- El Herald (2013 c): Ratificada ley para vender bienes. (23.7.2013)
<http://www.elheraldo.hn/Secciones-Principales/Pais/Ratificada-ley-para-vender-bienes> [25.8.2013]
- El Nuevo Diario (2013): Confirman interés de China en Canal Seco de Honduras. (21.6.2013)
<http://www.elnuevodiario.com.ni/politica/289566> [2.11.2013]
- ENEE (2012): Plan de Expansión Generación 2012-2026, *Erhalten am 2.2. von der ENEE*
- Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Komlosy, Andrea (2006, Hg.): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum Verlag
- ERIC-SJ (2012): Miedo Inducido. http://ericsj.org/contentsj/index.php?option=com_content&view=article&id=1262:miedo-inducido-08-agosto-2013&catid=45:la-honduras-de-hoy&Itemid=63
 [28.8.2013]
- Escoto, Julio (2010): El Golpe de oro negro. Alguien consiguió petróleo tras caer Zelaya. (11.1.2010)
http://julioescotodocumentos.blogspot.com/2009/08/el-golpe-de-oro-negro_15.html [23.10.2013]
- Euraque, Dario (2010): El Golpe de Estado del 28 de Junio de 2009, el patrimonio cultural y la identidad nacional de Honduras. San Pedro Sula: Centro Editorial
- Fairhead, James/ Leach, Melissa/ Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: A New Appropriation of Nature? In: Journal of Peasant Studies 39/2, 237-261
- Fals Borda, Orlando (2009): Una sociología sentipensante para América Latina. Bogotá: Siglo del Hombre Editores
- Fals Borda, Orlando/ Rahman, Muhammad Anisur (1991): Action and Knowledge. Braking the Monopoly with Participative Action Research. New York: The Appex Press.
- FAO (2006): The state of Agricultural Commodity Markets.
<http://www.fao.org/docrep/009/a0950e/a0950e00.htm> [13.12.2011]
- Fatheuer, Thomas (2013): Eine neue grüne Inwertsetzungsstrategie für Amazonien: REDD – Erwartungen, Ambivalenzen, Kontroversen. In: Backhouse, Maria/ Gerlach, Olaf/ Kalmring, Stefan *et al.* (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 284-303
- FCPF (2012): 2012 Annual Report.
<http://www.forestcarbonpartnership.org/sites/fcp/files/FCPF%20FY12%20Anual%20Report%20FINAL%20Oct8.pdfk.pdf> [15.10.2013]
- FCPF (2013 a): Completeness Check for Honduras R-PP dated August 1, 2013.
<http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [14.10.2013]
- FCPF (2013 b): REDD Readiness Progress Fact Sheet. Country: Honduras. June 2013.
<http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [14.10.2013]
- FCPF (2013 c): REDD Readiness Progress Fact Sheet. Country: Honduras. October 2013.
<http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [22.10.2013]

- Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum kritik & utopie [Hg.: Martin Birkner; Übers.: Max Henninger]
- FIAN/ APRODEV/ CIFCA/ FIDH/ Rel-UITA/ Vía Campesina (2011): Honduras. Violaciones de Derechos Humanos en el Bajo Aguán. Informe preliminar de la Misión de Verificación Internacional. <http://www.fian.org/recursos/publicaciones/documentos/honduras-violaciones-de-derechos-humanos-en-el-bajo-aguan/pdf> [13.10.2011]
- Figuerola Rivera, Miguel Ángel (2010): Marco Legal de Energía Renovable y Perspectivas de Desarrollo. Comisión Nacional de Energía. <http://www.naruc.org/international/Documents/HONDURAS%20-%20Figuerola%20SPANISH%20rev.pdf>. [28.8.13]
- Finley-Brook, Mary (2007): Green Neoliberal Space. The Mesoamerican Biological Corridor. In: Journal of Latin American Geography 6/1, 101-124
- Finnfund (2006): Small hydroelectric plant earns money from emission reductions (11.4.2006) http://www.finnfund.fi/ajankohtaista/uutiset06/en_GB/laesperanzahonduras/ [15.10.2013]
- Fischer, Karin/ Hödl, Gerhard/ Parnreiter, Christof (2004): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin/ Maral-Hanak, Irmi/ Hödl, Gerald *et al.* (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum Verlag, 13-56
- Fischer, Karin/ Maral-Hanak, Irmi/ Hödl, Gerald *et al.* (2004; Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum Verlag
- Fischer, Karin/ Parnreiter, Christof (2007): Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke – ein nicht staatszentrierter Ansatz für die Entwicklungsökonomie. In: Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes *et al.* (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel – Geld – Arbeit – Staat. Wien: Mandelbaum Verlag. 106-122
- FMO (2013): FMO Assessment Process RE Agua Zarca. Powerpoint Presentation. 26th of November 2013. *Erhalten am 26.11.2013 von FMO*
- FoEI (2013): Good Energy Bad Energy? Transforming our Energy System for People and the Planet www.goodenergybadenergy.org [15.11.2013]
- Frank, Dana (2011): WikiLeaks Honduras: US Linked to Brutal Businessman. (21.10.2011) <http://www.thenation.com/article/164120/wikileaks-honduras-us-linked-brutal-businessman#axzz2acRYPoTY> [7.8.2013]
- Friends of the Earth France (2013): REDD+ in Madagascar: You Can't See The Wood For The Carbon. <http://www.amidelaterre.org/REDD-in-Madagascar-You-can-t-see.html> [11.12.2013]
- Fundación Arias/ CDM – Centro de Derechos de Mujeres (1995): El acceso de la mujer a la tierra en Honduras. San José: Fundación Arias para la Paz y el Progreso Humano
- Gallegos, Eris (2014): Gladis Aurora López. (11.1.2014) <http://www.latribuna.hn/2014/01/11/gladis-aurora-lopez/> [14.1.2014]
- Garbe, Sebastian (2012): Das Projekt Modernität/Kolonialität in Gegenüberstellung mit postkolonialer Theorie und als Herausforderung für die Kultur- und Sozialanthropologie – Eine theoretische Übersetzungsarbeit anhand interkultureller Teamarbeit in Argentinien. Diplomarbeit an der Universität Wien
- Garbe, Sebastian (2013): Das Projekt Modernität/Kolonialität – Zum theoretischen/akademischen Umfeld des Konzepts der Kolonialität der Macht. In: Quintero, Pablo/ Garbe, Sebastian (Hg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis. Münster: Unrast-Verlag, 21-52
- Garbe, Sebastian/ Quintero, Pablo (2012): Das Projekt Modernität/Kolonialität. Eine Annäherung aus der Differenz zur postkolonialen Theorie. In: ILA 361 Dez/Jan 2012/2013, 11-12

- Gardner, Benjamin (2012): Tourism and the Politics of the Global Land Grab in Tanzania: Markets, Appropriation and Recognition. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 377-402
- Garside, Ben (2014): Value of Global CO₂ Markets Drops 38 PCT in 2013: Analysts. (2.1.2014) <http://www.pointcarbon.com/news/reutersnews/1.3528447> [3.1.2014]
- Gerebizza, Elena/ Tricarico, Antonio (2013): Large Infrastructure to Overcome the Crisis? The Hidden Risks of the Europe 2020 Project Bond Initiative. <http://www.counterbalance-eib.org/wp-content/uploads/2013/06/Infrastructure-briefingOK.pdf> [15.11.2013]
- Germanwatch (2013 a): Globaler Klima-Risiko-Index 2013: Haiti, Philippinen und Pakistan am stärksten betroffen. Index von Germanwatch zeigt: Entwicklungsländer leiden am meisten unter Wetterextremen. (12.11.2013) <http://germanwatch.org/de/7675> [16.11.2013]
- Germanwatch (2013 b): Global Climate Risk Index 2013. Briefing Paper. <http://germanwatch.org/en/5696> [30.11.2013]
- GFC (2008): Life as Commerce: The Impact of Market-based Conservation on Indigenous Peoples, Local Communities and Women. <http://vh-gfc.dpi.nl/img/userpics/File/publications/LIFE-AS-COMMERCE2008.pdf> [20.10.2013]
- Global Alliance of Indigenous Peoples and Local Communities on Climate Change against REDD+ (2012): NO REDD+! in RIO+20 – A Declaration to Decolonize the Earth and the Sky. <http://www.redd-monitor.org/2012/06/19/no-redd-in-rio-20-a-declaration-to-decolonize-the-earth-and-the-sky/#po> [19.7.2013]
- Gobierno de Honduras (2010): Visión de País 2010-2038. <http://www.sefin.gob.hn/?p=284> [20.8.2013]
- Gobierno de Honduras (2011): Documento: Preparación para la Reducción de Emisiones causadas por la Deforestación y Degradación de los Bosques en Honduras. <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [12.1.2013]
- Gobierno de Honduras (2013 a): III Borrador del R-PP (10.1.2013) <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [12.2.2013]
- Gobierno de Honduras (2013 b): R-PP Honduras (31.7.2013) <http://www.forestcarbonpartnership.org/honduras-0> [12.10.2013]
- Gómez Bonilla, Adriana (2012): La colonialidad de la naturaleza: reflexiones a partir del caso mexicano. In: Marañón-Pimentel, Boris (Hg.): Solidaridad económica y potencialidades de transformación en América Latina. Una perspectiva descolonial. Buenos Aires: CLACSO, 285-310
- Gonzalez, Jorge (2013): Honduras: Bertha Cáceres teme que la asesinen luego de las elecciones generales. (19.11.2013) <http://laradiodelsur.com/?p=223920> [20.11.2013]
- Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Görg, Christoph (2004 a): Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse. In: Beerhorst, Joachim/ Demirovic, Alex/ Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt: Edition Suhrkamp, 199-226
- Görg, Christoph (2004 b): Inwertsetzung. In: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Band 6/II. Hamburg: Argument-Verlag, 1501-1506
- Görg, Christoph/ Brand, Ulrich (2002, Hg.): Mythen globalen Umweltmanagments: „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Griffiths, Hannah (20.11.2013): Nature For Sale. <http://www.wdm.org.uk/multinational-corporations/nature-sale> [30.11.2013]

Grosfoguel, Ramón (2010): Die Dekolonisation der politischen Ökonomie und der postkolonialen Studien: Transmoderne, Grenzdenken und globale Kolonialität. In: Boatca, Manuela/ Spohn, Willfried (Hg.): Globale, multiple und postkoloniale Modernen. München/Mering: Rainer Hampp Verlag, 309-340

Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo (2013, Hg.): Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del Siglo XXI. Quito: Ediciones Abya Yala

Grünewald, Andreas (2010): Neoliberale Naturverhältnisse im Postfordismus? Angelsächsische und deutsche Debatten zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und kapitalistischer Entwicklungstendenzen. In: Schmieder, Falko (Hg.): Die Krise der Nachhaltigkeit: Kritik der Politischen Ökologie. Berlin: Peter Lang Verlag, 79-102

GTZ (2007): Annex 5 Análisis del Sector Forestal de Honduras. Documento Base para Preparación Estrategia Ambiental de País
www.siteresources.worldbank.org/INTRANETENVIRONMENT/Resources/Annex5AnalisisdelSectorForestal%28Spanish%29.pdf [30.8.2013]

Gudynas, Eduardo (2009): Climate Change and Capitalism's Ecological Fix in Latin America. In: Brand, Ulrich/Bullard, Nicola/Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 36-41

Hale, Charles (2007): Reflexiones sobre la práctica de una investigación descolonizada. In: Köhler, Axel (Hg.): Anuario 2007. Centro de Estudios Superiores de México y Centroamérica. Tuxtla Gutiérrez: Gobierno del estado de Chiapas/Unicach, 299-315

Hardin, Garret (1968): The Tragedy of the Commons. In: Science 162/3859; 1243-1248

Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference. Cambridge/ Massachusetts: Blackwell Publishers

Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: Oxford University Press

Harvey, David (2005): A Brief History of Neoliberalism. Oxford: Oxford University Press

Harvey, David (2006 a): Spaces of Global Capitalism: A Theory of Uneven Geographical Development. London: Verso

Harvey, David (2006 b): The Limits to Capital. London/New York: Verso

Harvey, David (2006 c): Comment on commentaries. In: Historical Materialism 14/4, 157-166

Hauck, Gerhard (2009): Kolonialismus. In: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Band 7/II. Hamburg: Argument-Verlag, 1159-1166

Heinlein, Ingrid (2013): Das Staudammprojekt Agua Zarca in Honduras. Indigene Gemeinden kämpfen um ihr Land – Bertha Cáceres in Gefahr. *Erhalten am 2.1.2014 von Ingrid Heinlein*

Hildyard, Nicholas/ Lohmann, Larry/ Sexton, Sarah *et al.* (1995): Reclaiming the Commons.
<http://www.thecornerhouse.org.uk/resource/reclaiming-commons> [10.7.2013]

HondurasDelegation (2010): 9. Tag – Zacate Grande.
<http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2010/12/9-tag-zacate-grande.html> [15.10.2010]

HondurasDelegation (2011): Abschlussbericht der Delegationsreise nach Honduras
<http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2011/02/abschlussbericht-der-delegationsreise.html> [10.11.2013]

HondurasDelegation (3.3.2013): Karawane Schritt für Schritt für die Würde und die Souveränität.
<http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/03/karawane-schritt-fur-schritt-fur-die.html> [5.3.2013]

HondurasDelegation (22.7.2013): Militärs in Honduras töten Staudammgegner.
<http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/07/militars-in-honduras-toten.html> [23.7.2013]

- HondurasDelegation (16.11.2013): Reisebericht zweiter Teil: 15. November.
<http://www.hondurasdelegation.blogspot.de/2013/11/15-november-reisebericht-zweiter-teil.html>
 [20.11.2013]
- HondurasDelegation (17.11.2013): Reisebericht dritter Teil: 16. November.
<http://www.hondurasdelegation.blogspot.de/2013/11/reisebericht-dritter-teil-16-november.html>
 [20.11.2013]
- HondurasDelegation (18.11.2013): Reisebericht vierter Teil: 18. November.
<http://www.hondurasdelegation.blogspot.de/2013/11/reisebericht-vierter-teil-18-november.html>
 [20.11.2013]
- HondurasDelegation/ Attac/ Rettet den Regenwald *et al.* (2013): Offener Brief an die Firma Voith Hydro Holding GmbH & Co. KG aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit dem Staudammprojekt Agua Zarca in Honduras. (11.7.2013)
<http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/07/offener-brief-die-firma-voith-hydro.html> [11.7.2013]
- Hurwitz, Zachary (2010): Belo Monte: State Subsidies a Trojan Horse for Mega-Risks. (7.9.2010)
<http://www.internationalrivers.org/blogs/258/belo-monte-state-subsidies-a-trojan-horse-for-mega-risks>
 [10.10.2013]
- IDAMHO/ Oxfam (2013): La Mina San Martín en el Valle de Sirira. Exploración, explotación y cierre: impactos y consecuencias. Informe Ejecutivo. <http://www.movimientom4.org/wp-content/docs/informe-mina-san%20martin-honduras.pdf> [15.11.2013]
- IEA (2012): World Energy Outlook 2012. Zusammenfassung. German Translation.
<http://www.worldenergyoutlook.org/publications/weo-2012/#d.en.26099> [15.11.2013]
- International Rivers (2008): Three Gorges Project Corp. to Use Chinese-Made Generators for Two Major Projects. (20.8.2008) <http://www.internationalrivers.org/resources/three-gorges-project-corp-to-use-chinese-made-generators-for-two-major-projects-2871> [10.10.2013]
- International Rivers (o.A.): Sinohydro Corporation. China's Leading Hydropower Dam Company.
<http://www.internationalrivers.org/campaigns/sinohydro-corporation> [8.8.2013]
- IPCC (2007): Climate Change 2007. Synthesis Report. http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf. [22.10.2013]
- IR (o.A.): List of Dam-threatened World Heritage Sites. <http://www.internationalrivers.org/list-of-dam-threatened-world-heritage-sites> [10.9.2013]
- Itzamná, Ollantay (2013): Honduras: Obispo golpista persigue a sacerdotes e indígenas. (19.5.13)
<http://www.contrainjerencia.com/?p=67613> [1.8.2013]
- Jessop, Bob (2007): State Power: A Strategic-Relational Approach. Cambridge: Polity
- Kaller-Dietrich, Martina (1998 a, Hg.): Recht auf Entwicklung? Wien: Brandes & Apsel/ Südwind [Band 1 in Atención – Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts]
- Kaller-Dietrich, Martina (1998 b): Recht auf Ernährung. In: Dies. (Hg.): Recht auf Entwicklung? Wien: Brandes & Apsel/ Südwind [Band 1 in Atención – Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts], 19-44
- Kaltenbrunner, Annina/ Newman, Susan/ Paineira, Juan Pablo (2011): Financialisation of Natural Resources. Paper prepared for: European Cross Networking Meeting on the Global Crises. Paris, 28-29.10.2011
- Kelly, Alice (2011): Conservation Practice as Primitive Accumulation. In: Journal of Peasant Studies 38/4, 638-701
- Kerssen, Tanya (2013): Grabbing Power – The New Struggles for Land, Food and Democracy in Northern Honduras. Oakland: Food First Books

Kill, Jutta (2013 a): EU-Emissionshandel Abschaffen ist aktiver Klimaschutz. In: Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte 3/2013

Kill, Jutta (2013 b): Inwertsetzung von Natur als Zeichen für einen Paradigmenwechsel im Ordnungsrecht und Gefahr für die nicht-monetäre Wertschätzung von Natur. Beitrag zur Fachtagung „Neue Ökonomie der Natur“ am 6.6.2013, HBS, Berlin

Klein, Naomi (2005): The Rise of Disaster Capitalism. In: The Nation.
<http://www.thenation.com/article/rise-disaster-capitalism?page=0,1#axzz2aT58ocpt> [14.8.2013]

Klein, Naomi (2007): The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism. New York: Metropolitan Books

Köhler, Axel (2007, Hg.): Anuario 2007. Centro de Estudios Superiores de México y Centroamérica. Tuxtla Gutiérrez: Gobierno del estado de Chiapas/ Unicach

Köhler, Bettina/ Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 217-227

König, Tomke/ Jäger, Ulle (2011): Reproduktionsarbeit in der Krise und neue Momente der Geschlechterordnung. Alle nach ihren Fähigkeiten, alle nach ihren Bedürfnissen! In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian *et al.* (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, 147-164

Korol, Claudia (2013 a): Río Blanco: Cuando un pueblo dice NO, es NO. Visita a las comunidades Lencas de Río Blanco. Agosto 2013. <http://www.adital.com.br/site/noticia.php?lang=ES&cod=77023> [18.8.13]

Korol, Claudia (2013 b): Entrevista a Bertha Cáceres. (12.8.2013) http://www.ivoox.com/entrevista-a-Bertha-caceres-audios-mp3_rf_2278317_1.html?autoplay=1 [30.8.2013]

Kühne, Steffen (2008): Globale Zivilgesellschaft in Auseinandersetzung mit dem Good Governance-Konzept. Internationale Nichtregierungsorganisationen im neueren Diskurs um Ideale und Ziele in der Entwicklungspolitik. Diplomarbeit an der Universität Potsdam.

Lapavitsas, Costas (2014): Finance's Hold on our Everyday Life Must Be Broken (1.1.2014)
<http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jan/01/finance-hold-everyday-life-broken-capitalism> [2.1.2014]

La Prensa (2013 a): Policía y Fuerzas Armadas dan inicio a operación 'Libertad' (8.2.2013)
<http://www.laprensa.hn/sucesos/policiales/366150-98/police%C3%ADa-y-fuerzas-armadas-dan-inicio-a-operaci%C3%B3n-liberthad> [9.8.2013]

La Prensa (2013 b): Militares en Honduras seguirán en operativos en las calles hasta enero de 2014 (2.4.2013) <http://www.laprensa.hn/Secciones-Principales/Honduras/Tegucigalpa/Militares-en-Honduras-seguiran-en-operativos-en-las-calles-hasta-enero-de-2014#.UuOKsD83J66> [9.8.13]

La Prensa (2013 c): Arturo Corrales sustituirá a Pompeyo Bonilla en Seguridad. (15.4.2013)
<http://www.laprensa.hn/honduras/tegucigalpa/332286-98/arturo-corrales-sustituir%C3%A1-a-pompeyo-bonilla-en-seguridad> [9.10.2013]

La Prensa (2013 d): Preocupa a EUA conflicto en el Bajo Aguán. (28.6.2013)
http://www.laprensa.hn/csp/mediapool/sites/LaPrensa/Honduras/Tegucigalpa/story.csp?cid=333246&sid=275&fid=98#.Uc2l_uhBwI [10.11.2013]

La Prensa (2013 e): Concesionado por 30 años Puerto Cortés (1.8.2013)
<http://www.laprensa.hn/honduras/apertura/378936-98/concesionado-por-30-a%C3%B1os-puerto-cort%C3%A9s> [15.8.2013]

- La Tribuna (2010): Aprobados los contratos de energía renovable. (3.9.2013) <http://old.latribuna.hn/2010/09/03/aprobados-los-contratos-de-energia-renovable/> [28.8.2013]
- La Tribuna (2012 a): Congreso aprueba contratos para 24 proyectos de energía renovable. (27.7.2012) <http://www.latribuna.hn/2012/07/27/congreso-aprueba-contratos-para-24-proyectos-de-energia-renovable/> [28.8.13]
- La Tribuna (2012 b): Línea de crédito por \$20 millones firman Ficohsa y un banco francés. (20.11.2012) <http://www.latribuna.hn/2012/11/20/linea-de-credito-por-20-millones-firman-ficohsa-y-un-banco-frances/>
- Lahiff, Edward/ Borrás, Saturnino M. Jr./ Kay, Christóbal (2007): Market-led Agrarian Reform: Policies, Performance and Prospects. In: Third World Quarterly, 28/8, 1417-1436
- Lander, Edgardo (2000 a, Hg.): La colonialidad del saber: Eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. Buenos Aires: CLACSO
- Lander, Edgardo (2000 b): Ciencias sociales: saberes coloniales y eurocéntricos. In: ebd. (Hg.): La colonialidad del saber: Eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. Buenos Aires: CLACSO, 5-23
- Lander, Edgardo (2011): El lobo se viste con piel de cordero. In: Osvaldo, León (Hg.): El cuento de la economía verde. Quito: ALAI, 1-6
- Lander, Edgardo (2013): Con el tiempo contando. Crisis civilizatoria, límites del planeta, asaltos a la democracia y pueblos en resistencia. In: Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo (Hg.): Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del Siglo XXI. Quito: Ediciones Abya Yala, 27-62
- Lang, Chris (2013): COONAPIP to Take Out Lawsuit to Stop REDD in Panama: „REDD Cannot Continue as It Stands“. (20.5.2013) <http://www.redd-monitor.org/2013/05/29/coonapip-to-take-out-lawsuit-to-stop-redd-in-panama-redd-cannot-continue-as-it-stands/> [30.5.2013]
- RUTA/ Banco Mundial/ SGJH (2002): Honduras: Perfil de los pueblos indígenas y negros. Tegucigalpa: Unidad Regional de Asistencia Técnica (RUTA)
- Leach, Melissa (2012): Green Grabbing. The Social Costs of Putting a Price on Nature. (19.6.2012) <http://www.tni.org/interview/green-grabbing> [15.7.2012]
- Leach, Melissa/ Fairhead, James/ Fraser, James (2012): Green Grabs and Biochar: Revaluing African Soils and Farming in the New Carbon Economy. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 285-307
- Leff, Enrique (2002): Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung. Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur. In: Görg, Christoph/ Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements: „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 92-117
- Leff, Enrique (2009): Degrowth, or Deconstruction of the Economy: Towards a Sustainable World. In: Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 101-107
- Leffert, Mike (2007): Honduras' High Tech Land Solution Shows Low Regard For Garifunas. <http://www.thefreelibrary.com/HONDURAS%27+HIGH+TECH+LAND+SOLUTION+SHOWS+LOW+REGARD+FOR+GARIFUNAS.-a0131247541> [10.8.2012]
- León, Osvaldo (2011, Hg.): El cuento de la economía verde. Quito: ALAI
- Levy Xochitl/ Burguete, Araceli/ Shannon, Speed (2008, Hg.): Gobernar (en) la diversidad: experiencias indígenas desde América Latina. Hacia la investigación de co-labor. México D.F.: Ciesas/ FLACSO Ecuador y FLACSO Guatemala
- Levy, Xochitl/ Speed, Shannon (2008): Hacia la investigación descolonizada: nuestra experiencia de co-labor. In: Levy Xochitl/ Burguete, Araceli/ Shannon, Speed (Hg.): Gobernar (en) la diversidad:

experiencias indígenas desde América Latina. Hacia la investigación de co-labor. México D.F.: Ciesas/ FLACSO Ecuador y FLACSO Guatemala, 34-59

Lohmann, Larry (2008): Chronicle of a Disaster Foretold. REDD-with-Carbon-Trading. www.thecornerhouse.org.uk/pdf/document/Chronicle2.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at&client=firefox-a [15.9.2013]

Lohmann, Larry (2009): Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte: Variationen über Polanyi. In: Argument 283, 723-735

Lohmann, Larry (2011): Capital and Climate Change. In: Development and Change 42/2, 649-668

Lohmann, Larry (2012): La economía verde. In: Bonilla, Nathalia/ del Olmo, Arturo (Hg.): Capitalismo Verde. Quito: Instituto de Estudios Ecologistas del Tercer Mundo, 9-44

Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (2010, Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag

Lovera, Simone (2009): REDD realities. In: Brand, Ulrich/ Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Critical Currents 6, 46-53

Lovins, Hunter/ Cohen, Boyd (2011): Climate Capitalism. Capitalism in the Age of Climate Change. New York: Hill and Wang

Luke, Timothy (2007): Ecocritique: Contesting the Politics of Nature, Economy and Culture. Minneapolis: University of Minnesota Press

Lydersen, Kary (15.2.2013): Modeling Capitalist Dystopia. Capitalist OKs Plan for Privat Cities. <http://upside-down-world.org/main/honduras-archives-46/4129-modeling-capitalist-dystopia-honduras-oks-plan-for-private-cities> [15.8.2013]

Maldonado-Torres, Nelson (2007): Sobre la colonialidad del ser: contribuciones al desarrollo de un concepto. In: Castro-Gómez, Santiago/ Grosfoguel, Ramón (Hg.): El Giro decolonial. Bogotá: Siglo del Hombre Editores, 127-167

Marañón-Pimentel, Boris (2012, Hg.): Solidaridad económica y potencialidades de transformación en América Latina. Una perspectiva descolonial. Buenos Aires: CLACSO

Mark, Jason (2013): Naomi Klein: Green Groups May Become More Damaging Than Climate Deniers. (5.9.2013) <http://climate-connections.org/2013/09/06/naomi-klein-green-groups-may-be-more-damaging-than-climate-deniers/> [6.9.2013]

Martinez, Experanza (2011): Sumak kawsay (buen vivir). Vortrag am Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ 20-22.5.2011, TU Berlin. <http://www.youtube.com/watch?v=Pj5my0p4xVQ> [5.8.2013]

Marx, Karl (1867): Das Kapital, Erster Band, Vierundzwanzigstes Kapitel. Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation. <http://pendientedemigracion.ucm.es/info/bas/de/marx-eng/kapital1/cap24.htm> [12.10.2013]

Marx, Karl (1969 [1845]): Thesen über Feuerbach. Marx-Engels Werk, Band 3. Berlin: Dietz Verlag

Mejía, Joaquín/ Fernández, Víctor/ Menjívar, Omar (2009): Constituyente en Honduras. Aspectos históricos, conceptuales y sustanciales sobre el proceso. [o.A.]: Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia

Mejía, Juan (2013): Dignidad y Justicia para el Pueblo Tolupán. (19.9.2013) San Pedro Sula: MADJ

Mejía, Thelma (2013): Ley de Inteligencia hondureña reaviva preceptos de la Guerra Fría. (3.2.2013) http://voselsoberano.com/index.php?option=com_content&view=article&id=14726:ley-de-inteligencia-hondurena-reaviva-preceptos-de-la-guerra-fria&catid=1:noticias-generales [5.2.2013]

- Méndez, Luis (2009): Relación de familias que financiaron el Golpe en Honduras. (16.8.2009) <http://aporrea.org/imprime/a84643.html> [10.8.2013]
- Meyer, Peter (2013): Honduran-U.S. Relations. CRS Report for Congress. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL34027.pdf> [10.8.2013]
- Meza, Victor (1985): Historia del movimiento obrero en Honduras. In: Casanova, Pablo González (Hg.): Historia del movimiento obrero en América Latina. México: Siglo Veintiuno Editores, 128-195
- Meza, Victor/ Salomón, Leticia/ Romero, Ramón *et al.* (2009, Hg.): Honduras. Poderes Fácticos y Sistema Político. Tegucigalpa: CEDOH [erstmal erschienen 2007]
- Mignolo, Walter (2012): Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität. Aus dem Spanischen übersetzt und eingeleitet von Jens Kastner und Tom Waibel. Wien/Berlin: Verlag Turia+Kant
- Miller, Amy (2012): The Carbon Rush. Dokumentarfilm
- Moeckli, Jane/ Brown, Bruce (2003): Gendered Natures. In: Castree, Noel/ Brown, Bruce (Hg.): Social Nature. Theory, Practice and Politics. Malden, Ma: Blackwell Publishers, 112-132
- Molina-Chocano, Guillermo (2008): Estado liberal y desarrollo capitalista en Honduras. Tegucigalpa: Editorial Universitaria [erstmal erschienen 1976]
- Moreno, Camila (2012 a): La economía verde y mercados de carbono. In: Bonilla, Nathalia/ del Olmo, Arturo (Hg.): Capitalismo Verde. Quito: Instituto de Estudios Ecologistas del Tercer Mundo, 45-71
- Moreno, Camila (2012 b): Creando mercados ambientales: Del carbono a la biodiversidad. In: Bonilla, Nathalia/del Olmo, Arturo (Hg.): Capitalismo Verde. Quito: Instituto de Estudios Ecologistas del Tercer Mundo, 72-90
- Moser, Heinz/ Ornauer, Helmut (1978; Hg.): Internationale Aspekte der Aktionsforschung. München: Kösel-Verlag
- Müller, Tadzio (2012): Von Energiekämpfen, Energiewenden und Energiedemokratie. In: LuXemburg 1/2012, 6-15
- Mueller, Tadzio/ Passadakis, Alexis (2009): Green Capitalism and the Climate: It's Economic Growth, Stupid! In: Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo *et al.* (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping New Climate and Energy Politics. In: Critical Currents 6, 54-61
- Municipio De San José, La Paz (2010): Contrato No. 052-2010. Contrato de Suministro de Potencia y su Energía Asociada Generada con Recursos Renovable entre la Empresa Nacional de Energía Eléctrica y la Empresa Inversiones La Aurora S.A. de C.V. (2.6.2010)
- Nalepa, Rachel A./ Bauer, Dana Marie (2012): Marginal Lands: The Role of Remote Sensing in Constructing Landscapes for Agrofuel Development. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 403-422
- Neimark, Benjamin (2012): Green Grabbing at the 'Pharm' Gate: Rosy Periwinkle Production in Southern Madagascar. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 423-445
- Nera-Lauron, Tetet (2013): IBON International COP19 Climate Update 2. (19.11.2013) <http://climate-connections.org/2013/11/19/ibon-international-cop19-climate-update-2/> [20.11.2013]
- Neumann, Roderick (2005): Making Political Ecology. New York: Oxford University Press
- Newson, Linda (2000): El Costo de la Conquista. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras [erstmal erschienen 1992]
- Nohlen, Dieter (2000, Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag [erstmal erschienen 1984]

Nowak, Andreas (2013): Es grünt so grün. Green Grabbing und Akkumulation durch Enteignung. In: Backhouse, Maria/ Gerlach, Olaf/ Kalmring, Stefan *et al.* (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 247-262

o.A. (o.J.): Contratos de concesionamientos para Proyectos Hidroeléctricos, aprobados por el Congreso Nacional de Honduras Agosto - Septiembre 2010, Mesa de Incidencia Política. *Erhalten im Jahr 2012 von J.P.*

OCOTE Films (2013): Firms Falsas Río Blanco. (1.11.2013) <http://vimeo.com/78375391> [2.11.2013]

ODHPINH (2013 a): Öffentliche Stellungnahme des Menschenrechts-Observatorium für Indigene und Schwarze Völker Von Honduras, ODHPINH. <http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/10/aufruf-zur-verteidigung-der-indigenen.html> [4.10.2013]

ODHPINH (2013 b): Planteamiento de ODHPINH, Octubre 2013. <http://copinhonduras.blogspot.co.at/2013/10/planteamiento-de-odihpinh-octubre-2013.html> [3.10.2013]

OECD (2011): Towards Green Growth. <http://www.oecd.org/greengrowth/keydocuments.htm> [22.8.2013]

OFRANEH (3.12.2010): El Fracaso anunciado de la COP16 en Cancún: Los REDD y la apropiación de territorios indígenas. <http://ofraneh.wordpress.com/2010/12/03/el-fracaso-anunciado-de-la-cop16-en-cancun-los-redd-y-la-apropiacion-de-territorios-indigenas/> [12.2.2013]

OFRANEH (2011): Sinohydro, constructora de hidroeléctrica Patuca III (Honduras), señalada en Malasia de Corrupción. (8.9.2011) <http://ofraneh.wordpress.com/2011/09/08/sinohydro-constructora-de-hidroelectrica-patuca-iii-honduras-senalada-en-malasia-de-corrupcion/> [8.8.2013]

OFRANEH (2012 a): Honduras: Firma del Protocolo de Nagoya y los Pueblos Indígenas. (28.2.2012) <https://ofraneh.wordpress.com/2012/02/29/honduras-firma-del-protocolo-de-nagoya-y-los-pueblos-indigenas/> [10.8.2013]

OFRANEH (2012 b): Honduras: El Banco Mundial, REDD y el Derecho a la consulta de los pueblos indígenas. (13.3.2012) <http://ofraneh.wordpress.com/2012/03/13/honduras-el-banco-mundial-redd-y-el-derecho-a-la-consulta-de-los-pueblos-indigenas/> [12.2.2013]

OFRANEH (2012 c): Hidrocarburos en Honduras: la compañía B.G y su desplome en la Bolsa de Valores. (29.11.2012) <http://ofraneh.wordpress.com/2012/11/29/hidrocarburos-en-honduras-la-compania-b-g-y-su-desplome-en-la-bolsa-de-valores/> [23.10.2013]

OFRANEH (2012 d): Ante el cambio climático exigimos moratoria a la exploración y explotación de hidrocarburos en Honduras. (7.12.2012) <http://ofraneh.wordpress.com/2012/12/07/ante-el-cambio-climatico-exigimos-moratoria-a-la-exploracion-y-explotacion-de-hidrocarburos-en-honduras/> [23.10.2013]

OFRANEH (2013 a): REDD+: Estado de Honduras y ONU-REDD violan el derecho a la consulta. (3.4.2013) <http://ofraneh.wordpress.com/2013/04/03/redd-estado-de-honduras-y-onu-redd-violan-el-derecho-a-la-consulta/> [12.10.2013]

OFRANEH (2013 a): Honduras: Petróleo, el Grupo BG y la farsa de la ‘consulta’ estilo SERNA (15.10.2013) <http://ofraneh.wordpress.com/2013/10/15/honduras-petroleo-el-grupo-bg-y-la-farsa-de-la-consulta-estilo-serna/> [23.10.2013]

OFRANEH (2013 c): Ciudades Modelo. Piratería Territorial en el Caribe Hondureño. (4.12.2013) <http://www.youtube.com/watch?v=9RswD5m0jcA&feature=share&list=UU02t31Iq0TQbBuISb8THQg> [10.12.2013]

Ojeda, Diana (2012): Green pretexts: Ecotourism, Neoliberal Conservation and Land Grabbing in Tayrona National Natural Park, Colombia. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 357-375

- Oxfam (2011): Land and Power. The Growing Scandal Surrounding the Wave of Investments in Land. <http://www.oxfam.ca/grow/learn/issues/land/land-and-power> [10.8.2013]
- Oxfam (2013): Cuál es el impacto de las concesiones de recursos naturales (Agua, Bosque, Minería) en territorios indígenas de Honduras? http://biblioteca.hegoa.ehu.es/system/ebooks/18970/original/Impacto_concesiones_recursos_naturales.pdf?1339158938 [12.11.2013]
- Paasch, Armin/ Garbers, Frank/ Hirsch, Thomas (2007): Trade policies and hunger. The impact of trade liberalisation on the right to food of rice farming communities in Ghana, Honduras and Indonesia. <http://fian.org/resources/documents/others/trade-policies-and-hunger/pdf> [1.11.2011]
- Padilla, Adalberto/ Contreras Veloso, Yudith (2006): Segundo Borrador. Informe del Estudio: Caracterización y Tendencias del movimiento social ambiental actual en Centro América: Caso Honduras. Tegucigalpa/ Ciudad de Guatemala: FLACSO
- Pagoada Santos, José Roberto (2013): Cronología de la Educación Superior en las Fuerzas Armadas. (24.4.2013) <http://www.latribuna.hn/2013/04/24/cronologia-de-la-educacion-superior-en-las-fuerzas-armadas/> [9.10.2013]
- Paley, Dawn (2010): The Honduran Business Elite One Year After the Coup. (23.6.2010) In: NACLA <http://nacla.org/node/6619> [1.8.2013]
- Paley, Dawn (2012): Charter Cities in Honduras. A Proposal to Expand Canadian Colonialism. (26.4.2012) <http://upsidedownworld.org/main/news-briefs-archives-68/3600-charter-cities-in-honduras-a-proposal-to-expand-canadian-colonialism> [15.8.2013]
- Panting, César André (2013): Las Ciudades Modelos aprobadas otra vez. In: La Prensa, 24.1.2013, 2-3
- Paz, Elsie (o.A.): SREP Role in Private Sector, *Erhalten am 25.3.2013 von Elsie Paz*
- Peck, Jamie/ Tickell, Adam (2002). Neoliberalizing Space. In: Antipode 34/3, 280-404
- Peets, Richard/ Watts, Michael (1996): Liberation Ecologies: Environment, Development and Social Movements. London: Routledge
- Peña, Clara (2012): Edgardo Lander - Necesitamos un proceso de desglobalización. (21.7.2012) <http://www.pararelmundo.com/noticias/necesitamos-proceso-desglobalizacion/> [1.8.2013]
- Pineda, Henry Alexander – Fiscal del Ministerio Público (2013): Requerimiento Fiscal. Copia. *Erhalten am 8.8.2013 von COPINH*
- Plataforma Agraria (2012): Acaparamiento de la Riqueza de Honduras, *Erhalten am 12.2.2013 von Felix Molina*
- Porto-Gonçalves, Carlos Walter (2006): El desafío ambiental. México: UNEP
- Posas, Mario (1985): Movimiento campesino hondureño: Un panorama general (siglo XX). In: Casanova, Pablo González (Hg.): Historia política de los campesinos latinoamericanos. México: Siglo Veintiuno Editores, 28-76
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Neuausgabe. Hamburg: VSA [erstmal erschienen 1978]
- Presidencia del Gobierno de Honduras (2013): Comunidades lenca de Intibucá apoyan construcción de represa hidroeléctrica Agua Zarca. (5.9.2013) http://www.presidencia.gob.hn/index.php?option=com_content&view=article&id=1922:comunidades-lenca-de-intibuca-apoyan-construccion-de-represa-hidroelectrica-agua-zarca&catid=34:asia-a-pacific&Itemid=54#UisO6H_nH08 [6.9.2013]
- PROAH (2013): Summary of Human Rights Issues and Events in Honduras July, August & September 2013. <http://www.friendshipamericas.org/sites/default/files/130110%20Tri-monthly%20Final.pdf> [1.10.2013]

Proceso Digital (2013 a): Cambios en Seguridad son imposiciones del Pentágono, según ex rector Juan Almandares. (6.6.2013) <http://www.proceso.hn/2013/06/06/Term%C3%B3metro/Cambios.en.Seguridad/69830.html> [20.8.2013]

Proceso Digital (2013 b): Denuncian a nuevo fiscal adjunto por presunto otorgamiento ilegal de licencias ambientales (4.9.2013) <http://proceso.hn/2013/09/04/Nacionales/Denuncian.a.nuevo/74447.html> [10.10.2013]

Quijano, Aníbal (1997): La Colonialidad del poder, cultura y conocimiento en América Latina. In: Anuario Mariagetuiano Nr. 9, Lima, 113-121

Quijano, Aníbal (2000): Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina. In: Lander, Edgardo (Hg.): La Colonialidad del Saber. Buenos Aires. CLACSO, 193-238

Quintero, Pablo (2012): Colonialidad del poder, comunidades indígenas y economías alternativas. Consideraciones sobre el indigensismo de los programas de economía solidaria. In: Maraño-Pimentel, Boris (Hg.): Solidaridad económica y potencialidades de transformación en América Latina. Una perspectiva descolonial. Buenos Aires: CLACSO, 103-124

Quintero, Pablo/ Garbe, Sebastian (2013 a, Hg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis. Münster: Unrast-Verlag

Quintero, Pablo/ Garbe, Sebastian (2013 b): Einleitung. In: ebd. (Hg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis. Münster: Unrast-Verlag, 7-15

Redacción Cholusat Sur (2013): Partido Libre integra y juramenta a sus nuevas autoridades a nivel nacional. (21.1.2013) <http://cholusatsur.com/index.php/2013/01/21/partido-libre-integra-y-juramenta-a-sus-nuevas-autoridades-a-nivel-nacional/> [10.10.2013]

Reyes, Oscar/ Gilbertson, Tamra (2009): Climate Justice for a Changing Planet: Beyond Carbon Trading. (15.12.2009) <http://www.carbontradewatch.org/archive/climate-justice-for-a-changing-planet-beyond-carbon-trading.html> [10.9.2013]

Ribeiro, Silvia (2011): Los verdaderos colores de la economía verde. In: Osvaldo, León (Hg.): El cuento de la economía verde. Quito: ALAI, 23-26

Rights Action Team (2013): Illegal Arrest of Priest and 22 Members of Honduran National Resistance Front. (18.5.2013) <http://rightsaction.org/action-content/illegal-arrest-priest-and-22-members-honduran-national-resistance-front> [8.8.2013]

Roca Dalton, Américo (2013): Honduras: Ministro acusa con falsedades y recibe respuesta de COPINH. (12.8.2013) <http://www.hondurastierralibre.com/2013/08/honduras-ministro-acusa-con-falsedades.html> [18.8.2013]

Romero, Ramón (2009): Los grupos financieros y el poder político. In: Meza, Victor/ Salomón, Leticia/ Romero, Ramón *et al.* (Hg.): Honduras. Poderes Fácticos y Sistema Político. Tegucigalpa: CEDOH [erstmal erschienen 2007], 119-134

Russo, Tim (2013): Persecución judicial contra defensores del territorio en Honduras. (2.6.2013) <http://desinformemonos.org/2013/06/persecucion-judicial-contra-defensores-del-territorio-en-honduras/> [10.6.2013]

Salomon, Leticia (2009): Honduras. Politiker, Unternehmer und Militärs: Protagonisten eines angekündigten Staatsstreiches. <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/honduras/honduras-politiker-unternehmer-und-militars-protagonisten-eines-angekundigten-staatsstreiches-19093.html> [12.12.2011]

Schmieder, Falko (2010, Hg.): Die Krise der Nachhaltigkeit: Kritik der Politischen Ökologie. Berlin: Peter Lang Verlag

Schmidt, Andrés (2013): Eine entscheidende Wahl in Honduras – und von wem sie entschieden wird. (10.12.2013) <http://wien.gbw.at/wien/artikelansicht/beitrag/eine-entscheidende-wahl-in-honduras-und-von-wem-sie-entschieden-wird.html> [14.12.2013]

Schröder, Thorsten (2012): Charter City ‚Eine Stadt als Start-up‘. (5.6.2012) <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2012/04/Paul-Romer> [15.8.2013]

Segura Warnholtz, Gerardo (2011): Honduras - Pico Bonito Sustainable Forests Project : P092987 - Implementation Status Results Report : Sequence 02. Washington, DC: World Bank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/2011/11/15481121/honduras-pico-bonito-sustainable-forests-project-p092987-implementation-status-results-report-sequence-02> [31.8.2011]

Seiwald, Markus/ Zeller, Christian (2011): Die finanzielle Inwertsetzung des Waldes als CO₂-Senke: Nutzungsrechte und Nutzungskonflikte im Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie in Ecuador. In: Peripherie 124/31, 417-442

SERNA (2009): Licencia Ambiental No. 395-2009. *Erhalten am 25.3.2013 von Arnold Castro.*

SERNA (2010 a): ENCC Estrategia Nacional de Cambio Climático Honduras. Tegucigalpa: SERNA

SERNA (2010 b): ENCC Estrategia Nacional de Cambio Climático Honduras. Síntesis para tomadores de decisión. Tegucigalpa: SERNA

SERNA (2012 a): Lista de Proyectos de Energía con Recursos Renovables – Dirección de Gestión Ambiental. *Erhalten am 1.2.2013 in der Dirección de Recursos Hídricos, SERNA*

SERNA (2012 b): Informe Técnico No 623/2012 de la Dirección General de Evaluación y Control Ambiental. Categoría 2. Control y Seguimiento. *Erhalten am 1.4.2013 von José Adam Martínez.*

SERNA (2013): Venta de Bonos de Carbono en el Sector Bosques de Honduras. <http://www.serna.gob.hn/index.php/82-serna-main/serna-slider2/74-venta-bonos-carbono> [16.2.2013]

SERNA (o.A.): Historia de la Energía, *Erhalten am 1.2.13 von der Energiedirektion von SERNA*

SERNA/ ICF/ SEDINAFROH/ INA/ CONPAH (2012): Acta de compromiso de cumplimiento obligatorio entre la Secretaria de Estado en los Despachos de Recursos Naturales y Ambiente (SERNA), el Instituto de Conservación Forestal, Areas Protegidas y Vida Silvestre (ICF), la Secretaría de Estado en los Despachos de Pueblos Indígenas y Afrohondureños (SEDINAFROH), el Instituto Nacional Agrario (INA) y la Confederación de Pueblos Autóctonos de Honduras (CONPAH) y sus federaciones. Tegucigalpa, 20.12.2012. *Erhalten am 31.1.2013 von Wilma Calderón*

Sharive, Khadija (2011): REDD: Seeing the Forest for the Trees. In: Boas, Hellie (Hg.): No REDD - Papers Volume I. Oregon: Charles Overbeck/Eberhardt Press. http://climatevoices.files.wordpress.com/2011/11/noredpapers_download.pdf [10.10.2013]

Sieder, Rachel (1995): Honduras: The Politics of Exception and Military Reformism (1972-1978). In: Journal of Latin American Studies 27/1, 99-127

SOA Watch (2013 a): SOA Graduate Involved in Criminalization of Indigenous Leader Bertha Caceres. <http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4121-Bertha> [2.10.2013]

SOA Watch (2013 b): The Murder of Tomas Garcia By The Honduran Military. <http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4129-tomasgarcia> [2.10.2013]

SOA Watch (2013 c): Defending Río Blanco: Three Weeks of the Lenca Community Roadblock. [http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4096-rioblanCO₂](http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4096-rioblanCO2) [2.10.2013]

Sonderegger, Arno (2006): Sklaverei und Sklavenhandel. Zum Beziehungswandel zwischen Europa und Afrika im 18. und 19. Jahrhundert. In: Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Komlosy, Andrea (Hg.): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum Verlag, 29-50

Sosa, Eugenio (2010): La protesta social en Honduras. Del ajuste al golpe de Estado. Tegucigalpa: Editorial Guaymuras

Spring, Karen (2013): Context of the Honduras Electoral Process 2012-2013: Incomplete List of Killings and Armed Attacks Related to Political Campaigning in Honduras. May 2012 to October 19, 2013. <http://rightsaction.org/action-content/killings-and-attempted-killings-honduras-may-2012-present-linked-electoral-process> [24.11.2013]

Stüwe, Klaus/ Ringe, Stefan (2008, Hg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Swampa, Maristella (2011): Minería y Neoextractivismo Latinoamericano. In: Darío Vive 10. <http://www.dariovive.org/?p=1500> [24.11.2013]

Swyngedouw, Eric (1997): Neither Global nor Local: ‚Glocalization‘ and the Politics of Scale. In: Cox, Kevin (Hg.): Spaces of Globalization. New York: Guilford Press, 137–166

Swyngedouw, Erik (2004): Social Power and the Urbanization of Water. Oxford: University Press

Szabo, Michael (2014): EU Carbon Trade Volumes Rise For Ninth Year. (3.1.2014) http://articles.chicagotribune.com/2014-01-03/news/sns-rt-carbonexchange-vols-20140103_1_carbon-trade-eu-emissions-trading-scheme-thomson-reuters-point [3.1.2014]

Tapia, Luis (2012): Der Staat unter den Bedingungen gesellschaftlicher Überlagerungen. Post-koloniale Anregungen für die politische Theorie. In: Brand, Ulrich/ Radhuber, Isabella Margerita/ Schilling-Vacaflor, Almut (Hg.): Plurinational Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, 282-305

Teubal, Miguel (2009): Peasant Struggles for Land and Agrarian Reform in Latin America. In: Akram-Lodhi, A. Haroon/ Kay, Cristóbal (Hg.): Peasants and Globalization. Political Economy, Rural Transformation and the Agrarian Question. London/New York: Routledge, 148-166

The Economist (2011 a): Free Cities. Honduras Shrugged. (10.12.2011) <http://www.economist.com/node/21541391> [15.8.2013]

The Economist (2011 b): Hong Kong in Honduras. (10.12.2011) <http://www.economist.com/node/21541392> [15.12.2.13]

The Wall Street Journal (2011): The Quest for a ‚Charter City‘. (3.2.2011) <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052748704775604576119931268333632> [15.8.2013]

Tienhaara, Kyla (2012): The Potential Perils of Forest Carbon Contracts for Developing Countries: Cases from Africa. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 551-572

Toly, Noah (2004): Globalization and the Capitalization of Nature: A Political Ecology of Biodiversity in Mesoamerica. In: Bulletin of Science, Technology & Society 24/1, 47-54.

Torres, Carolina (2013): Fuerzas Armadas podrán comercializar con bosques hondureños. (16.8.2013) <http://conexihon.info/site/noticia/transparencia-y-corrupci%C3%B3n/fuerzas-armadas-podr%C3%A1n-comercializar-con-bosques-hondure%C3%B1os> [20.8.2013]

Torres Calderón, Manuel (2002): Who Knows Honduras? In: Torres Calderón, Manuel/ Mejía, Thelma/ Alder, Dan *et al.* (Hg.): Deciphering Honduras: Four Views of Post-Mitch Political Reality. Cambridge, MA: Hemisphere Initiatives

Torres Funes, José Manuel/ Torres Funes, Ariel (2013): Honduras – La ‚tregua‘ de la guerra invisible. (29.5.2013) <http://www.micmag.net/fr/reportages/2209-honduras-la-treguar-de-la-guerra-invisible> [8.9.2013]

Tricarico, Antonio (2011): The ‘financial enclosure’ of the commons. Background document for the conference ‘Financialisation of natural resources – understanding the new dynamics and developint civil society responses’ Paris, 28-29.10.2011

Tricarico, Antonio (2012): Beyond Our Borders – The Energy and Market Grabs Promoted By The New EU Energy Policy. In: Brand, Ulrich/Gensler, Marlis/Strickner, Alexandra (Hg.): Sozial-ökologische Transformation und Energiepolitik in Lateinamerika und Europa. Papers und Thesenpapiere für das internationale Seminar in Wien, 11.-14. Juli 2012, 79-96

Trucchi, Giorgio (2010): Movimientos sociales se movilizan en Honduras ante privatización de los recursos naturales. (10.11.2010) <http://revista-amauta.org/2010/11/movimientos-sociales-se-movilizan-en-honduras-ante-privatizacion-de-los-recursos-naturales/> [2.8.2011]

Trucchi, Giorgio (2012): Honduras: Presidente y diputados son acusados por ‚ciudades modelo‘. (13.9.2012) <http://alainet.org/active/57920> [15.8.2013]

Trucchi, Giorgio (1.2.2013): Honduras: Organizaciones se movilizaron contra ciudades modelo y minería. <http://servindi.org/actualidad/81383> [15.8.2013]

Trucchi (11.6.2013): Honduras: ‚No me doblegarán‘, Bertha Cáceres. <http://nicaraguaymasespanol.blogspot.co.at/2013/06/honduras-no-me-doblegaran-bertha-caceres.html> [10.8.2013]

Trucchi (27.6.2013): Honduras: Sube tensión y se profundiza represión contra comunidades lenca. <http://nicaraguaymasespanol.blogspot.co.at/2013/06/fotos-honduras-suba-tension-y-se.html?spref=tw> [29.6.2013]

Trucchi (18.7.2013): Honduras: ‚Están asesinando al pueblo y criminalizando nuestra lucha contra proyecto Agua Zarca‘ dice dirigente comunitario. <http://nicaraguaymasespanol.blogspot.co.at/2013/07/honduras-estan-asesinando-al-pueblo-y.html> [25.7.2013]

Trucchi (10.8.2013): Si me toca morir defendiendo la tierra, para mi será un orgullo. <http://www.youtube.com/watch?v=UID4MyQbVoc> [30.10.2013]

Trucchi (11.8.2013): ‚El militar nos disparó a quemarropa para matarnos‘ dice hijo del dirigente indígena lenca asesinado en Río Blanco. <http://copinhonduras.blogspot.de/2013/08/el-militar-nos-disparo-quemarropa-para.html#more> [12.8.2013]

Trucchi, Giorgio (22.8.2013): Honduras a la venta: ‚Ley Hipoteca‘ refuerza paquete de privatizaciones post-golpe. <http://nicaraguaymasespanol.blogspot.co.at/2013/08/honduras-la-venta-ley-hipoteca-refuerza.html> [10.9.2013]

Twidale, Susanna (2013): U.N. CO₂ Offset Issuance To Slump In 2014: Analyst. (30.12.2013) <http://www.pointcarbon.com/news/reutersnews/1.3517456> [3.1.2014]

UNEP (2011 a): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. www.unep.org/greeneconomy [8.8.2013]

UNEP (2011 b): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis Report for Policy Makers. www.unep.org/greeneconomy [8.8.2013]

UNFCCC (2011): Outcome of the Work of the Ad Hoc Working Group on Long-Term Cooperative Action Under the Convention. Draft Decision -/CP.1 https://www.google.com/url?q=http://unfccc.int/files/meetings/cop_16/application/pdf/cop16_lca.pdf&sa=U&ei=w9jfUu-2L4HZtAatkYDoAg&ved=0CAYQFjAA&client=internal-uds-cse&usq=AFQjCNFIo1kbglerahKvkSGTwhjbR9LkNA [20.10.2013]

UN-REDD (2013): REDD+ in a Green Economy. Global Symposium Report. 19-21 June 2013, Jakara, Indonesia. www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=10815&Itemid=53 [15.10.2013]

UNW-DPAC (2012): Information Note. Questions and Answers on Water in Rio+20. http://www.un.org/waterforlifedecade/water_at_rio.shtml [2.12.2013]

Urban, Hans-Jürgen (Hg.) (2006): ABC Neoliberalismus. Von "Agenda 2010" bis "Zumutbarkeit". Hamburg: VSA-Verlag

USAID (o.A.): USAID Country Profile. Property Rights and Resource Governance. Honduras. http://usaidlandtenure.net/sites/default/files/country-profiles/full-reports/USAID_Land_Tenure_Honduras_Profile_0.pdf [10.10.2013]

Vacanti Brondo, Keri (2010): When Mestizo Becomes (Like) Indio ... or Is It Garífuna?: Multicultural Rights and 'Making Place' on Honduras' North Coast. In: Journal of Latin American and Caribbean Anthropology 15/1, 170-194

Vacanti Brondo, Keri (2013): Land Grab – Green Neoliberalism, Gender, and Garífuna Resistance in Honduras. Arizona: The University of Arizona Press

Vacanti Brondo, Keri/ Brown, Natalie (2011): Neoliberal Conservation, Garífuna Territorial Rights and Resource Management in the Cayos Cochinos Marine Protected Area. In: Conservation and Society 9/2, 91-105

Vargas Castillo, Diana Elizabeth (o.A.): Diagnóstico Ambiental Cualitativo: 'Minicentral Hidroeléctrica LA AURORA'. *Erhalten am 25.3.2013 von Arnold Castro.*

Vásquez, Kelssin (2013): CIMEQH denuncia que gobierno negocia concesión con Chevron. (22.10.2013) <http://www.elheraldo.hn/content/view/full/190944> [23.10.2013]

Veltmeyer, Henry (2013): The Political Economy of Natural Resource Extraction: A New Model or Extractive Imperialism? In: Canadian Journal of Development Studies 34/1, 79-95

Vidal, John (2008): The Great Green Land Grab. (13.2.2008) <http://www.theguardian.com/environment/2008/feb/13/conservation> [15.7.2012]

Voselsoberano (2010): Ley contra financiamiento de terrorismo buscaría impedir apoyo de organizaciones a la Resistencia. (22.11.2010) http://voselsoberano.com/index.php?option=com_content&view=article&id=8422:ley-contra-financiamiento-de-terrorismo-buscaria-impedir-apoyo-de-organizaciones-a-la-resistencia&catid=1:noticias-generales [18.8.2013]

Voselsoberano (2011): Congreso pretende ley para intervenir comunicaciones telefónicas. (17.5.2011) http://voselsoberano.com/index.php?option=com_content&view=article&id=11172%3Acongreso-pretende-ley-para-intervenir-comunicaciones-telefonicas&catid=1%3Anoticias-generales&Itemid=4 [18.8.2013]

Walsh, Catherine (2002): La (re)articulación de subjetividades políticas y diferencia colonial en Ecuador: reflexiones sobre el capitalismo y las geopolíticas del conocimiento. In: Walsh, Catherine/ Schiwy, Freya/ Castro-Gómez, Santiago (Hg.): Indisciplinar las ciencias sociales. Quito: Abya Yala, 175-214

Walsh, Catherine/ Schiwy, Freya/ Castro-Gómez, Santiago (2002, Hg.): Indisciplinar las ciencias sociales. Quito: Abya Yala

Warmerdam, Ward/ van Gelder, Jan Willem (2013): Financing of the Agua Zarca Dam. A Research Paper Prepared for Re:Common. Profundo Research & Advice (5.9.2013). *Erhalten am 6.9. von BankTrack*

WCD (2000): Dams and Development: A New Framework for Decision-Making - Executive Summary. <http://www.internationalrivers.org/resources/dams-and-development-a-new-framework-for-decision-making-3939> [2.12.2013]

Wichterich, Christa (2011): Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian *et al.* (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, 129-146

- Williams, Adam (2013): Honduras Seeks China Aid, Mining to Aid Debt, Lobo Says. (6.9.2013) <http://www.bloomberg.com/news/2013-09-06/honduras-seeks-china-aid-mining-to-aid-debt-lobo-says.html> [12.11.2013]
- Windfuhr, Michael (2000): IWF. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 388-394 [erstmal erschienen 1984]
- Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Wissen, Markus/ Naumann, Matthias (2008): Die Dialektik räumlicher Angleichung und Differenzierung. Zum uneven-development-Konzept in der radical geography. In: ACME 7/3, 377-406
- Wong, Rosie (2013): The Oxygen Trade: Leaving Hondurans Gasping for Air. (25.7.2013) <http://intercontinentalcry.org/the-oxygen-trade-leaving-hondurans-gasping-for-air/> [30.7.2013]
- World Bank (2006): Honduras - Pico Bonito Sustainable Forests Project. Washington D.C. - The Worldbank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/2006/08/7138458/honduras-pico-bonito-sustainable-forests-project> [31.8.2013]
- World Bank (2007): Forest Carbon Partnership Facility Takes Aim at Deforestation. (11.12.2007) <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21581819~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html> [12.10.2013]
- World Bank (o.A.): Electric Power Consumption. <http://data.worldbank.org/indicator/EG.USE.ELEC.KH.PC> [2.12.2013]
- WRM (2012 a): What are 'Environmental Services', 'Payment for Environmental Services' and 'Trade in Environmental Services'? (28.2.2012) <http://worm.org.uy/articles-from-the-wrm-bulletin/section1/1-what-are-environmental-services-payment-for-environmental-services-and-trade-in-environmental-services/> [25.10.2013]
- WRM (2012 b): Growing Speculation: From the Appropriation and Commodification to the Financialization of Nature. (30.8.2012) <http://worm.org.uy/articles-from-the-wrm-bulletin/section1/growing-speculation-from-the-appropriation-and-commodification-to-the-financialization-of-nature/> [25.10.2013]
- Wullweber, Joscha (2006): Marktinteressen und Biopiraterie. Auseinandersetzungen um das 'grüne Gold der Gene' <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/wissen-und-eigentum/73335/marktinteressen-und-biopiraterie?p=all> [2.12.2013]
- Ybarra, Megan (2012): Taming the Jungle, Saving the Maya Forest: Sedimented Counterinsurgency Practices in Contemporary Guatemalan Conservation. In: Journal of Peasant Studies 39/2, 479-502
- Zarref, Luiz/ Durão, Marcelo (2011): Falsas soluciones. In: Osvaldo, León (Hg.): El cuento de la economía verde. Quito: ALAI, 10-13
- Zeller, Christian (2010): Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals. In: Schmieder, Falko/Zeller, Christian *et al.* (Hg.): Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie heute. Bern: Peter Lang Verlag, 103-135
- Zoomers, Annelies (2010): Globalisation and the Foreignisation of Space: Seven Processes Driving the Global Land Grab. In: Journal of Peasant Studies 37/2, 429-447

ABSTRACT

Die Verteidigung der Territorien ist aktuell wichtigstes Anliegen der indigenen Bewegungen in Honduras. Vor allem seit dem Putsch 2009 stieg die Anzahl an nicht nur ‚braunen‘, extraktivistischen, sondern auch ‚grünen‘ Projekten dramatisch an, in welchen eine zunehmende Bedrohungen für die territoriale Souveränität und indigene Lebensweisen erkannt wird. Diese Arbeit analysiert aus einer polit-ökologischen und dekolonialen Perspektive die Durchsetzung von ‚Green Grabbing‘ – der Land- und Ressourcenaneignung im Namen des Klima- und Umweltschutzes (Fairhead *et al.* 2012) – anhand von drei Beispielen in Honduras: dem Bau zweier Wasserkraftwerke zur Erzeugung ‚grüner‘ Energie im indigenen Lenca-Territorium und der nationalen Strategie zur Einführung des Waldschutzprogramms REDD+. Diese stehen in Zusammenhang mit den ‚Offsets‘ (Kompensationsmechanismen) des Emissionshandels sowie teilweise mit Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen (PES) und Biodiversitäts-Offsets. Die drei Projekte werden als ‚Akkumulation durch Enteignung‘ (Harvey 2003), als Inwertsetzung und teilweise auch Finanzialisierung der natürlichen Gemeingüter gefasst. Der Einhegung der Territorien bzw. Commons stellt sich die indigene Lenca-Organisation COPINH aktiv entgegen. Sie kritisiert die Strategien zur Durchsetzung als undemokratisch und gewaltsam und verdeutlicht deren (neo-)kolonialen und extraktivistischen Charakter der Green Grabs. Die dargestellten marktbasierten Klimaschutzstrategien im Zeichen der Green Economy werden als falsche Lösungen und als ‚CO₂lonialismo‘ dechiffriert.

English

In Honduras, defending their territories is currently the most important concern of indigenous movements. Especially after the military coup in 2009, not only ‘brown’ extractivist, but also ‘green’ projects have boomed and are increasingly being viewed as threats to indigenous territorial sovereignty and modes of living. This paper employs a politico-ecological and decolonial perspective to analyse the implementation of ‘green grabbing’ – the appropriation of land and resources in the name of environmental and climate protection (Fairhead *et al.* 2012) – by examining three case studies in Honduras: the first two concern the construction of hydroelectric dams in order to produce ‘green’ energy located in the indigenous Lenca territory, and the third analyses the national strategy to prepare for the forest protection project REDD+. They are connected to ‘offsets’ from the carbon market, as well as Payments for Ecosystem Services (PES) and biodiversity offsetting. The three projects are understood as forms of

‘accumulation by dispossession’ (Harvey 2003), as the commodification and partial financialisation of natural commons. The enclosure of these territories, that is, of the commons, is being countered by the indigenous Lenca organisation COPINH, which criticises the undemocratic and violent strategies through which the green grabs are being implemented, and points out their (neo-)colonial and extractivist character. The market-based climate mitigation strategies in the context of the Green Economy are depicted as ‘false solutions’ and ‘CO₂lonialismo’.

Español

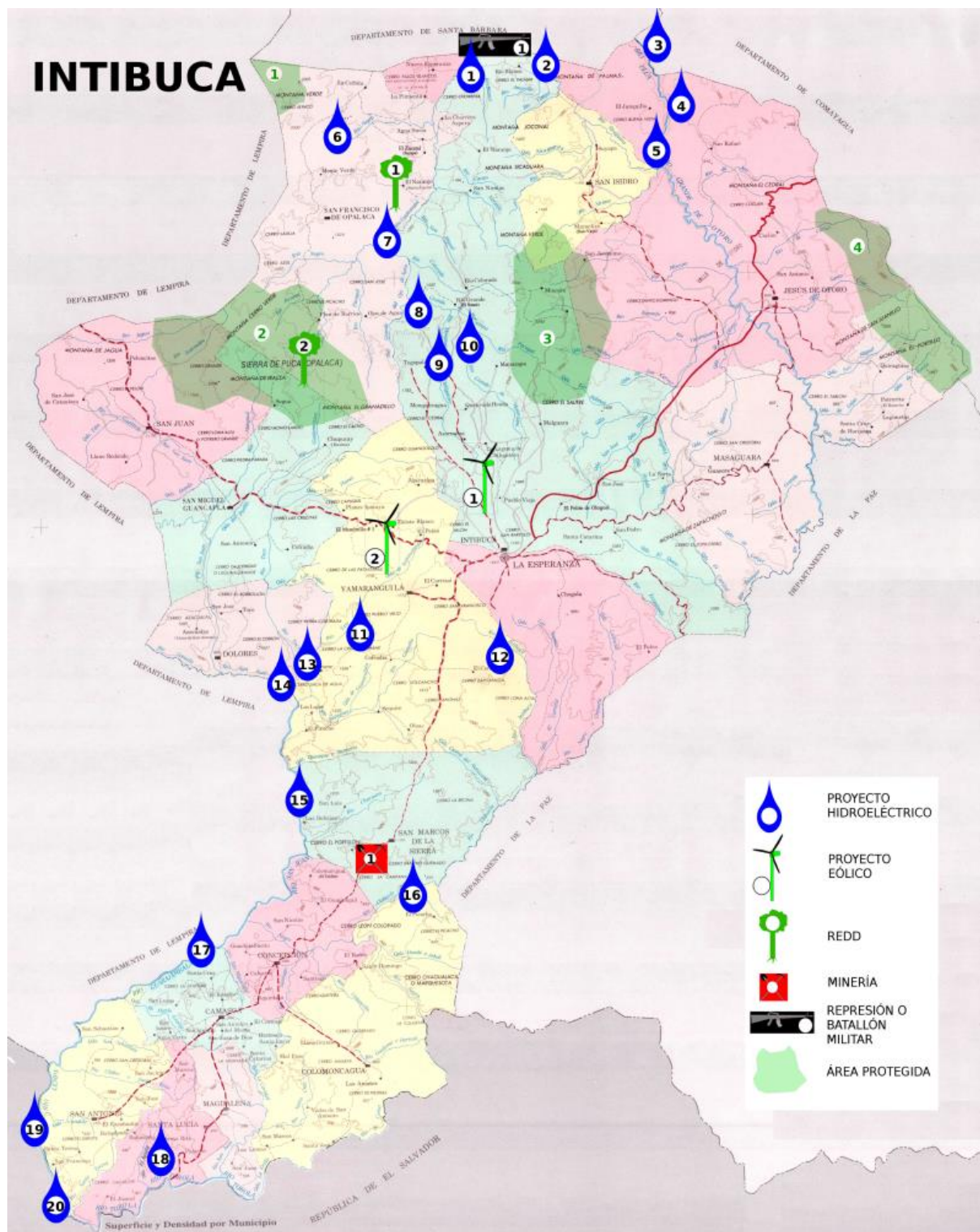
En Honduras, actualmente la defensa de los territorios es uno de los ejes principales de los movimientos indígenas. Especialmente a partir del golpe de Estado en 2009, no sólo se puede constatar un auge en proyectos ‘marrones’ extractivistas, sino también en proyectos ‘verdes’, los cuales son considerados como una amenaza creciente para la soberanía territorial y los modos de vida de los pueblos indígenas. Esta tesis analiza, con una perspectiva polit-ecológica y decolonial, la manera en que el ‘acaparamiento verde’ – la apropiación de tierras y recursos en nombre del clima y del medio ambiente (Fairhead et al. 2012) – está siendo implementado, examinando tres estudios de caso en Honduras: la construcción de dos represas hidroeléctricas para la generación de energía ‘verde’ en el territorio indígena lenca, y la estrategia nacional para la implementación del programa forestal REDD+. Estos proyectos tienen que ver con los ‘offsets’ (mecanismos de compensación) del mercado de carbono, con los pagos por servicios ambientales (PSA) y los ‘offsets de biodiversidad’. Los tres proyectos están considerados formas de ‘acumulación por desposesión’ (Harvey 2003), de la mercantilización y parcialmente también de la financialización de los bienes comunes de la naturaleza. La organización indígena COPINH se opone a este cercamiento de los territorios o bienes comunes y critica las estrategias antidemocráticas y violentas con las que el acaparamiento verde está siendo impuesto. Demuestra su carácter (neo-)colonial. Las estrategias aquí analizadas de mitigación al cambio climático que se basan en el sistema de mercado y que se pueden entender en el marco de la ‘Economía Verde’ están siendo descifradas como soluciones ‘falsas’ y como una forma de ‘CO₂lonialismo’.

LANDKARTEN

Landkarten der territorialen Bedrohungen in der Lenca-Region, den Departamentos Intibucá, La Paz und Lempira, basierend auf eingescannten Karten des Nationalen Geographischen Instituts, kollektiven Kartierungs-Einheiten im Februar und März 2013 mit COPINH-Mitgliedern sowie Informationen aus offiziellen Datenbanken zu erneuerbaren Energieprojekten und Bergbaukonzessionen. Die Naturschutzgebiete stammen von der offiziellen Karte der Naturschutzgebiete von Honduras des Ramses-Verlags.

Aufgrund der teilweise nicht übereinstimmenden Datenlage kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden – insbesondere hinsichtlich Bergbau muss von weitaus mehr Minenprojekten ausgegangen werden. Die erklärende Tabelle mit Namen der Projekte, beteiligten Firmen und Finanzakteuren, den Strategien der Durchsetzung, Auswirkungen und Arten des Widerstands bei jedem Projekt kann bei mir angefordert werden (m.heuwieser@yahoo.de). Das Ziel ist, die Landkarten und Tabellen laufend zu aktualisieren, der hier abgebildete Stand ist von Mai 2013.

Erklärung zu den Symbolen, von oben nach unten: Wasserkraft-Projekte, Windpark-Projekte, REDD(+), Bergbau, Repression bzw. Militär-Stützpunkt, Naturschutzgebiet.



FOTOS LA AURORA I



Staudamm mit dahinterliegendem kleinen Stausee; Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013



Zerstörung des Flussufers für den Bau des Wasserumleitungskanals, Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013



Senkrechte ungesicherte Wand beim Umleitungskanal; Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013



Druckhaus zur Wasserspeicherung; Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013



Druckkanal hinab ins Tal zum Turbinenhaus, Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013



Wahlplakat bei Baustelle, Gladis Aurora zusammen mit Juan Orlando als Präsidentschaftskandidat sowie Gloria Lopez, Vizeministerin von SEDINAFROH, Foto: Magdalena Heuwieser, 1.4.2013

LEBENS LAUF

Name: Magdalena Heuwieser

2008-2014 Universität Wien, Diplomstudium der Internationalen
Entwicklung mit Schwerpunkten Politische Ökologie,
Ernährungssouveränität, Lateinamerika und Menschenrechte